

Nr.  
**10**  
Oktober  
1988

# Die Neue Gesellschaft

## Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon †  
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1988  
35. Jahrgang

*Redaktion:*  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl †  
Hans Schumacher (verantwortlich)

*Ständige Mitarbeit:*  
Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Ulrich Gemhardt  
Ferdinand W. Menne

*Verlag Neue Gesellschaft GmbH*  
Postfach 20 13 52  
5300 Bonn 2  
Telefon (02 28) 23 80 83  
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

*Anschrift der Redaktion:*  
In der Raste 20-22  
5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42  
Telex: 8 85 479 a fest d

*Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738  
Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

*Redaktionsbeirat:*  
Siegfried Bangert  
Frank Benseler  
Gottfried Erb  
Iring Fettscher  
Ulrich Gemhardt  
Horst von Glzyck  
Martin Graffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Ferdinand W. Menne  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreislste Nr. 16  
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

## Zum Inhalt

Selten ist so viel über Europa nachgedacht, geschrieben und gesprochen worden wie jetzt; da bauen die einen europäische Häuser (mit einem Ost- und Westflügel) und andere versuchen, Mitteleuropa wieder zum Leben zu erwecken. Und natürlich hat auch die europäische Gemeinschaft ihre Konjunktur, auch wenn Margaret Thatcher wie ein hurricane durch das geographische Westeuropa fegt und mit De Gaulleschen Argumenten gegen zuviel europäische Gemeinsamkeiten anstürmt. Der gemeinsame Binnenmarkt wird uns dennoch sicher beglücken, ob allerdings schon 1992 und ganz ohne alle Grenzen, muß sich erst noch herausstellen; zu groß sind die real existierenden Widersprüche und Gegensätze, von den historisch-psychologischen einmal ganz abgesehen. Daß gleichzeitig mit vermehrten Anstrengungen hin auf „Europa“ eine Welle des Patriotismus Europa überschwemmt, die sich manchmal auch in provinziellerischem Nationalismus überschlägt, ist nur ein wichtiges Indiz dafür, mit welch großen Problemen die (West-)Europäer noch zu tun bekommen werden. Und nicht nur die.

Die europäische Linke darf es sich hier übrigens nicht zu leicht machen und aus naheliegenden und historisch verständlichen Gründen auf die europäischen Konservativen weisen mit der Behauptung, dort ausschließlich seien die hinderlichen Partikularinteressen beheimatet, während man selbst in Theorie und Praxis dem europäischen Ideal entgegenstrebe. So ist es eben leider nicht. „Das ist“, schreibt der sozialistische Europaabgeordnete Klaus Hänsch, „der Widerspruch im demokratischen Sozialismus an der Schwelle zum letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Von Idee und Tradition her ist er dem Internationalismus verpflichtet und damit offen für die Einigung Europas – von seiner Neigung und Praxis her ist er dem Nationalstaat verfallen. Das vereinigte Kapital der Trusts, der Banken und Konzerne betrachtet die europäischen Nationalstaaten längst als eine Art ‚Disneyland‘, in dem aufgeregte Regierungen und Parteien noch ‚nationale Souveränität‘ spielen dürfen. Unter den uneinigen Sozialisten, die einst die ‚Proletarier aller Länder‘ vereinigen wollten, hängen viele noch immer an der Illusion, der Sozialismus sei ‚in einem Land‘ aufzubauen“. Ein vereinigt Europa ohne Grenzen auf der Basis von Kapitalverwertungsinteressen und gegen den Widerstand der Sozialdemokraten? So doch wohl nicht, denn im Gegensatz zur weiland Entstehung des Norddeutschen Bundes sind ökonomische Interessen nicht hinreichend für ein vereinigt Europa. Und daß die Sozialdemokratie in den Westeuropäischen Ländern häufig skeptisch dem Einigungsprozeß gegenübersteht, liegt u. a. auch an der ökonomistischen Europasischt der herrschenden Politik und weniger am Mangel an Europabegeisterung. Ob-

wohl der „Mangel an Begeisterungsanlässen . . . freilich eine nüchterne Kosten-Nutzen-Betrachtung der EG dringlich macht, damit die Enttäuschung über Brüssel nicht zur Abkehr von Europa führt. Dringlich ist aber auch die Besinnung darauf, ob Nutzenbilanzen allein die Einigung Europas auf Dauer tatsächlich voranbringen können“. (Sven Papcke) Das Dilemma der EG ist nach Papcke (und wer hätte hieran Zweifel?), daß in Brüssel weiterhin nationale Politiken, nicht aber europäische Politik betrieben werde. Wie dies aber ändern? Schließlich ernähren und rechtfertigen sich insbesondere nationale Egoismen bzw. Partikularinteressen durch die Egoismen und Partikularinteressen der jeweils anderen. Die aber, so lehrt die tägliche Erfahrung, sind im Gegensatz zu den eigenen immer schier unüberwindlich.

Mit einem Spezialthema (gesamt-)europäischer Politik befaßt sich Peter Bender: „Berlin in der Mitte Europas“ nennt er seinen Artikel und gleichzeitig seine politische Hoffnung, denn er meint keineswegs irgendeine geographische Mitte, sondern eine politische, kulturelle, ökonomische Möglichkeit oder Chance. „Es macht einen großen Unterschied, ob man – wie die Bundesrepublik – vom Westen nach Osten sieht oder von der Mitte nach beiden Seiten. Aus dem Blickpunkt wird ein Standpunkt, und dieser Standpunkt hat Tradition.“ Und Bender fügt das Dieppen-Zitat hinzu: „Berlin ist eine Mitte, die dafür sorgt, daß die Bonner Politik nicht einer verengenden Rheinbund-Mentalität erliegt.“ Leider geschieht dies nicht immer, muß man ergänzen, wenn auch in letzter Zeit der Bonner Blick nach Osten etwas klarsichtiger geworden ist.

Einem anderen europapolitischen Spezialgebiet, und dazu noch einem recht erfolgreichen, widmen Uwe Holtz, Hans-Jürgen Smula und Jürgen Bellers ihre Arbeiten: der EG-Entwicklungshilfe. Bei aller Kritik im Detail kommen sie insgesamt zu einem eher positiven Urteil über die unternommenen Aktivitäten und Politiken. Warum aber, fragt sich der entwicklungspolitische Laie, ist dann in der Öffentlichkeit so wenig über diesen Bereich bekannt? Liegt es daran, daß hier eine Politik immer nur in Einzelschritten, in Verwaltungsvorschriften und Vertragsparagrafen zerlegt präsentiert wird? Hierfür spricht einiges, wie auch dafür, daß die meisten EG-europäischen Politikfelder deshalb dem westeuropäischen Bürger unbekannt bleiben – und damit naturgemäß kein Anlaß für Begeisterung sind –, weil „Brüssel“ eine anonyme Behörde für ihn ist und das Straßburger Parlament ihn (da nur mit wenig wirklicher Macht ausgestattet) kalt läßt. Hier wohl liegt der Hase im Pfeffer: Man wird vom inzwischen einigermaßen demokratisch fühlenden Europäer keine Begeisterung für „Europa“ erwarten dürfen, wenn man ihn nicht wirklich demokratisch am Projekt Europa beteiligt.

H.S.



# Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
		<b>Thema: Europa</b>
884	Klaus Hänech	Die europäische Linke und die Einigung Europas. Für eine sozialistische Europapolitik
881	Sven Papcke	Auf der Suche nach „Europäität“
902	Peter Bender	Berlin in der Mitte Europas
908	Hansjörg Herr/ Andreas Westphal	Wirtschaftsmacht EG? Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems
915	Otto Reinhold	Wichtiger Beitrag und viele Diskussionsfragen. Zu Egon Bahrs Buch „Zum europäischen Frieden“
919	Thomas Meyer/ Michael Müller	Neuer Individualismus und Solidarität. Thesen zur Diskussion
924	Jürgen Egypten	Der Revolutionär auf dem Welttheater. Ernst Flechers autobiographische Schriften
929	Hermann Glaser	Perspektiven der Industriekultur. Die Folgen der technischen Veränderungen für das Verhältnis Kultur und Gesellschaft
933	Ulrich Rosenbaum	DKP und Perestrojka
938	Karl Kühne	Die Ökonomie der Umgestaltung. Zu A. Aganbegjans Buch „Perestrojka – Die doppelte Herausforderung“
946	Susanna Engelmann	Die israelische Linke und die Intifada
948	Wolfgang Motzkau-Valeton	„Mit allen Kräften . . .“ Zum 4. August 1914
955	Walter Hiller	Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Praxis
957	Klaus Bloemer	Um Polens Identität
		<b>EG-Entwicklungspolitik</b>
959	Uwe Holtz	Bilanz und Perspektiven der EG-Entwicklungspolitik aus deutscher Sicht
964	Hans-Jürgen Smula	Ein Beitrag zur Friedenssicherung? Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft
970	Jürgen Bellers	Thesen zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft
973		Kritik

Titel Karl Debus – Skulptur von Auguste Rodin (Der Denker 1880–1900)

### Klaus Hänsch

# Die europäische Linke und die Einigung Europas

## Für eine sozialistische Europapolitik

*Dr. Klaus Hänsch, MdEP, geb. 1938, ist Obmann für europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament.*

Das ist der Widerspruch im demokratischen Sozialismus an der Schwelle zum letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts: Von Idee und Tradition her ist er dem Internationalismus verpflichtet und damit offen für die Einigung Europas – von seiner Neigung und Praxis her ist er dem Nationalstaat verfallen. Das vereinigte Kapital der Trusts, der Banken und Konzerne betrachtet die europäischen Nationalstaaten längst als eine Art „Disneyland“, in dem aufgeregte Regierungen und Parteien noch „nationale Souveränität“ spielen dürfen. Unter den uneinigen Sozialisten, die einst die „Proletarier aller Länder“ vereinigen wollten, hängen viele noch immer an der Illusion, der Sozialismus sei „in einem Land“ aufzubauen.

Gewiß: die deutschen Sozialdemokraten haben schon in ihrem Grundsatzprogramm von 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert; in den fünfziger Jahren konnten sie sich aber nur mühsam mit den konkreten Formen der Einigung Westeuropas anfreunden. Die französischen Sozialisten kannten, in der Tradition eines Jean Jaurès und eines Léon Blum stehend, durchaus die europäische Dimension nationaler Politik, und die Regierung des Sozialisten Guy Mollet beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung der Römischen Verträge; in der Phase des Neuaufbaus der Sozialistischen Partei in den siebziger Jahren aber verschwand die europäische Dimension aus Programm und Praxis. Die italienischen Sozialisten – wie seit längerem auch die italienischen Kommunisten –, in allen grundsätzlichen Bekundungen immer besonders pro-europäisch, beharren in ihrem praktischen Verhalten nicht seltener

als andere auf besonderen nationalen Standpunkten. So geht es auch den Belgiern, die zwar mit Paul-Henri Spaak einen großen Europäer hatten (den auch Sozialisten leider häufig hinter der konservativen Dreieinigkeit Schuman, de Gasperi und Adenauer vergessen), der aber doch nicht ausreicht, Sozialismus und Einigung Westeuropas für sie synonym zu machen. In anderen sozialistischen Parteien von Dänemark bis Griechenland und, nicht zu vergessen, in Großbritannien ist das Zögern vor einem Engagement für die Einigung Europas nicht gewichen, das Unverständnis nicht ausgeräumt, der Widerstand nicht besiegt. Gewiß haben die spanischen und die portugiesischen Sozialisten ihre Völker nach Europa und in die Europäische Gemeinschaft geführt. Sie haben das nationale Interesse und die Beteiligung an der Einigung Westeuropas als kongruent erkannt. Noch aber ist nicht bewiesen, wie belastbar diese Interpretation der nationalen Interessen ist.

Trotz aller Beschwörungen sozialistischer Internationalität hat jede der Parteien des demokratischen Sozialismus in den letzten 120 Jahren der europäischen Geschichte eine unterschiedliche nationale Entwicklung genommen. Unterschiedliche Erfahrungen in Regierung und Opposition, in Widerstand und Untergrund, unterschiedliche nationale Traditionen und politische Kulturen leiteten ihre Aktionen, formten ihre Präsentationen, prägten ihr Selbstverständnis. Der Druck der Konkurrenz anderer nationaler Parteien auf der Linken – einer starken kommunistischen Partei wie in Italien oder in Frankreich oder das Fehlen solcher Parteien in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Stärke der traditionellen Rechten wie das Aufkommen neuer Bewegungen – beeinflussen damals und heute Positionen und Aktionen.

Alle sozialistischen Parteien müssen schließlich acht geben auf die unterschiedliche soziale Struktur ihrer Wählerschaften, ja sogar ihrer Mitgliedschaften. Ihre Programme und ihre Aktionen müssen sich nach dem Stand der nationalen, manchmal sogar der regionalen ökonomischen und sozialen Entwicklung unterscheiden. Und wer könnte leugnen, daß allein schon die Tatsache, eine Partei in der Regierung oder in der Opposition zu sein, unterschiedliche Analysen, Bewertungen und Handlungen hervorruft?

## Der Nationalstaat hat seine Steuerungsfunktionen verloren

In einem Europa, zu dessen Wesensmerkmalen die nationale und die regionale Vielfalt gehört, können Sozialisten ein allumfassendes Konzept für die Gestaltung der gesamten europäischen Gesellschaft in Freiheit nicht entwickeln. Für demokratische Parteien, die auch die Interessen ihrer Wähler widerspiegeln und berücksichtigen müssen, ist Einheitlichkeit als Selbstzweck nicht nur nicht möglich, sondern auch nicht erstrebenswert. Dies ist solange und soweit kein Mangel wie die Parteien des demokratischen Sozialismus begreifen und beachten, daß sie erfolgreiche nationale und regionale Politik nur noch in europäischer Gemeinsamkeit machen können.

Sozialisten haben im Staat – und das ist der ererbte Nationalstaat – immer das Instrument gesehen, mit dem die schlimmsten Auswirkungen der nationalen und internationalen ökonomischen Krisen bekämpft und die sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten gemildert werden können. Das war in einer bestimmten Phase der historischen Entwicklung richtig. Heute aber ist die Planungs- und Handlungsfähigkeit der meisten Multis größer als die eines durchschnittlichen nationalen Wirtschafts- oder Sozialministeriums. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat einmal gesagt, daß er mit den Instrumenten der nationalen Wirtschaftspolitik, selbst wenn er allein und ohne Kompromißzwang über sie verfügte, nur höchstens 30 % des wirtschaftlichen Geschehens bestimmen könnte. Die internationale Kapitalkonzentration und Wirtschaftsverflechtung sowie der Kräfteverfall des nationalen Staates dürfte Sozialisten allerdings am wenigsten überraschen. Immerhin hat schon Karl Marx solches vorhergesagt.

Während die Instrumente des Nationalstaats stumpf geworden sind und zur Bewältigung der Probleme nicht mehr taugen, mit denen die Menschen in den europäischen Staaten konfrontiert sind, werden der Europäischen Gemeinschaft solche Instrumente sowohl in genügender Zahl als auch in ausreichender Qualität weiter verweigert. Gerade weil Sozialisten Politik nicht bloß als Resultat der Kapitalströme erdulden, sondern gestalten wollen, müssen sie den Funktionsverlust des Nationalstaats europäisch kompensieren. Sie müssen neue Steuerungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene anstelle der nationalen entwickeln, die mehr und mehr verlorengehen. Das heißt allerdings nicht, daß sie die Kämpfe, die der Sozialismus auf der nationalen Ebene

schon verloren hat, noch nachträglich auf der europäischen gewinnen können.

Der nationale Rahmen reicht für die Lösung der nationalen Probleme nicht mehr aus. Das gilt nicht für alle Probleme und nicht für jede Lösung. Allerdings sind die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und der wirksame Schutz der Umwelt, die Behauptung der europäischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt und der Anschluß an die Entwicklung der internationalen Forschung, die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen transnationale Probleme, die transnationale, also europäische Lösungen verlangen. In der konkreten Politik der neunziger Jahre ist eine andere Organisation als die Europäische Gemeinschaft, die zur Lösung dieser Probleme aufgerufen wäre, nicht zu entdecken.

## Die Europäische Gemeinschaft muß zur Europäischen Union entwickelt werden

Die Europäische Gemeinschaft wurde in einer Zeit des ökonomischen Wachstums gegründet. Damals ging es im Grunde nur darum, Wachstumsraten gerechter aufzuteilen und für gemeinsame europäische Politik zu nutzen. Heute befindet sich die Wirtschaft der westlichen Industrienationen in einer Strukturkrise. Nicht mehr Zuwächse sind zu verteilen, sondern ökonomische und soziale Rückgänge sind gerecht auszugleichen. Neue Mitglieder haben sich der Gemeinschaft angeschlossen, die mit ihren Beitritten andere Perspektiven verbinden, als es die Gründungsmitglieder in den fünfziger Jahren taten.

Der Rahmen und die Struktur der Römischen Verträge sind ausgeschöpft. Sie bedürfen auch nach dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte der Reform und Weiterentwicklung. Zwar halten sogar Sozialisten die Einheitliche Europäische Akte, die den großen Binnenmarkt zum europäischen Förderator machen will, für einen Fortschritt. In Wahrheit handelt es sich aber nur um die Erneuerung eines Glaubens, der sich schon in den sechziger Jahren als Irrglaube erwiesen hat: Die Politik werde der Wirtschaft folgen und die Vereinigten Staaten von Europa würden mit unausweichlicher Konsequenz aus einem großen gemeinsamen Markt wachsen.

Die europäischen Sozialisten brauchen die Vollendung des Binnenmarktes durchaus nicht abzulehnen, aber sie müssen wissen, daß durch ihn allein Europa nicht vereinigt wird. Viele Sozialisten haben in den fünfziger Jahren die Einigung Europas als nicht wichtig angesehen. Das war eine Fehleinschät-

zung. Wenn heute, in einer Zeit, in der die europäischen Staaten eine weltweite ökonomische Krise durchzustehen, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und einen technologischen Rückstand aufzuholen versuchen, die Sozialisten die Einigung Europas entdecken, müssen sie sich vor dem Fehler hüten, die Europäische Gemeinschaft nur als Markt zu begreifen und zur Verteilstation zu degradieren. Damit würden sie in schlechterer Lage nur das kopieren wollen, was die europäische Rechte unter günstigeren Begingungen nicht geschafft hat.

Sozialisten mißachten keineswegs die Notwendigkeit einer soliden ökonomischen Basis für das geeinte Europa. Sie unterstützen die Schaffung des großen (west-europäischen Binnenmarkts. Zugleich fördern und fordern sie einen gerechten Ausgleich zwischen dem reicheren industrialisierten Norden und dem ärmeren agrarischen Süden der Gemeinschaft. Sozialisten können und dürfen die ökonomische Basis ihres Tuns, die soziale und regionale Gerechtigkeit nicht vergessen oder geringachten, aber sozialistische Politik in Europa darf sich auch nicht darauf beschränken. Für sie muß Europa mehr sein als nur eine ökonomische Wachstumsgemeinschaft mit beschränkter Haftung.

#### **Eine europäische Lebensweise entwickeln**

Der demokratische Sozialismus hat auf unserem Kontinent nur eine Chance, wenn er sich mit der Einigung Europas verbindet. Historisch war die Herausbildung nationaler Identitäten in Europa mit der Entwicklung einer neuen Lebensweise, verbunden, die der Entwicklung der Produktivkräfte entsprach. Für die Bildung der Nationalstaaten waren es gestern Kapitalismus und Industrialisierung. Für den Zusammenschluß der europäischen Völker könnten es morgen demokratischer Sozialismus und Ökologie sein.

Demokratische Sozialisten in Europa müssen zu Protagonisten einer eigenen europäischen Lebensweise werden, die einen spezifisch europäischen Umgang mit dem technologischen und ökologischen Fortschritt entwickelt und zu einer eigenen Kultur des menschlichen Zusammenlebens in der nachindustriellen Gesellschaft verdichtet. Eine europäische Linke, die auf die kulturelle Dimension ihres Wirkens verzichtet, hätte schon verloren, ehe sie begonnen hat. Dabei bleibt das Konzept der Bündigung ökonomischer und politischer Macht durch demokratische Beteiligung der von Wirtschaft und Politik Betroffenen, also aller Staatsbürger, an den Entscheidungen in Betrieben und Organisationen auf

der Tagesordnung ihres Wirkens. Sie muß immer wieder neu individuelle Freiheit und gesellschaftliche Gleichheit miteinander versöhnen. Sie muß immer wieder neu wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit verbinden. Sie muß weiterhin Widersprüchliches vereinen zu etwas spezifisch Europäischem, das sich vom staatsmonopolistischen Kommunismus sowjetischer Prägung, der die Freiheit zerstört, ebenso unterscheidet wie vom Ellenbogen-Individualismus des amerikanischen Kapitalismus, der die soziale Gerechtigkeit verhindert. Nur dann bleiben die sozialistischen Parteien mit ihren Wurzeln verbunden. Nur so behalten sie ihren humanitären Auftrag.

Eine europäische Lebensweise entwickeln heißt, einen Weg des technischen und sozialen Fortschritts einzuschlagen, der nicht der japanische oder der amerikanische ist. Europäische Forschungs- und Technologiepolitik darf nicht einfach die japanische oder amerikanische Entwicklung nachvollziehen wollen. Kopieren ist nicht europäisch. Natürlich kann es eine „europäische Technologie“ nicht geben. Aber ein europäischer Weg des Umgangs mit ihr kann beschränkt werden. Dieser Weg führt nicht in eine pauschale Technologiefeindlichkeit (obwohl die neue europäische Linke hier und da dieser Versuchung unterliegt), sondern in den zurückhaltenden und kritischen Umgang mit der modernen Technik. Wir haben nicht nur die Frage zu beantworten, welche modernen Technologien wir wollen. Wir müssen auch Antwort auf die Fragen finden, wofür wir sie einsetzen werden.

Das hat Konsequenzen für die konkrete Politik der Sozialisten in der Europäischen Gemeinschaft. Es darf keine Forschungspolitik und keine Förderung neuer Technologien geben ohne eine „Technologie-Bewertung“. Ein europäischer Wirtschaftsraum darf nur geschaffen werden, wenn er mit der Schaffung eines europäischen Sozialraums verbunden wird. Geschieht das nicht, bleiben die Schwachen in der Gesellschaft ohne Schutz vor den Starken. Liberalisierung ohne Harmonisierung in der EG vermarktet Europa und gefährdet die erkämpften Rechte der Arbeitnehmer. Harmonisierung ohne Liberalisierung verbürokratisiert Europa und gefährdet die individuellen wie die ökonomischen Freiheiten. Eine EG-Unternehmenspolitik ohne Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen ist nicht akzeptabel. Und es darf keine EG-Wirtschaftsförderung geben ohne die Sicherung eines qualitativen Wachstums und verantwortlichen Umgangs mit der Umwelt.

### Die ökologische Herausforderung annehmen

Der europäische Kontinent ist klein. Seine große Bevölkerungsdichte und der hohe Industrialisierungsgrad machen ihn besonders empfindlich. Die radioaktive Wolke von Tschernobyl – spätestens! – sollte uns alle gelehrt haben, daß kein Nationalstaat seine Grenzen schützen kann. Die Katastrophe bei der Firma Sandoz in Basel, die weite Abschnitte des Rheins verseuchte, hat gezeigt, daß das Versäumnis weniger Menschen das Trinkwasser von Millionen verderben kann. Der Mülltourismus mit dem Seveso-Gift Dioxin hat bewiesen, daß nationale Regeln untauglich sind. Umweltkatastrophen mißachten nationale Souveränitäten. Ihre Ursachen mögen noch national sein, ihre Folgen sind allemal international. Da die Menschen in Europa den Schaden moderner Technologien gemeinsam tragen müssen, haben sie auch das Recht, gemeinsam über ihren Einsatz zu entscheiden. Die europäischen Sozialisten müssen die ökologische Herausforderung annehmen.

Bei manchen der Mitgliedsparteien im Bund der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft steht die Ökologie noch nicht besonders hoch im Kurs. Vor allem in südeuropäischen Ländern fällt Umweltschutz noch immer unter den Verdacht, eine vorübergehende modische Erscheinung zu sein, die langfristig für die Politik nicht von Wichtigkeit sei.

Vielfach hält man die Ökologie für ein deutsches (allenfalls dänisches oder niederländisches) Steckenpferd. Daß manche Parteien heute mehr Gewicht als vor zehn Jahren auf ökologische Themen legen, wird als bürgerliche Anpassung an gewisse neue Bewegungen denunziert. Das ist ein verkürztes Verständnis von Sozialismus.

Der Kapitalismus ist die Ideologie der rücksichtslosen Ausbeutung von Natur und Mensch. Zum Sozialismus gehört die Erkenntnis, daß die Ressourcen des Lebens auf der Erde nicht unerschöpflich sind. Von Beginn ihrer Geschichte an haben die Sozialisten gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekämpft. Dieser Kampf ist noch nicht gewonnen, er ist aber heute in eine neue Dimension getreten: Die hemmungslose Ausbeutung der Natur durch den Menschen ist die Ausbeutung künftiger Generationen durch die heutige. Im übrigen kann eine Welt mit zehn Milliarden Menschen nicht nach den Konzepten leben, die vor hundert oder vor fünfzig Jahren in Europa für zwei Milliarden Menschen entwickelt wurden. Das gilt vor allem, wenn alle Menschen zu Recht die gleichen Ansprüche stellen.

### Mit den Völkern der Dritten Welt zusammenarbeiten

Am Ende des 20. Jahrhunderts kann die demokratische Linke in Europa nicht ein eurozentristisches Weltbild an die Stelle des nationalzentristischen der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts setzen wollen. Ein europäischer Sozialismus, der sich auf sich selbst beschränkte, verliere seine Strahlkraft auch in Europa. Eine Linke, die nicht gegen Unfreiheit und Gewalt, gegen Hunger und Unterentwicklung überall in der Welt antritt, verliere ihre Seele. Sie muß mit dem Engagement für ein vereintes Europa eine gemeinsame Politik der Entwicklung und Zusammenarbeit mit der Dritten Welt verbinden.

Eine solche Politik wäre nicht alte Domination mit neuen Mitteln, sondern eine Alternative zu amerikanischen und sowjetischen Ambitionen. Europa kann ein ernstzunehmender Faktor in der Weltpolitik sein. In der Dritten Welt, in Afrika und Lateinamerika vor allem, warten viele Völker darauf, daß die Europäer ihr ökonomisches Gewicht endlich auch in geschlossene politische Aktion umsetzen. Sie rechnen auf europäische Unterstützung, die ihre sozialen Befreiungsbewegungen nicht zur Funktion im Ost-West-Konflikt werden läßt. Wie befreiend könnte es für Befreiungsbewegungen sein, mit wirksamer europäischer Hilfe dem Druck der Rivalität zwischen Moskau und Washington zu entgehen.

Eine sozialistische Politik der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt exportiert nicht europäische Lebensweise, Großtechnologien oder Formen der parlamentarischen Demokratie. Sie ist Hilfe zur eigenständigen Entwicklung. Das erfordert mehr als nur die Erhöhung finanzieller Hilfen für die Dritte Welt, auch mehr als menschliches Engagement in Medizin und Ausbildung. Das erfordert den Verzicht auf einen gewissen Euro-Protektionismus, der den europäischen Markt zwar für die Rohstoffe der Dritten Welt öffnet, aber ihren Erzeugnissen aus Landwirtschaft, Handwerk und Industrie wenig Chancen läßt. Die Gemeinschaft muß damit aufhören, ihre Nahrungsmittelüberschüsse durch ungeheure Exportsubventionen in die Länder der Dritten Welt zu drücken und damit dort die Landwirtschaft zu zerstören.

Die Europäer müssen bereit sein, einen Beitrag zur Reform des Weltwirtschaftssystems zu leisten. Nur dann werden die Länder der Dritten Welt, die heute unter der Last der Schulden erdrückt und von den Anweisungen des internationalen Währungsfonds stranguliert werden, wieder freier atmen können. Das aber kann nicht geschehen ohne das Ge-

wicht, daß eine gemeinsame europäische Währung hätte. Sind sich alle Sozialisten in Europa bewußt, was eine gemeinsame europäische Währung bedeutet, was mit ihr an nationaler Souveränität, an lieb gewordenen Traditionen, an eingefahrenen Inflationsmentalitäten oder Stabilitätsdoktrinen aufgegeben werden müßte?

### Europa muß sich selbst behaupten

Die in der Europäischen Gemeinschaft verbundenen 320 Millionen Europäer mit ihrem auf engem Raum angehäuften Potential beeinflussen und bestimmen, ob geeint oder ungeeint, ob gewollt oder ungewollt, Handelsströme und Ressourcentransfer, Entwicklungschancen und Entwicklungshemmnisse überall in der Welt. Solange ihr Tun oder Unterlassen dem Zufall, der Laune oder der nationalen Prestige-Konkurrenz überlassen bleibt, schafft Europa Unruhe und Unsicherheit. Deshalb braucht die Europäische Gemeinschaft eine gemeinsame Außenpolitik.

Es geht dabei um eine Zusammenschau der europäischen Ziele und Möglichkeiten, um die Koordination zwischen EG-Außenwirtschafts- und EG-Entwicklungspolitik einerseits und der Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik über die EPZ andererseits. Ohne eine gemeinsame Außenpolitik droht die EG mit ihrem wachsenden Gewicht in der Weltpolitik herumzutapsen wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen. Wer wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg bleiben will, ist nicht bescheiden, sondern verantwortungslos.

Natürlich ist bei der Beschreibung außenpolitischer Ziele Vorsicht geboten. Konservative Geister beunruhigt, daß sich die Europäer aus der Weltgeschichte abmelden könnten. Manche Sozialisten, vor allem französische, sind fasziniert von einem Europa, das in der Welt eine „eigene Rolle“ spielt. Für eine europäische Außenpolitik ist der eine wie der andere Ansatz ungeeignet. Die Weltgeschichte ist bisher über alle Abmeldungen hinweggekommen, sie würde wohl auch die der Europäer verkraften. Und die Fortsetzung nationaler Ambitionen mit europäischen Mitteln schafft weder Konsens im Innern noch Vertrauen nach außen.

Europäische Außenpolitik ist künftig und heute schon nicht denkbar ohne europäische Sicherheitspolitik. Es bleibt unerträglich, daß Reagan und Gorbatschow über das Schicksal von 320 Millionen Europäern entscheiden, während die europäischen Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat sich mit dem innergemeinschaftlichen Verkauf von

Ackererbsen und Puffbohnen befassen. Die europäischen Sozialisten wissen gemeinsam, daß es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt. Sicherheit ist mit militärischen Mitteln allein nicht mehr zu erreichen, aber auch nicht ohne sie. Dabei gilt: Militärische Überlegenheit verführt zur Dominanz, militärische Unterlegenheit liefert sich aus. Beides fesselt die Freiheit, welche die Grundlage sozialistischen Wirkens ist.

Die Gemeinschaft der westeuropäischen Völker will der westlichen Lebensweise verbunden bleiben. Eine „Äquidistanz“ zwischen Ost und West, ein Euro-Neutralismus ist keine akzeptable Perspektive – und übrigens auch keine realistische. Auch wenn die Reformen, die der Generalsekretär der KPdSU seinem Land verordnet, das sowjetische Haus neu gestaltet haben werden, wird Westeuropa weiterhin in politischer, ökonomischer und kultureller Distanz zum sowjetischen System stehen.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Zahl der atomaren und konventionellen Waffen in Europa zu verringern, wird die Sowjetunion eine Supermacht auf dem europäischen Kontinent bleiben. Sie wird weiter globale Interessen und Ansprüche haben, die Westeuropa belasten können. Ihr militärisches und politisches Gewicht wird auch künftig mit Augenmaß, aber auch mit Nachdruck ausbalanciert werden müssen. Sicherheit finden die westeuropäischen Staaten daher heute und in Zukunft nur im Bündnis mit den USA und im Rahmen der westlichen Allianz.

Wenn also die „Neutralisierung“ Westeuropas nicht im Interesse der Freiheit Europas liegt, so ist es seine Unterwerfung unter ausschließlich amerikanische Interessen auch nicht. Europa muß ein politisches und militärisches Gewicht entwickeln, mit dem es seine eigenen Interessen im westlichen Bündnis vertreten und in Lebensfragen auch durchsetzen kann. Die Sozialisten dürfen der Diskussion über die Definition dieser Interessen und über die Konsequenzen, die eine Selbstbehauptung Europas mit sich bringt, nicht ausweichen.

Jahrelang war eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die sozialistischen Parteien in Europa ein Tabu. Noch immer gibt es Berührungspunkte. An den Diskussionsbeiträgen und Entschließungsanträgen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament ist die Entwicklung abzulesen, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Vor fünf Jahren war es noch durchaus umstritten, ob Westeuropa im Bündnis eine eigene Rolle spielen solle. Eine Festlegung auf sicherheits- und verteidigungs-

gungspolitische Gemeinsamkeiten war fast unmöglich. Gemeinsame Positionen gegenüber der UdSSR und den anderen Mitgliedstaaten von Warschauer Pakt und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe waren die Ausnahme. Heute streben alle Sozialisten in Europa nach mehr Eigenständigkeit im westlichen Bündnis. Das amerikanische SDI-Programm hat die Bereitschaft und die Fähigkeit beachtlich wachsen lassen, gemeinsame Positionen in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu beziehen. Im Blick auf die Europawahl 1989 konnte eine gemeinsame Plattform erarbeitet werden, die, ohne allzu viele Probleme auszuklammern oder zu verdecken, zahlreiche Kontroversen zusammenführt.

Das ist noch längst keine gemeinsame Sicherheitspolitik, geschweige denn eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Das verbreitert aber die Basis, von der aus weitere Schritte gegangen werden können. Noch sind unter den Sozialisten Fragen, wie z. B. die der Rüstungskooperation, nicht ausdiskutiert. Manches bleibt unklar, wie etwa die Frage, wie europäische Sicherheitspolitik organisiert werden soll: Ist die Westeuropäische Union (WEU) ein geeigneter Rahmen? Muß man die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) ausbauen? Oder soll man eine Neuorganisation der NATO anstreben? Welche Rolle spielt die nukleare Abschreckung heute und künftig für die Sicherheit Europas?

Das sind wichtige Fragen. Entscheidend ist aber, daß die europäischen Sozialisten bei einer gemeinsamen Sicherheitspolitik von zwei Grundbedingungen ausgehen.

1. Europa darf nicht zum Schlachtfeld werden. Deswegen muß der Westen verteidigungsfähig, das heißt kriegsabschreckungsfähig bleiben. Auf unserem Kontinent darf keine Macht in den Trugschluß verfallen, ein Krieg in Europa sei gewinnbar.

2. Nukleare Abrüstung und die Schaffung einer neuen Stabilität im Bereich der konventionellen Rüstung sind ein Gebot der politischen, der wirtschaftlichen und der militärischen Vernunft. Sicherheit ist im Zeitalter atomarer Waffen in Europa aber mit militärischen Mitteln allein nicht zu gewährleisten. Wenn das richtig ist, kann auch militärische Abrüstung für sich allein noch keine Garantie für stabile Sicherheit sein. Abrüstung braucht die Abstützung durch politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Westen und im Osten Europas. Nur dann wird sie ihre friedenssichernde Wirkung voll entfalten können. Sicherheitspolitik muß also ergänzt werden durch eine westeuropäische Ostpolitik.

Der Europäischen Gemeinschaft fällt dabei eine besondere Rolle zu. Nach dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte hat sie neue Befugnisse im Bereich der Forschung, der Technologie und des Umweltschutzes zugewiesen bekommen. Sie muß diese Befugnisse auch für die Zusammenarbeit mit Osteuropa einsetzen mit dem Ziel, eine friedenserhaltende Verflechtung zwischen Ost und West auf unserem Kontinent zu schaffen.

Mit der Gemeinsamen Erklärung von RGW und EG sind endlich die Voraussetzungen erfüllt für den Abschluß von Handelsabkommen und Kooperationsverträgen zwischen der EG und jedem einzelnen europäischen RGW-Land. Dabei werden unterschiedliche politische Schwerpunkte, aber auch die unterschiedlichen ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten und Interessen der einzelnen RGW-Staaten einerseits und der EG sowie ihrer Mitgliedsstaaten andererseits eine Rolle spielen. Insgesamt aber werden die handelspolitische wie die wissenschaftliche und ökologische Kooperation auf der Grundlage normaler Beziehungen zwischen EG und den RGW-Staaten erweitert und vertieft werden können. Es gibt so viele Aufgaben, die einer gemeinsamen Lösung harren. Es gibt so viele Möglichkeiten, die gemeinsam genutzt werden können. Bürokratische Hemmnisse und systembedingte Zwänge mögen diese Zusammenarbeit noch für etliche Jahre behindern und begrenzen, für Sozialisten jedenfalls sind Budapest und Warschau, Krakau und Dresden nicht weniger europäisch als London, Paris oder Rom.

Für eine Zusammenarbeit im Umweltschutz gibt es bereits gute Ansatzpunkte. In der Verkehrs-, der Energie- und der Landwirtschaftspolitik haben die EG und die RGW-Staaten eine Reihe gemeinsamer Probleme zu lösen. Manche Projekte im Bereich von Wissenschaft und Technologie können ebenfalls zu mehr Gemeinsamkeit führen. Der Standard der sowjetischen Raumfahrt, aber auch in der Metallbearbeitung, der Werkstoffherstellung, der Energieforschung und der Fusionstechnik, schließlich auch in der theoretischen Mathematik gewährleistet, daß die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Ost und West nicht zur Einbahnstraße werden.

Aus Zusammenarbeit kann ein Geflecht gegenseitiger Abhängigkeiten wachsen. Das ist kein Nachteil, der in Kauf genommen werden muß, sondern das ist ein Vorteil, der gewollt ist. Aus Zusammenarbeit dauerhafte Verflechtung zu schaffen: das war das friedenssichernde Prinzip der westeuropäischen Einigung am Anfang der fünfziger Jahre. Nicht die glei-

che Form, aber das gleiche Prinzip gilt für die Sicherung des Friedens auf dem gemeinsamen Kontinent. Sicherheit wächst nicht aus Vertrauensseligkeit, sondern aus der Entwicklung und Bewahrung gleichgerichteter Interessen. Je weniger die Westeuropäer dabei in altem Blockdenken verharren, desto mehr Bewegungsmöglichkeiten verschaffen sie auch den osteuropäischen Völkern. Das eröffnet die Perspektive für eine europäische Friedensordnung.

#### Das Europäische Parlament stärken

Es gibt keine sozialistische Politik ohne starke und funktionierende europäische Institutionen. Hier leisten sich die Sozialisten einen ebenso abstrakten wie überflüssigen Streit. Die beiden Lager werden – idealtypisch – von den französischen und den italienischen Sozialisten vertreten. Während die Franzosen darauf bestehen, erst eine gemeinsame Politik zu definieren und durchzuführen und dann, wenn notwendig, vielleicht nationale Kompetenzen auf europäische Organe zu übertragen, wollen die Italiener zunächst starke gemeinsame Institutionen schaffen in der Hoffnung, daß sich dann von selbst eine von allen akzeptierte gemeinsame Politik ergebe. Beides ist falsch. Ohne stärkere Institutionen als es sie heute gibt, kann gemeinsame Politik nicht definiert und durchgesetzt werden. Und ohne gemeinsame politische Ziele und gemeinsam durchgeführte konkrete Projekte sieht niemand die Notwendigkeit starker gemeinsamer Organe ein. Das hat die europäische Praxis in den letzten zehn Jahren bewiesen.

Die Stärkung europäischer Institutionen muß einhergehen mit ihrer Demokratisierung. Manche sozialistischen Parteien wie die britische Labour-Party, die dänischen Sozialisten oder die griechische PASOK wehren sich noch immer gegen eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Andere sehen in mehr Mitentscheidungsrechten für das Parlament eine zwar demokratiefreundliche aber zweitrangige Zugabe, auf die verzichtet werden kann. Sie müssen acht geben, daß sie nicht einer historischen Fehleinschätzung unterliegen.

Alle Mitgliedstaaten der EG sind parlamentarische Demokratien. Alle nationalen Parlamente haben seit der Gründung der Gemeinschaft in erheblichem Maße Kompetenzen in den Bereichen verloren, in denen die Gemeinschaft Zuständigkeiten erhalten hat. EG-Recht bindet und durchdringt die mitgliedstaatliche Rechtsetzung immer stärker. Was die nationalen Parlamente an Rechten verloren haben, ist aber nicht dem Europäischen Parlament, sondern den nationalen Regierungen im Ministerrat

zugewachsen. Damit ist ein Defizit an parlamentarischer Demokratie entstanden, das nicht nur die Gemeinschaft, sondern auch die Mitgliedstaaten selbst betrifft.

Die Reform der Gemeinschaft in Richtung auf die Europäische Union bleibt notwendig. Sie muß mit der Stärkung des Europäischen Parlaments verbunden werden. Dabei braucht das Europäische Parlament auf EG-Ebene keineswegs Entscheidungsrechte und Einflußmöglichkeiten zu bekommen, die denen der Parlamente auf nationaler Ebene gleichen. Konstruktion und Funktionsprinzipien der Gemeinschaft lassen es weder heute noch in Zukunft zu, den Parlamentarismus der Mitgliedstaaten als Blaupause für parlamentarische Konstruktionen auf europäischer Ebene zu benutzen.

Es geht auch nicht um eine schlichte Übertragung von Rechten der nationalen Gesetzgeber auf das Europäische Parlament. Die nationalen Parlamente zu schwächen nur um das Europäische zu stärken, wäre ein falsches Konzept. Vielmehr muß das, was die nationalen Parlamente im Laufe des Integrationsprozesses durch Entscheidung oder Entwicklung bereits verloren haben oder zu verlieren im Begriff sind, aufgefangen und durch *Mit-*Entscheidungsrechte für das Europäische Parlament kompensiert werden.

Neue Zuständigkeiten dürfen der Gemeinschaft nur dann zugewiesen werden, wenn zugleich der damit verbundene fortschreitende Abbau der nationalen parlamentarischen Entscheidungs- und Einflußmöglichkeiten europäisch ausgeglichen wird. Es darf keine neuen Integrationsfortschritte ohne neue Parlamentsrechte geben. Die Sozialisten müssen dafür sorgen, daß die beachtliche Schubkraft ökonomischer und politischer Integrationsinteressen mit der Stärkung der Parlamentsrechte bei der EG-Gesetzgebung verbunden werden. Fortschritte bei der Schaffung des Binnenmarktes sind nur zulässig, wenn sie mit einer Stärkung und Demokratisierung der europäischen Organe verbunden werden. Geschichte dies nicht, werden die Steuerungsinstrumente, die den Nationalstaaten verlorengegangen sind, auch europäisch nicht zurückgewonnen.

Die Mittel für die Gestaltung der Politik zurückzugewinnen: darum muß es den Sozialisten in Europa gehen. Sie werden es nur gemeinsam schaffen oder überhaupt nicht. Noch haben das nicht alle Parteien der Linken erkannt und ihr Handeln darauf eingestellt. Viele ihrer Programme und Beschlüsse bekennen sich zwar durchaus zur Einigung Europas, aber sie bleiben zu häufig im allgemeinen stecken. Im einzelnen hängen ihre Programme und ihr Han-

dein noch immer zu sehr der Illusion souveräner nationalstaatlicher Gestaltungsmöglichkeiten an.

Als erste Partei der europäischen Linken entwickelt die SPD in dem Entwurf ihres neuen Grundsatzensprogramms, das das Godesberger Programm ablösen soll, nicht nur ihre außenpolitischen Vorstellungen, sondern auch ihre Sicherheitspolitik, ihre Wirtschafts- und Währungspolitik, ihre Forschungs- und

Technologiepolitik, ihre Umweltschutzpolitik wie ihre Energiepolitik in konkretem Bezug zur Europäischen Gemeinschaft. Und sie entwirft die Grundzüge für die Weiterentwicklung und Parlamentarisierung der EG. Das sollte zum Ausgangspunkt eines Dialogs mit allen demokratischen Parteien der Linken werden mit dem Ziel, dem demokratischen Sozialismus in Europa die Zukunft zu sichern.

## Sven Papcke Auf der Suche nach „Europäität“?

*Prof. Dr. Sven Papcke, Jahrgang 1939, lehrt Soziologie an der Universität Münster. Veröffentlichungen: zahlreiche Bücher, Artikel und Aufsätze zu soziologischen und sozialgeschichtlichen Themen.*

„Wenn ich um mich blicke und den gegenwärtigen Zustand von Europa betrachte“, klagte 1839 der altkonservative Politiker Josef von Radowitz, „so beschleicht mich ein Gefühl, das ich Erlahmung nennen möchte. Es giebt so gar nichts, so gar keine Person oder bonne cause, welcher man sich mit ungeteiltem Enthusiasmus hingeben könnte.“ Dabei liegt der Wunsch zur Anteilnahme tief in der menschlichen Brust. Es ist also „ein ganz besonders trübseliger Zustand“, wenn man dort, wohin man sich gern wenden möchte, „durch Kehrseiten abgestoßen“ wird. Und „so ist es wirklich jetzt mit Europa beschaffen. Wohin soll sich jemand wenden, um begeistertes Mitgefühl zu empfinden?“

### Mach nur einen Plan

Auch heute muß man sich fragen: Wohin? Dieser Mangel an Begeisterungsanlässen macht freilich eine nüchterne Kosten-Nutzen-Betrachtung der EG dringlich, damit die Enttäuschung über Brüssel nicht zur Abkehr von Europa führt. Dringlich ist aber auch die Besinnung darauf, ob Nutzenbilanzen allein die Einigung Europas auf Dauer tatsächlich voranbringen können. Zwar ließe sich jener Spottvers auch auf die EG anwenden, den Hoffmann von Fallersleben 1840 auf den „Deutschen Zollverein“ dichtete:

*Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,  
Kähe, Käse, Krapp, Papier,  
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,  
Wolle, Seife, Garn und Bier;*

...  
*Und ihr andern deutschen Sachen,  
Tausend Dank sei euch gebracht!  
Was kein Geist je konnte machen,  
Ei, das habet ihr gemacht:  
Denn ihr habt ein Band gewunden  
Um das deutsche Vaterland,  
Und die Herzen hat verbunden  
Mehr als unser Bund dies Band.*

Solche merkantilen Vorteile haben dann allerdings doch nicht ausgereicht. Nicht im Falle der deutschen Einigung, am Ende waren Handlungswille und Führungsqualität vonnöten. Und sie werden auch nicht genügen, um die Einigung Europas abzurunden, auch hierzu wird mehr verlangt als das Wirtschaftsinteresse.

Aber auch mehr als europäische Sonntagsreden, daran herrscht ja kein Mangel! Eher umgekehrt, dem nicht abreißen den Ausstoß an Kongreßberichten ist zu entnehmen, daß in der Europäischen Gemeinschaft wenigstens die *Selbstreflexion* noch sprudelt, denn unvermindert zerbrechen sich Berufene und Unberufene die Köpfe darüber, wie es weitergehen soll, warum alles so immens kompliziert ist und weshalb kein Mensch das Europagebäude noch überblicken kann. Das Wirtschaftswachstum stottert zwar, immerhin 11 % der Beschäftigten sind in der EG mittlerweile ohne Arbeit, die Flut an Berichten über solche Bedrängnis wenigstens wächst aber weiter. Vielleicht sind die Papierberge inzwischen ein ebenso arges Problem für die EG wie die Getreideberge, oder ist das eine sogar mit dem anderen verwandt? Sind nicht vielleicht die beeindruckende Papierproduktion und die vielbeschworene Euro-

sklerose umgekehrt proportional? Spiegelt die wortreiche Handlungsschwäche vielleicht eine „Politik der leeren Herzen“ der zukünftigen EG-Bürger, trotz vieler Vernetzungszwänge, auf die man sich bereits eingelassen hat?

Das sogenannte „Eurobarometer“ ist bekanntlich immer heiter gestimmt. Die Statistiken auch in diesem Feld sind eben keineswegs unvoreingenommen, wie wir längst wissen. Aber im Dezember 1986 hieß es dennoch, daß nur 19 % der Bevölkerung sich „öfter“ als Bürger Europas (was immer das genau heißen mag) „fühlen“, 44 % hingegen „nie“, bei den restlichen 37 % sind europäische Anwendungen wohl schon mal vorgekommen.

19 Prozent EG-Fühlige! Das ist fraglos beachtlich, vergleicht man diese Zahl mit dem Anti-Europäertum einer Epoche, in der Kurt Tucholsky seinerzeit voller Verzweiflung den Zank und Streit auf dem Alten Kontinent besang:

*Fahnen und Hymnen an allen Ecken.  
Europa? Europa soll doch verreckt!  
Und wenn alles der Pleite entgegenreibt:  
daß nur die Nation erhalten bleibt!  
Menschen braucht es nicht mehr zu geben.  
England! Polen! Italien muß leben!  
Die Nation ist das achte Sakrament –!  
Gott segne diesen Kontinent.*

Das war 1932 und wir wissen, was daraus geworden ist. Jene *Sakramentalisierung* des Vaterländischen bedingte die Abwertung aller Nachbarn, was auf dem europäischen Kleinkontinent seit der Herausbildung von Nationalstaaten zu unablässigen Kabinettskriegen, seit der Volksgeistschwärmerei eines Johann Gottfried Herder gar zu Ausmerzungswettbewerben führte. Nicht zuletzt mit Blick auf die schreckliche Chronik dieser europäischen Selbstzerfleischung konnte ja nach dem letzten Krieg wenigstens im westlichen Teil des Kontinentes das Einigungsexperiment in Gang gebracht werden, und dies Unterfangen war und ist schwierig genug.

### Gewöhnung an Europa

Angesichts dieser Sachlage sind europäische Selbstgespräche unbedingt vonnöten, nicht zuletzt um den politischen Wagemut in Sachen Europa zu beschwören. Aber auch, um sich darüber zu verständigen, warum die durchaus erfolgreiche EG, zu der es (wie alle Beteiligten wissen) überhaupt keine Alternative mehr gibt, jener „unvollendete Bundes-

staat“ geblieben ist, vor dem schon Walter Hallstein gewarnt hat, trotz aller Beharrlichkeit der politischen Pioniere in den fünfziger Jahren.

„Der Kampf um Europa“, so brachte der ehemalige Präsident der EG-Kommission vor zwanzig Jahren seine Erfahrungen mit der europäischen Trägheit auf den Begriff, „ist ein Kampf gegen die Gewohnheit. Er ist erst gewonnen, wenn Europa selbst Gewohnheit geworden ist“.

Wie aber könnte eine derartige „Gewöhnung“ aussehen? Heute erweist sich einmal mehr, daß im Vorfeld solcher „Gewöhnung an Europa“ Klärungen nötig werden, was denn den Kontinent eigentlich verbindet. „Europa wird vom Hirn gehalten, vom Denken“ – so schrieb Gottfried Benn 1947 mit einiger Berechtigung. Es geht mithin allemal um ein *Bewußtseinseuropa*, das aber ist nicht selbstverständlich, denn die kulturellen Gemeinsamkeiten dieses Erdteils sind erst in Erinnerung zu rufen, um überhaupt gepflegt werden zu können.\* Einer derartigen Klärung stehen freilich allerhand Sperren und Verdrängungen im Wege:

Da gibt es die *politischen* Ängste, etwa die Vorbehalte nationaler Eliten, die um ihre Macht und Bedeutung bangen müssen, wenn die Transnationalität fortschreitet.

Da rangelt die *wirtschaftliche* Konkurrenz frei nach der Erfahrung, daß Interessen keineswegs verbinden, sondern im Grunde die Quellen für soziale Zerreißproben darstellen, vor allem, wenn die Vergesellschaftung nicht auf mehr beruht als eben auf einer Interessenvereinigung.

Da wirken *sozialpsychologische* Unterströmungen, denn die europäischen Annalen der Leiden an sich selbst hat den Völkern Gereiztheiten und Vorurteile überliefert, die bisher keineswegs beseitigt werden konnten.

Die „Gewöhnung an Europa“ als Gewöhnung an den übergreifenden Kulturraum all der vielen Kleinstaaten bleibt aber auch schwierig, weil die Gegenwartserfahrung der Zeitgenossen immer noch national geprägt ist. Hinzu kommt ein weiteres. In Zeiten der Krise verhalten sich nicht nur die Mitgliedsstaaten nach dem leidigen „St. Florians-Prinzip“; auch die Bevölkerung sucht überschaubare Größenordnungen, um noch verstehen zu können, was eigentlich vor sich geht.

Dem europäischen Bündel – EG genannt – fehlt also weiterhin das Band, um einen Satz von Madame de Staël aufzugreifen. Jene „Gewöhnung an Europa“, die Hallstein verlangte, wäre mithin an einige Voraussetzungen gebunden:

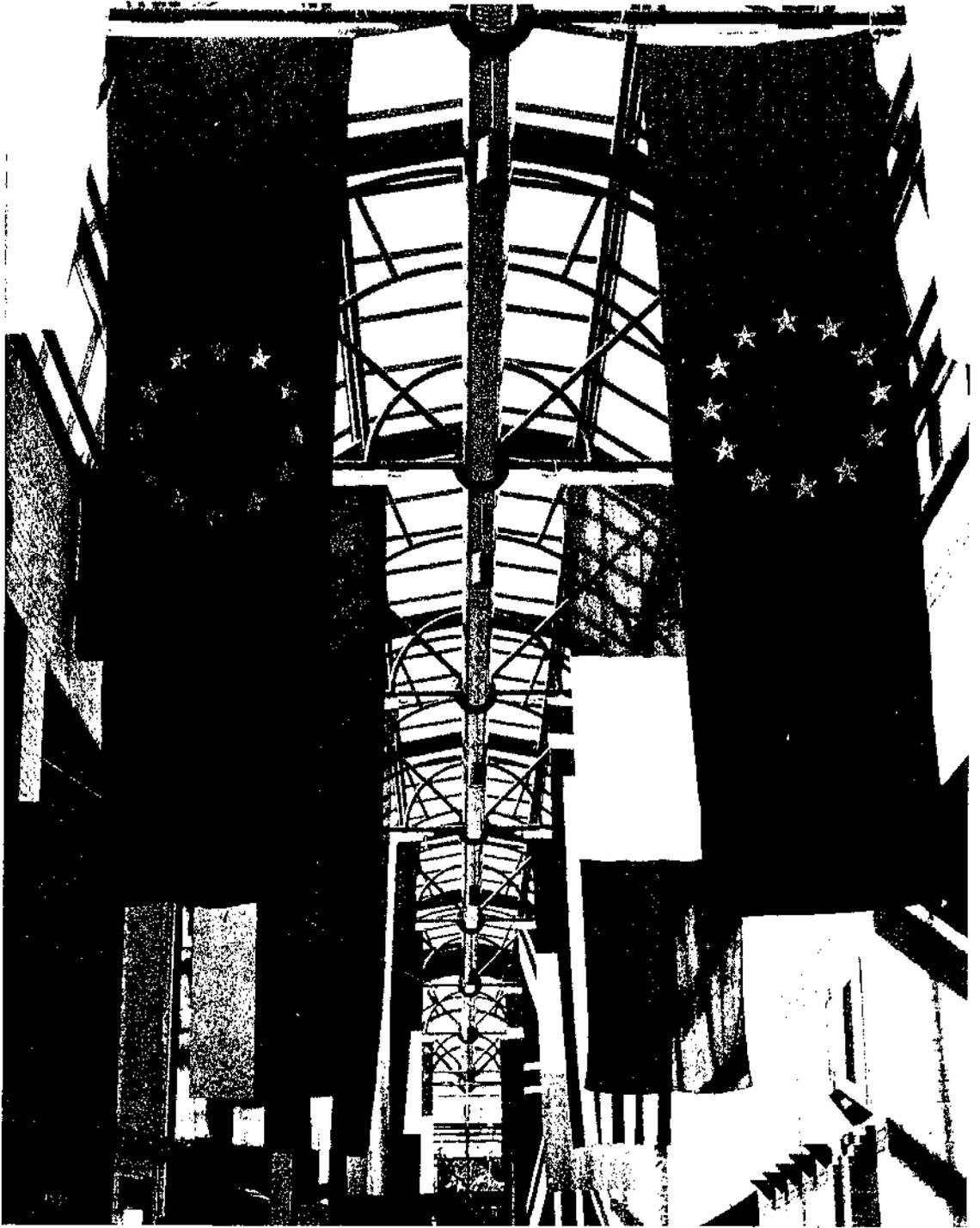


Foto: dpa

## 1.

Der Allgegenwart nationalbegrenzter Historienschreibung, die überall nur vom Anti-Europäismus zeugen kann, muß ein komplexeres Bild der Vergangenheit entgegengesetzt werden, um Europa eine gemeinsame Zukunft zu erleichtern: Neben die zur Regionalgeschichte schrumpfenden Länderchroniken hat eine europäische Zusammenschau zu treten. Eine derartige Europäität als kulturelles Gemeinsames-Vielfaches erst kann den Einzelgeschichten des Kontinentes Zusammenhang und Perspektive verleihen. Solche übergreifende „Eigenart“ Europas muß man nun sicher nicht mit Maurice Barrès zu schlicht sehen. Der französische romancier politique mochte bekanntlich nur vier für Europa tatsächlich typische Einrichtungen nennen: das englische Parlament, den Vatikan, die Académie Française und den preußischen Generalstab. Keine ganz unzutreffende Aufzählung, aber das „Wesen Europas“ ist doch wohl eher in seinen Denkstilen zu suchen, wie etwa in dem der Subjektphilosophie, von der noch zu sprechen sein wird.

## 2.

Der Bedeutungswechsel – vom Nationalen zum Europäischen – ist freilich überhaupt nur denkbar und nachvollziehbar, falls Europa als öffentlicher Lebensraum erfahrbar wird, wovon bislang keine Rede sein kann. Das setzt nämlich unter anderem eine *Politisierung* der EG voraus. Mit der bislang in Brüssel üblichen Geheimen Kabinettpolitik unterbleibt nicht nur eine Vollparlamentarisierung der Gemeinschaft, sondern sieht sich auch verhindert, daß EG-Europa als neue Bezugsgröße breitenwirksam wird. So aber steht zu befürchten, daß sich jene „Spirale der europäischen Ohnmacht“ enger schraubt, die jener längst vergessene Tindemans-Bericht einst kommen sah, weil jeder nur an sich selbst denkt. Auch wenn der „Eurozentrismus“ in Brüssel weitere Fortschritte macht, bleibt die EG doch eine Dame ohne Unterleib, eine politische Illusion also, der es in einer wirklichen Krise durchaus so gehen könnte wie dem österreichischen Imperium seligen Angedenkens, sie würde auseinanderfallen, wenn sie zu hart angestoßen wird.

## 3.

Um das Überleben Europas zu sichern, hat nicht nur die EG als „gemeinsames Haus“ ausgestattet zu werden; überdies müssen die übrigen Staaten dieses Kontinentes auf die eine oder andere Weise einge-

bunden werden. Das gilt nebenbei bemerkt auch für Osteuropa, das einen genuinen Teil der gemeinsamen Kultur verkörpert und nur durch die Schuld des bisher bestimmenden Hickhack in Europa unter die Fuchtel einer kulturell durchaus anders-strukturierteren Randmacht geraten konnte.

## 4.

Das „Projekt EG“ ist der europäischen Geschichte nicht entsprungen wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus. Die Gemeinschaft war und ist keineswegs ein Lieblingskind dieses Kontinentes, stellt vielmehr eine Notantwort auf die verheerenden Folgen dar, die die Bruderkriege unserer Alltagsgeschichte hinterließen. Was die europäischen Völker freilich verbindet und sie als Kulturkreis deutlich von allen anderen Weltregionen – auch von ihren eigenen Ablegern – unterscheidet, das bleibt von den kriegerischen Auseinandersetzungen gänzlich unberührt. Wie ist das zu verstehen? Die europäische Gemeinsamkeit schien solange nicht bedeutsam zu sein, als sie selbstverständlich war und keine Rolle zu spielen schien. So konnten die Europäer miteinander um Machtanteile ringen, waren aber selbst nicht von außen gefährdet. Nemo contra Europam nisi Europa ipse! Erst als die Selbstzerfleischung den Alten Kontinent derart schwächte, daß er (endgültig in Jalta) selbst zum Objekt fremder Herrschaft wurde, stand plötzlich auch seine Eigenheit auf dem Spiel, bald nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Seit der Antike läßt sich ein nun schon klassisches Verhaltensmuster erkennen, das etwa im Jahre 280 vor Christus die peloponnesischen Städte veranlaßte, sich gegen eine äußere Bedrohung zum „Achaiischen Bund“ zusammenzuschließen. Erst in der Existenzkrise wird die Verwandtschaft wertvoll, erst dann wird sie oft überhaupt erkenntlich, erst dann werden politische Energien frei, treten nachrangige Zwiste zurück, weil die Identität der beteiligten Bündnispartner nurmehr in der Rettung des kulturellen Gesamtmielies zu bewahren ist.

Nun hat der französische Wissenschaftsphilosoph Gaston Bachelard einmal darauf hingewiesen, daß „die Welt, in der wir denken, keineswegs die Welt ist, in der wir auch leben“. Dieser Bruch läßt sich freilich positiv wenden: Auch in Sachen Europa fallen Lebenswelt und Denkwelt auseinander, das europäische Denken ist immer schon viel weiter, und die Beschränkung auf das Vorfindliche würde allen Europa-Elan ersticken. Die Besinnung auf das Wesentliche ist also angeraten, ohne im mindesten die büro-

kratischen Anstrengungen geringzuschätzen, welche die EG heute – rebus sic stantibus – überhaupt in Gang halten, jenes mühsame Bohren harter Bretter also, dem Max Weber die besten Ergebnisse im Alltagsgeschäft der Politik zuschrieb, wenngleich er Augenmaß und Zweckorientierung dabei keineswegs missen wollte.

Aber der Blick auf die EG im Sommer 1988 offenbart eine Problemkonjunktur, die Schlimmes befürchten läßt und die es schon jetzt erlaubt, die Umsetzung der Einheitlichen Akte über das Jahr 1992 hinaus zu datieren. . . Angesichts von Agrarkrisen, Finanzkrisen oder überhaupt allgemeinen *Angleichungskrisen* scheint es vielleicht geraten, wieder einmal danach zu fragen, ob all diesen Verstockungen nicht etwas Grundsätzlicheres unterliegt, also eine Art von europäischer *Bewußtseinskrise*. Gibt es vielleicht ganz unterschiedliche Krisentypen, deren Unterscheidung überhaupt erst ermöglichen würde, die Problemfelder richtig zu sortieren? Was ist Ursache, was Wirkung?

#### Rückblick

Vor sechs Jahrhunderten schien es utopisch, die Schweizer Bauern aus der Macht der Habsburger befreien und zu einer Republik vereinigen zu wollen.

Vor fünf Jahrhunderten schien die Einigung des in Religionskriegen zerfallenen Frankreichs utopisch, ebenso die Einigung Spaniens und die Vertreibung der Mauren aus Europa.

Vor vier Jahrhunderten schien die Einigung von England und Schottland zu Großbritannien utopisch.

Vor drei Jahrhunderten dünkte die Befreiung Ungarns aus der türkischen Bevormundung utopisch.

Vor zweieinhalb Jahrhunderten schien die Auferstehung Griechenlands eine Utopie zu sein.

Vor anderthalb Jahrhunderten schien die nationale Einigung der zersplitterten Deutschen oder Italiener utopisch.

Vor einem Jahrhundert schien die nationale Einigung und Auferstehung Polens, Rumäniens oder Jugoslawiens utopisch. . .

Alle diese gestrigen Utopien sind verwirklicht worden, sowohl durch den Wunsch und Willen der Völker, als auch durch Leistungen von Staatsmännern, die vor dem Schlagwort „Utopie“ nicht wie vor etwas Unseriösem zurückschreckten. Sie erweiterten die Grenzen des Möglichen durch Phantasie, Mut, Zähigkeit, Einsicht in die Notwendigkeit und die realpolitische Ausnützung dessen, was im Volksmund gern die Gunst der Stunde genannt wird.

Das Wiederaufleben altbackener Nationalbefindlichkeiten in unseren Tagen hingegen läßt so manchen Beobachter argwöhnen, daß die EG als transnationale Einigungs-Utopie wieder einmal auf Eis gelegt wird, trotz beeindruckender Betriebsamkeit und verheißungsvollster Beschlußlagen. Die junge Westföderation des Kontinentes wird nach wie vor am Europa-Parlament in Straßburg vorbei ohne ihre Bürger verwaltet. Dennoch scheint die blühende Eurokratie die allzu vielen Schwierigkeiten keineswegs bewältigen zu können.

All diesen Fehlkonstruktionen haben aber mentale Grundstimmungen Pate gestanden, die im allgemeinen Palaver über Fleischberge oder das öffentliche Auftragswesen leicht verborgen bleiben. Jene Hoffnung auf eine „Politische Union“, von der einmal die Rede war, leidet offenbar unter dem Ballast anti-europäischer Verwirrungen unserer Geschichte oder – genauer – an einer *falschen* Vergangenheit, wodurch die Partnerländer ihre liebgewonnenen Sichtweisen im Alltag ebenso argwöhnisch behüteten wie ihre politischen Besitzstände: National-Voreingenommenheiten, Souveränitäts-Vorbehalte, Provinzialismus und andere Überständigkeiten verhindern also weiterhin den europapolitischen Commonsense.

Wir erinnern uns: Drei Grundmodelle der politischen Selbstreflexion Europas machten seit jeher einander Konkurrenz: Es sind dies die Muster

- der *Vorherrschaft*,
- des *Gleichgewichts* und
- der *Zusammenarbeit*.

Diese Grundtypen europäischer Zwischenstaatlichkeit wurden im Verlauf der Zeit von eigentlich allen Staaten des Kontinentes durchgespielt, je nach machtpolitischer Befindlichkeit. Aber erst, als alle Beteiligten sich als Ergebnis ihrer Vormachtskämpfe unter einer – mit de Gaulle zu sprechen – „Doppelhegemonie“ eingreifender Randmächte wiederfanden, begann man ernsthaft an ein ausgleichendes Kooperationsmodell als Voraussetzung des gemeinsamen Sichbehaltens zu denken. Es hat aber bislang noch keineswegs überzeugt.

Denn *einerseits* ist der Erdteil als schicksalhafte Folge des bisherigen Fehlkurses nun in von außen bevormundete Blöcke gespalten. Europa ist also nicht nur nicht selbstbestimmt, seine Ohnmacht sieht sich überdies als *Raison d'être* gegnerischer Lager gepflegt. Folglich läßt der Alte Kontinent „es noch immer an jener moralischen Solidarität seiner Bewohner vermissen“, die Salvador de Madariaga 1952 in seinem schönen „Portrait Europas“ forderte.

Und zum anderen steht die Last der Tradition etwa als Nationalstaatsbindung nach wie vor jeder entschlossenen Gemeinschaft im Wege. Noch immer gilt es also, davon zu überzeugen, daß sich die Vielfalt Europas nur bewahren läßt durch das Zusammenfinden seiner Teile zu einem handlungsfähigen „Multiversum“. Ein Zuviel an Historismus aber steht dem im Wege. Gleichzeitig geht es offenbar auch nicht ohne Bestandwahrung ab. Denn will man sich nicht allein auf Nützlichkeits erwägungen verlassen, die zur Begründung der Notwendigkeit europäischer Einigungsschritte an sich ausreichen, jedoch die Gewohnheiten kaum stimulieren können, so muß auch eine Art von „Stimmungseuropa“ entstehen. Quellen für gemeinsame Sympathien lassen sich den abendländischen Traditionen ausreichend entnehmen.

### Neuanfang

Es wäre also nach Kriegsende 1945 an der Zeit gewesen, sich über die Situation Europas klar zu werden. Der erzwungene Verzicht auf das längst überholte Selbstbild von der „Europazentrik“ bedeutete nicht auch gleichzeitig einen Verzicht auf eine eigene Position im globalen Rahmen, aus dieser Erkenntnis ergab sich ja der europäische Zusammenschluß. Es war dabei wenig verwunderlich, daß sich diese Bestrebungen in der eingekleiteten Lage zwischen den Weltmächten zunächst fast ausschließlich im Bereich des geringsten Widerstandes auswirkten, nämlich in der Wirtschaft. Offen blieb damit aber weiterhin, ob und wie mit den Machtansprüchen der nun einmal bestehenden Staatenwelt auf dem Alten Kontinent zu Rande zu kommen war.

Das Brüsseler Einigungswerk hatte schon zu Anfang der siebziger Jahre immerhin den größten Handelsblock der Erde geschaffen. Während es nach 1972 kaum noch zum Ausbau wirtschaftlicher Verflechtungen kam, ging die erfolgreiche Wirtschaftsgemeinschaft nun auch daran, sich Gedanken über eine „Politische Zusammenarbeit“ zu machen. Diese Aufgabe ist keineswegs nachrangig, und sie läßt sich darum auch nicht den Bürokratien beziehungsweise Wirtschaftsgeräten überantworten. Dazu verkörpert das politische „Europa“ dann doch einen zu heiklen Balanceakt, und nur eine Aufarbeitung seiner Vergangenheit kann vor Vereinfachungen und Wunschdenken bewahren oder vor lähmendem Europapessimismus.

Der springende Punkt des westeuropäischen Einigungsweges scheint zu sein: Eine Europäische Gemeinschaft mit Zukunft erfordert als Impulsgeber

auf Dauer mehr als wirtschaftliche Sachzwänge und bürokratische Kunststücke. Das Stadium bloßer Programme und Vertragsabschlüsse muß darum ebenso überwunden werden wie das eingespielte System verwaltungstechnischer Augenblicksaushilfen. Darüber hinaus muß neben einer Vollparlamentarisierung, die die Bürger wirklich an der EG beteiligt, endlich so etwas wie eine (soll man sagen) Zwecklehre der Gemeinschaft definiert werden.

Dabei kommt es fraglos auf die Einstellung Europas zu seiner eigenen Geschichte an, die keineswegs als unkritisches Nebeneinander beliebiger Traditionen dieses Kontinentes zu sehen ist, denn dazu sind die „Grabenbrüche“ (Mingeler) in der Vergangenheit einfach zu tief.

Die bisherige Unbekümmertheit in bezug auf historische wie gleichermaßen auch spirituelle Fragen war vielleicht sinnvoll angesichts der drängenden Verwaltungsakte in Brüssel, solange jeder Fortschritt in Sachen Europa also auf politische Vorbehalte stößt, die in der europäischen Tradition verankert sind. Deutlich wird aber auch: Die mit der Vernetzung EG-Europas verbundenen Zwänge, endlich übernationale Politikformen auszubilden, geraten den ungeklärten Antagonismen der europäischen Vergangenheit immer offener ins Gehege. Mit viel Lebensnähe hatte darum Charles de Gaulle sagen können, „der Traum von einem Vereinigten Europa“ habe schon deshalb keine Aussichten, da man „aus harten Eiern kein Omelette macht“. Tatsächlich jedoch hat die EG inzwischen eine eigene und durchaus selbstläufige Sachlogik entwickelt. Und genau dieser Umstand führt wiederum zu nicht unerheblichen Vorbehalten gegen solch transnationale Sogwirkung. Es ist sicher zutreffend, mit Bundeskanzler Kohl darauf zu verweisen, daß sich sogar die jeweiligen Nationalbefindlichkeiten „dann am besten wahren“ lassen, wenn man sie „in gemeinsamen Strukturen verwirklichen will“. Die Einsicht in allen Ehren, daß nur Bestand hat, was mit der Zeit geht; in Wirklichkeit mag es aber inzwischen oft so scheinen, als ob im Einigungsprozeß Reizschwellen erreicht sind, die einen europäischen Qualitätssprung behindern, obschon das Mitgliederwachstum danach schreit. Als Kernproblem der EG schält sich immer deutlicher heraus, daß ein wachsendes, wenngleich unausgesprochenes Spannungsverhältnis herrscht zwischen der realeuropäischen Dimension und den Mitgliedsstaaten. Deren Eliten haben einst die „Gemeinschaft“ durch Verträge ins Leben gerufen und betrachten sie immer noch als Werkzeug ihrer Interessen. Nun müssen sie feststellen, daß ihr Geschöpf



Niemand wird durch nichts berühmt.

WestLB  
Die Bank Ihrer Initiativen.

Düsseldorf Münster

ein Eigenleben führt. Es schafft Handlungszwänge, denen man ausgeliefert ist, will man im Chor der Kleinmächte weiter eine Solostimme beanspruchen. Unzählige Kommissionsinitiativen, die im Ministerrat feststecken, zeugen vom Ärger über diese Nötigung.

Nicht zuletzt diese Zerreißprobe mag aufzeigen, daß sich die EG trotz aller Sachzwangsdynamik in einem riskanten Zielkonflikt zwischen Herkunft und Zukunft befindet. Oder anders: Die Geschichte Europas, *unkritisch* im Sinne traditionellen Fortlebens verstanden, erweist sich in ihrer politischen Jetztform sozusagen als ständiger Widersacher weiterer Einigungsbestrebungen.

### Grund zum Feiern?

Am eindrucklichsten läßt sich diese Hypothek vielleicht mit einem Beispiel aus dem EG-Alltag illustrieren: Es war nunmehr eine Festivität zweiter Klasse, zu der sich am 25. März im vergangenen Jahr die Abgesandten der wichtigsten Institutionen der Gemeinschaft in Rom versammelten. Zu feiern war an diesem Mittwochvormittag der dreißigste Jahrestag der „Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“, mit denen 1957 auf dem Capitol-Hügel am Tiber von sechs Ländern ein Kooperationswerk auf den Weg geschickt wurde, das einen in der politischen Geschichte wohl einzigartigen Prozeß des freiwilligen Zusammenrückens traditionsreicher, über Jahrhunderte aber verfeindeter Nationalstaaten darstellt. Es hat sich bisher über alle Krisen und Ärgernisse hinweg bewährt, trotz allem, was sich schon daraus ersehen läßt, daß Roms Bürgermeister Signorello bei der Eröffnung des Jubiläums immerhin die doppelte Anzahl an Mitgliedsstaaten begrüßen durfte, im Vergleich zum historischen Ereignis selbst. Die Verhältnisse in der Gemeinschaft sind freilich alles andere als geklärt. Und das, obschon vor nunmehr zwei Jahren – am 30. Mai 1986 – vor dem Gebäude der Brüsseler EG-Kommission erstmals die offizielle Flagge Unionseuropas gehißt wurde, zwölf gelbe Sterne auf königsblauem Feld. Dazu erklang Beethovens „Ode an die Freude“, die sich die Gemeinschaft als musikalisches Erkennungszeichen erkoren hat. Während der Zeremonie verlieh der Präsident der Kommission, Jacques Delors, seiner Erwartung Ausdruck, diese Fahne möge „ein Symbol der Hoffnung“ für die Bürger Europas werden. Das alles klang sehr schön: Auch ein Europaführerschein in rosa oder der bordeauxrote EG-Paß in diesem Jahr können kaum darüber hinwegtäuschen, daß die Einigungs-Dyna-

mik seit einiger Zeit stockt, ganz allgemein gesagt erfreut sich die Gemeinschaft bei allen Beteiligten gerade keiner großen Beliebtheit. Die düstere Zukunft der Bauern, die Stahlkrise und viele andere Schwierigkeiten werden auch hierzulande dabei nur allzugern dem Zentrum in Brüssel angekreidet, wo die anderen elf Partner sowieso nicht so wollen, wie Bonn es gerne hätte, in der Umweltpolitik, der Verkehrspolitik, der Währungspolitik und so weiter und so fort. . . Nun, wegen solcher und anderer strittigen Fragen schien auch in Rom kein Anlaß zu besonderem Jubel. Die Funktionäre blieben bei den Feierlichkeiten weitgehend unter sich.

„Happy Birthday Europe! Und nun laßt uns weitermachen und in den nächsten dreißig Jahren auch tatsächlich die Vereinigten Staaten von Europa schaffen!“ Mit diesen guten Wünschen beschloß in Rom der neugewählte Präsident des Straßburger Parlamentes seine EWG-Gedenkrede. Hilft aber der Optimismus von Sir Henry Plumb wirklich weiter? Ist die „Finalität“ der Einigungs-Bewegung gesichert, nur weil mit der Türkei und demnächst womöglich Österreich weitere Mitgliedskandidaten vor der Tür warten, die nach den „Gemeinschaftsverträgen“ prinzipiell jedem europäischen Staat offenzuhalten ist und bisher auch aufgetan wurde? Die Notwendigkeiten der Weltläufe sprechen für den Ausbau und die Festigung der EG, kaum aber für hastige Erweiterungsschritte. Die wirtschaftliche Verflechtung hat auch die politische Kooperation der Partner gefördert, selbst eine gemeinsame Sicherheitspolitik kommt immer konkreter zur Sprache. All das bleibt aber angesichts einer sich macht-wie-wirtschaftspolitisch rasch verändernden Welt noch weit hinter dem Wünschbaren zurück. Da die bipolare Struktur der Nachkriegsgeschichte durch das Aufkommen neuer Mächte wie Japan, China oder auch Brasilien sowie durch den relativen Gewichtsverlust Washingtons und Moskaus brüchig wird, wäre die zügige Entwicklung der EG zu einer wirklich handlungsfähigen Gemeinschaft, die selbstverantwortlich „mit einer Zunge spricht“, vielleicht der entscheidende Anstoß zur Auflösung der Blöcke, die für eine langfristige Stabilität der Weltpolitik unerlässlich ist. So wie die Dinge liegen, ist dieser Qualitätsgewinn der Gemeinschaft aber kaum allein als Summe weiterer Wirtschaftsnetzungen wie etwa der angesagten Vollendung des Binnenmarktes zu erwarten. Auch danach gliche die EG jenem „schlafenden Riesen“, von dem Erich Hauser mit Blick auf das Fehlen einer europäischen *volonté générale* gesprochen hat. Auch der von der Brüsseler Kommis-

sion neuerdings verstärkt inszenierte „Europazentralismus“ – um die Dinge irgendwie anzustoßen – wird nur zu weiteren Gegenbewegungen führen, solange das solchermaßen à la Metternich verwaltete Westeuropa völlig an Bewußtsein und Mitsprache seiner Bürger vorbei Politik macht, die bisher noch keine echte Mitsprache bei der Gestaltung ihrer kontinentalen Zukunft besitzen.

### Kooperation – aber wie?

Dieser ebenso aufgesetzte wie zerbrechliche Zustand ist seinerseits Ausdruck des fortwährenden, wenngleich gern verdrängten Grundübels, daß die EG auch in ihrer heutigen Verfassung nur ein Ergebnis technokratischer Entscheidungen der beteiligten Staaten, nicht aber der freie Entwurf einer europäischen Einigung ist, um der bisherigen, katastrophenträchtigen Form dieses Kontinentes eine neue, wirklich demokratische und entnationalisierte Verfassung zu geben.

Daß aber ein „Vereinigtes Europa“ als Resultat von Kontaktverdichtung und Zeit gleichsam nebenbei auch an politischer Statur gewinnen könnte, darüber sind inzwischen eher Zweifel angebracht. Auch die Erfolge EG-Europas sind kein schlüssiger Beweis des Gegenteils, denn bislang stellt sich das Brüsseler Gebilde zwar durchaus als Lernfortschritt der europäischen Geschichte dar; aber nur als Lernfortschritt am Endpunkt gerade seiner Machtgeschichte, deren Zerstörungspotential man durch die Einschränkung der „Zwischenstaatlichkeit“ bei Strafe des von Oswald Spengler ausgemalten „Unterganges“ bändigen wollte. Damit aber bewegt man sich paradoxerweise nach wie vor auf dem Boden *derselben* konfliktträchtigen Geschichte, die ja mit Blick auf die Vergangenheit Europas gescheitert ist und 1945 nur ihren Tiefpunkt erreichte.

Insofern unterscheidet sich der nach dem Zweiten Weltkrieg so überaus mühsam aus der Taufe gehobene Verbund nur in bezug auf seinen Erfolg, bisher aber nicht unbedingt auch in seinen geistigen Grundlagen von jenen 182 Einigungsplänen, die man seit dem frühen 14. Jahrhundert auflisten kann: Trotz oft bester Absichten beruhten sie alle auf gewissen Voraussetzungen, welche gerade ein Fortwähren jener politischen Gepflogenheiten verraten, die die europäische Geschichte bis in die jüngste Gegenwart hinein als eine Art von Dauerfortsetzung des „Peloponnesischen Krieges“ erscheinen lassen.

Durch den Aufschwung der Weltwirtschaft kamen in den Zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts auch in Europa allerlei Entwürfe einer kontinentalen

Zusammenarbeit auf, beispielsweise war Coudenhove-Kalergis 1923 veröffentlichter Paneuropaplan damals in aller Munde. Die europäische Idee schien reif zu sein, und so schrieb die französische Zeitschrift „Revue des Vivants“ einen Wettbewerb aus, woraufhin über 500 Föderations-Entwürfe eingingen. Die fünf besten davon wurden 1930 in Paris unter dem Titel „La Fédération Européenne“ veröffentlicht und der 11. Völkerbundsversammlung überreicht. Im gleichen Jahr publizierte auch der frühere Ministerpräsident Frankreichs, Edouard Herriot, mit seinem noch heute lesenswerten Buch „Vereinigtes Staaten von Europa“ einen entschiedenen Aufruf zur Verständigung. Aber die Blütezeit solcher Eurovisionen währte nur kurz, denn in der Weltwirtschaftskrise von 1929 dachte jeder Staat nur noch an sich selbst, obwohl die Krise jener Tage nach Absprache geradezu verlangte. Die vielen Europapläne litten aber zumeist auch an argen Mängeln – sie entdeckten sich im Rückblick samt und sonders als gutgemeinte, letztlich aber traditionsüberfrachtete Modelle, die eher eine Sicherung der beteiligten Nationalstaaten denn ein wirklich *Vereinigtes* Europa im Auge hatten. Dazu war die Epoche immer noch zu heroisch gestimmt.

Zu denken ist in diesem Zusammenhang vor allem an das leidige Problem der „Souveränität“, das Herriot bereits als „historische Schranke“ aller Europa-Vorstellungen bezeichnete, die er übrigens selbst auch nicht überklettern mochte. „Zwischen dem feierlich proklamierten Projekt, die europäischen Staaten durch ein föderales Band zu vereinen, und jener ebenso feierlich proklamierten Verpflichtung, die nationalen Souveränitäten unangetastet zu bewahren“, so kommentierte seinerzeit der französische Politiker Léon Blum diese Obsession, „besteht ein unüberwindlicher Widerspruch“.

Leider bis heute! Denn das Dilemma der EG ergibt sich ja unter anderem auch daraus, daß auf der Brüsseler Ebene nach wie vor nationale – nicht aber europäische – Politik betrieben wird. So gesehen waren aber weder Aristide Briand noch Gustav Stresemann, weder Adenauer noch Robert Schuman *bekennende Europäer*, bei all ihren Verdiensten für die Milderung der außenpolitischen Sitten in diesem Weltteil. Das ist keine Anschuldigung, sondern zeigt die Bodenständigkeit, die selbst jene Köpfe beherrscht, die immerhin Europas genius loci anerkannten und als Politiker begriffen, daß trotz aller Reminiszenzen die Aussicht, im internationalen Wettbewerb weiter tonangebend zu sein, eindeutig *für* die Kooperation sprach.

Aber auch für nicht mehr Kooperation als unbedingt nötig! Und so nimmt es wenig Wunder, daß die kleinen Nationalräume als Eigentümlichkeit der europäischen Politikgeschichte selbst dort gehegt wurden, wo ein Zweckeuropa zu planen war. Beispielsweise erregte das von Briand auf der 10. Versammlung des Völkerbundes im September 1929 in Genf vorgetragene Konzept eines Vereinigten Europas sehr großes Aufsehen. Jedoch auch hier fand sich der Nützlichkeitsaspekt groß herausgestrichen, und angestrebt wurde gleichwohl – „sans toucher la souveraineté“, wie es hieß – eine Art von loser Staatenföderation. Europa als Wille und Vorstellung fehlte hier ebenso wie in den meisten Europabe mühungen nach 1945 – auch Robert Schuman dachte an *Einigkeit, nicht Einheit*. „Grenzen beseitigen, nicht Staaten“, lautete seine Parole, noch immer ging es um das Wohlergehen der liebgewonnenen Nationalstaaten. Und dieser im Überschalljet- und Megabitzeitalter letztlich engstirnigen Idee zuliebe sah und sieht sich Europa trotz zunehmender Verflechtungen und daraus erwachsender Vernetzungszwänge weiter als geographischer oder vornehmlich pragmatischer Begriff gehandelt. Wieviel massenpädagogische Anstrengungen in Zukunft noch nötig sein werden, um die europäische Öffentlichkeit nicht nur mit der EG als neuer „Deichgenossenschaft“ (vorerst einmal) Westeuropas vertraut zu machen, sondern um die EG-Bevölkerung sogar in den Bewußtseinsstand der bisher schon erreichten Transnationalität zu versetzen, dazu bietet der wachsende Unmut über die „Eurokratie“ nur einen Vorgeschmack.

„Europäität“ als Erbe abendländischer Werte im Sinne eines Föderationszweckes der Gemeinschaft, der die bloßen Nutzeninteressen übergreift, stellt sich also keineswegs von selbst ein. Denn die Frage nach der Geschichte Europas gewinnt ein anderes Gesicht und Gewicht, wenn man diese, wie es den historischen Tatsachen entspricht, als abgeschlossen und auch in ihren noch fortwirkenden Resten als nicht mehr ohne weiteres verbindlich anerkennt.

### Was sagt die Geschichte?

Auch wenn wir zugestehen, daß sentimentale Bilder ihr Recht behalten, weil zum Leben nun einmal nicht nur die Vernunft, sondern auch das Gefühl der Geborgenheit gehört, so sollte die Begegnung mit der Vergangenheit jedenfalls nicht dazu dienen, sich mit fremd gewordenen, aber gelegentlich immer noch repräsentativ wirkenden Federn zu schmücken.

Angesichts einer wachsenden Zahl von Veröffentlichungen zur Geschichte Europas mag die Behauptung

verwirrend klingen, daß gleichwohl Darstellungen zur europäischen Geschichte rar sind, in denen nicht nacheinander von den konstituierenden Teilen, sondern vom Schicksal des Kontinentes als von einer Kulturgemeinschaft die Rede ist, die sich als Ensemble trotz – oder gerade wegen – ihrer Vielfalt deutlich von jeder anderen Zivilisation unterscheidet. Innerhalb des geographisch nur mühsam umgrenzbaren, etwas mehr als 12 Millionen Quadratkilometer großen Quasikontinentes Europa waren 1970 noch wenigstens 62 Sprachen zu zählen, was wunder, daß ohne eine vergleichende Durchdringung der kontinentalen Vergangenheit die Geschichte des Ganzen leicht mit der Gesamtsumme der Geschichte der verschiedenen Teile zu verwechseln ist. Zu dieser Schwierigkeit tritt ein weiteres Problem. Die Idee der „Europäität“ als erkenntnisleitendes Prinzip der europäischen Geschichtsschreibung läßt sich nicht dem historischen Oberflächenverlauf entnehmen, da diese Sicht der Dinge nur eine Chronik der Auseinandersetzungen liefern könnte.

Aber immerhin begann Europa zur Zeit der mittelalterlichen Einheit des Abendlandes wie eine große Nation und handelte in Zeiten äußerer Bedrohung dementsprechend, übrigens auch vorher schon. Bei Marathon, Salamis und schließlich Platäa gegen die Perser, 451 nach Christus in der Völkerschlacht auf den Katalaunischen Feldern gegen die Hunnen, 732 bei Poitiers, wo Karl Martell an der Spitze der „Europenses“ – das bedeutungsvolle Wort stammt von einem zeitgenössischen Chronisten in Spanien – wenigstens im Westen die islamische Gefahr bannte, 955 gegen die Ungarn auf dem Lechfeld bei Augsburg, 1241 gegen die Mongolen bei Liegnitz, schließlich 1683 vor Wien gegen die Türken, ganz abgesehen von den vorgelagerten Abwehrschlachten der damaligen europäischen Peripherie, man denke etwa nur an den Sieg von Dimitri Donskoj im Jahre 1380 in offener Feldschlacht auf dem Kulikowfeld am oberen Don gegen die Tartaren oder auch an den heroischen Untergang der Serben auf dem Feld bei Kosovo 1389 gegen die Türken ... Aber diese (wenn man so will) abendländische Selbsterhaltungs- und Verteidigungstradition zerfiel bald in verfeindete Nationalstaaten, nicht zuletzt die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges geben Zeugnis davon. Im Abendland wurde mithin das immanente Erlebnis der spirituellen Einheit seit dem 13. Jahrhundert so sehr vom Eindruck politischer Rivalitäten der vorerst noch dynastisch organisierten Nationalstaaten verdrängt, daß die Divergenzen zwischen „Franzo-

sen“ und „Spaniern“, „Preußen“ oder „Neapolitanern“ bald vergessen ließen, daß es gleichwohl einen unverwechselbaren europäischen Lebensstil gab.

Dieser Tatbestand läßt sich etwa am Vergleich der politischen Implikationen des Katholizismus mit den konkurrierenden „Offenbarungsreligionen“ Ostroms beziehungsweise des Islams vor Augen führen. Denn während die „Ostkirche“ einem theokratischen Monismus anheimfiel, in den der Mensch mit allen seinen Kräften vorbehaltlos aufgesogen wurde, so daß außerhalb dieser monolithischen Konstruktion kein Leben als Dualismus oder Autonomie denkbar war; und während der Islam den Individualitätsgedanken erst gar nicht zuließ, da im „Koran“ die Religion reine Pflichtenlehre ist und dem Menschen keine andere Wirklichkeit zudedacht wird außer als Gußform des göttlichen Willens, so verläuft dagegen die Entwicklung in Europa ganz anders. Europas Schwächen sind paradoxerweise auch seine Stärken. Europas Philosophie kennt weder den Einheitsglaubenszwang anderer Hochreligionen, noch leidet es an jenem Kolossalismus, der die früheren Großreiche in ihrer eigenen Riesenhaftigkeit erstarren ließ. Begründet auf dem Wert des Individuums, bietet einzig die europäische Vielfalt den Anreiz zur kulturellen Dynamik, weil das Nebeneinander von Institutionen und Ideen zur Quelle aller Veränderungen wurde. Anhand des Kanonischen Rechts läßt sich nachweisen, daß dabei selbst die Kirche – das eigentlich orientalische Moment der europäischen Entwicklung – einem Rationalisierungsdruck unterlag, der seit dem 12. Jahrhundert grundsätzlich die kulturelle Sonderform Europas begründete. Neben der Wertschätzung des Individuums und dem Vertrauen auf die Rechtsordnung gerät allein der Vernunft-Gebrauch zum Schlüssel der Welterklärung, nur in Europa macht Stadtluft frei, entstehen Universitäten, gibt es soziale Utopien, Arbeitsethos, Renaissance, Aufklärung, Wissenschaft und Technik.

*Was heißt dich, wie dich selbst, jedweden Menschen achten?*

*Das Menschenangesicht! du darfst es nur betrachten.  
Du siehst dein eigen Bild und hast dich selbst entehrt,  
Wenn du die Achtung, die es fordert, ihm verwehrt.  
Aus jedem Angesicht blickt menschliche Vernunft,  
Das Gotteslicht, wie auch getrübt, gedämpft, ver-  
dumpt.*

*Wenn du es nicht erkennst, so liegt die Schuld an dir:  
Du siehst das Tier nur, weil du selbst nur siehst als  
Tier.*

*Des Tieres Sein ist Kampf, des Menschen Geist ist  
Frieden;*

*Sind wir erst Menschen ganz, so ist der Kampf ge-  
schieden.*

In einem der schönsten Lehrgedichte der deutschen Sprache, in Friedrich Rückerts „Die Weisheit des Brahmanen“ (1836/1839), findet dieser „Europäismus“ als christliche Ethik einprägsamen Ausdruck. Menschenwürde, Naturrecht, Toleranz und damit auch Fortschritt und Demokratie: Derart lassen sich die Leistungen unserer Kulturentwicklung auf den Begriff bringen. Sie mußten aber dem Verlauf der kontinentalen Vorherrschaftskämpfe und Massenhysterien abgerungen werden, bilden gleichsam deren schlechtes Gewissen. Die Chronik der europäischen Machtbrunft ist kein Hoheslied auf den freien Gebrauch des Verstandes, selbst wenn sie zu politischer Erfindungsgabe verhalf. Da Europa mit diesem Macht-als-Souveränitätsdenken nahe genug an den Abgrund gebracht worden ist, kann auch nicht naiv an diesen Traditionsbestand angeknüpft werden. Eine „Europäische Gemeinschaft“ – wie gesehen – wieder mit den herkömmlichen Bausteinen zu entwerfen, das muß auf Dauer in die Sackgasse führen, weil sich dermaßen schwerlich eine Identität jenseits der Nationalstaaten finden läßt.

#### **Bilanz**

Für Europa bleibt zwar nur die europäische Option übrig, die Zeichen der Zeit weisen aber rückwärts. Vom Heimatgefühl über Nationalmuseen – nicht erst ein Blick auf die überall zu verzeichnende Re-Nationalisierung der Stimmung in Westeuropa, auch eine Vergegenwärtigung der EG-Misere selbst bestätigt den Verdacht, daß in den Köpfen der Zeitgenossen noch immer das 19. Jahrhundert mit seinen überholten Vorstellungen von Souveränität und nationaler Identität spukt. Gleichzeitig steht Westeuropa an der Schwelle einer wirklichen Marktgemeinschaft. Die semantische beziehungsweise symbolische Bürde dieser rivalisierenden Vergangenheit ruft keineswegs nach jenem „solidarischen europäischen Staat“, den bereits 1866 der Programm-Entwurf des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ in Leipzig verlangte. Heute rächt sich, daß die EG ohne demokratisches Unterfutter entworfen wurde, auch das ein Erbe früherer Zeiten. Nimmt man eine Beobachtung von Wilhelm Röpke ernst, wonach in der Geschichte noch nie eine transnationale Institution Bestand hatte ohne einen verfassungsmäßigen Auftrag, dann fehlt der EG bislang die notwendige

Legitimität, weil sie ohne breite Zustimmung handelt, die einzig durch die Partizipation der Bevölkerung gesichert werden kann.

In ihrem jetzigen Zustand stellt die EG zwar eine objektive Größe, deswegen aber noch keineswegs eine geistige oder gar irgendwie geschichtlich gesicherte „Finalität“ dar! Sie ist ein Artefakt geblieben, das – wenn nicht in den Köpfen – so doch in den Herzen seiner Bürger längst zum Ärgernis wurde. „Ersatz“ für die überlieferte Zugehörigkeit zu dieser oder jener ehemals glanzvollen Nation des Postkul-

turenalters vermag ein solches Europa nicht zu bieten. Das war wohl so auch nicht beabsichtigt, als man beschloß, sich durch Zusammenarbeit bessere Marktchancen zu sichern. Die *secessio intellectualis et emotionalis* in Sachen Europa jedenfalls liegt nach wie vor an Europa selbst.

\* Vgl. das schöne Buch von Rolf Edberg, ... und sie segelten weiter. Die Odyssee der Europäer: Von Homer zu Einstein, von Kreta nach Los Alamos, Stuttgart 1988.

## Peter Bender Berlin in der Mitte Europas

*Dr. Peter Bender, Jahrgang 1923, arbeitet als freier Journalist in Berlin.*

### I.

Wo eigentlich die Mitte Europas liegt, ist heftig umstritten. Schon vor einem Vierteljahrhundert machte Budapest für sich Reklame als der „Mittelpunkt Europas, gleich weit von Moskau und London, von Kiew und Paris, von Stockholm und Istanbul“. Die Polen haben hingegen ausgerechnet, daß Lowicz die Mitte des Kontinents sei, eine Kleinstadt etwa 80 Kilometer westlich von Warschau, berühmt wegen ihrer folkloristischen Traditionen. Der Oberbürgermeister von Wien beanspruchte gleich eine ganze Region, als er proklamierte: „Wien ist Mitteleuropa, und Mitteleuropa ist Wien“. Prag betrachtet sich seit langem als das „Herz Europas“. Aber von „Entspannung im Herzen Europas“ war auch die Rede, als im Oktober 1970 zwei Emissäre der DDR nach Bonn fuhren: Sie sollten deutsch-deutsche Gespräche über Berlin einleiten.

Berlin ist eine Stadt in der Mitte Europas, die mehr als andere zu spüren bekam, daß der Kontinent geteilt ist. Nirgendwo stießen und stoßen so viele widerstrebende, aber auch gleichlaufende Interessen zusammen – nicht nur West gegen Ost, und Deutsche gegen Deutsche, sondern auch die vier ehemaligen Siegermächte gegen die Deutschen und die Deutschen gegen die Vier. Nirgendwo war der

Kalte Krieg so brutal wie innerhalb ein und derselben Stadt, aber nirgendwo auch die Notwendigkeit so zwingend, sich zusammenzufinden. Berlin wirkte allezeit als Störung und Klammer, es verursachte lebensgefährliche Krisen und nötigte wiederum zum Kompromiß, es trennte und verknüpfte.

Lage und Geschichte erklären die Schwierigkeiten, aber auch die Möglichkeiten für das westliche Berlin (von dem im Folgenden die Rede ist). Wo man Jahrzehnte lang im Belagerungszustand lebte oder Grund hatte, sich so zu fühlen, ist vieles anders; was immer den Besucher der Stadt verwundert, ihr Schicksal macht es begreiflich: Weshalb die Westinsel im Osten sich noch „westlicher“ gebärdet als die Bundesrepublik und noch mißtrauischer wurde gegen den Osten. Weshalb die neue Ostpolitik vom Rhein an die Spree kam und nicht umgekehrt. Weshalb die Berliner Politiker und Zeitungen, auch die Mehrheit der Bevölkerung, länger brauchten, um nicht allein die Schwierigkeiten, sondern auch die Möglichkeiten ihrer Lage zu verstehen. Weshalb dieser Umdenkprozeß zwar weit vorangeschritten, aber noch keineswegs abgeschlossen ist.

Der Zweite Weltkrieg hat die Lage Berlins verändert, es ist nicht mehr die Mitte Deutschlands, aber es liegt nach wie vor in der Mitte Europas. Ost-Berlin bildet das Zentrum der DDR, West-Berlin hingegen ist ein Außenposten der Bundesrepublik; es bleibt ihr zwar vielfältig verbunden und empfängt von ihr die Lebenskraft, aber gehört staatsrechtlich ihr nicht an. Solange Westberlin nur nach Westen sieht, führt es eine Randexistenz; erst wenn es seinen Standortnachteil zum Standortvorteil wendet, kann es eine eigene Größe werden: eine Stadt, die ihre Bedeutung aus sich selbst gewinnt und nicht nur aus der Zuord-

nung zu einem Staat, mit dem sie nicht einmal geographisch Verbindung hat.

Wenn das westliche Berlin sich als Platz in der Mitte Europas begreift, ist das nicht Geltungssucht oder Ost-Schwärmerei, sondern reiner Selbsterhaltungstrieb. Seine Originalität entspricht seiner Lage: Es macht einen großen Unterschied, ob man – wie die Bundesrepublik – vom Westen nach Osten sieht oder von der Mitte nach beiden Seiten. Aus dem Blickpunkt wird ein Standpunkt, und dieser Standpunkt hat Tradition. Schon 1949 rief der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter dem ersten Bundestag zu: „Mit den Ideen eines Rheinbundes läßt sich weder Deutschland noch Europa aufbauen“. Noch 1987 mahnte Eberhard Diepgen: „Berlin ist eine Mitte, die dafür sorgt, daß die Bonner Politik nicht einer verengenden Rheinbund-Mentalität erliegt“.

Diese Mentalität ist kein Gerücht. Für die Bundesrepublik war – und blieb größtenteils bis heute – Europa nichts als Westeuropa; „Europa-Politik“ gilt allein der Brüsseler Gemeinschaft, das andere ist „Ostpolitik“. Wenn die Kanzler, Minister und Abgeordneten in den „Osten“ fahren oder Staatsgäste von dort empfangen, so fehlt es selten an schönen Worten, daß Dostojewskij zur europäischen Literatur gehöre, die Moldau ein europäischer Fluß und die Polen eine europäische Nation seien; und bei einem Besuch in Sofia erfuhren die Reisenden vom Rhein zu ihrem ehrlichen Erstaunen, daß Europa sogar in Bulgarien noch nicht aufhört. Aber wenn dann der politische Alltag zurückkehrt, ist „Europa“ wieder nur Westeuropa, sind die Polen doch wieder ziemlich lästig und die Russen doch weiter recht gefährlich. Dann schrumpfen das Denken und Handeln in Richtung Osten auf Verteidigung, Rüstungsminde- rung und Handel, dazu etwas Kulturaustausch.

## II.

West-Berlin erinnert die Bundesrepublik ständig daran, daß Deutschland und Europa nicht an der Elbe aufhören; es zwingt jede Regierung in Bonn, gleich welcher Partei-Zusammensetzung, gute Beziehungen zum Osten zu pflegen, besonders zur Sowjetunion und zur DDR. Darin lag und liegt auch künftig die erste europäische Funktion der Inselstadt.

Aber für eine Zeit, in der die europäische Teilung durch europäische Zusammenarbeit allmählich überwunden werden soll, genügt das nicht. Die Stadt in der Mitte kann und muß in diesem Prozeß mitwirken. Auch dafür gibt es eine eindrucksvolle Tradition, jedoch nur auf Feldern außerhalb der Politik.

Die Berliner Festwochen, gegründet bereits 1951, bringen Künstler aus allen Teilen der Welt, vor allem auch aus dem Ostteil Europas, in die Stadt, künftig sogar aus der DDR. Diese Internationalität war nur einmal – und dann auf Jahre – gefährdet, als 1967 aus den Festwochen eine halbe Bundeseinrichtung gemacht wurde, ein von Nikolas Nabokov geplantes Rußland- und Osteuropa-Begegnungs-Festival daran scheiterte und der Festspielintendant aus Protest zurücktrat. Ein grotesker Vorgang: als die politische Entspannung mit dem östlichen Europa Bonner Regierungsprogramm geworden war, wurde die Normalität des Kulturaustauschs gestört. Auch sonst verhalten Politik und Kultur sich in Berlin zuweilen antizyklisch: Als Gorbatschow im Mai 1987 demonstrativ Ost-Berlin besuchte, gastierte in West-Berlin die Staatsoper aus Kiew, die zweit- oder drittbeste Oper der Sowjetunion.

Ebenfalls europäischen Rang haben die Filmfestspiele. Die Oststaaten nehmen mit Eifer und Ehrgeiz daran teil, die Abstimmung mit ihnen ist eng und eingespielt, die Sowjetunion nutzt die Gelegenheit zu einer Art Verkaufsbörse auch für Filme, die nicht auf dem Festival gezeigt werden. Neben den großen Einrichtungen gibt es Einzelleistungen. So vereinte die Karl-Hofer-Gesellschaft Anfang dieses Jahres Schülerarbeiten der Kunsthochschulen in Leipzig, Warschau, Wien und Berlin; die vier Städtenamen ersetzten sogar den Titel der Ausstellung. Lange Zeit, und in verringertem Umfang noch heute, war das westliche Berlin Entdecker östlicher Talente; für Komponisten, Regisseure und Filmemacher wurde die Stadt zur ersten Station ihrer Reputation oder Karriere im Westen.

Das Wissenschaftskolleg bietet Akademikern aus Europa und Nordamerika einen einjährigen Aufenthalt in West-Berlin, um ungestört zu arbeiten, sich untereinander sowie mit den Universitäten und der Stadt bekannt zu machen. Ungarische und polnische „Fellows“ sind dort schon seit Jahren zu Gast, im Herbst dieses Jahres wird der erste aus der DDR erwartet; auch auf Teilnehmer aus der Sowjetunion, vielleicht der Tschechoslowakei hegt der Rektor des Kollegs begründete Hoffnung. Den „Ostanteil“ der Fellows kräftig zu erweitern, ist seine feste Absicht.

Schließlich gibt es vier ganz unterschiedliche Einrichtungen, in denen ungezwungen, meist nicht-öffentlich über Politik gesprochen wird. Das amerikanische Aspen-Institut, die Europäische und die Evangelische Akademie sowie der Politische Club verfügen in allen Teilen Europas über einen festen, sich vergrößernden Stamm von Wissenschaftlern,

Journalisten, Diplomaten und auch Politikern, die zu Konferenzen, Seminaren und Vorträgen an die Spree kommen.

### III.

All das funktioniert aus zwei Gründen: Es wird von energischen Leuten zielbewußt und mit politischem Takt betrieben, und es bleibt von den Nöten des Berlin-Status frei. Die Bundesrepublik tritt nirgendwo in Erscheinung, es sei denn als stiller Geldgeber; die meisten Institutionen und Veranstaltungen sind sogar privater Natur und haben – formal oder tatsächlich – nicht einmal mit dem Senat zu tun. Im westlichen Berlin ist weit mehr möglich, als der politisch-juristische Blick erfaßt. Die Stadt ist keineswegs eine Halbinsel, wo nur „geht“ und gedeiht, was vom Westen kommt; schon jetzt bestehen breite Dämme, die sie mit dem Osten verbinden. Die Dämme zu Brücken auszubauen, sind die Voraussetzungen so günstig wie wohl nie zuvor.

Die „Großwetterlage“, das Verhältnis zwischen Amerikanern und Russen, ist relativ gut – das man nutzen, darf sich aber nicht darauf verlassen: Ein Rückblick auf die Nachkriegsgeschichte zeigt einen einzigen April, beständig war nur der Wechsel des Klimas. Wichtiger, weil auf dauerhafte Interessen gegründet, erscheint die Stabilisierung der deutsch-deutschen Beziehungen. Ganz neu, erst in den letzten Jahren erkennbar ist schließlich, daß West-Berlin und die DDR für eine Normalisierung an der Spree reif geworden sind.

Alle Parteien des Abgeordnetenhauses stimmen in der Notwendigkeit überein, die Inselstadt mit ihrem Umland in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen – Streit gibt es nur, wie und wie weit das geschehen soll. Den Grad des Stimmungswandels zeigt der Vertrag, nach dem West-Berlin Erdgas aus der Sowjetunion beziehen wird. Wenn man von den internen, unermüdlichen Bedenkenträgern absieht, ereignete sich eine Sensation: Jahrzehntlang maß die Stadt ihre Lebenskraft an der Höhe der Kohlehalden und Butterberge, mit denen sie die nächste Blockade überstehen wollte; nun nimmt sie ohne Aufregung zur Kenntnis, daß ihr gesamter Gasbedarf (etwa 15 Prozent des Energiebedarfs) vom früheren Feind gedeckt wird.

Auf der anderen Seite hat die Führung der DDR sich darauf eingestellt, daß sie mit dem Fremdkörper in ihrem Inneren auf unbestimmte Zeit leben muß und deshalb das Beste daraus machen sollte. Wirtschaftlich und auch politisch scheint sie bereit zu sein, mit West-Berlin ins Geschäft zu kommen – „zu

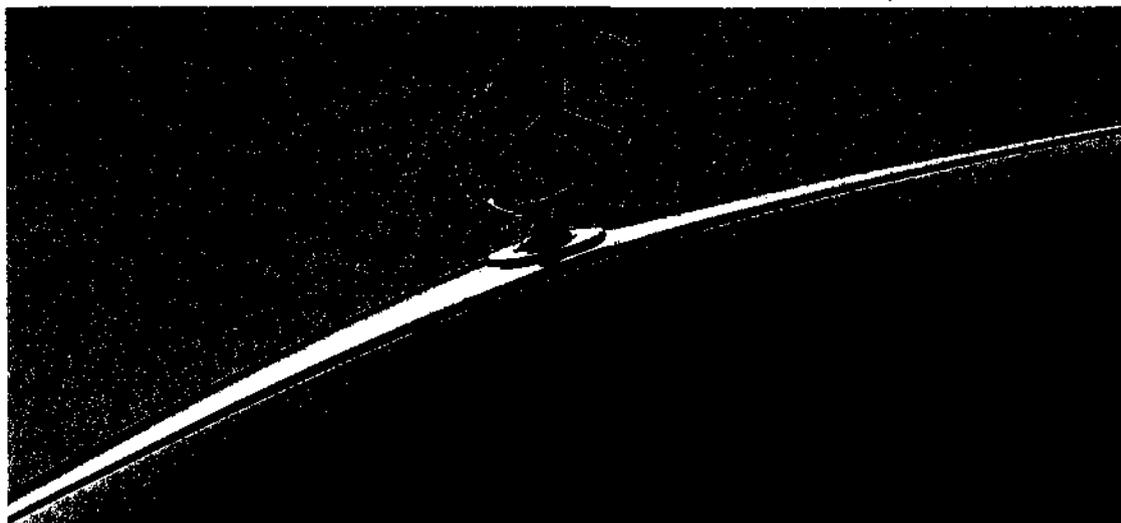
beiderseitigem Vorteil“, wie man dort in solchen Fällen sagt.

Grenzen wie Möglichkeiten, West-Berlin einen Platz in Europa zu schaffen, zeichnen sich ab. Die Grenzen werden nicht nur durch den Status und das Berlin-Abkommen von 1971 bestimmt, sondern auch von deren Auslegung durch die Vier Mächte. Die faktischen „Bindungen“ der Stadt zum Bund, Wirtschaft, Finanzen, Verkehr und Ähnliches, dürfen „entwickelt“ werden, die formalen aber nicht. Stimmrecht im Bundesrat oder neue Bundesbehörden an der Spree – das scheitert erfahrungsgemäß bereits an den Alliierten und verdirbt außerdem die Chancen im Osten; es nützt nichts, aber schadet viel.

### IV.

Zugleich eröffnet das wachsende Interesse des Ostens an Westeuropa neue Möglichkeiten; West-Berlin muß allerdings darauf achten, daß es sich nicht selbst im Wege steht. Mancher hier scheint in der Vorstellung zu leben, als dächten Gorbatschow und Honecker Tag und Nacht darüber nach, wie sie West-Berlin vom Bund trennen könnten. Andererseits scheint die Moskauer und DDR-Politik von dem unverwüstlichen Verdacht getrieben, die Inselstadt sei auf nichts anderes bedacht als auf ihre heimliche Verwandlung in ein volles Bundesland. Beide geben auch Anlaß, den anderen in seinem Mißtrauen zu bestärken, beide huldigen dem Glauben, schon ein kleiner Schritt zurück bringe den anderen einen Schritt vorwärts. Doch wenn gemeinsame Interessen bestehen, ist das Unsinn.

Drei der wichtigsten Veranstaltungen in West-Berlin, die „Grüne Woche“, die Industrie- und die Funkausstellung, verlaufen ohne östliche Beteiligung, weil Bundesminister als Einladende auftreten – nach westlichem Verständnis des Vierer-Abkommens ist das möglich, nach östlichem nicht. Worauf kommt es für West-Berlin an: auf die Wahrung eines Rechtsstandpunkts oder auf den Bedeutungszuwachs als europäischer Umschlagplatz? Landwirtschaft, Technik und elektronische Medien haben für den Osten mindestens die gleiche Wichtigkeit wie für den Westen. Der Regierende Bürgermeister könnte einladen; die zuständigen Minister der Bundesrepublik, aber auch der DDR, der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei kämen als Hauptgäste, die ebenfalls Begrüßungsworte zur Eröffnung sprechen, später Erfahrungen austauschen und Wünsche für das nächste Mal anmelden. Es wäre ein großer Schritt zur europäischen Stadt, erkaufte durch einen kleinen Formverzicht.



Die Wirtschaft  
lebt von Werten,  
auf die man  
sich verlassen  
kann.



Die Ministerpräsidenten der Bundesländer schwärmen über ganz Osteuropa, verkaufen die Produkte ihres Landes und machen immer auch etwas Politik. Nur der Regierungschef, der es am dringendsten brauchte, möchte zwar fahren, aber darf es nicht. Darf er wirklich nicht? Das Wesentliche ist gewährleistet: Westberliner Reisende werden von den Konsulaten der Bundesrepublik im Osten betreut. Macht es dann wirklich viel aus, ob der Botschafter der Bundesrepublik am Flughafen steht, wenn der Regierende Bürgermeister landet? Was sind Formen wert, die in die Selbstisolierung führen? Als Lothar Späth im Februar nach Moskau fuhr, nahm er 55 Vertreter der Wirtschaft seines Landes mit. Die Firmen in Baden-Württemberg wollen sich in der Gegend um Leningrad geschäftlich ansiedeln, dort bestünden die günstigsten Voraussetzungen. Wenn die Berliner kommen, haben die emsigen Schwaben längst die besten Plätze besetzt.

#### V.

Eine Stadt in der Mitte Europas kann nur eine Stadt sein, die sich nach allen Seiten gleichermaßen öffnet. Das westliche Berlin benötigt den Rückhalt und die Rückversicherung im westlichen Deutschland, doch es braucht auch Bewegungsfreiheit, um seine Interessen im Osten selbst wahrnehmen zu können. Wenn es schon nicht Bundesland sein darf, sollte es wenigstens die Vorteile eines „dritten“ Orts zu nutzen versuchen. Gefährlich ist das nicht, denn der Souverän, die drei Westmächte, wird nicht zulassen, daß ihr Kontrollturm über ganz Deutschland von östlichen Wassern unterspült wird. Im Gegenteil – die Schwierigkeiten werden, wie sich schon im letzten Jahr zeigte, eher darin liegen, daß die Alliierten die Grenzen zu eng ziehen.

Aber vielleicht stecken in der Anwesenheit der Vier auch Möglichkeiten. West-Berlin, so heißt es dauernd, müsse in die Kooperation zwischen Ost und West einbezogen werden. Aber könnte nicht auch West-Berlin die anderen in seine Kooperationsabsichten einbeziehen? Das amerikanische Aspen-Institut ist eine Berliner Institution geworden, sein gerade ausgeschiedener Leiter Shep Stone ist Ehrenbürger der Stadt. Weshalb sollte es nicht als Pendant ein sowjetisches Aspen geben? Nicht eine Majakowskij-Galerie, wo sich nur sowjetische Künstler, Wissenschaftler und Politiker vorstellen, sondern ein Diskussionsforum. Dessen Programm und Leitung übernehmen ein Shep Stone aus Moskau, Leningrad oder Kiew, die Gäste kämen aus ganz Europa und Nordamerika und die Gelder teilweise –

wie bei Aspen – vom Senat und anderen deutschen Förderungsquellen. Bei den Verhandlungen über das Berlin-Abkommen von 1971 legte die Sowjetunion großen Wert darauf, in West-Berlin ein Generalkonsulat einzurichten; vielleicht ist sie im Zeitalter von Glasnost interessiert, hier in öffentlichen und vertraulichen Debatten zu erörtern, was sie und andere über Europa denken, über die Ost-West-Zukunft überhaupt und die Probleme der Welt von morgen, über die Gorbatschow häufig spricht.

Dies ist nur ein Beispiel. Mit einiger Phantasie ließe sich, in der gleichen Richtung denkend, noch manchen andere vorstellen. Das Polen-Institut, die Übersetzungswerkstatt des brillianten Karl Dedecius, liegt leider in Darmstadt und wird von den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz getragen; doch im politischen Osten leben nicht nur Polen, sondern noch viele andere Nationen, deren Kultur und politisches Denken Beachtung verlangen. Und schließlich: Beim Senator für Kultur wird überlegt, einen privaten Verein zu gründen, der den Westberlinern die Kunst und Kultur der DDR näherbringen soll. Ein vorzüglicher Gedanke und als erster Schritt gerade richtig; aber auch hier darf weitergedacht werden, ohne sogleich in die Hysterie der fünfziger Jahre oder in Schweigen zu verfallen, wenn ein Journalist nach einem Zentrum der DDR in West-Berlin fragt. Wer an einem Platz vertreten sein möchte, beweist damit, daß er für lange Zeit mit der weiteren Existenz dieses Platzes rechnet.

#### VI.

Seit Anfang 1985 plant der Senat ein Institut für deutsche und internationale Politik; es hätte zu tun, was nur in Berlin, hier aber nicht von den Diskussionsforen und den Universitäten geleistet werden kann. Nötig wäre eine Stelle, an der Politiker und Fachleute aus Ost und West beraten und arbeiten über alles, was mittel- und langfristig von den Regierungen gebraucht wird – plakativ gesagt: ein Architekturbüro für das gemeinsame europäische Haus.

Präsident Reagan hat zwei uralte, aber unverändert wichtige Themen wieder zur Sprache gebracht. West-Berlin – oder beide Berlins – sollen Tagungsorte für internationale Konferenzen werden, besonders der all-europäischen KSZE. Noch ist das Zukunftsmusik, aber auch in Zukunft wird es Musik geben, und die Töne, die heute aus Moskau und der DDR zu hören sind, können sich ändern. Sie werden es allerdings nur tun, wenn das Thema nicht vor dem Fernsehen am Brandenburger Tor und durch Demonstrations-Diplomatie behandelt wird, sondern

als Teil eines vertraulichen politischen Geschäfts. Reagans zweite Anregung, die Erweiterung des Berliner Luftverkehrs, macht nur Sinn, wenn der eigentliche Skandal beendet werden soll, das ruinöse Gegeneinander, das die Doppelstadt in der Mitte Europas zum Sackbahnhof beider Teile Europas werden ließ. Noch gibt es zwischen den Flughäfen Schönefeld und Tegel nicht einmal eine Busverbindung.

## VII.

Wichtiger als Einzelprojekte ist die Orientierung – ganz wörtlich: die volle Aufnahme des Ostens in die westberliner Politik. Das beginnt mit der Wirtschaft: Nicht einmal fünf Prozent Export in den Osten bei einer Stadt inmitten des Ostens sind lächerlich – nicht ökonomisch, nur politisch erklärbar. Die alten Überlegungen bleiben begründet: Wieweit kann sich die Insel auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten ihrer Umgebung, der DDR und anderer Oststaaten, einstellen und zu einer langfristigen Zusammenarbeit gelangen, die beide brauchen?

Zur Orientierung gehört auch, sich dem Osten ebenso zu öffnen wie dem Westen, ja noch mehr: West-Berlins Ehrgeiz sollte sich darauf richten, der Ort zu werden, wo das meiste Verständnis und die größte Aufnahmebereitschaft bestehen für alles, was der Osten zu bieten hat. In Kunst und Kultur ist das teilweise erreicht, Politiker und Zeitungen haben noch einigen Nachholbedarf, besonders im Ton. Von Gorbatschow und Honecker wird geredet, wie man es Reagan oder Mitterrand nie zumuten würde.

Orientierung verlangt ferner, daß man in der Schwesterstadt Ost-Berlin nicht nur über Gebietsaustausch und Reiseverkehr (so wichtig das ist) spricht, sondern auch über Politik. Zusammenarbeit gedeiht erst, wenn beide Seiten wissen, welche Vorstellungen und Absichten der andere für die vorauschaubare Zukunft hat. Wer so eng zusammenlebt, muß sich im Kleinen wie im Großen miteinander abstimmen. Allerdings hat West-Berlin keine Chance, eine europäische Rolle zu spielen, wenn es die Hauptstadt der DDR nicht zur Kenntnis nimmt. Vielleicht läßt sich dafür noch etwas einhandeln, aber tun muß man es.

Orientierung bedeutet schließlich: Nicht die EG ist der Maßstab, sondern die KSZE. Die Bindungen zu Westeuropa bleiben uneingeschränkt, aber brauchen nicht ostentativ vorgeführt zu werden. Als Stadt in der Mitte muß West-Berlin den ganzen Kontinent im Auge haben und nicht nur den westlichen Teil.

Auch als deutsche Stadt wird es weiter eine Rolle

spielen – selbst wenn es das nicht wollte, täte es das durch seine schiere Existenz. Aber das Selbstverständliche muß man nicht zum Programm erheben. Die Rhetorik der Parteien entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte von der „deutschen Hauptstadt“ zur „Hauptstadt der Deutschen“ oder „der deutschen Nation“. Doch es blieb immer Rhetorik für den Hausgebrauch – wenn man zu Honecker oder in den Kreml fährt, sagt man davon nichts, dort hat es nur Zweck, vom westlichen Berlin und von Europa zu sprechen. Europa ist der gemeinsame Nenner für die deutschen Teile, für Bundesrepublik, West-Berlin und DDR. Nicht alles muß auf der deutschen Schiene gefahren werden, vieles kommt europäisch besser voran.

Für West-Berlin gilt das besonders. Doch wenn es als Stadt in der Mitte Europas neuen Sinn in seine Existenz bringen möchte, muß es dafür etwas tun. Wir wollen mehr von den anderen als sie von uns. Die Initiative, die Phantasie und die Anziehungskraft auf Leute, die beides haben und kommen sollen – all das muß von West-Berlin ausgehen.



Analysen und Entwürfe für ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist.

Beiträge von Diether Dehm, Joachim Ebert, Jürgen Egert, Katrin Fuchs, Frigga Haug, Jürgen Herter, Hans Janßen, Michael Krätke, Manfred Muster, Heineke Sallsch und Andreas Westphal.

ISBN 3-922489-11-7

186 Seiten, 17,50 DM

Bestellungen: spw-Vertrieb

Graefestr.71 in D-1000 Berlin (West) 61 · Tel. 030/694 49 42

# Hansjörg Herr/Andreas Westphal

## Wirtschaftsweltmacht EG?

### Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems

*Dr. rer. pol. Hansjörg Herr, Jahrgang 1951, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin; seine wichtigste Veröffentlichung: Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien – die Vision einer Geldwirtschaft, München 1986.*

*Andreas Westphal, Dipl.-Volkswirt, Jahrgang 1958, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der Freien Universität Berlin; seine wichtigste Veröffentlichung: Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich – projet socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft (zus. m. M. Steinacker), Berlin 1985.*

Das Ziel des „Gemeinsamen Binnenmarktes“ der EG bis 1992 soll mittelfristig durch eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen europäischen Währung und einer einheitlichen Wirtschaftspolitik ergänzt werden. Dadurch soll eine eigenständige westeuropäische Wirtschaftspolitik, insbesondere eine von den internationalen Kapitalmärkten abgekoppelte Zinspolitik möglich werden, die als Voraussetzung größerer außenwirtschaftlicher Stabilität und einer wirksameren Beschäftigungspolitik angesehen wird. Im „Irseer Programmentwurf“ hat sich auch die SPD das Ziel des EWS-Ausbaus und einer einheitlichen europäischen Währung mit Leitwährungsfunktion zu eigen gemacht<sup>1</sup>. Dabei ist es verhängnisvoll, daß Sozialdemokraten zwei fundamentale Prämissen ohne nachzufragen übernehmen: Zum einen wird die Abtrennung nationaler politischer Kompetenzen an supranationale Organe nicht hinsichtlich der unterschiedlichen Interessen der einzelnen EWS-Mitgliedstaaten analysiert, sondern eine Interessenidentität vorausgesetzt. Zum anderen wird eine ECU-Leitwährungsfunktion automatisch

mit einer vergrößerten außenwirtschaftlichen Unabhängigkeit Westeuropas gleichgesetzt, wobei die destabilisierenden Folgen eines verschärften Kampfes um die Leitwährungsfunktion noch nicht einmal als Problem gesehen werden.

Eine realistische Einschätzung der Chancen und Gefahren einer EWS-Weiterentwicklung ist ohne eine Analyse der ökonomischen Dominanz und der wirtschaftspolitischen Strategie der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich. Wir behaupten, daß die Bundesrepublik mit ihrer Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung nicht nur zu einem bedeutenden Störfaktor der weltwirtschaftlichen Stabilität geworden ist, sondern auch einer weiteren westeuropäischen Integration im Wege steht. Ohne eine fundamentale Umorientierung der bundesdeutschen Strategie des Arbeitslosigkeitsexportes erscheint eine Weiterentwicklung des EWS im Sinne der Beschäftigungssicherung kaum vorstellbar.

#### Die weltwirtschaftliche Strategie der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik bietet ein Musterbeispiel einer auf den Weltmarkt ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Ab den fünfziger Jahren bis heute erzielte sie permanent Handelsbilanzüberschüsse und mit Ausnahme der Jahre 1979 bis 1981 auch Leistungsbilanzüberschüsse. Typisch für die Bundesrepublik ist die Strategie der *stabilitätsorientierten Unterbewertung*, die eine Unterbewertung der eigenen Währung primär durch ein stabiles Preisniveau und Förderung des Produktivitätswachstums und nicht durch eine Abwertung anstrebt. Im Gegensatz dazu steht wechselkursorientierte Unterbewertungsstrategie, die mit der Gefahr von Lohn-Preisspiralen verbunden ist und normalerweise als Reaktion auf Leistungsbilanzdefizite angewandt wird. Dieser Weg wurde von der Bundesrepublik nie eingeschlagen – sie konnte eine Unterbewertung der DM selbst bei anhaltenden Aufwertungen behaupten.

Entscheidend für die Aufrechterhaltung von Leistungsbilanzüberschüssen sind private und/oder öffentliche Kapalexporte. Unter dem System von Bretton Woods wurde die Unterbewertung der DM durch die Aufschätzung von Devisenreserven durch die Bundesbank bewirkt. Die bei wirtschaftlichem Wachstum ansteigende Geldmenge wurde vollständig aus den Devisenmarktinterventionen gespeist, während eine Ausweitung der Geldmenge aus den heimischen Entstehungskomponenten weitgehend unterbunden wurde. Der Ausgleichsmechanismus der Leistungsbilanz, der bei Zuwächsen der Devi-

senreserven eine expansive Geldpolitik unterstellt, kam so nicht zum Zuge.

Die Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung der Bundesrepublik wurde durch die Koexistenz von hohen Produktivitätssteigerungen und im internationalen Vergleich niedrigen Nominallohnerhöhungen möglich. Die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung hat bewußt oder unbewußt einen erheblichen Beitrag zum Erfolg dieser Strategie geleistet, indem sie einerseits ein sehr positives Verhältnis zum technischen Fortschritt und andererseits ein großes Verständnis für das vorrangig von Regierungs- und Unternehmerseite vorgetragene Argument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zeigte.

Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems traten private Kapitalexperte bei der Verhinderung eines Ausgleichs der Leistungsbilanzen in den Vordergrund. Als typisches Beispiel kann der bundesdeutsche Kapitalexport in die USA anfang der achtziger Jahre angeführt werden, der in erster Linie durch ein temporär angestiegenes Vertrauen in den US-Dollar und die hohen amerikanischen Zinsen bedingt war. Die durch den privaten Kapitalexport erzeugte Unterbewertung der DM verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und führte zu den riesigen Leistungsbilanzüberschüssen. Jedoch auch die teilweise massiven Interventionen der Bundesbank auch bei flexiblen Wechselkursen blieben eine Quelle des Kapitalexports.

Die Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung ist langfristig mit einem Dilemma behaftet: Je erfolgreicher die Strategie ist, desto schwieriger wird es, Kapitalexperte und Leistungsbilanzüberschüsse aufrechtzuerhalten. Denn eine Nation mit permanentem Leistungsbilanzüberschuß, was eine Netto-Gläubigerposition impliziert, hat in der Regel relativ geringe Inflationsraten und eine relativ restriktive Geld- und Fiskalpolitik. Sie wird so zu einem bevorzugten Anlageland, da sie das Bedürfnis der international agierenden Vermögensbesitzer nach Vermögenssicherung erfüllt. In diesem Fall führt der Erfolg der Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung zu Kapitalimporten, zur Aufwertung der heimischen Währung und zur Zerstörung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Bundesrepublik mußte diese Erfahrung Ende der siebziger Jahre machen, als die Flucht aus dem US-Dollar zur Aufwertung der DM und zu einer negativen Leistungsbilanz führte. Eine Aufwertung erfordert dann im Rahmen der herrschenden merkantilistischen Strategie zusätzliche Lohndisziplin und zu-

sätzliche Anstrengungen zu Produktivitätssteigerungen, um die Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit wieder wettzumachen. Eine stabilitätsorientierte Unterbewertungsstrategie sieht sich somit dem Wettlauf zwischen Lohn- und Preisstabilität, Produktivitätsentwicklung und Aufwertung ausgesetzt.

### **Strukturverschiebungen in der Weltwirtschaft und Multiwährungsstandard**

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Weltwirtschaft von einem System nahezu absoluter Hegemonie der USA zu einem System mehrerer Machtzentren entwickelt, in dem Westeuropa und Japan eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Diese Transformation der Weltwirtschaft in eine pluralistischere Struktur mag zwar politisch wünschbar sein, enthält aber spezifische Probleme. In einem eindeutigen Hegemonialsystem bestimmen weitgehend die Interessen des Hegemons die Entwicklung der Weltwirtschaft: Er übernimmt die Verantwortung für ein stabiles Weltwährungssystem, bestimmt als Konjunkturlokomotive das weltwirtschaftliche Akkumulationstempo und hilft kurzfristig in Schwierigkeiten geratenen Nationen durch Kredite oder zusätzliche Importe. Ein Hegemon übernimmt weltwirtschaftliche Steuerungsfunktionen bzw. die Produktion des öffentlichen Gutes „stabile Weltwirtschaft“ (vgl. Kindleberger 1986).

In den fünfziger und sechziger Jahren agierten die USA als unangefochtene Hegemonialmacht und schufen damit die stabile Basis der weltwirtschaftlichen Akkumulation im Rahmen der fordistischen Entwicklungslogik. In den siebziger Jahren trat ein tiefer Strukturbruch der weltwirtschaftlichen Entwicklung ein. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems war vordergründig auf eine zu expansive amerikanische Wirtschaftspolitik mit einer entsprechenden Entknappung des US-Dollars zurückzuführen. Hinter der chronisch zu expansiven Politik der USA steht jedoch eine relativ geschwächte realwirtschaftliche Kraft, die die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie zunehmend erschwerte (vgl. Calleo 1982).

Durch die Erosion der US-Hegemonie ist ein Machtvakuum innerhalb der westlichen Welt entstanden, das seinen Ausdruck u. a. im Entstehen flexibler Wechselkurse gefunden hat. Entgegen den Prognosen der Befürworter flexibler Wechselkurse haben diese die weltwirtschaftlichen Instabilitäten verstärkt und die Fähigkeit einzelner Nationen, sich gegen weltwirtschaftliche Einflüsse abzuschotten, nicht erhöht.

Die Bundesrepublik hat in der Phase nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems eine besondere Rolle gespielt. Die DM wurde neben dem US-Dollar zur zweiten Anlagewährung, die immer dann besonders gefragt ist, wenn das Vertrauen in den Dollar zerfällt. Dieser übernimmt zwar immer noch Weltgeldfunktionen, befriedigt aber immer weniger die Bedürfnisse international agierender Vermögensbesitzer. Besonders der Übergang der USA zu einer Netto-Schuldernation, das ungelöste Problem der amerikanischen Budget- und Leistungsbilanzdefizite und die weitere Relativierung der realwirtschaftlichen Kraft der USA führen zu einer geringer werdenden Vermögenssicherungsqualität des Dollars.

Seit den siebziger Jahren kann das Weltwährungssystem als Multiwährungsstandard gekennzeichnet werden. Aufgrund von Portfolioumschichtungen mit daraus folgenden heftigen Wechselkursbewegungen verstärkt sich die Instabilität des Weltwährungssystems erheblich (vgl. Herr 1987). Die Koexistenz von international integrierten Kapitalmärkten und Multiwährungsstandard machen ein System fixer Wechselkurse unmöglich. Unter einem Regime flexibler Wechselkurse spielen aber die Veränderungen von Wirtschaftspolitiken und andere Vertrauensfaktoren eine erheblich größere Rolle als bei fixen Kursen, da keinerlei institutionelle Garantie für die Stabilität von Wechselkursen besteht und nur der am schnellsten reagierende Vermögensbesitzer aus einer in Mißkredit geratenen Währung ohne Verluste herauskommt.

Der Verlust der Steuerungskapazität der USA hat während der siebziger und achtziger Jahre zu Nicht-Kooperation und unabgestimmter Geld- und Fiskalpolitik der westlichen Zentren geführt. Vor allem die Bundesrepublik und Japan haben sich als Trittbrettfahrer der weltwirtschaftlichen Entwicklung verhalten, d. h. von expansiven Politiken anderer Nationen profitiert, ohne selbst expansiv zu agieren. Daraus resultierte zum einen eine Differenz des Sozialprodukts- und Beschäftigungswachstums zwischen den USA und Westeuropa und andererseits die Zuspitzung der Leistungsbilanzprobleme der USA. Die USA wurden so von den kontraktiv agierenden Wirtschaftsblöcken in die Knie gezwungen. Ende der siebziger Jahre drohte zum erstenmal der Verlust der Weltgeldfunktion des Dollars, wodurch die USA zur Hochzinspolitik und zur Erzeugung einer weltweiten Krise gezwungen wurden. Seit 1985 befinden sich die USA in einer ähnlichen Situation. Der Übergang zur Netto-Schuldnerposition und

eine noch defizitärere Leistungsbilanz hat jetzt allerdings den Handlungsspielraum der USA weiter eingeschränkt.

### Die EG als DM-Club

Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems entstand auch in Westeuropa das Bedürfnis, den hochgradig internationalisierten Außenhandel wenigsten innerhalb einzelner Regionen durch feste Wechselkurse abzusichern, da beständige Kursbewegungen über die Umwertung von internationaler Liquidität und Schuldverträgen zu spezifischen Unsicherheiten beim Kapitalverkehr und zu erhöhter Unsicherheit bei Produktions- und Investitionsentscheidungen führen.

Seit der Gründung des EWS im Jahre 1979 wurde den erheblichen ökonomischen Disparitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsländern durch relativ häufige Anpassungen der ECU-Leitkurse Rechnung getragen. Hinter diesen Wechselkursanpassungen verbirgt sich dennoch eine dauerhafte Überbewertung verschiedener EWS-Währungen gegenüber der DM, die zu einer permanenten Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der entsprechenden Nationen auf den EG-Märkten und entsprechenden Leistungsbilanzdefiziten geführt hat. Dies verweist auf folgenden grundlegenden Zusammenhang: Ein echtes Fixkurssystem bei gleichzeitiger Freiheit des Waren- und Kapitalverkehrs ist nur möglich, wenn die Mitgliedsländer bereit und in der Lage sind, eine Vereinheitlichung von Inflations- und Wachstumsraten vorzunehmen. Beides muß jedoch bezweifelt werden: Unterschiedliche Inflationsraten sind Ausdruck differierender Wachstumsraten von Arbeitsproduktivität und Nominallöhnen, hängen also mit tiefverwurzelten nationalen Spezifika wie etwa der Kohärenz der nationalen Industriestruktur oder dem Grad der Konkurrenz unter den Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen zusammen. Ein Ausgleich von geringerem Produktivitätswachstum durch geringere Nominallohnsteigerungen in bestimmten Ländern findet nicht statt. Im Gegenteil sind es gerade die eintwickeltesten Länder, die auch die geringsten Nominallohnsteigerungen aufzuweisen haben. Unterschiedliche geld- und fiskalpolitische Regime bedingen auch unterschiedliche Wachstumsraten. Hier könnte nur eine Verlagerung entsprechender Kompetenzen auf supranationale Organe eine Veränderung bringen, was jedoch aufgrund der Einschränkung der angestammten Rechte der nationalen Parlamente tendenziell ausgeschlossen erscheint.

Aus den genannten Gründen ergeben sich innerhalb eines Fixkursystems notwendig Leistungsbilanzungleichgewichte. Unter den Bedingungen des weitgehenden Freihandels und erst recht im Rahmen des angestrebten „Gemeinsamen Binnenmarktes“ ist das zentrale Instrument zum Ausgleich der Leistungsbilanzungleichgewichte eine Anpassung der Wechselkurse. Deshalb muß einem EWS mit langfristig fixen Paritäten und erst recht einem System einer einheitlichen europäischen Währung auf absehbare Zeit eine klare Absage erteilt werden. Eine Stufenflexibilität muß als Beitrag zum Ausgleich der ökonomischen Disparitäten zwischen den EWS-Mitgliedsländern erhalten bleiben.

Gegenwärtig sind jedoch die EWS-Mitgliedsländer aus unterschiedlichen Gründen nicht zu ausreichenden Anpassungen der Wechselkurse bereit: Die Bundesrepublik will das Scheitern der Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung verhindern. Die Leistungsbilanzdefizitländer schrecken vor Abwertungen vor allem deswegen zurück, weil der positive Leistungsbilanzeffekt einer Abwertung nur dann erzielt werden kann, wenn diese mit einem Programm zur Durchsetzung von Realeinkommensverlusten verbunden ist, um eine Abwertungs-Inflationsspirale zu verhindern. Ein derartiges Programm muß allerdings als extrem unpopulär angesehen werden.

Unter den Bedingungen der späten siebziger und achtziger Jahre hat die Bundesrepublik als Wachstumsbremse fungiert (vgl. Dornbusch 1986 a), indem sie anderen Nationen ihren restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs über folgenden Mechanismus aufzuzwingen hat: Die bundesdeutsche Restriktionspolitik führte zum Aufbau von Exportüberschüssen und damit verbunden einer Netto-Gläubigerposition. Defizitäre Leistungsbilanzen anderer westeuropäischer Länder müssen dabei zwingend von den restriktiver agierenden Nationen finanziert werden. Da jedoch die Währung eines Netto-Gläubigerlandes mit restriktiver Politik und stabilem Preisniveau eine hohe Vermögenssicherungsqualität aufweist, kann die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der expansiver agierenden Nation durch privaten Kapitalimport schwierig werden, da private Kapitalströme dazu tendieren, in die restriktiver agierende Nation zu fließen. Zur Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts müssen die expansiver agierenden Nationen ihren wirtschaftspolitischen Kurs ändern und zu Zinssatzerhöhungen und einer restriktiven Finanzpolitik übergehen<sup>2</sup>. Gelingt es ihnen nicht, die not-

wendigen privaten Kapitalimporte zu induzieren, sind sie auf öffentliche Kapitalimporte angewiesen. Der öffentliche Kapitalexport der Bundesrepublik wird so zu einem unterstützenden Moment der Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung. Die Bundesrepublik wird zum „Zahlmeister“ der expansiver agierenden Nationen durch Kredithilfen seitens der Bundesbank oder durch staatliche Kredite aus öffentlichen Mitteln. Nachdem die Bundesrepublik durch ihre Strategie andere Nationen in außenwirtschaftliche Probleme gebracht hat, fungiert sie als „rettender“ Gläubiger bei der Lösung dieser Probleme (vgl. Spahn 1988).

### Zur programmatischen Diskussion um die EWS-Weiterentwicklung

#### *Das Außenverhältnis des EWS*

1. Langfristig kann das öffentliche Gut einer stabilen Weltwirtschaft nur durch die Etablierung eines neuen Weltwirtschaftssystems mit fixen Wechselkursen und einer Regulierung des Kapitalverkehrs hergestellt werden, das die pluralistischer gewordenen weltwirtschaftlichen Machtverhältnisse reflektiert. Es existieren eine Reihe von Reformkonzeptionen, die anknüpfend an den Keynes-Plan<sup>3</sup> die Schaffung eines von einer zu konstituierenden Weltzentralbank emittierten Kunstgelds, das als Verrechnungsmittel zwischen Zentralbanken fungieren soll, vorsehen (vgl. u. a. Hankel 1987). Diese Konzepte müssen sich jedoch die Kritik gefallen lassen, die auch für den Keynes-Plan selbst gilt. Es wird von den entgegengesetzten ökonomischen Interessen und den mit ihnen verbundenen nationalen politischen Strategien abstrahiert. Es entsteht ein technokratisch getöntes Modell eines Weltwährungssystems, in dem die Instabilitäten verschwunden sind. In der Realität werden sich die Gläubigerationen mit einem strukturellen Exportüberschuß nicht ohne weiteres auf ein System einlassen, dessen Ziel es gerade ist, auf Schuldner- und Gläubigerationen gleichermaßen Druck hinsichtlich der Veränderung ihrer wirtschaftspolitischen Strategie auszuüben.

2. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß ein neues Weltwährungssystem mittelfristig nicht etabliert werden kann. Unter dieser Bedingung bleibt als Strategie zur Wiedergewinnung einer größeren wirtschaftspolitischen Autonomie Westeuropas nur eine weitere Europäisierung bei gleichzeitiger Regulierung des Kapitalverkehrs im Außenverhältnis. Die zunehmende Integration des internationalen Kapitalmarktes ist eine Entwicklung, die die Regu-

lierung der Weltwirtschaft erschwert oder gar unmöglich macht. Soweit internationaler Kapitalverkehr zu Verschiebungen der Wechselkurse führt, die ein strukturelles Ungleichgewicht der Leistungsbilanzen erzeugen, wirkt er destabilisierend und muß reguliert werden. Es ist hier nicht der Ort, um konkrete Formen einer derartigen Regulierung zu diskutieren. Denkbar sind Steuern auf den Kauf von Devisen (Tobin 1982), gespaltene Wechselkurse (Dornbusch 1986) oder direkte Kapitalverkehrskontrollen. Freier Handel wird dadurch nicht behindert. Im Gegenteil: Freier internationaler Kapitalverkehr mit ungestörten Wechselkursbewegungen und explodierenden Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen führt eher zu Protektionismus als regulierter internationaler Kapitalverkehr.

3. Mit dem Ziel, den ECU zu einer einheitlichen europäischen Währung zu machen, wird zunehmend auch innerhalb der SPD die Vorstellung verbunden, dem US-Dollar ein anderes Geld mit Leitwährungsfunktion gegenüberzustellen (vgl. Schmidt 1986; Irseer Programmentwurf 1986, 40). Dabei bleibt unklar, inwieweit damit die Entthronung des Dollars als Weltgeld und die Entwicklung einer europäischen Hegemonialmacht angestrebt wird, oder inwieweit der ECU nur ein Gegengewicht gegen den Dollar aufbauen soll. Eine Hegemonialmacht Europa ist allerdings weder eine realistische, noch eine politisch wünschenswerte Perspektive. Der fundamentale Einwand gegen eine Leitwährungsfunktion des ECU besteht allerdings darin, daß dies ökonomisch nicht nur Vorteile, sondern auch zusätzliche Verpflichtungen mit sich bringt. Die private Verwendung des ECU könnte den Kampf um das Weltgeld noch verstärken. Internationale Vermögensbesitzer können verschiedene Weltgeldproduzenten gegeneinander ausspielen. Würde ein Weltgeldproduzent bei freiem Kapitalverkehr nicht entsprechend den Interessen der Vermögensbesitzer handeln, würde Kapitalflucht zur Umkehr der Politik zwingen, wodurch sich die Gefahr einer gegenseitigen Blockade der verschiedenen Weltgeldproduzenten verstärken würde. Die Option einer relativen wirtschaftspolitischen Autonomie Westeuropas erfordert massive Kapitalverkehrsbeschränkungen und macht daher von vorneherein eine Leitwährungsfunktion des ECU unmöglich.

#### *Die Binnenregulierung des EWS*

1. Die Herstellung des „Gemeinsamen Binnenmarktes“ in Westeuropa ist generell zu begrüßen. Sie erscheint aber nur sinnvoll unter der Voraussetzung,

daß die Bundesrepublik bereit ist, die Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung mit ihrem Resultat struktureller Leistungsbilanzüberschüsse aufzugeben. Zuerst müßte die Bundesrepublik von der Rolle der europäischen Konjunkturbremse zur Rolle der europäischen Konjunkturlokomotive übergehen. Der Handel zwischen den EWS-Mitgliedstaaten muß unter der Prämisse mittelfristig ausgeglichener Leistungsbilanzen erfolgen, was ungleichgewichtige Kapitalbilanzen und den Aufbau dauerhafter Netto-Gläubiger- oder Netto-Schuldenpositionen ausschließt. Das „Projekt Europa“ macht eine stärkere Orientierung des Wachstums auf den Binnenmarkt erforderlich.

2. Leitkursanpassungen sollen das Hauptinstrument zum Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten sein, die sich wegen der weiterbestehenden Disparitäten entwickeln. Dies bedeutet das Akzeptieren einer Stufenflexibilität der ECU-Leitkurse und damit zumindest mittelfristig einen eindeutigen Verzicht auf ein System langfristig fixer Paritäten oder gar einer einheitlichen europäischen Währung. Die Kompetenz zur Anpassung der Wechselkurse muß auf ein supranationales Organ, wie etwa eine Europäische Zentralbank, verlagert werden, die mit Zwei-Drittel-Mehrheit ohne die Möglichkeit des Vetos entscheidet. Anders können Nationen mit einem strukturellen Leistungsbilanzüberschuß, vor allem die BRD, kaum zu einer Änderung ihrer wirtschaftspolitischen Strategie gezwungen werden.

3. Freier Handel kann allerdings Disproportionen verstärken, wenn der Stand der technologischen Entwicklung und die Kohärenz der nationalen Produktionsstrukturen sehr ungleich sind. In diesen Fällen können Wechselkursanpassungen für den Ausgleich der Leistungsbilanzen unzureichend sein. Den betroffenen Ländern muß es daher erlaubt sein, transitorisch Schutzzölle für ihre Infantindustrien zu erheben. Transitorischer und selektiver Protektionismus kann die Bedingung mittelfristig bis längerfristig weitergehender Entfaltung der Freiheit des Handels sein.

4. Als Unterstützung für die industrielle Entwicklung und den Strukturwandel in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten müssen der EG-Regionalfonds und der EG-Strukturfonds erheblich ausgebaut werden. Die Finanzierung dieser Ausweitung muß von den Staaten getragen werden, die vom „Gemeinsamen Binnenmarkt“ am meisten profitieren – also insbesondere von der Bundesrepublik.

5. Unregulierter Kapitalverkehr zwischen den EWS-Mitgliedstaaten kann kurzfristig die Wettbewerbs-



Lufthansa Tagestrandverbindungen: morgens hin, abends zurück.

**Das größte Interesse an einem günstigen Flugplan haben oft die, die gar nicht fliegen.**

 **Lufthansa**

positionen von Nationen erheblich verzerren und auch langfristig den Ausgleich der Leistungsbilanzen verhindern. Unregulierte Kapitalströme führen innerhalb des EWS notwendig zur Unterwerfung der Masse der Nationen unter restriktiver agierende Nation. Aus diesem Gründen darf ein freier gemeinsamer europäischer Kapitalmarkt nach unserer Auffassung nicht zu den mittelfristigen Zielen der EWS-Entwicklung zählen. Generell müßten die Wechselkurse vor den Einwirkungen des Kapitalverkehrs geschützt werden, was zum einen durch eine Ausweitung der Interventionsverpflichtungen der Zentralbanken, den Aufbau eines Europäischen Interventionsfonds oder durch die Möglichkeit von Kapitalverkehrsbeschränkungen in einzelnen Ländern (und zwar sowohl auf der Kapitalabfluß-, wie auf der Kapitalzuflußseite) geschehen könnte.

6. Aus der Ablehnung der Leitwährungsfunktion des ECU folgt auch die Notwendigkeit des Verbots der privaten Verwendung des ECU, wie sie in verschiedenen Vorschlägen zum Ausbau des EWS vorgesehen ist. Die private Verwendung des ECU führt zu zusätzlichen Turbulenzen innerhalb des EWS, die gerade verhindert werden sollten. Vor allem kann nicht verhindert werden, daß Vermögensbesitzer in Ländern mit stabiler Währung den ECU als Korbwährung nicht halten wollen, während in Ländern mit inflationierender Währung die nationale Währung weitgehend durch den ECU verdrängt werden würde. Die Verwendung des ECU muß daher auf die Verrechnung zwischen Zentralbanken beschränkt bleiben.

#### Anmerkungen

- 1) Zur Kritik der weltwirtschaftlichen Strategie des Irseeer Programmtextes: Westphal 1987.
- 2) Bestes Beispiel für diesen Mechanismus ist die Hochzinspolitik der sozialistischen französischen Regierung während der ersten Monate nach dem Wahlsieg im Mai 1981, die wegen der Koexi-

stenz eines erheblichen Handelsbilanzdefizites und einsetzender Kapitalflucht notwendig wurde. Sie stand in vollkommenem Gegensatz zur keynesianischen Logik der ersten Phase der Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten.

- 3) Beim Keynes-Plan handelt es sich um den 1943 von Keynes erarbeiteten britischen Vorschlag zur Neugestaltung des Weltwährungssystems nach dem 2. Weltkrieg, der sich nicht gegenüber den amerikanischen Vorstellungen durchsetzen konnte (Keynes 1943).

#### Literatur

- Calles, D. P. 1982: *The Imperious Economy*. Cambridge, Mass.
- Dornbusch, R. 1986: Special Exchange Rates for Capital Account Transactions. In: *The World Bank Economic Review*, Vol. 1/1986.
- Dornbusch, R. 1986 a: Unemployment: Europe's Challenge of the '80s. In: *Challenge*, September/Oktober.
- Gietz, P. 1985: Manifest für eine Neue Europäische Linke. Berlin.
- Hankel, W. 1987: Die weltweite Beschäftigungskrise: Ein monetäres Regulierungsdefizit. Plädoyer für eine Neuinterpretation des Keynesianismus. In: *Leviathan*, Sonderheft 8/1987.
- Herr, H. 1987: Ansätze monetärer Währungstheorie - eine keynesianische Kritik der orthodoxen Theorie. In: *Konjunkturpolitik*, 33. Jg/1987.
- Irseeer Programmtextwurf 1986: Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vorstand der SPD (Hrsg.). Bonn.
- Keynes, J. M. 1943: Proposals for an International Clearing Union. In: J. K. Horsfield (Ed.) 1969: *The International Monetary Fund 1945 - 1965. Twenty Years of International Monetary Cooperation*, Vol. 3: Documents, Washington D. C.
- Kindelberger, C. P. 1986: International Public Goods without International Government. In: *American Economic Review*, Vol. 76.
- Schmidt, H. 1986: Europa braucht mehr Mut. Die wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft muß vorankommen. In: *Die Zeit*, 26. 12. 1986.
- Spahn, H.-P. 1988: Liquiditätspräferenz, internationales Geld und Notenbankpolitik. In: J. Glombowski, P. Kalmbach (Hrsg.), *Der Keynesianische Fundamentalismus, Ökonomie und Gesellschaft*, Jahrbuch 6.
- Tobin, J. 1982: A Proposal for International Monetary Reform. In: J. Tobin 1982: *Essays in Economics: Theory and Policy*, Cambridge, MA: MIT Press.
- Westphal, A. 1987: Wenn vor Capri die rote Sonne im Meer versinkt... Zu den außenwirtschaftlichen Passagen des Irseeer Programmtextes. In: D. Albers u. K. Neumann (Hrsg.) 1987: *Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programmtextwurf der SPD*. Berlin.

# Otto Reinhold

## Wichtiger Beitrag und viele Diskussionsfragen

### Zu Egon Bahrs Buch „Zum europäischen Frieden“

*Prof. Dr. Otto Reinhold, Jahrgang 1925, ist Mitglied des Zentralkomitees der SED, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Mitglied des Redaktionskollegiums der „Einheit“.*

Michail Gorbatschow hat ohne Zweifel Bewegung in die internationale Politik gebracht. Neues Denken hat längst aufgehört, nur eine Idee zu sein. Mehr und mehr wird es in praktische Politik umgesetzt. Die Erkenntnis, daß der Friede nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander organisiert und gewährleistet werden kann, gewinnt vor allem in Europa immer mehr Anhänger. Die Tatsache, daß dabei nicht die Qualität der Waffen, sondern die Qualität der Politik entscheidet, bestimmt inzwischen das Denken und Handeln vieler Politiker.

Die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten haben ein umfassendes und in sich logisches Abrüstungsprogramm vorgelegt, das um keine Waffentat einen Bogen macht. Sie sind bereit, dafür alle nötigen und möglichen Kontrollmaßnahmen zu akzeptieren. Dieses neue Herangehen, diese neue Politik hat inzwischen erste substanzielle Ergebnisse erreicht. Die Warschauer Vertragsstaaten erweisen sich im Ringen um Abrüstung und Entspannung als die aktive und flexible Kraft der Gegenwart.

Die breite internationale Zustimmung zu dieser Friedensstrategie ist nicht erstaunlich. In ihr spiegeln sich nicht nur die Wünsche und Hoffnungen großer Teile der Menschheit wider, sondern auch die Ideen und Vorstellungen vieler Politiker und geistiger Vordenker. Das neue Buch Egon Bahrs „Zum europäischen Frieden – Eine Antwort auf Gorbatschow“\* ist ein beredter Ausdruck dieser Tatsache.

Egon Bahr ist unbestritten einer der geistigen Väter der Idee der gemeinsamen Sicherheit. Wir können nur gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. „Die Ungeheuerlichkeit der gegenseitigen Bedrohung hat die Ungeheuerlichkeit der gegenseitigen Abhängigkeit geschaffen“, schreibt er. (S. 25)

Egon Bahr gehört zu jenen Politikern, die sich

nicht auf theoretische Erkenntnisse beschränken, sondern stets nach Wegen suchen, diese für das Weiterleben der Menschheit entscheidenden Schlußfolgerungen in praktische Politik umzusetzen. Daher ist es nur logisch, daß die Gestaltung des Friedens in Europa, die Schaffung eines „gemeinsamen Hauses Europa“ im Mittelpunkt des Buches steht. Er versteht das als seine Position, seine Antwort auf die entsprechenden Vorschläge Gorbatschows.

Die Gestaltung eines solchen europäischen Hauses ist sicher ein vielseitiger und längerfristiger Prozeß. Ein sicherer Frieden, der Ausschluß jeglicher militärischer Auseinandersetzungen ist dafür die entscheidende Voraussetzung. Bahr weist darauf hin, daß dies sowohl auf Kriege mit atomaren als auch mit konventionellen Waffen zutrifft. Europa ist nicht die Welt. Aber nirgendwo sonst sind so viele Waffen – atomare wie konventionelle – angehäuft wie auf diesem Kontinent. Hier stehen sich die beiden Gesellschaftssysteme und die beiden Militärbindnisse am direktesten gegenüber, die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik gehört zu den sensibelsten Grenzen in der Welt.

Die Idee der gemeinsamen Sicherheit muß daher vor allem hier durchgesetzt werden. Unter diesen spezifischen Bedingungen Europas ist aber auch – wie sich zeigt – die Bereitschaft, einen solchen Weg zu beschreiten, größer als anderswo in der Welt.

Von dieser Tatsache geht Egon Bahr in seinem Buch aus. Wie kann in Europa ein dauerhafter Frieden geschaffen werden, wie muß die militärische Struktur, die Militärdoktrin, die praktische Sicherheitspolitik gestaltet werden, daß ein Krieg, militärische Angriffsoperationen objektiv unmöglich werden? So gut, so wichtig und so einflußreich solche Persönlichkeiten wie Gorbatschow oder andere auch immer sein mögen – der sichere Friede in Europa kann allein darauf nicht aufgebaut werden – so Egon Bahr. Entscheidend ist, die notwendigen Tatsachen zu schaffen, die militärische Angriffsoperationen unmöglich machen. Ohne die praktische Lösung dieser Aufgabe kann es auch keinen sicheren Weg zu einem gemeinsamen europäischen Haus geben.

Die konkreten Vorschläge, die dazu in diesem Buch entwickelt sind, stellen ohne Zweifel seinen wertvollsten Teil dar. Auch deshalb, weil es hier einen prinzipiellen Konsens mit den Vorstellungen

\* Egon Bahr „Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow“. Siedler Verlag Berlin (West), 1988, 100 S., DM 20,-

der Sowjetunion wie der anderen Warschauer Vertragsstaaten gibt. Die gemeinsamen Vorschläge von ED und SPD bringen diese prinzipielle Übereinstimmung zum Ausdruck. Für beide Seiten ist ebenso klar, daß neben dem Abbau von Kernwaffen die konventionelle Abrüstung besonders wichtig ist.

Gewissermaßen die Grundidee wird in folgenden Feststellungen zusammengefaßt: „Stabilität zwischen NATO und Warschauer Vertrag und darüber hinaus in Europa wäre erreicht, wenn kein militärischer Angriff Aussicht auf Erfolg hat, unabhängig davon, ob er aus dem Stand, nach kurzer Vorwarnzeit oder nach voller Mobilisierung erfolgen würde. Stabilität verlangt darüber hinaus, daß diese Lage nicht einseitig oder kurzfristig veränderbar sein darf und die nicht veränderbaren Asymmetrien der geostrategischen Lage dabei berücksichtigt sind. Diese oder eine ähnliche Definition müßte in Ost-West-Verhandlungen als erstes erreicht werden . . .“ (S. 61 f.)

Für Zentraleuropa sollte dazu ein Korridor geschaffen werden, „aus dem das gesamte Großgerät entfernt würde, das für einen Angriff gebraucht wird, also Panzer, Artillerie, Pionierbrückengerät und Hubschrauber. Ein solcher Korridor könnte auf jeder Seite einhundertfünfzig Kilometer oder auch etwas weniger tief sein . . . Es gäbe dort nur noch leicht bewaffnete Verbände, die zu offensiven Operationen unfähig wären. Ein derartiger Korridor wäre der Kern einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“. (S. 65)

Natürlich müßten solche Schritte in einem Gesamtprozeß vertrauensbildender Maßnahmen und einer Vielfalt von Beziehungen in anderen Bereichen eingebettet sein. Selbstredend wird noch über viele konkrete Fragen zu reden sein. Egon Bahrs Vorstellungen sind dabei auf jeden Fall wichtig und akzeptabel.

Egon Bahr weiß natürlich, daß vom Ideenentwurf und der praktischen Realisierung sicher noch ein schwerer und auch langwieriger Weg zu beschreiten ist. Mit vielen Hindernissen, die dabei zu überwinden sind, beschäftigt er sich in seinem Buch. Die SED verfolgt seit langem in ihrer Politik des Dialogs Ziele, die diesen Vorstellungen zumindest nahe kommen. Seit Michail Gorbatschow Generalsekretär des ZK der KPdSU ist, ist dies das Grundanliegen der Europapolitik der Sowjetunion sowie des Warschauer Vertrages insgesamt. Von seiten der sozialistischen Staaten liegen entsprechende Vorschläge vor, es gibt kein ernsthaftes Hindernis, auf diesem Weg schnell voranzugehen.

Anders ist offensichtlich die Position der NATO. Dabei geht es nicht nur um die französischen und englischen Kernwaffen. Bis heute hat die NATO kein gemeinsames Konzept für eine konventionelle Abrüstung in Europa. Vorschläge, daß nur der Warschauer Vertrag Asymmetrien beseitigen und seine Kräfte unter das Niveau der NATO bringen müsse, kann man sicher nicht als ernsthafte Position bezeichnen. Offensichtlich hängt diese *passive Haltung* mit der Strategie der Abschreckung zusammen. Ob man will oder nicht, kann diese Strategie nicht ohne ein Mindestmaß an Offensivfähigkeit auskommen. Strategie der Abschreckung und gemeinsam organisierte Sicherheit sind kaum miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Obwohl im Westen außerordentlich viel über die Abrüstung im konventionellen Bereich auf dem europäischen Kontinent geschrieben und geredet wird, hat die NATO bis heute die entsprechenden Vorschläge nicht beantwortet. Lange Zeit wurde erklärt, die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten blockierten die Informations- und Kontrollmöglichkeiten. Jetzt hat die Sowjetunion außerordentlich weitgehende Vorschläge gemacht. Man kann nicht sehen, daß diese von den USA und der NATO akzeptiert wurden.

Egon Bahr weist im Zusammenhang mit dem SED/SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ darauf hin, daß gemeinsame Sicherheit verlangt, den jeweils anderen für friedensfähig zu halten. Er kritisiert in diesem Zusammenhang Äußerungen in der DDR-Presse u. a. von Kurt Hager. Natürlich ist gemeinsame Sicherheit nur möglich, wenn beide Seiten dazu fähig und bereit sind. Darüber gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Die SED wie die Staaten des Warschauer Vertrages insgesamt haben erklärt, daß sie keinen Staat und kein Volk als ihre Feinde betrachten, mit anderen Worten, daß sie grundsätzlich alle Staaten für friedensfähig halten. Wir übersehen dabei aber nicht, daß in den USA und in einer Reihe anderer NATO-Staaten ökonomisch und politisch starke Kräfte wirken, die bis heute nicht bereit sind, die Idee der gemeinsamen Sicherheit zu akzeptieren, die ganz andere Ziele verfolgen und auf Rüstungsprofite nicht verzichten wollen. Egon Bahr setzt sich in seinem Buch mit einigen von ihnen selbst auseinander. Ein System gemeinsamer Sicherheit kann daher nur dann entstehen, wenn der Einfluß dieser Kräfte zurückgedrängt wird. Gemeinsame Sicherheit, davon sind wir fest überzeugt, erfordert nicht nur kluge Ideen, sondern einen entschiedenen und wahrscheinlich auch langwierigen Kampf, um diese

Ideen durchzusetzen. Ich kann nicht sehen, daß diese Auffassung von den Positionen des gemeinsamen Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ abweicht.

Für einen europäischen Frieden, für ein gemeinsames Haus Europa sind die Positionen der beiden deutschen Staaten und die Beziehungen zwischen ihnen von ganz besonderer Bedeutung. Mit vollem Recht widmet Egon Bahr dieser Frage breiten Raum.

Zwei Feststellungen halte ich für besonders wichtig und interessant. Einmal begründet er, daß auch im Verhältnis der beiden deutschen Staaten die Erhaltung des Friedens absolute Priorität hat. Ohne Erhaltung und Sicherung des Friedens kann man auch nicht mehr über die Zukunft dieser beiden Staaten diskutieren – völlig unabhängig davon, welche Auffassung, Hoffnung oder illusionäre Vorstellung man darüber auch haben mag. Dies ist verständlich, denn ganz egal wie in Europa ein Krieg beginnen, wie er verlaufen würde, ob er mit Kernwaffen oder mit konventionellen Mitteln geführt würde, es wäre das Ende beider deutscher Staaten. Daraus ergeben sich auch die Verantwortung und die Verpflichtung beider deutscher Staaten, alles zu tun, um den Frieden unter allen Umständen zu sichern. Im

Maßstab unserer Möglichkeiten unseren Beitrag dazu zu leisten, ist wahrhaftig eine gesamtdeutsche Aufgabe. Daraus ziehen wir die Schlußfolgerung, daß die Aktivität auf diesem Gebiet – gemeinsam oder unabhängig voneinander – die wichtigste Aufgabe in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist. Die DDR unternimmt alles, um dieser Herausforderung zu entsprechen. Leider können wir nicht die gleiche Haltung der Regierung der Bundesrepublik feststellen.

Egon Bahr stellte fest, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und die Einheit Deutschlands unvereinbar sind. Er denkt natürlich nach vorne. Aber ausnahmsweise möchte ich hier zurückdenken. Wir waren immer der Meinung, daß der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO alle Möglichkeiten für eine demokratische Einheit Deutschlands beendet hat. Egon Bahr bestätigt das.

In einem gemeinsamen europäischen Haus müssen Länder mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen wohnen. Völlig klar ist, daß der eine nicht verlangen kann, daß der andere zunächst so wird, wie man selber ist. Wir müssen respektieren, daß andere unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen leben und leben wollen.

Diese Erkenntnis und Ausgangsposition für ein

## Wir arbeiten mit Energie an neuen Ideen für unsere Kunden.

# BfG:



Als große Universalbank sehen wir es als unsere Aufgabe, unseren Kunden mit ihren vielseitigen Anforderungen ein engagierter Partner zu sein. Kapitalsparbuch, Wachstumsobligation und Umweltkredit haben wir schon erfunden; wir werden auch in Zukunft innovative Lösungen bieten.

**BfG: Ihre Bank**  
△ Aachener und Münchener Gruppe

gemeinsames europäisches Haus hat sich aber bis heute noch nicht allgemein durchgesetzt. Nach wie vor haben wir mit Meinungen zu tun, erst müßten sich die sozialistischen Länder, insbesondere die DDR und die SED wandeln, wenn ein stabiler europäischer Frieden zustande kommen soll. Dabei handelt es sich nicht nur um einige erkonservative Leute. Da lese ich zum Beispiel am 14. Juni 1988 im Sozialdemokratischen Pressedienst über eine zweite Phase der Deutschlandpolitik, daß das Hauptziel darin bestehen müsse, in der DDR mehr Selbstbestimmung im Sinne einer Liberalisierung zu erreichen. „Das Wichtigste:“ – heißt es da wörtlich – „Die SED muß sich wandeln.“ Ob, wann und wie Wandlungen erfolgen, muß schon jeder selbst bestimmen. Den anderen zu ändern, kann nicht Ziel der Politik sein, die zum dauerhaften Frieden führt.

Niemand kann ernsthaft leugnen, daß ein tiefer Zusammenhang zwischen der inneren und der internationalen Entwicklung besteht. Ein gemeinsames Haus, in dem alle gut zusammen leben, setzt auch voraus, daß dafür innere Bedingungen bestehen. Umgekehrt hat diese Art des Zusammenlebens, der Abbau der militärischen Konfrontation Auswirkungen auf die innere Entwicklung eines jeden Landes. Für einen positiven Wandel, für vielfältige Reformprozesse entstehen neue Möglichkeiten. Neue Formen vielfältiger Zusammenarbeit können dabei großen Einfluß haben. Die SED geht in ihrer Gesellschaftspolitik stets davon aus, daß der Sozialismus nur dann erfolgreich sein kann, wenn er sich ständig dynamisch entwickelt, wenn er sich ständig wandelt. Im Programm unserer Partei gehört dies zu den wichtigsten Erkenntnissen, die durch die praktischen Erfahrungen bestätigt werden.

Ein stabiler europäischer Frieden, ein gemeinsames Haus Europa kann nicht ohne die beiden deutschen Staaten, nicht um sie herum geschaffen werden. Daher beschäftigt sich Egon Bahr ausführlich mit der Verantwortung, der Rolle und den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zueinander und im Rahmen ihrer jeweiligen Bündnissysteme in diesem Prozeß.

Ihm ist dabei völlig klar, daß zwischen der in der BRD vertretenen These, die deutsche Frage sei offen, und einer stabilen Friedensordnung in Europa ein Widerspruch besteht. Wie soll es auch in einem gemeinsamen Haus gutnachbarlich zugehen, wenn der eine dem anderen nicht die volle Souveränität zuerkennt, wenn er sich die Obhutspflicht bzw. das Obheitsrecht über die Familienmitglieder des anderen anmaßt und erklärt, daß man nur Zeitpunkt und

Bedingungen abwarten müsse, um seine Selbständigkeit wieder aufheben zu können. Egon Bahr kann sich aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht zum Standpunkt durchringen, daß eine derart offene deutsche Frage nicht mehr existiert. Er kommt daher zur Feststellung, sie sei „so offen, daß man gar nicht sagen kann, wie und wann sie politisch schlüssig beantwortet werden kann“. (S. 43) Wichtig ist aber seine Feststellung: „An der deutschen Frage darf keine europäische Chance scheitern . . . Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit sind nur durch Stabilität in den heutigen Grenzen zu erreichen.“ (S. 40/42) Jeder, der realistisch bleibt, weiß, daß die DDR und ihre Politik in diesem Bereich auch nicht das kleinste Hindernis darstellt oder aufrichtet. An uns brauchen dazu keine Forderungen gestellt werden.

Mit Recht macht sich Egon Bahr Sorgen darum, wie Westberlin in diesen Prozeß einer künftigen Gestaltung Europas einbezogen werden kann. Ich kenne in Ost und West keinen ernsthaften Politiker, der der Meinung wäre, diese Stadt müsse in diesem Zusammenhang eine isolierte Insel bleiben. Er greift die in letzter Zeit mehrfach geäußerte Idee auf, einen Tausch durchzuführen. Die Bundesrepublik erkennt offiziell an, daß der Ostteil Berlins die Hauptstadt der DDR ist. Die Sowjetunion, die DDR akzeptiert, daß Westberlin ein Land der Bundesrepublik wird. Die alliierten Truppen in Westberlin sollten dann durch Einheiten der Bundeswehr abgelöst werden.

Diese Vorstellung halte ich für völlig unrealistisch. Ein derart schlechtes Tauschgeschäft kann man der DDR nicht zumuten. Der Ostteil Berlins ist die Hauptstadt der DDR und wird als solche weltweit anerkannt. Wenn dies durch die Bundesrepublik und einige andere Staaten bisher noch nicht geschehen ist, so können wir damit ohne nennenswerten Schaden leben. Ein solcher Tausch würde das Viermächte-Abkommen über Westberlin zerstören, das sich bewährt, das zur Stabilität in Mitteleuropa wesentlich beigetragen hat und noch längst nicht ausgeschöpft ist. Eine weitere Entwicklung kann u. a. nur von dieser Grundlage ausgehen. Unvorstellbar ist, wir könnten auf diese Weise die Bundeswehr einladen, sich mitten in der DDR festzusetzen.

In Massenmedien der Bundesrepublik wurde viel Aufsehen über einen Vorschlag Egon Bahrs gemacht, der sich fast ganz am Ende des Buches findet. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sollten mit beiden deutschen Staaten einen gleichen Friedensvertrag abschließen. Dieser Vorschlag wird sofort von ihm selbst relativiert: „Es gibt für mich

einen einzigen Grund, zwei Friedensverträge heute nicht anzustreben: Es gibt Wichtigeres, nämlich europäische Sicherheit.“ (S. 98) Dem kann man sich nur anschließen.

Egon Bahr erklärt, zwei Friedensverträge wären das Ende der Diskussion über Deutschland in den Grenzen von 1937. Ich glaube, daß es aber umgekehrt ist. Solange in der Bundesrepublik die Fiktion aufrecht erhalten wird, Deutschland in den Grenzen von 1937 bestehe weiter, die Einheit sei nur eine Frage der Zeit und der Bedingungen, was man auf der bilateralen Ebene nicht erreicht habe, könne man im europäischen Rahmen durchsetzen, kann man weder einen Friedensvertrag noch mehrere Friedensverträge erreichen.

Außerdem stellt sich die Frage, wozu brauchen wir eigentlich noch einen Friedensvertrag? Das in-

zwischen entstandene europäische Vertragswerk beantwortet ohnehin die meisten Fragen. Natürlich bleiben nach wie vor einige offen, auf die Egon Bahr hinweist. Insbesondere beschäftigen ihn die Rechte der vier Mächte, die Stationierung ihrer Truppen in beiden deutschen Staaten. Wäre es aber nicht denkbar, daß diese Frage im Rahmen des weiteren Abrüstungsprozesses gelöst werden könnte? Ich denke dabei vor allem an den Vorschlag der Sowjetunion, alle in anderen Ländern stationierten Truppen zurückzuziehen. Im Rahmen eines europäischen Hauses könnte man dann sicher auch für die USA einen ihrer Rolle entsprechenden Platz finden.

Ein interessantes Buch, ein wichtiger Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hauses mit vielen Diskussionsfragen.

## Thomas Meyer/Michael Müller Neuer Individualismus und Solidarität Thesen zur Diskussion

*Dr. Thomas Meyer, geb. 1943, ist Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg. Er ist Mitglied der Grundwerte- und der Programmkommission beim SPD-Partei Vorstand.*

*Michael Müller, Jahrgang 1948, ist SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied der Programmkommission beim SPD-Partei Vorstand.*

### I.

Bei den mit Stichworten wie „Individualisierung“ oder „Neuer Individualismus“ beschriebenen Prozessen handelt es sich zunächst einmal, unabhängig davon wie es sich in den Köpfen der Betroffenen selbst darstellt, um tatsächliche tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Es gilt, zuerst einen Blick auf diese Entwicklungen zu werfen, bevor Veränderungen in den Wertmustern und Ansatzpunkte für die politische Strategie der Sozialdemokratie zur

Diskussion gestellt werden. Der Begriff der Individualisierung wird dabei zunächst beschreibend verwendet. Er bezieht eine ungewollte Form monadischer Sozialexistenz ebenso ein, wie neue Spielräume individueller Selbstbestimmung und Selbstentfaltung. Es ist eine zweite Frage, wie, in welchem Maße und in welchem Maße zu Recht oder zu Unrecht aus den veränderten Bedingungen der sozialen Existenz eine veränderte Selbstinterpretation von Einzelnen und Gruppen folgt und was diese Veränderungen für Konsequenzen für eine normative Verwendung des Ausdrucks „Individualismus“ haben.

### II.

Mit „Individualisierung“ werden sozialstrukturelle und kulturelle Wandlungsprozesse beschrieben. Ulrich Beck hat die sozialstrukturellen Wandlungsprozesse als zunehmende Unmittelbarkeit der Abhängigkeit des einzelnen vom Arbeitsmarkt beschrieben, durch die die individuellen Planungs- und Dispositionsbefugnisse des Individuums deutlich angewachsen sind. An die Stelle traditionaler Bindungen und vorgegebener Aktionsmuster treten Spielräume der Auswahl von Handlungsmöglichkeiten. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft wandelt sich. Das gilt vor allem für Facharbeiter und Angestellte. Während früher feste Einbindungen in lebensweltlich erfahrbare Sozialklassenmilieus und die subkulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung dem einzelnen eine kollektive

Primärerfahrung vermittelten, erfährt er sich heute bei der Planung der eigenen Biographie und auf den einzelnen Stationen seines Lebensweges häufig als ein allein der Gesellschaft gegenüberstehender Akteur. Der höhere Bildungs- und Ausbildungsstandard, die Zunahme vielfältiger Konsum- und Freizeitmöglichkeiten sowie das Anwachsen der Angestellten – und ihnen ähnlicher werdender Facharbeiterberufe bedingen diesen Trend der Individualisierung.

### III.

Es kommt hinzu, daß die Aufweichung rigider Traditionen infolge des fortschreitenden Modernisierungsprozesses auch der kulturellen und lebensweltlichen Individualisierung in entscheidendem Maße Vorschub leistet. Die Pluralisierung der Lebensstile und Lebenswelten überläßt es in historisch nicht dagewesenem Umfang dem einzelnen, sich für einen Lebensstil und selbst eine Lebenswelt zu entscheiden und macht zugleich offenbar, daß diese Lebensformen in hohem Maße Angelegenheit individueller Wahl sind. Die industriegesellschaftliche Entkoppelung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit führt zu einer Lockerung der engen Anhängigkeit von individueller Selbstentfaltung und kulturellen Wertvorstellungen auf der einen Seite und der Einbindung des einzelnen in das ökonomische und soziale System auf der anderen. Diese Entwicklungen bringen mit dem Verlust an sozialen und kulturellen Bindungen einen Gewinn individueller Handlungsoptionen mit sich. Er wird durch die relative Verselbständigung der kulturellen Sphäre im Freizeitbereich und im Bewußtsein des einzelnen zu einer wichtigen Grundlage der Selbsterfahrung.

### IV.

Das Zusammenwirken dieser sozialstrukturellen und kulturellen Prozesse hat Ulrich Beck anhand des „Fahrstuhleffektes“ beschrieben. Durch den Zuwachs der Einkommen und der Bildungsmöglichkeiten hat sich die Klassengesellschaft insgesamt um eine Etage nach oben bewegt, ohne ihre internen Ungleichheitsbeziehungen nennenswert zu verändern. Das kollektive Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht und Konsum verändert die Lebenslage von Arbeitern und Angestellten wesentlich, auch wenn ihr Verhältnis zu den oberen Klassen annähernd dasselbe ist wie zuvor. Gleichzeitig hat der – teilweise durch diese Entwicklung beschleunigte – Wegfall der alten subkulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung die an sie geknüpften Klassen-

identitäten und -bindungen ausgedünnt oder gänzlich aufgelöst. Eine Diversifizierung und Individualisierung der Lebensentwürfe, Verhaltensformen und zunehmend auch des Selbstbildes greifen daher bis hinein in die unteren Klassen um sich. Infolge dessen geht der soziale Klassencharakter der Lebensbedingungen und Lebensformen im Bewußtsein des einzelnen verloren, selbst wenn die Klassenbeziehungen selbst nicht wesentlich geändert sind.

### V.

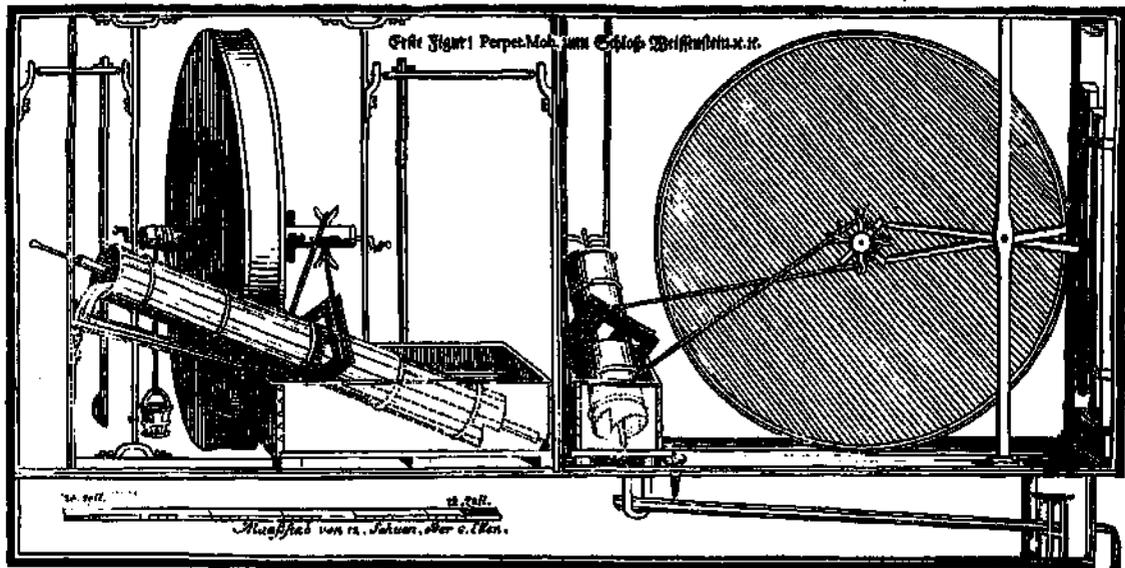
Das Resultat dieses Prozesses ist zwar im bestimmten Maße eine tatsächliche Ausweitung individueller Entscheidungsspielräume und individueller Verantwortung. Da aber die individuelle Existenzplanung des einzelnen unter den gegebenen Bedingungen fast vollständig von gesellschaftlichen Angeboten sowohl im Bildungs- und Ausbildungsbereich wie in der Arbeitswelt und ebenso in der Lebenswelt (Kultur und Freizeitbereich) abhängig bleiben, ist für die Betroffenen eine individuell verselbständigte Existenzführung weniger denn je möglich. Die individualisierte Lebensform ist gleichzeitig eine standardisierte und hängt umfassend von gesellschaftlichen Vorgaben und Vermittlungen, die so oder anders sein können, ab.

Auf der Ebene der tatsächlichen gesellschaftlichen Strukturen besteht daher zwischen der Individualisierung und der hochgradigen gesellschaftlichen Abhängigkeit und Vermittlung ihrer Voraussetzungen und Möglichkeiten kein Widerspruch.

### VI.

Welche Konsequenzen diese sozialstrukturelle Individualisierung auf der Ebene des Bewußtseins der Betroffenen in den einzelnen gesellschaftlichen Sektoren hat, scheint aufgrund der vorliegenden sozialwissenschaftlichen Befunde und Umfrageergebnisse nicht völlig geklärt. Amerikanische Sozialpsychologen wie Christopher Lasch sprechen von einem antisozialen Narzißmus, der infolge des Einzelkampfes der Individuen gegeneinander immer mehr um sich greift. Für die Bundesrepublik ist auf der Basis (allerdings nicht eindeutiger) Erhebungen behauptet worden, daß in den am stärksten betroffenen Angestelltenberufen, vor allem im Dienstleistungsbereich, eine individualistische Leistungs-, Erfolgs- und Aufstiegsorientierung überwiegt.

Werte wie Selbstbestimmung, Autonomie, Pluralismus, persönliche und politische Entscheidungsfreiheit und Kreativität gewinnen an Bedeutung, während umfassende Weltbilder und Utopien zu-



# Energie, Kreativität, Verantwortung.

Wir haben das Perpetuum mobile zwar nicht, aber Lösungen, damit Millionen Menschen auch weiterhin Tag für Tag pünktlich und sicher mit Energie versorgt werden; hochmoderne konventionelle und Kernenergie-Techniken für die Erzeugung von Strom und anderen Energieprodukten auf der einen Seite und unsere heimische Kohle als den Energierohstoff „Nummer 1“ auf der anderen.

Weil wir auf die Kohle niemals werden verzichten können, haben wir ihr langfristigen Absatz garantiert. Nicht zu vergessen die so wichtige „Versicherungsprämie Kohlepfennig“

Wir sind uns einig: Auch in Zukunft brauchen wir so viel Kohle – und so viel Hilfe für die Kohle –, daß uns internationale Störungen nicht noch einmal erschüttern.

Langfristige Energiesicherheit ist heute mehr denn je eine Frage des Machbaren. Umweltschonende Technologien, wirtschaftliche Erzeugung, vor allem sparsamer Umgang mit den Energiereserven sind hier die Hauptforderungen. Es gibt keine Alternative, die die Formel „Kohle und Kernenergie“ außer Kraft setzen könnte.

Sie gilt für uns, die wir in einem hochindustrialisierten und energieintensiven Land leben; besonders. Nur durch sie kann zudem ausreichend schnell Energie für den Einsatz in der Dritten Welt freigesetzt werden. Dort wird sie dringend benötigt, um ein menschenwürdiges Dasein und den notwendigen Schutz der Umwelt zu ermöglichen.

Energieversorgung ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die weltweiten Aspekten Rechnung zu tragen hat. Jeder erwartet auch morgen eine zuverlässige Energieversorgung. Und jeder Mensch hat ein Anrecht darauf. Auch die Menschen in der Dritten Welt.

## VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke  
Westfalen AG · Dortmund

rückgewiesen und die politischen Konflikte insgesamt in zunehmend entdramatisierter Form gesehen würden. In diesem Zusammenhang ist, vor allem in der Diskussion zwischen den Frankfurter Kontrahenten in dieser Frage, auch die Behauptung aufgetaucht, die hier angesprochenen Gruppen würden ihre Wertmaßstäbe für die Beurteilung politischer Konzepte immer mehr weg von der Arbeitswelt hin auf den Freizeitbereich lenken. Es erscheint fragwürdig, für wen eine solche Aussage Geltung beansprucht, da in diesen Diskussionen regelmäßig die Angehörigen von Dienstleistungsberufen und die Angehörigen des Dienstleistungssektors miteinander vermengt werden. In bezug auf dieselben Gruppen des neuen Mittelstandes wird in anderen Untersuchungen, häufig aber gleichzeitig von denselben Autoren, die den neuen Individualismus im Wertbewußtsein konstatieren, auch die Tendenz zu neuen Formen der Solidarität festgestellt. Diese bezieht sich aber meistens auf den Nahbereich kleiner überschaubarer Gruppen oder auf ein gemeinsames Engagement für einzelne ausgewählte politische Themen.

## VII.

Aus dem Wahlverhalten und der Erfahrung politischer Diskussionen ist uns die Annahme geläufig, daß in die Strategie sozialer Reformpolitik ein Mechanismus der Selbstaufhebung eingebaut zu sein scheint. Sozialreformen, die zu einer Erhöhung des Lebensstandards, zu einer Erweiterung der Rechte, zu verbesserten Bildungschancen, zur Ausweitung von Konsummöglichkeiten und zu einer umfassenden Sicherung gegen die gesellschaftlichen Risiken führen, werden durch kollektives Handeln der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen erst möglich. Sie setzen insofern ein Bewußtsein kollektiver Interessenlagen und der Notwendigkeit kollektiver Handlungsstrategien voraus. In dem Maße aber, wie sie erfolgreich sind, schaffen sie einen sozialen Sockel der Rechte, des Einkommens und der Sicherung, auf dem es dem einzelnen zunehmend so scheinen kann, als hänge seine Lebenssituation überwiegend von seinen individuellen Leistungen und Handlungen ab. Die kollektiven Handlungsvoraussetzungen, die den sozialen Sockel schaffen und erhalten, auf dem für die unteren Klassen individuelle Handlungschancen überhaupt erst möglich werden, geraten denen, die auf ihm stehen, zunehmend aus dem Blickfeld und erscheinen vielen wie eine naturwichtige Voraussetzung ihrer sozialen Existenz.

An diese Erfahrung knüpfen konservative und

neoliberale Strategen mit ihren trügerischen Individualisierungskonzepten erfolgreich an.

## VIII.

Ein Vergleich der Arbeiterbewegung mit den neuen sozialen Bewegungen in den Bereichen ihrer Motive, Ziele, Selbstbilder und Organisationsmodelle zeigt, daß die Erfahrung des Verhältnisses von Individualität und Gesellschaft in beiden eine sehr verschiedene Rolle spielt. Die neuen sozialen Bewegungen verarbeiten den neuen Individualismus auf politischer Ebene auf spezifische Weise. In den neuen sozialen Bewegungen gibt es keine eindeutige sozialstrukturelle Basis für eine kollektive Identität. Die Protestakteure bilden in der Regel nur gruppenspezifische, im Extremfall sogar nur persönliche Identitäten aus.

Sie betonen vor allem ihre „kulturelle Verschiedenheit“ und ihr „kulturelles Anderssein“. Die hohe Ausdifferenzierung in ihrer Interessenbasis macht es unmöglich, sich auf einen gesellschaftlichen Zentralkonflikt zu beziehen, auf den die anderen politischen, sozialen, kulturellen Konflikte programmatisch und praktisch zurückgeführt werden. Die politische Identitätsbildung bleibt individualisiert oder auf kleine Gruppen bezogen. Dem entsprechen auch die Aktionsformen und Organisationsmodelle der neuen sozialen Bewegungen. Verhalten und Verständigungsformen sind an die kommunikative Vermittlung von subjektiver Angst, von Bedrohung und von Widerstand gebunden, die überwiegend aus Erfahrungen in der Lebenswelt entstanden. Grundlage sind dabei hochindividualisierte Motive, das individuelle Gewissen und individuelle Selbstaufklärung.

Bei den neuen sozialen Akteuren spielt demgemäß Privatheit, oft auch Narzißmus und individuelle Lustorientierung eine weit größere Rolle als je in der Arbeiterbewegung. Politisierung bedeutet hier häufig Individualisierung in dem Sinne, daß die politische Identität letztlich nur als eine individuelle für die Akteure denkbar bleibt. Sie beziehen sich in einer distanzierenden Weise auf die Gesellschaft, nämlich in erster Linie zur Sicherung von Verschiedenheit, Entfernung und Widerstand.

Diese Politisierung beinhaltet stets die Gefahr einer individuellen Radikalisierung des Protestes. Diese „Politik in erster Person“ (Martin Jaenicke) hat häufig antiinstitutionelle Affekte und die Verdrängung gesamtgesellschaftlicher Bezüge und Vermittlungen zur Folge. Daraus resultiert eine Haltung, die sich gegen Großorganisationen, gegen gesamtgesellschaftliche Institutionen und oft auch ge-

gen gesamtgesellschaftliche Politikentwürfe richtet und ihre Ziele eher im Nahbereich und in den Aktionsformen der Kleingruppe sucht. Kollektive Organisation, kollektive Strategien und die Einbeziehung von Großorganisationen und gesamtgesellschaftliche Solidarität sind in einem solchen individualisierten Politikverständnis schwer zu vermitteln.

### IX.

Der neue Individualismus und die praktischen und symbolischen Konsequenzen, die aus ihm gezogen werden müssen, sollten als Querschnittsthemen unserer Programmdiskussionen bei allen wichtigen Einzelfragen mitbedacht werden. Dies gilt um so mehr als ein Individualismus, der gesellschaftlich tragfähig ist, den Zielen des demokratischen Sozialismus in keiner Weise widerspricht. Wir sollten vielmehr in eindeutiger und offensiver Weise klarstellen, daß wir die Erweiterung individueller Handlungsspielräume und individueller Lebensformen für ein wichtiges Ziel halten. Wir wollen aber die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer tragfähigen Individualisierung thematisieren und zeigen, an welchen Stellen der neue Individualismus illusionär wird oder zur Beute einer ideologischen Instrumentalisierung. Dafür erscheinen folgende Themen besonders geeignet:

a) Die neue Individualisierung ist in hohem Maße auch eine Standardisierung und in so gut wie jeder Hinsicht von gesellschaftlichen Institutionen und Voraussetzungen abhängig (Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, soziale Sicherung, Arbeitsleben, Kultur- und Freizeitangebote, Stadtplanung). Die verdrängte Gesellschaftlichkeit bricht in bestimmten typischen Situationen immer wieder in die individuelle Existenz herein. Dabei kann es sich um einen geplanten Straßenbau in der Nähe der eigenen Wohnung, um eine sich verschärfende Schulsituation für die eigenen Kinder, um eine verweigerte Bildungsmöglichkeit, um verweigerte Rechte und Chancen im Arbeitsleben oder um vermißte Freizeitchancen handeln.

Diese Einbrüche der verdrängten Gesellschaftlichkeit in die individualisierte Lebensform müssen Hauptansatzpunkt für sozialdemokratische Politik und politische Dialoge über das Verhältnis von Individualismus und Solidarität sein. Anhand solcher Themen kann gezeigt werden, daß ein tragfähiger Individualismus, den wir wollen, nur mit gezieltem kollektiven Handeln zur Schaffung seiner Voraussetzungen möglich ist.

b) Wir müssen die neuen Abhängigkeiten bewußt machen, denen die auf vielen institutionellen und gesellschaftlichen Leistungen beruhende individualisierte Lebensführung unterworfen ist. Diese Abhängigkeiten sind veränderbar und politisch gestaltbar. Dies gilt u. a. für den Widerspruch zwischen individuellen Zielen und individualistischen Handlungsstrategien, wie er von Fred Hirsch beschrieben worden ist. Oft sind kollektive Handlungsformen die Voraussetzung dafür, daß individuelle Ziele wirklich und wirksam erreicht werden können, z. B. bei der Frage nach dem Nah- und Autoverkehr, bei den Wohnmöglichkeiten in und am Rande der Städte. Ein Zentralthema, das in den Perspektivdiskussionen der Sozialdemokratie seit Jahren keine gewichtige Rolle mehr spielt, ist die Bildungspolitik. Sie ist aber eine Scharnierstelle bei der Thematisierung der gesellschaftlichen Vermittlung individualisierter Handlungsformen.

c) Individualismusorientierte Themen, wie beispielsweise die Flexibilisierung der Arbeitszeit müssen offensiv aus ihrer konservativen Instrumentalisierung gelöst und durch sozialverträgliche Konzepte ersetzt werden. Entsprechend den gewerk-

### Brennpunkt der Diskussion:

FORSCHUNGSJOURNAL

### Neue Soziale Bewegungen

Heft 1: "Symbolik und Habitus" (vergriffen)

Heft 2: "Soziale Kontrolle" (vergriffen)

Heft 3: "Geschlechterverhältnis in den NSB"

**Neu! Die aktuelle Oktoberausgabe:**

Heft 4: "NSB und politische Parteien"

Mit einem Sonderbeitrag zum Thema:  
*SPD und Neue Soziale Bewegungen!*

Aufsätze, Berichte, Kommentare,  
Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie  
und Infomarkt (Termine, Material, Aktionen und  
Konferenzen). Viermal pro Jahr auf 72 Seiten.

Probehefte (Scheck oder DM 6,- in Briefmarken)  
und Abo-Bestellung (DM 20,-) bei

**Forschungsgruppe  
Neue Soziale Bewegungen**

c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

schaftlichen Ansätzen muß eine arbeitsorientierte Flexibilisierung der kapitalorientierten Flexibilisierung konzeptionell und symbolisch entgegengesetzt werden. Dies ist für sich selbst genommen ebenso wie im Bezug auf das Thema Individualisierung sehr viel erfolgversprechender als eine Ausparung des Themas oder ein Kampf gegen Flexibilisierung überhaupt.

d) Das in unseren sozialpolitischen Diskussionen entwickelte Konzept einer Koproduktion von Sozialleistungen durch Hilfe zur Selbsthilfe gewinnt für Strategien der sozialen Einbindung des neuen Individualismus an Bedeutung. Wenn sozialstaatliches Handeln, wo immer das möglich ist, als Koproduktion von Sozialleistungen durch das selbsttätige Handeln von Individuen und Gruppen in Verbindung mit einer darauf bezogenen spezifischen Unterstützung des Sozialstaates verstanden wird, gewinnt individualisiertes Selbstverständnis einen unmittelbaren Bezug zur solidarischen Organisation des Sozialstaates.

e) Von zentraler Bedeutung für unseren Dialog mit Facharbeitern und Angestellten insbesondere im Bereich der technischen Berufe, ist aber die Entwick-

lung eines konsistenten sozialdemokratischen Gesamtprogramms für die Bereiche Technik, Wirtschaft, Umwelt und Arbeit. Nur wenn wir programmatisch zeigen können, daß wir diesen Berufen durch unser gesamtgesellschaftliches Entwicklungsprogramm langfristig nicht nur defensiv, sondern konstruktiv eine sichere Perspektive bieten, bieten wir ihnen auch die Chance einer positiven Definition ihrer Rollen und Biographieplanungen im Rahmen eines sozialdemokratischen Zukunftsentwurfes.

f) Kulturpolitik wird u. a. im Zusammenhang des Themas Individualisierung und neue Solidarität künftig eine zentrale Rolle spielen. Dabei geht es nicht nur um vermehrte Freizeitangebote für Menschen, die ihren Lebensschwerpunkt vermeintlich außerhalb des Arbeitslebens haben. Es geht ebenso um die Bereitstellung von Freiräumen für kommunikative Gemeinschaftserfahrungen, die weder in der technisierten Freizeitindustrie, noch in vielen Bereichen technisierter Arbeitswirklichkeit gemacht werden können, aber für eine Selbsterfahrung von Individualität im Rahmen solidarischer Gemeinschaftsbeziehungen unerlässlich sind.

## Jürgen Egyptien Der Revolutionär auf dem Welttheater Ernst Fischers autobiographische Schriften

*Dr. Jürgen Egyptien, Jahrgang 1955, ist Literaturwissenschaftler und Krütker; Veröffentlichungen: neben Prosa, Aufsätzen zur modernen Lyrik und zur schweizer Gegenwartsliteratur „Höfisierte Text und Verstümmelung der Sprache“, Würzburg 1987; (Hrsg.) „Herr Moriz Deutschösterreicher. Eine jüdische Erzählung zwischen Assimilation und Exil“, Graz 1988.*

„Zu Protokoll gegeben wird das Geständnis eines Mannes, (...) dessen Talent es war zu träumen,

nicht die Wirklichkeit zu gestalten, den aber die Wirklichkeit nötigte, das zu werden, was seiner Natur widersprach: ein Politiker.“<sup>1</sup> So beginnen Ernst Fischers „Erinnerungen und Reflexionen“, sein erstes 1969 erschienenes autobiographisches Buch, dem 1973 posthum als Fortsetzung „Das Ende einer Illusion“<sup>2</sup> folgte, welches den Zeitraum von der Rückkehr nach Österreich 1945 bis zum Abschluß des Staatsvertrags 1955 abdeckt und an das sich noch ein dritter Band anschließen sollte, der vor allem Fischers Rolle als Präzeptor des Prager Frühlings und seine Konzeption einer Neuen Linken zum Thema gehabt hätte.

Was an Fischers Lebensbeschreibung Interesse wecken kann, ist der paradigmatische Charakter seines individuellen Schicksals, das sich als Fallstudie für den Typus des linken Intellektuellen bürgerlicher Herkunft im 20. Jahrhundert anbietet. Ein knappes halbes Jahr vor dessen Beginn im Habsburgerreich geboren, breitet sein Leben zeitgeschichtliches Material wie ein Bilderbogen aus: die expressionistische Revolte gegen die Vätergeneration, im Gewande des

Bohémien zur Schau getragene Abscheu vor dem Krieg und Verachtung aller bürgerlichen Selbstzufriedenheit, 1918 Kriegsteilnahme, Erlebnis des Zusammenbruchs der Donaumonarchie und Soldatenrat, in den frühen 20er Jahren Aufbruch in die moderne Literatur und in libertinäere Erotik, Vagabondage durch Italien und Erlebnis von Masse und Großstadt, Parteinahme für den Sozialismus und publizistisches Engagement für die Arbeiterbewegung als Redakteur im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, Theoretiker und Praktiker einer operativen Dramatik, in den Klassenkämpfen der frühen 30er Jahre radikalisiert und intellektueller Kopf der Linksoption, nach der blutigen Niederlage im Februar 1934 Übertritt in die Kommunistische Partei und Exil in Prag und Moskau, zwischendurch illegale Grenzübertritte zu Zwecken konspirativer Zusammenkünfte, schließlich hoher Funktionär in der Kommunistischen Internationale und Chefkommentator des deutschen Programms von Radio Moskau, Staatssekretär im ersten österreichischen Nachkriegskabinett, wachsende Distanz zum sowjetischen Apparat und Vordenker des Prager Frühlings, Verfechter künstlerischer Freiheit und einer modernen, antiautoritären Ästhetik, Parteausschluß nach heftiger Kritik am Einmarsch in die CSSR, Sympathisant des antiimperialistischen Kampfes und der Studentenrevolte in Westeuropa und Amerika, das sind die herausragenden Stationen eines Lebenslaufs, in dem die geschichtlichen Beben ihre Verwerfungen hinterlassen haben. Nur einiges aus diesem Panorama kann im folgenden näher betrachtet werden.

Der erste Satz kündigt ein Geständnis an, das vor den Schranken des eigenen Gewissens und Bewußtseins abgelegt wird, ein Gerichtsprotokoll, das zur Urteilsfindung den Motiven all jener Identitäten nachspürt, die das Ich durchlaufen hat und auf die es nun teilweise mit Befremden, Peinlichkeit oder gar Entsetzen zurückblickt. Ernst Fischer strengt also ein Untersuchungsverfahren gegen sich selbst an, um der Genealogie eines stalinistischen Parteigängers ebenso auf die Spur zu kommen wie den untergründig fortbestehenden Dispositionen, die ihm den emanzipatorischen Schritt zur Wiedergewinnung eines selbstbestimmten Denkens erlaubten. Der forensische Charakter, den seine Erinnerungen und Reflexionen dabei annehmen, führt ihn zu einer primär dialogischen Schreibweise, d. h. er läßt sein heutiges Ich häufig mit einem früheren streiten, zieht auch gelegentlich seine zweite Frau Lou, vormals die Gattin von Hanns Eisler, als Richterin

hinzu und trägt als Beweismaterial zahlreiche Gespräche mit Otto Bauer, Georgi Dimitrow oder Elias Canetti zusammen, als seien es Tonbandprotokolle. Alle diese fingierten wörtlichen Reden, die natürlich nur kunstvolle Konzentrate der jeweiligen Unterhaltungen sein wollen, verleihen dem Text über weite Strecken ein geradezu dramatisches Ansehen.<sup>3</sup> Fischers Autobiographie exekutiert ein Gerichtsverfahren gegen sich selbst in der Form dramatischer Rede, um ein Urteil aufzuheben, auf das vierzig Jahre zuvor sein Drama „Lenin“ in einem Prozeß gegen sein romantisches Rebellentum hinausgelaufen war und in der partiellen Selbstabtötung seines innersten Wesens bestand.

Wie in den „Erinnerungen und Reflexionen“ hatte Fischer in diesem Drama, das er 1924 zu schreiben begann und 1928 in Wien zur Uraufführung kam, sein eigenes Ich aufgespalten und dessen unbändige, anarchische Züge in die Kunstfigur Leonid projiziert, die er als Rivale des nüchternen Revolutionärs Lenin auf der Strecke bleiben läßt.

„Es war ein Lehrbuch gegen mich, gegen den romantischen Intellektuellen Leonid, für den die Revolution nicht Mittel zum Zweck ist, sondern sich selbst bezweckt, als permanente Erschütterung, Reinigung, Befreiung, als Erlebnis der Selbstüberschreitung des Menschen, als Religion (. . .) (Das Stück) ist ein Verfahren gegen Leonid und so der Versuch, mit mir selber ins reine zu kommen, fertig zu werden, und erinnert mich daran, daß wir uns nicht als revoltierende, sondern auch als verlorene Generation empfanden, die zu spät Geborenen eines romantischen Zeitalters, dessen Idol die ‚Leidenschaft an sich‘ war. (. . .) Was viele meiner Generation, meines Jahrhunderts mitriß, was ich in Leonid zu gestalten versuchte, war die ‚Revolution an sich‘. Es war der Traum von einer nie endenden erotischen Vereinigung mit einer Idee und der von ihr ergriffenen Massen, von einer ‚Revolution in Permanenz‘.“<sup>4</sup>

Diese Passage ist eine der konzentriertesten im ganzen Buch, vielleicht sogar im ganzen Werk Fischers, sie enthält komprimiert seine zentralen Motive: Revolution und Romantik, Eros und Masse, Leidenschaft und Revolte gegen das Prinzip der Individuation. Jene überschießende Sehnsucht nach Fülle, jener romantische Überschuß war es letztlich, der den Panzer jahrzehntelanger Selbstkastration aufsprenge und Fischer dem Prokrustesbett der Disziplin zu entsteigen half.<sup>5</sup> Wenn Fischer in seinem Drama „Lenin“ im Namen der historischen Notwendigkeit über seine Phantasien eines Paradieses der Anarchie, des Eros und der Brüderlichkeit

und über seine ekstatischen Visionen einer apokalyptischen Bohème das Urteil ewiger Verbannung, wenn nicht das Todesurteil fällt, so stellen die „Erinnerungen und Reflexionen“ die Revision dieses Verfahrens dar.

Brisant wird dieser Prozeß, wo er sich den für unser Jahrhundert sprichwörtlich gewordenen „Prozessen“ zuwendet, an denen, um die vertrackte Komplexität dieser Konstruktion zu vollenden, Fischer selbst als Beobachter und Berichterstatter im Gerichtssaal des Moskauer Gewerkschaftshauses den Verfahren gegen Radek, Pjatakow und andere teilnahm und worüber er auch zwei pamphletistische Broschüren verfaßte.<sup>6</sup> Indem sein aktuelles Ich aus diesen verleumderischen Anklageschriften zitiert, verwandeln sie sich in Anklageschriften gegen sein damaliges Ich und werden Fischer zum Anlaß, den Grenzen intellektueller Spitzfindigkeit und Verblendung nachzuspüren.

„Heute, nach dreißig Jahren, zwingt mich, zu lesen, was ich damals schrieb, und setze meiner sich wehrenden Erinnerung das gedruckte Wort entgegen. Wenn ich diese Qual auf mich nehme, geht es nicht um Selbstzerknirschung, sondern um Darstellung dessen, wohin ein weder dummer noch bössartiger Mensch geraten kann, wenn er aufhört, *kritisch* zu sehen, zu hören, zu denken, um nicht an der Sache, der er dient, zu zweifeln, bereit, seinen Intellekt dem ‚Credo quia absurdum‘ (Ich glaube, obwohl es widersinnig ist, d. V.) zu unterwerfen.“<sup>7</sup>

Fischer sieht an dieser Stelle die Ursache für sein *sacrificium intellectus*, für sein ‚Opfer des eigenen Verstandes‘<sup>4</sup>, in dem manichäischen „Theorem der zwei Welten“, das allein die Einteilung in Freund und Feind noch kennt. In diesen Jahren, so scheint es, war nicht die offiziell sanktionierte Marxsche Dialektik, sondern als heimliche Staatsdoktrin das dezisionistische Entweder–Oder Carl Schmitts<sup>8</sup> in Geltung.

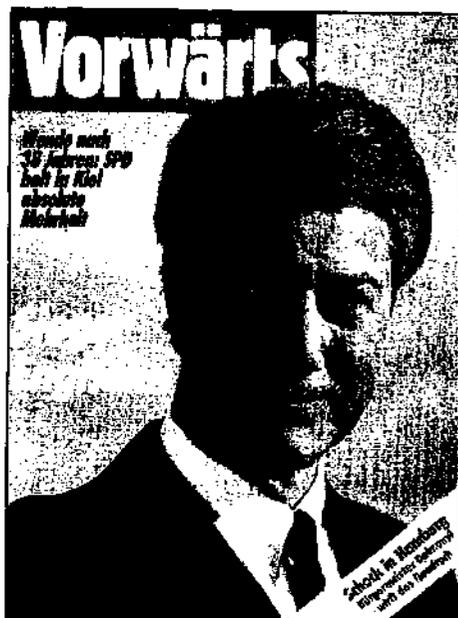
Fischer hatte dieser dualistischen Theorie noch unter leidlich demokratischen Rahmenbedingungen allerdings selbst das Wort geredet und in einem „Diktatur der Idee“ überschriebenen Artikel vom März 1932 programmatisch verkündet: „Jeder von uns hat in dieser Welt der ungeheuersten Widersprüche einmal den tiefen Zweifel an allen Ideen erlebt: (. . .) Aber wenn man (. . .) demokratisch alle seine Widersprüche zu Wort kommen ließ, muß man über sich selbst die *Diktatur einer Idee*, einer bis zu den letzten Konsequenzen gehenden Forderung aufrichten. Diese Idee, diese Forderung muß in uns alles niederbrennen, was zu Vorbehalten und Zugeständ-

nissen bereit ist. Radikale Erkenntnis tut not, die radikale Erkenntnis, daß wir heute nur *einer* Aufgabe dienen dürfen, der Verwirklichung des Sozialismus. Alles, was nicht unmittelbar dazu gehört, geht uns nichts an, mehr noch: ist zu verneinen. Jede gesellschaftliche und kulturelle Erscheinung, jedes Denkresultat und Gefühlserlebnis, ist nur danach zu werten, ob es dem Sozialismus nützt, ob es der Bürgerwelt schadet. Der Luxus einer rein künstlerischen, rein ästhetischen Betrachtung ist bedingungslos abzulehnen: (. . .) Heute ist die Leistung eines Traktorführers in Rußland, eines Vertrauensmannes in Obersteiermark wertvoller als jede noch so vollkommene ‚Faust‘-Aufführung. Heute ist die Kultur eine Phrase. (. . .) Das Einfache wird siegen, nicht das Komplizierte. Mehr als alle Gescheitheit, die alle Möglichkeiten durchdenkt und vor lauter Möglichkeiten das Notwendige nicht mehr sieht, mehr als alle Begabung, die zu jeder Situation eine neue Theorie liefern kann, mehr als alle Vollkommenheit des Intellekts, der zu jedem Argument das Gegenargument und zu jeder Erkenntnis die Bedingtheit weiß, mehr als alle diese fragwürdigen Kultureigenschaften brauchen wir etwas andres: *Fanatismus*. Der Sozialismus wird nicht siegen durch die Überlegenheit seiner Argumente, sondern durch den Fanatismus seiner Anhänger.“<sup>9</sup>

Hier ist das Ergebnis von Fischers partieller Selbstverstümmelung abzulesen: An die Stelle rauschhafter Fülle ist die trügerische Reduktion aufs Vordergründige getreten, statt ästhetischer und erotischer Phantasien regiert nun ein grobschlächtiger Utilitarismus und die aller Romantik entkleidete Leidenschaft verwandelt sich in blanken Fanatismus. Hier wird eine Gefährdung sichtbar, der alle rebellische und utopische Energie ausgesetzt ist und die besonders in extremen historischen Situationen kulminiert. Die leidenschaftliche Sehnsucht nach dem ganz anderen, nach der weltstürzenden Revolution, nach der Wiedergewinnung menschlicher Ganzheit und totaler Versöhnung mündet unter den Auspizien einer als Vollstreckerin der historischen Notwendigkeit verkörperten Partei in die Wiederkehr des Ewig-Gleichen unter geändertem Vorzeichen, in die brutale Unterdrückung von Partikularinteressen und einen unveröhnlichen Totalitarismus.

Solche Leidenschaft, solcher Fanatismus verlangt nach Taten, und Fischer stößt, wo er die Aufhebung des kritischen Denkens mit dem Drang zum politischen Handeln in Verbindung bringt, zum eigentlichen Kern seines intellektuellen Sündenfalls vor. Die Faszination, die Stalin ausübte, bestand in sei-

# Vorwärts-Information



## Ja, ich bestelle den Vorwärts

zum monatlichen Bezugspreis von DM 9,— (für Schüler/Studenten gegen Vorlage der Studienbescheinigung monatl. DM 6,30). Diese Bestellung gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich automatisch, wenn ich nicht 6 Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums schriftlich kündige.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen diese Bestellung beim Vorwärts Verlag zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

- Ich zahle:  bargeldlos \*  
 gegen Rechnung  
 vierteljährlich DM 27,—  
 halbjährlich DM 54,—

\* Konto-Nr. und Geldinstitut  
bitte angeben

ner „Meisterschaft der vereinfachenden Argumentation“, die in widerspruchsvollen Situationen die Stellungnahme sehr erleichterte, denn, so führt Fischer fort, „nichts ist schwieriger als zu jeder Stunde die kritische Vernunft des Denkenden mit dem Elan, der Unbedingtheit des Tätigen zu vereinigen.“<sup>10</sup>

Das Denken fällt dem Handeln unausweichlich in den Arm, aber tut es das nicht, so kostet die Tat den Kopf, d. h. die moralische Integrität. Alles Handeln ist Schuldwerdung und das politische zumal, denn ihm liegt der Anspruch der Stellvertretung und der Allgemeingültigkeit zugrunde. Sein Ziel heißt Zurichtung des menschlichen Lebens nach Maßgabe einer als verbindlich und obendrein als beglückend erklärten Ideologie, sein unverzichtbares Instrument zu dessen Verwirklichung heißt Macht. Aller Macht aber wohnt eine Dialektik inne, die die Intentionen der Machtnahme, welche es auch sein mögen, im Prozeß ihrer Etablierung vernichtet und den blinden Mechanismus einer sich selbst fortzeugenden Macht inthronisiert.

Ernst Fischer hat sich 1968 in seinem Aufsatz „Alle Macht ist verseucht“<sup>11</sup> auf diese Einsicht zubewegt, und auch in den „Erinnerungen und Reflexionen“ bemerkt er über den Stalinschen Apparat, daß dieser „sich zum Selbstzweck wurde und, in Bewegung gesetzt, um den Terror zu rationalisieren, (...) jeglicher Ratio entrollte, mit methodischem Wahnwitz um sich griff und so als Macht an sich, um des Zermalmens willen zermalmend, um des Vernichtens willen vernichtend, funktionierte, im blinden Trieb, nichts zu dulden als sich selbst.“<sup>12</sup>

Zur Zeit der Prozesse, räumt Fischer ein, war er selbst von der Macht infiziert, um so mehr als er sich das historische Geschehen als gigantisches Shakespearesches Königsdrama interpretierte, in der Weltgeschichte die Epoche eines eisernen Zeitalters angebrochen und sich selbst als Zeitgenosse eines quasi endzeitlichen Kampfes sah.

Es ist für die Genese dieser Weltansicht von größter Bedeutung, daß Fischer im Rückblick auf seine journalistischen Anfänge gerade seine Tätigkeit als Gerichtssaalberichtersteller hervorhebt, dem die tägliche Praxis der Rechtsprechung einen wirksamen Anschauungsunterricht der gesellschaftlichen Machtverhältnisse lieferte. „Es war“, schreibt er, „eine große Schule, keine theoretische Erkenntnis konnte mich so eindringlich überzeugen, daß es Klassenkampf gab, wie meine tägliche Erfahrung mit der Klassenjustiz.“<sup>13</sup>

Der Gerichtsprozeß wird ihm zum Modell des Geschichtsprozesses, und jener ist zugleich, wie es

an derselben Stelle heißt, „living theatre“. Damit gewinnen die historischen Kämpfe den Charakter eines Ringens um die Wahrheit, welche aus dem Welttheater herausprozessiert werden muß.

Das Gericht als theatralische Anstalt ist nicht bloß die bürokratisch erstarrte Schlußfigur eines leidenschaftlich die Wahrheit suchenden philosophischen Widerstreits, sondern auch mit seinen fixierten Rollen ein Typus institutionalisierter dramatischer Rede, dessen Inszenierung ja selbst das Publikum und dessen Sprache der Akt inhärent sind. Bedenkt man die Dominanz der Gattung des Dramas in der österreichischen Literatur- oder besser: Kulturgeschichte sowie Fischers künstlerisches Selbstverständnis als vor allem Dramatiker, so ließe sich in Abwandlung von Schillers klassischer Formulierung für sein Denken die Maxime aufstellen: das Welttheater ist das Weltgericht. Auf dieser Bühne geht es wie im barocken Jesuitendrama ums Äußerste: Erlösung oder Verdammnis.

In einer Herbstnacht des Jahres 1935 – den Perron in Iglau auf- und abschreitend – läßt Fischer, nachdem er Otto Bauer enthusiastisch von der neuen, auf dem VII. Weltkongreß der Komintern beschlossenen Volksfrontpolitik erzählt und ihn zu einem Besuch in Moskau zu überreden versucht hat, diesen antworten: „... ich verstehe, daß Sie (...) berauscht sind. Sie müssen es sein – Ihrer Natur nach. Sie sind ein gläubiger, fast möchte ich sagen, ein religiöser Mensch.“<sup>14</sup>

Fischer erhob damals wie in seiner Autobiographie gegen diese Charakterisierung Einspruch, aber die Legitimität der Otto Bauer in den Mund gelegten Worte ist kaum zu bestreiten, wenn man Fischers literarisches Werk der 20er Jahre näher betrachtet. Die Formen, deren er sich vornehmlich bedient hat, sind geistlicher Herkunft: Passionsspiel, Legende, Oratorium, Requiem und Stationendrama, symptomatisch sind Titel wie „Die roten Ostern“, „Weihnacht des 20. Jahrhunderts“, „Heiland der Zeit“ oder „Die verhinderte Auferstehung“. Die sozialistische Perspektive speist sich für Fischer mindestens in dieser Zeit nicht aus politökonomischen Analysen und soziologischen Untersuchungen, sondern aus der Säkularisierung der christlichen Heilsgeschichte, und genauer gesehen trägt dieser Sozialismus eher die Züge einer universalen Erlösungssehnsucht und ließe sich mit vielleicht größerer Berechtigung von einer Sakralisierung des proletarischen Schicksals sprechen. Der Leidensmann ist durch die Leidensmassen ersetzt, Christus durch das Proletariat substituiert und das Erlebnis der Verschmelzung mit

der Masse in den gewaltigen Arbeiterdemonstrationen erscheint als zeitgemäße Version einer schwärmerischen mystischen Vereinigung. Nicht umsonst hat der Romantiker Fischer sich in seiner Studie über „Ursprung und Wesen der Romantik“ eine ketzerische Ahnentafel entworfen, der auch der Mystiker Meister Eckehart zuzählt<sup>15</sup>, dessen ichbezogene Erotomanie er nun in der Vereinigung mit der revolutionären Masse dialektisch aufhebt. Der Umsturz, d. h. der Höhepunkt der Geschichte, und der Akt, d. h. die Klimax der menschlichen Existenz, werden zusammengeschlossen zu einem synästhetischen Gesamtkunstwerk. Nur unter diesem Blickwinkel wird verständlich, daß sich Fischer einmal zu der Apostrophierung Stalins als „Michelangelo der Politik“<sup>16</sup> versteigen konnte.

Das Verfahren, das er mit dem „Ende einer Illusion“ fortsetzt, hat bis heute den offenen Schluß behalten, zu dem es der Tod der Prozeßgegner und des Gerichts verurteilte. Auf einen Freispruch, so viel darf man vermuten, wäre es wohl nicht hinausgelaufen. Schuldig hat sich der Politiker wider Willen Fischer ohne Frage gemacht, aber am meisten ist er an sich selbst schuldig geworden, indem er lange Zeit und zum Teil unwiederbringlich den Literaten und anarchischen Bohémiens in sich zum Schweigen brachte.

## Hermann Glaser Perspektiven der Industriekultur Die Folgen der technischen Veränderungen für das Verhältnis Kultur und Gesellschaft

*Dr. Hermann Glaser, Jahrgang 1928, ist seit 1964 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg.*

### I.

Industriekultur, angelegt als technologisches Fortschreiten in Richtung immer größerer Perfektion und Effizienz, impliziert die Vereinseitigung des

### Anmerkungen:

- 1) E. F. Erinnerungen und Reflexionen. Frankfurt a. M. 1987, S. 7, 1. Aufl. Reimbek b. Hamburg 1969, im folgenden zitiert als EuR.
- 2) E. F. Das Ende einer Illusion. Frankfurt a. M. 1988, 1. Aufl. Wien, München, Zürich 1973
- 3) Bereits Jost Nolte hat im Blick auf die „Erinnerungen und Reflexionen“ von „einer verblüffenden Neigung zum Dramatischen, die bis in seinen Stil hineinwirkt“, gesprochen, aber die dramatische Gesamtanlage des Textes ist auch ihm entgangen. Vgl. Jost Nolte. Eigene Wege. In: Ders. Grenzgänge. Berichte über Literatur. Wien. 1972, S. 201–206, hier S. 204.
- 4) EuR. S. 193 ff.
- 5) Ich halte diesen Aspekt der Entgrenzung in Fischers Denken für wesentlicher als den enger gefaßten, politischen der Freiheit, den Lombardo-Radice betont. Vgl. Lucio L.-R. Genosse Ansgeschlossener. In: Neues Forum 17 (1970) H. 194/I, S. 76–78
- 6) Der Arbeitermord von Kemerowo. Strasbourg. 1937 u. Vernichtet den Trotzklasmus! Moskau 1937.
- 7) EuR. S. 383
- 8) Vgl. etwa: Carl Schmitt. Der Begriff des Politischen. Berlin. 1963
- 9) In: Arbeiterzeitung, 27. 3. 1932
- 10) EuR. S. 300
- 11) In: Neues Forum 15 (1968) H. 178, S. 618–622
- 12) EuR. S. 392 f.
- 13) EuR. S. 111
- 14) EuR. S. 341
- 15) Vgl. E. F. Ursprung und Wesen der Romantik. Frankfurt a. M. 1986, S. 29 f.
- 16) Rede zum 70. Geburtstag von Stalin, S. 13, In: Ernst Fischer-Nachlaß DO-126/8 im Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Vernunftbegriffs. Vernunft als Totalitätsbegriff, im antiken Sinne beglückende Schaukraft im Menschen (logos, nous, lumen naturale – Erkenntnisdrang, das göttliche Gute als lebenszielsetzende Macht zu erkennen), verwandelt sich in instrumentelle Vernunft, die, zweckhaft organisiert, apparathaft handhabbar, sich „in Dienst nehmen“ läßt. An die Stelle des „Prinzips Verantwortung“, das Vernunft im aufgeklärten Sinne „besetzt“, tritt die Beliebigkeit der Wertfreiheit. Instrumentelle Vernunft erweist sich als Teil der Maschinerie, die sie konstruiert und produziert; sie verliert die Kraft zum Transzendieren auf ein Höheres hin. Die Bindungslosigkeit von instrumenteller Vernunft macht Vernunft zum Objekt; die „Antiquiertheit des Menschen“ bedeutet, daß dieser nicht mehr ein Handelnder ist; sein Selbstun ist abmontiert, er desertiert ins Lager der Geräte. Getriebene leben ohne Zukunft, auch ohne Verständnis für die Gefahr des Zukunfts-Endes. (Günther Anders). Der promethische Stolz, der vor

allem die Industriekultur des 19. Jahrhunderts kennzeichnete, besteht zwar in dieser Form nicht mehr weiter; prometheische Scham ist freilich nicht daraus geworden, sondern industriekulturelle Schizophrenie: Instrumentelle Vernunft, die mit jedem Modernisierungsschub technologische Triumphe feiert, reflektiert nicht, was sie tut; was reflektiert wird (das Reflexionsniveau hat durch die Industrialisierung nicht nur nicht gelitten, sondern sogar zugenommen), wird nicht getan.

Was C. P. Snow 1967 die Spaltung unserer westlichen Welt in die auseinanderdriftenden zwei Kulturen der Naturwissenschaftler auf der einen und der literarischen Intelligenz auf der anderen Seite nannte, spiegelt die Desintegration des Vernunftbegriffs. Die Geisteswissenschaften werden dabei ebenfalls instrumentalisiert, nämlich zum „Therapeutikum“: sie kompensieren die lebensweltlichen Verluste, wie sie durch die von den experimentellen Wissenschaften vorangetriebene Modernisierung hervorgerufen werden (Odo Marquard). Die Geisteswissenschaften als Kompensationshelfer decken in einer farblos werdenden Welt den lebensweltlichen Farbgebungsbedarf; die Modernisierung wirkt als Entzauberung; das Ästhetische erweist sich als Ersatzverzauberung. Die Geisteswissenschaften befriedigen kompensatorisch zur fremdwerdenden Welt den lebensweltlichen „Vertrautheitsbedarf“; die Entnatürlichung der Wirklichkeit evoziert das „Sentimentalische“, zum Beispiel als Sinn für Natur und Geschichte. Die Geisteswissenschaften versuchen in einer undurchschaubar und kalt gewordenen Welt den lebensweltlichen Sinnbedarf zu erfüllen, indem sie frei- und hochschwebende Kulturgebilde erbauen, die als zeitgemäße Metaphysik fungieren.

## II.

Die Krise des Vernunftbegriffs erweist sich nach Helmut F. Spinner vor allem als Rationalitätsdifferenz zwischen prinzipieller und okkasioneller Rationalität. Auf der einen Seite eine normgebundene, regelgeleitete „Grundsatzvernunft“, deren Vorstellungen von bleibender prinzipieller Rationalität sich in allgemeinen, abstrakten, antizipierten (d. h. im voraus aufgestellten) person- und situationsunabhängigen Maßstäben für grundsatzrationales Denken und Handeln, Sehen und Fühlen nach Prinzipien und Regeln niederschlägt; in Grundsätzen oder Prinzipien, Normen, Regeln, Methoden, Doktrinen und sonstigen „idées générales“, welche für alle Fälle gleicher Art gelten und zu allgemeinen Problemlösungen führen sollen. Auf der anderen Seite die norm-

ungebundene, nicht in Prinzipien vorgefaßte und auf allgemeine Regeln verpflichtete „Gelegenheitsvernunft“, deren wechselnde, okkasionale Rationalität sich nach Lage der Dinge von Fall zu Fall bildet; als besondere Maßnahmen, ohne allgemeine Maßstäbe, zur gelegenheitsrationalen Lösung des gerade anstehenden Einzelfalles, ohne diesen zu verallgemeinern und seine Lösung grundsätzlich auf alle vergleichbaren oder ähnlich gelagerten Fälle zu übertragen.

Prinzipielle Vernunft, fundiert in einer christlich-humanistischen Anthropologie, wird vor allem bekämpft von jenen, die sich von „Verbindlichkeit“ zu lösen trachten, damit instrumentelle Vernunft beliebig, wertfrei und zweckgebunden „eingesetzt“ werden kann. Der „Abschied vom Prinzipiellen“ kann freilich auch Reaktion darauf sein, daß prinzipielle Vernunft dazu neigt, dogmatische, ja ideologische Positionen zu beziehen, und sich gegenüber denjenigen, die normativem Denken gegenüber skeptisch sind, repressiver Durchsetzungsstrategien bedient.

Der Vernunftbegriff der Aufklärung integriert die verschiedenen „Vernunftarten“; begreift sie als ein vernetztes Ganzes von analytischer wie synthetischer, okkasioneller wie prinzipieller, historischer wie antizipatorischer Vernunft. Die Totalität des Vernunftbegriffs zielt auf die Totalität des gelungenen Lebens; theoretische und praktische Vernunft sind miteinander verbunden. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache dessen nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ (Immanuel Kant).

Industriekultur bedeutet den Triumph analytischer Vernunft: des Zergliederns, Aufteilens, des Isolierens, wodurch zwar der sektorale Kenntnis- und Erkenntnisstand revolutionär sich ausweitete, aber Ganzheit immer mehr verloren ging. Das auf analytischer Vernunft basierende Schul- und Universitätssystem etwa reproduziert und produziert eine Expertenkultur, die – man denke an Atomwissenschaft und Genetik! – sich in einen Machbarkeitswahn hineinsteigert und mit dem Verlust von prinzipieller Vernunft auch ihre Verankerung im „Prinzip Verantwortung“ verliert. In der Politik dominiert fast ausschließlich die „Gelegenheitsvernunft“, unter Mißachtung antizipatorischer Ver-

nunft; was „im Augenblick“ opportun ist, wird getan oder nicht; Kosten-Ertragsanalysen basieren fast völlig auf monetären Faktoren; Berechenbarkeit heiligt Sinnlosigkeit.

Die Vorherrschaft analytischer wie okkasioneller Vernunft wird – e contrario – auch dadurch deutlich, daß als Reaktion auf solche Vereinseitigung anstelle der Rekonstituierung von integraler Vernunft mystisch-mythische Bewegungen um sich greifen; die New-Age-Bewegung kann man insofern zur „Dämonologie“ rechnen, als sie der Dialektik der Aufklärung (der Verkehrung von Aufklärung in ihre Gegenteil) mit Hilfe der Träume nach rückwärts zu entfliehen trachtet. „Traumwelten werden da kindisch beschworen, kunterbunte Kulissen als Gegenwelten aufgestellt, die ‚Wiederverzauberung der Welt‘ herbeigeredet. Aber eine Wiederverzauberung der Welt würde uns, nach dem großen Fressen vom Baum der Erkenntnis (das viele immer noch für sündhaft halten) nur eine Art magischen Zirkel bescheren und jene banalen Tricks, mit denen die Castanedas und Capras ihre Publikum täupieren.“ (Willy Hochkeppel).

### III.

Die Absage an den „falschen Mythos“ denunziert nicht Mythos. Das individuelle wie kollektive Ich, das unter seinem Subjektcharakter leidet, weil es die Last der Freiheit zu tragen hat, muß nicht notwendigerweise aufs „Es“ regredieren. Im Mittelpunkt des „ältesten Systemprogramms des deutschen Idealismus“, Schelling zugeschrieben, steht die gerade für unsere Zeit wegweisende Idee, daß man eine Mythologie benötige, die im Dienste der Idee stehe: „sie muß eine Mythologie der Vernunft werden.“ Der Entartung von Staat und Gesellschaft zu Mechanismen bzw. Maschinen wird ein organisches Strukturmodell entgegengehalten – eine Ganzheitlichkeit, bei der jeder Teil mit dem Ganzen organisch verflochten ist. Im Schlußpassus der Schrift heißt es: „So müssen endlich Aufgeklärte und Unaufgeklärte sich die Hand reichen, der Mythos muß philosophisch werden, und das Volk vernünftig, und die Philosophie muß mythologisch werden, um die Philosophen sinnlich zu machen. Dann herrscht ewige Einheit unter uns.“ Gerufen wird nach einem „Geist, vom Himmel gesandt“, nicht um die Vernunft durch Theologie zu verdrängen, sondern, im Gegenteil, um sie zu begründen. Das intendiert eine Selbstkritik des aufklärerischen Kritizismus; zielt auf die „Selbstmodernisierung der Moderne“. Der wahre Protestant, so Friedrich Schlegel, müsse auch

gegen den Protestantismus selbst protestieren, sobald er sich nur in ein neues Papsttum und Buchstabenwesen verkehren will.

Die Romantiker, als Spätaufklärer (die Defizite der Aufklärung ausgleichend), nehmen angesichts der Krise des Logos Zuflucht zur Kraft der Poesie. Die Dichtung nämlich eigne sich dazu, das Legitimationsdefizit der analytischen Vernunft auszugleichen. Nietzsches von Gottfried Benn gern aufgegriffene Formulierung von der „ästhetischen Rechtfertigung des Lebens“ sei, so Manfred Frank, der herausragende Interpret des „Mythos der Vernunft“, ein später Ausdruck der romantischen Einsicht, daß Daseinsvollzüge aus sich selbst zwar erklärt, aber nicht begründet werden können. Indem der analytischen Vernunft ihr eigener Grund entgleite, avanciere die Poesie zur „ersten und höchsten aller Künste und Wissenschaften“ (Friedrich Schlegel), ja zum „einzig wahren und ewigen Organon zugleich und Dokument der Philosophie“ (Schelling), indem sie eine von keinem Begriff überbietbare, wenn auch grundsätzlich instabile und von zukünftigen Interpretationen überholbare Ausgelegtheit des Seins erreiche. Die Poesie, notiert Novalis, „ist das ächt absolut Reelle. Dies ist der Kern meiner Philosophie.“

Erwiese sie sich als Kern der Industriekultur, würde diese sich selbst „aufheben“ im Hegelschen dreifachen Wortsinne: bewahren, überwinden, erhöhen. Für unsere Zeit und Welt wirkt die Gleichsetzung des „Mythos der Vernunft“ mit der „Kraft der Poesie“ weltfremd; sieht man die heutige Problematik jedoch unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Mentalitätsstruktur, dann wird – gerade angesichts des durch Warenästhetik bestimmten modernen Bewußtseins – deutlich, wie sehr uns eine „Mythologie der Vernunft“ nottut. An die Stelle des poetischen wäre das ästhetische Prinzip zu setzen; es geht um die „ästhetische Erziehung des Menschen“, die sich als großer Gegenentwurf zu vereinseitigter und vereinseitigender Rationalität erweisen könnte. Die sinnliche Erschließung von Gedankenräumen steht der Dominanz des Zweckhaften entgegen. Die ästhetischen Bilder und Visionen von Ganzheit, die die Totalität des gelungenen Lebens „beglaubigen“ (so wie auch Vernunft nicht aus sich selbst abgeleitet werden kann, sondern durch Glaube, eben durch den Glauben an die Vernunft, „gesetzt“ werden muß) könnten die Einseitigkeit der analytischen, vor allem der okkasionellen Vernunft überwinden helfen. Industriekultur befände sich dann auf dem Weg zur ästhetischen Gesellschaft und zum ästhetischen Staat.

#### IV.

Die Dialektik der Aufklärung ist gleichzusetzen mit der Herrschaft der Subsysteme. Auf sich selbst bezogene Subsysteme reproduzieren, nach Niklas Luhmann, alle elementaren Einheiten, aus denen sie bestehen, durch ein Netzwerk eben dieser Elemente und grenzen sich dadurch von der Umwelt ab. Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Erziehung, Religion stehen nebeneinander, greifen nicht ineinander. Zwischen den einzelnen Bereichen gibt es kaum Kommunikation. Jedes Subsystem sucht Antworten, für die es selbst die Fragen gestellt hat. Wirtschaft etwa wird durch die Sprache der Preise bestimmt; Kultur durch die Sprache der Ideen. Die Preise müßten aber auf Werte transzendieren, und die Ideen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Bei der Dominanz der Subsysteme geht Modernität im aufklärerischen Sinne, als Offenheit für Optionen, zunehmend verloren. An die Stelle der Regenerationsfähigkeit und Produktivkraft tritt Stereotypie und Reproduktion. Die erstarrten Verhältnisse werden nicht mehr zum Tanzen gebracht. Die Industriegesellschaft wird jedoch nur dann überleben, wenn sie an die Stelle mechanischer Extrapolation schöpferische Antizipation setzt; wenn sie mit Phantasie, die sowohl zum Alptraum wie zur Utopie fähig ist, ihre Möglichkeiten durchdenkt, kritisch durchspielt und diskursiv um Wahrheit sich bemüht. Mit Joseph Huber kann man solche „selbstbezügliche Modernisierung“ die „Selbstmodernisierung der Moderne“ nennen. Der bisherige Systemaufbau im Kontext traditionaler Strukturen geht über in einen fortwährend selbstbezüglichen Umbau im Kontext moderner Strukturen.

Der Übergang vom ökonomischen Aufbau zum sozialökologischen Umbau in den Industrienationen impliziert sieben Herausforderungen:

- Neu zu klären ist, was fortschrittlich und was konservativ ist;
- moderne Technologie muß in den Dienst des Projekts einer ökologischen Modernisierung gestellt werden;
- die Ökonomie darf nicht bloß Produzentenökonomie sein, sie muß auch zur Konsumentenökonomie werden;
- die Reprofessionalisierung von Arbeit ist vorzunehmen;
- durch einen konstanten Lastenausgleich ist neben der Arbeitsgesellschaft die Tätigkeitsgesellschaft zu ermöglichen;
- die Aufspaltung in die zwei Kulturen ist zu überwinden;

- der Sozialstaat hat zugleich „ästhetischer Staat“ zu sein.

#### V.

Industriekultur hat sich, wegen des Mangels an integralen Denk- und Handlungsmustern, in negative Regelkreise aufgelöst. Was Joachim Schumacher in seinem 1937 im Exil erschienenen Buch „Die Angst vor dem Chaos“ unter dem Eindruck der zerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus beschrieb, trifft mehr denn je, wenn auch mit anderen Inhalten zu:

„Kind: Warum ist es so kalt bei uns, Mutter?“

Mutter: Weil wir keine Kohlen haben.

Kind: Warum haben wir keine Kohlen?

Mutter: Weil Vater arbeitslos ist.

Kind: Warum ist Vater arbeitslos?

Mutter: Weil es zu viel Kohlen gibt.“

In der augenblicklichen Weltwirtschaft mit der völligen Unfähigkeit, Über- und Unterproduktion auszugleichen, die Armen am Reichtum partizipieren zu lassen, statt Verschwendung die Nutzung des Überflüssigen zu ermöglichen, erreicht der fatale Regelkreis einen makabren Höhepunkt. Auf die westliche und damit bundesrepublikanische Industriegesellschaft bezogen: Die in Folge der technischen Entwicklung „Freigesetzten“ (Arbeitslosen) werden mit Hilfe der Kulturindustrie stillgesetzt, z. B. durch Telekratie abgesättigt; die von emanzipatorischem Handeln abgelenkten, in konsumptive Idyllik verführten, von Arbeit entlasteten, vor den Fernsehern und durch die Kulturindustrie insgesamt amüsierten Müßiggänger sind freilich in einem gewissen Umfang wieder zu mobilisieren, damit sie die, wenn auch reduzierten staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten einigermaßen wahrnehmen können. Milliarden müssen dementsprechend für Durchblutungsmittel, Psychopharmaka und andere Chemotherapeutika ausgegeben werden, damit affirmative Erschlaffung nicht zum vollständigen gesellschaftlichen Black-out führt.

#### VI.

Industriekultur (als Negativbegriff) wird zunehmend nicht totalitistisch (mit Hilfe von Zwang und Repression), sondern im Sog des „stüßen Lebens“ verwirklicht. In Zukunft, meint Aldous Huxley im Vorwort der Neuauflage (1949) seines 1932 erschienenen „Romans der Zukunft“ „Schöne neue Welt“, wird die Liebe zur Sklaverei in den Gemütern und Leibern der Menschen fest verankert sein, als Ergebnis einer tiefgehenden persönlichen Revolu-

tion. Um diese herbeizuführen, bedürfte es unter anderem der folgenden Entdeckungen und Erfindungen: Erstens einer sehr verbesserten Methode der Suggestion – durch Konditionierung der Reflexe des Kleinkindes und, später, mit Hilfe von Medikamenten; zweitens einer voll entwickelten Wissenschaft von den Unterschieden der Menschen, die es den von der Regierung bestellten Managern ermöglicht, jedem beliebigen Individuum seinen oder ihren Platz in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rangordnung anzuweisen; drittens eines Ersatzes für Alkohol und anderer Rauschmittel, etwas, das zugleich weniger schadet und mehr Genuß bringt als Branntwein oder Heroin; und viertens eines betriebssicheren Systems der Eugenik, darauf berechnet, das Menschenmaterial zu normen und somit die Aufgabe der Manager zu erleichtern. Die Zukunft im Huxleyschen Sinne, illuminiert, aber nicht erhellt durchs Flackerlicht der Warenästhetik, hat längst begonnen – als eine Mischung aus Genetik, Mikroprozessoren, Television und Tranquilizern.

## VII.

Theorie und Praxis der Gegensteuerung müssen durch Realutopien mobilisiert und formiert werden. Es sehe zwar so aus, meint Jürgen Habermas, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen; „die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenspanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab; die Spirale des Wettübens, die unkontrollierte Verbreitung von Kernwaffen, die strukturelle Verarmung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichgewichte in den entwickelten Ländern, Probleme der Umweltbelastung, katastrophennah operierende Großtechnologien geben die Stichworte, die über Massenmedien ins öffentliche Bewußtsein eingedrungen sind. Die Antworten der Intellektuellen spiegeln nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit. Es ist keineswegs nur Realismus, wenn eine forsch akzeptierte Ratlosigkeit mehr und mehr an die Stelle von zukunftsgerichteten Orientierungsversuchen tritt. Die Lage mag objektiv unübersichtlich sein. Unübersichtlichkeit ist indessen auch eine Funktion der Handlungsbereitschaft, die sich eine Gesellschaft zutraut. Es geht um das Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst.“

Industriekultur, die das Vertrauen in sich selbst und zu sich selbst wieder gewinnt, geht, durch einen integralen Vernunftbegriff „beglaubigt“, das Wagnis

der Selbstmodernisierung der Moderne ein; an die Stelle des Festwertregelkreises (vor allem exponentielles Wachstum anstrebend) tritt ultrastabile, auf Gleichgewichtszustände, auf die Gleichgewichtsgesellschaft zielende Planung. Neue Industriekultur verläßt das Terrain der Unübersichtlichkeit, wird mit Hilfe von Realutopien wieder Industrie-Kultur. Eine Schlüsselrolle bei diesem Versuch der Selbstmodernisierung der Moderne kommt der Ästhetik zu – im Sinne des ästhetischen Erziehung des Menschen. Wenn Friedrich Schiller davon spricht, daß der ästhetische Staat auf der Vermählung von Stofflichkeit und Formalität beruhe, dann meint er damit einen Gleichgewichtszustand, der sich sinnlich begreifbar macht. Das bedeutet eine Absage an die normative wie affirmative Ästhetik; bedeutet die Zuwendung zu einer diskursiven, im Tun der Werkstatt sich realisierende Schön-Güte (Kalokagathie). Es geht um die Demokratisierung des Ästhetischen, um das Bürgerrecht Kultur. Von hier aus muß gefragt werden, was Design als Lebens-Design, was die Stadt als Ökopolis (nicht als Profitopolis oder Megalopolis) bedeutet; was Erziehung zu sein hat, wenn sie die Antiquiertheit des Menschen verhindern will; – sie muß es.

## Ulrich Rosenbaum DKP und Perestrojka

---

*Der Journalist Ulrich Rosenbaum, Jahrgang 1945, war Redakteur des „Vorwärts“ (1970), Chefredakteur der „Berliner Stimme“ (1978), stellvertr. Ressortleiter „Deutsche Politik“ beim „Stern“ (1981) und ist jetzt Bonner Korrespondent dieser Zeitschrift.*

---

Die einen erreicht das „neue Denken“ aus Moskau früher, andere später. Daß die Deutsche Kommunistische Partei nicht gerade als erste das Banner Gorbatschows vorangetragen hat, wird kaum verwundern. Sie hat schon in den 70er Jahren den Versuchen des Eurokommunismus widerstanden, und an der Treue zur großen Staats-Schwesterpartei SED konnten nie Zweifel aufkommen.

Doch im zwanzigsten Jahre ihres Bestehens vermag die Führung der größten K-Partei in der Bun-

desrepublik das Aufbegehren der Basis nicht länger zu ignorieren. Also hat sie sich – in Teilen zumindest – an die Spitze der Bewegung gesetzt. „Bundesrepublik 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre“ heißt ein Papier, das zunächst intern beraten und im Juli von Parteichef Herbert Mies der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Schlagworte des Titels sind keineswegs zufällig: „Bundesrepublik“ heißt: Die DKP will signalisieren, daß sie sich nicht länger als Vorposten der SED in einem Staat versteht, den sie eigentlich ablehnt. „Reformalternative“ heißt: Sie will die Vorstellung korrigieren, als könne Veränderung für sie nur durch Revolution mit dem Endziel Diktatur des Proletariats geschehen. Das Parteistatut, das die DKP als marxistische Partei definiert, ist deshalb freilich nicht obsolet. Und der moralische Stomokap-Zeigefinger wird immer wieder streng erhoben.

„Die Konflikte sind nicht mehr nur klassenbedingt, sondern durch konkrete Probleme verursacht“, hat Mies von „Gorbi“, wie er ihn salopp nennt, gelernt. Umweltprobleme zum Beispiel. Auch mit der Existenz der NATO hat man sich abgefunden. Mies: „Wir sagen Nein zur NATO, aber Ja zur Realität der NATO.“ Herausgelöst werden könne die Bundesrepublik „nur im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Auflösung beider Militärbündnisse“.

Neu in der Form auch: die Anbiederung an die SPD. Die DKP messe „dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten überragende Bedeutung zu“, heißt es im Programm „Bundesrepublik 2000“. „Ihre Aktionseinheit ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse zum Kern und Motor von Reformbündnissen werden kann.“ Mies erklärt gar, der Grund für die Spaltung der Arbeiterbewegung – die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten – bestehe nicht mehr fort, da die SPD heute voll auf Anti-Rüstungskurs sei. Unverdrossen macht der DKP-Vorsitzende gar der SPD-Führung Gesprächsangebote. Dies sei zwar ein „einseitiger Wunsch der Führung der DKP, aber der hat nicht wenig Sympathien bei Sozialdemokraten in unserem Land“.

Die Parole „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten“ wurde aus dem Sprüchekatalog getilgt. Nur selten noch reitet die DKP verbale Attacken gegen Sozialdemokraten. Das ist kein Zufall, sondern Strategie. Herbert Mies schwor am 28. April dieses Jahres vor Kreisvorsitzenden des Bezirks Rheinland-Westfalen der Meinung ab, „daß man Aktionsein-

heit nur durch die Mobilisierung der SPD-Basis gegen die Obrigkeit erreichen kann“. Das habe man „grundlegend korrigiert. Und das gehört auch mit zu einem der Elemente, warum wir in der Aktionseinheit weitergekommen sind“.

Stolz wird beispielsweise vermeldet, daß in Rheinhausen Sozialdemokraten und Kommunisten „Schulter an Schulter“ gekämpft hätten, daß es gelungen sei, den SPD-Afrikapolitiker Günther Verheugen zum Interview im Parteiblatt „uz“ zu gewinnen, daß der Bremer Vertreter in der SPD-Programmkommission auf einem Podium mit dem Hamburger DKP-Vorsitzenden diskutiert habe. Kleine Erfolgserlebnisse, die man offenbar braucht, um sich selber angesichts der Erfolglosigkeit bei Wahlen Mut zu machen.

Denn in Wirklichkeit geht der „Genosse Frust“ um in der DKP. Das Theorie-Blatt „Marxistische Blätter“ schreibt, daß „die Organisationskraft der Partei alles in allem in jüngster Zeit stagniert oder sogar teilweise zurückgeht“. Der gerade abgeschlossene Umtausch der Parteibücher zur Kontrolle aller Genossen erwies sich offenbar als Flop. Viele Mitglieder wurden, so beklagt der Vorstand selber, allzu schnell gestrichen, andere nahmen die Gelegenheit zum Absprung wahr.

Mancher, der erst jüngst noch an die Volkszählungsboykott-Front geschickt worden war, stürzte sich an den Fragen auf der „Erfassungskarte“. Da muß jedes Mitglied detailliert über Bildungsweg, Arbeitsstätte, Aktivitäten in Partei und Gewerkschaft, Teilnahme an Parteischulungen und Spendenfreudigkeit Auskunft geben. Das zuständige Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch berichtet von einer „Weigerung, die Karte auszufüllen“ – eine Erfahrung, die „gründlich ausgewertet“ werden müsse.

Ein absurdes Spiel: Während Verfassungsschutz-Experten, die sonst eher dazu neigen, die „kommunistische Bedrohung“ überzubewerten, die Zahl der DKP-Mitglieder auf bestenfalls 38 000 schätzen, lautet die letzte parteioffizielle Zahl, bekanntgegeben vor drei Jahren, exakt 57 802. Neuere Zahlen werden auch in den selbstkritischen Berichten des Parteivorstands nicht genannt. Leser-Protest in der „uz“: „Solange die Zahlen der Mitgliederentwicklung nicht offen und detailliert genannt werden, muß sich jedes Parteimitglied politisch entmündigt fühlen . . . Solange wir unsere Zahlen nicht nennen, gelten in der Öffentlichkeit die Zahlen des Verfassungsschutzes.“

Fritsch gibt immerhin zu, es müsse „ein Auseinanderklaffen der Schere zwischen zurückgehenden

Neuaufnahmen und ansteigenden Mitgliederverlusten festgestellt werden“. Die Altersstruktur habe sich „bedenklich nach oben verschoben“. Politisch-ideologische Gründe und „Resignationstendenzen“ werden als Ursachen genannt.

Derart in Nöten, geht manchen Mitgliedern des 90köpfigen Parteivorstands das Umdenken nicht weit und schnell genug. „Das finde ich äußerst dünn“, klagt Hasso Ehinger über die Passagen in „Bundesrepublik 2000“, die sich auf Glasnost und Perestrojka beziehen. „Das entspricht überhaupt nicht dem, was viele Genossinnen und Genossen begeistert. Wir alle spüren, daß hier gewaltige Veränderungen vor sich gehen, die uns ganz neue Hoffnung geben.“ Ehinger bedauert auch, daß man sich nicht getraut habe, kritische Worte zu Rumänien zu finden.

Dem Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolfgang Gehrcke fällt es wie Schuppen von den Augen: „Ich war einmal während der Wahlen zum Örtlichen Sowjet in der UdSSR und fand es normal, daß die Leute nicht gefragt haben. Auch daß niemand die Wahlkabine benutzte, fand ich normal.“ Heute gebe es für ihn „ein Erschrecken über die eigene Position“. Es gebe „Brüche, die man erst einmal verarbeiten muß“.

Kaum hat die Sowjetunion damit begonnen, die Gräueltaten der Stalin-Ära aufzuarbeiten, fällt auch den westdeutschen Kommunisten ein, daß viele ihrer Altvordenen im Moskauer Exil ermordet wurden. Doch in der Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist die DKP behutsam, denn allzu schnell könnte auch die Frage auftauchen, was mit dem einen oder anderen Kommunisten zu Ulbrichts Zeiten in der DDR geschah.

Denn die Frage stellt sich nach wie vor: Wie unabhängig aber ist die DKP in ihren Entscheidungen von der SED? Glaubt man ihren professionellen Beobachtern, den Verfassungsschützern, werden alle wesentlichen Beschlüsse in Ost-Berlin vorformuliert. Auch das Papier „Bundesrepublik 2000“ wurde angeblich erst freigegeben, nachdem die SED Korrekturen vorgenommen und ihren Segen gegeben hat. Mag es stimmen oder nicht – materielle und immaterielle Abhängigkeiten darf man getrost voraussetzen. Die DKP-Führung weist regierungsamtliche Berichte, wonach sie mit 65 Millionen Mark per anno von der DDR freigehalten wird, als „Finanzierungsflüge“ zurück. Schließlich werde ihr Finanzgebaren nach dem Parteiengesetz überprüft. 22,9 Millionen Mark Einnahmen wurden 1986 offiziell ausgewiesen. Doch wie sie ihren hauptamtlichen

Apparat (den vermutlich größten aller bundesdeutschen Parteien), eine auflagenschwache, aber personalintensive Parteipresse und zahllose Aktivitäten aus eigener Kraft finanzieren will, bleibt rätselhaft. Da wirken auch Hinweise auf kinderlose „Antifaschisten“ in den USA, die angeblich ihre Dollarmillionen der DKP vermachen, wenig überzeugend.

Auch die politische Sozialisation ist weitgehend DDR-geprägt. DKP-Funktionäre machen ihren Urlaub zum Billigpreis in der DDR, werden dort ideologisch geschult, erhalten dort kostspielige medizinische Behandlungen. Die Kaderakten der DKP werden in Ost-Berlin verwahrt – aus Angst, morgen könne die Polizei vor den Parteibüros stehen und die internen Karteien beschlagnahmen. Dies alles muß man bedenken, wenn man fragt, wie frei die DKP ist, ihren „eigenen sozialistischen Weg“ zu gehen.

In der Führung gibt es nach wie vor starke Bremskräfte. Die stellvertretende Vorsitzende Ellen Weber bringt es fertig, ein langes Referat „zu den Entwicklungsprozessen in der Sowjetunion“ zu halten, in dem weder „Perestrojka“ noch „Glasnost“ beim Namen genannt werden. Die Formel „Von der Sowjetunion lernen“ wird relativiert. Sie sei „uns eine ganze geschichtliche Etappe voraus“, während „wir noch unter den Bedingungen kapitalistischer Verhältnisse leben“. Weber: „Was die Sowjetunion heute an Fragen stellt, was sie als hemmend offenlegt und zurückweist, sind Probleme ihrer eigenen inneren Entwicklung, die nur sie entdecken und lösen kann.“ Und in einem anderen Referat bewertet sie die westliche Diskussion über die Entwicklungen in der UdSSR als „das Bemühen der bürgerlichen Medien und Politiker, Keile zu schlagen und Zwietracht zu organisieren“.

Auch andere Vorstandsmitglieder warnen: „Für uns wichtige Begriffe werden ihres Klasseninhalts beraubt“ (Walter Listl zu „Bundesrepublik 2000“). Oder: „Der Klassenkampf hört nirgendwo auf“ (Chefideologe Jupp Angenforth). Und selbst der als Speerspitze der Erneuerung geltende Wolfgang Gehrcke fordert am Ende Disziplin ein: „Ich teile die Auffassung, nach der es volle Freiheit der Diskussion, aber auch die Verbindlichkeit der Beschlüsse geben muß.“

Die Folgen haben einige allzu freimütig Denkende schon zu spüren bekommen. Das Hamburger Bezirksvorstandsmitglied Andreas Müller-Goldstedt zog sich ein Parteiordnungsverfahren zu, weil er der alternativen „taz“ ein Interview gegeben und darin eine Demokratisierung der DKP und mehr Distanz zur SED gefordert hatte. Der Schriftsteller

Erasmus Schöfer erhielt wegen freimütiger Äußerungen hochoffizielle Drohungen und wurde als „uz“-Autor zensiert. In Erlangen wurden drei altgediente Mitglieder ausgeschlossen, weil sie sich dem demokratischen Zentralismus widersetzt hatten.

Dabei überlegt die Parteiführung, nachdem Gorbatschows Demokratisierungs-Vorstellungen vom Allunions-Kongreß bestätigt wurden, ob sie nicht von der Praxis abgehen soll, von oben vorzuschreiben, wer für welches Amt kandidieren darf und wer nicht. Präsidiums-Mitglied Kurt Fritsch gab jüngst in der „uz“ zu: „Oft haben Vorstände mit ihrer ganzen Autorität Vorschläge vorgelegt, aber es wurde nicht genügend geknobbelt, ob es noch andere Vorschläge geben könnte. Vor allem wurde nicht genug darauf geachtet, alle Mitglieder in die Wahldiskussion einzubeziehen.“

Obwohl sie sich zwanzig Jahre unter dem Label „DKP“ durchgeschlagen haben, können die orthodoxen Kommunisten nicht verwinden, daß sie sich 1968 nur deshalb – und zwar durch ein Agreement mit dem damaligen Justizminister Gustav Heinemann und seinem Staatssekretär Horst Ehmke – etablieren konnten, weil sie auf die Wiedergründung

der 1956 verbotenen KPD und auf einschlägige Bekenntnisse im Parteiprogramm (Marxismus-Leninismus, Diktatur des Proletariats, demokratischer Zentralismus) verzichteten. Nachdem das Thema „Berufsverbote“ unergiebig geworden ist, soll nun die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots und der damit verbundenen ideologischen Grundforderungen in den Mittelpunkt einer Kampagne gestellt werden. Mies: „Das Fortwirken des KPD-Verbotes gehört zu einem Teil der bundesdeutschen Wirklichkeit und ist ein gewaltiges Handicap auch für die Entwicklung unserer Partei . . . Für die Masse sind wir eine verfassungsfeindliche Partei.“

Das Ziel hat Mies in seiner Geheimrede vor den rheinischen Kreisvorsitzenden unverhohlen genannt: Offen sagen dürfen „Die DKP läßt sich vom Marxismus-Leninismus leiten“ und „Der demokratische Zentralismus ist unser Prinzip“. Rätselhaft bleibt, wie dies alles mit der Ankündigung in Einklang zu bringen ist, von Gorbatschows Reformkurs lernen zu wollen. „Glasnost“ und „Perestrojka“ – am Ende doch nur ein Reklametrick zur Anwerbung neuer Mitglieder?

## Karl Kühne Die Ökonomie der Umgestaltung Zu A. Aganbegians Buch Perestrojka – Die doppelte Herausforderung

*Dr. Karl Kühne dipl. rer. pol., Jahrgang 1917, war von 1959 bis 1982 Hauptverwaltungsrat in der Generaldirektion „Verkehr“ der Europäischen Kommission in Brüssel und ist jetzt Geschäftsführer der Europäischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft.*

### Der Kommentar des Gorbatschow-Beraters Aganbegian

Das Ringen Gorbatschows um eine Umgestaltung oder „Perestrojka“ des sowjetischen Systems in allen seinen Aspekten ist inzwischen zu einem Haupt-

thema der öffentlichen Diskussion im Westen geworden. Weniger Beachtung fand die Tatsache, daß zu Gorbatschows gleichnamigem Werk ein Begleitbuch existiert aus der Feder eines seiner engsten Berater, des georgischen Ökonomen Aganbegian<sup>1</sup>.

Im Vorwort zu seinem Buche betont dieser, daß er sich keineswegs für qualifiziert hält, die „Perestrojka“ in ihrer ganzen politischen und gesellschaftlichen Breite zu würdigen. Vielmehr begnügt er sich mit einer Analyse ihrer ökonomischen Aspekte. Diese Analyse fällt erstaunlich kritisch aus, aber gerade aus der Herausstellung der Problematik in ihrer ganzen Schärfe will Aganbegian neue Kraft gewinnen. Er gibt von vornherein seine Visitenkarte ab, wenn er zugibt, daß er besonders gern mit konkreten Beispielen arbeite. Manche könnten meinen, er brächte davon zu viele – aber er beruft sich demge-

<sup>1</sup> Da bislang eine deutsche Übersetzung nicht vorliegt, wird aus der französischen Ausgabe („Perestrojka – Le double défi soviétique, Economica, Paris 1987“) zitiert; auch die Seitenangaben beziehen sich hierauf.

genüber auf Lenin, der sagte: „Die Wissenschaft braucht keine Dogmen, sondern Tatsachen.“ Nur selten erbringt Aganbegian einen solchen Tribut an die Ideologie . . .

### Die Ausgangslage in der Sowjetunion: Stagnation nach Aufstieg

Der Autor stellt zunächst die Ausgangslage dar, anhand der offiziellen sowjetischen Statistiken. Dabei ist festzuhalten, daß der sowjetische Begriff des „Volkseinkommens“ nicht mit dem westlichen des Nettosozialproduktes vergleichbar ist, weil aus Gründen (falsch verstandener) marxistischer Ideologie die Dienstleistungen, die im Westen heute den größten Teil des Sozialprodukts ausmachen, als „unproduktiv“ nicht mit erfaßt werden.

Daß Aganbegian mit dieser Behandlung des Problems nicht zufrieden ist, sagt er ausdrücklich, denn in dem Maße, wie die Dienstleistungen mit der Entwicklung der Sowjetwirtschaft anwachsen, wird deren Nettosozialprodukt progressiv zu niedrig ausgewiesen. Erstaunlich ist ohnehin, daß der Autor es von vornherein für notwendig hält, schon in seinem ersten Kapitel (mit der Überschrift „Die Herausforderung der Perestrojka“) die offiziellen Statistiken als mehr oder weniger unzuverlässig hinzustellen, wenn er sagt, man müsse die nominalen Angaben durch Rückgriff auf einen „realeren Preisindex“ korrigieren.

Aus den offiziellen Statistiken ergibt sich, daß die Wachstumsrate des Volkseinkommens von rund 8 % jährlich in den Jahren 1966–70 auf 3,3 % 1981–85 gesunken ist. Nach den korrigierten Ziffern aber zeigt sich laut Aganbegian, daß „es in den Jahren 1981–85 (unter dem XI. Fünfjahresplan) praktisch keinerlei Wirtschaftswachstum gegeben hat. Dieser Zustand der wirtschaftlichen Stagnation, der eine Krise ankündigt, ist ungewöhnlich für unser Land. Besonders ausgeprägt war diese Stagnation in den Jahren 1979–82; in dieser Periode ist die Produktion nach Angaben der statistischen Ämter bei 40 % der Industrieprodukte dem Volumen nach sogar zurückgegangen. Gleichzeitig verschlechterte sich die Lage in der Landwirtschaft (in all diesen Jahren erreichte ihr Produktionsvolumen nicht mehr das von 1978) . . . Die Arbeitsproduktivität nahm praktisch nicht mehr zu; die Effizienz der Investitionen ging zurück, und der Kapitalertrag verschlechterte sich stark. Gegen Ende des XI. Planes wurde die Lage etwas besser; aber insgesamt gesehen ist der Plan 1981–85 nicht erfüllt worden.“ (S. 10/11)

Im März 1985 wurde dann Gorbatschow zum Ge-

neralsekretär des Zentralkomitees gewählt. Nun wurde eine neue Planung entworfen – „innerhalb eines Monats“ –, wonach die offiziellen Wachstumsraten von 3 % 1981–85 für 1986–90 auf 4 % und für die neunziger Jahre auf 5 % angehoben werden sollen. Dabei unterstellt Aganbegian, daß bei Einbeziehung der Dienstleistungen, die 1986–90 doppelt so rasch wachsen sollen wie die übrige Wirtschaft, diese Ziffern von 4–5 % auch tatsächlichen Wachstumsraten im Sinne westlicher Statistik entsprechen werden, so daß der große Abstand zwischen offiziellen und korrigierten Ziffern verschwindet.

In seinem Eingangskapitel legt Aganbegian noch den Hauptton auf den Begriff der „Uskarenije“, der Beschleunigung des Wachstums. Hier könnte man den Verdacht hegen, daß es sich wiederum um eine Neuaufgabe des alten Stalinschen und Chruschtschowschen Schlagworts vom „Einholen und Überholen“ („dognatj i peregnatj“) des Kapitalismus handele. Doch sieht Aganbegian viel tiefer und ist gleichzeitig bescheidender. Er betont die qualitativen Aspekte: „Die Beschleunigung bedeutet den Übergang zu einem Wachstum mit neuer Qualität. Heute ist die Struktur der Sowjetwirtschaft völlig zurückgeblieben und konservativ. Bergbau und Landwirtschaft nehmen einen zu breiten Raum ein; die verarbeitende Industrie und die Umwandlung von Rohstoffen sind unzureichend entwickelt. Der tertiäre Sektor ist noch schmaler. Überdies sind Qualität, Ertrag und Wettbewerbsfähigkeit der Produktion sehr schwach. Der Anteil der veralteten Produktion ist bedeutend. Die Skala der angebotenen Produkte und Dienstleistungen weicht erheblich vom gesellschaftlichen Bedarf und von der realen Nachfrage ab und deckt beide nicht . . . Es geht nicht um eine kurze Kampagne . . ., sondern um langfristige Strategie. Perestrojka . . . bedeutet enorme qualitative Umwandlungen.“ (S. 12/14)

### Der Blick in die Zukunft: Vom extensiven zum intensiven Wachstum

Aganbegian gibt von einem Gesamtüberblick über die Situation der jüngsten Vergangenheit ausgehend einen Ausblick auf die unmittelbare Zukunft. Im Zeitraum 1971–75 waren drei Viertel des Wirtschaftswachstums extensiv bedingt, d. h. durch Ausweitung der „Inputs“ (Arbeitskräfte, Kapital). 1976–80 waren es noch zwei Drittel und 1981–85 immer noch drei Fünftel. „Das ist die einzig sichtbare Verbesserung der Struktur der Wachstumsfaktoren.“ (S. 19) Aber angesichts der schrumpfenden Wachstumsraten bedeutet dies, daß die Produktivi-

tät so gut wie gar nicht wuchs. Damit sie nachhaltig gesteigert wird, bedarf es der Investition.

Für Aganbegian ist es charakteristisch, daß er gleich zu Anfang ein konkretes Beispiel gibt: Der 5 Tonnen-Lkw SIL 130 verbraucht auf 100 km 29 Liter Benzin (!) und oft sogar 35–40 Liter. Er braucht viel Wartung und zieht nur einen kleinen Anhänger. Würde man ihn durch einen modernen Diesel-Lkw ersetzen, könnte man die Hälfte des Treibstoffs und zwei Drittel der Wartungskosten sparen, bei erheblich gesteigerter Leistung. Aber dazu müßte man das Lkw-Werk in Moskau umrüsten.

Die Ausrüstung der Betriebe in der mechanischen Konstruktion ist aber in den frühen achtziger Jahren pro Jahr nur zu 2 bis 3 % erneuert worden. 1985 entsprachen hier nur 29 % der Produktionsleistungen dem „Weltniveau“. Nur ein Drittel der Investitionen diente der technischen Erneuerung; 1986–90 soll es mehr als die Hälfte sein. Hier legt Aganbegian den Finger auf ein altes Laster der Sowjetindustrialisierung, das noch aus den Zeiten Stalins datiert: die Bevorzugung der Errichtung brandneuer Anlagen gegenüber der Erneuerung vorhandener Werke. Er nennt dann aber eine Ziffer, die den Verdacht aufkommen läßt, auch Gorbatschow könnte sich übernehmen: Denn er sagt, das Investitionsvolumen, das in den Jahren 1981–85 nur um 24 % (also jährlich 4,8 %) wuchs, solle 1986–90 um 80 % (16 % pro Jahr!) zunehmen. (S. 22) Das Mindeste, was man dazu sagen kann, ist, daß solche Ziffern im zivilen Bereich allerdings nur dann nicht als utopisch erscheinen könnten, wenn ein drastischer Abbau der Rüstungswirtschaft erfolgt – was eben Gorbatschows neue Außenpolitik erklärt.

Gleich darauf spricht Aganbegian aber in einem besonderen Abschnitt von der „Priorität der Verbesserung des Wohlergehens des Sowjetvolkes“. Wie nun gleichzeitig der Anteil der Investitionen zur Erneuerung von einem Drittel auf die Hälfte aller Investitionen gesteigert und auch noch der Anteil des Wohnungsbaus erhöht werden soll, bleibt Aganbegians Geheimnis: Letzterer hatte 1960 noch 23 % der Gesamtinvestitionen ausgemacht; dieser Anteil war bis 1981–85 auf 14–15 % gesunken. Dennoch soll bis zum Jahre 2000 das Bauvolumen veranderthalbfacht werden, damit jede Familie eine eigene Wohnung bekommt.

#### **Ein historischer Exkurs: Zwei frühere Reformanläufe sind versandet**

Das Hauptinstrument zur Steigerung der Produktivität ist für Aganbegian die „radikale Reform

der Gesamtleitung des Wirtschaftsmechanismus“. Die „administrativen Methoden“ (sprich: die Methoden der Kommandowirtschaft) und die Bevorzugung von industriellen Neuanlagen statt technischer Neuausrüstung bestehender Betriebe haben seit Stalins Zeiten dazu geführt, daß die Akkumulation übersteigert wurde, mit „unvorstellbaren Entbehrungen“ für das Volk. Dann hat die Sowjetunion im Krieg ein Drittel ihres Volksvermögens eingebüßt. Nach dem Wiederaufbau seien jedoch die „administrativen Methoden“ zur Bremse für die Entwicklung geworden, vor allem auch in der Landwirtschaft.

Zwei Anläufe zur Reform (unter Chruschtschow nach 1954 und zu Beginn der Breschnew-Ära mit Kossygin) hätten sich nach Aganbegian auf bestimmte Sektoren beschränkt, und danach hätte sich die Kommandowirtschaft jeweils wieder durchgesetzt (S. 30/31), bis die Stagnation kam.

Aganbegian gibt einen geschichtlichen Überblick. Vor 1913 machte die russische Industrieproduktion 4 % der Weltproduktion aus; heute steht sie auf fünfster Stelle. Aganbegian erwähnt als Ansatz für die Erholung nach dem Ersten Weltkrieg die „Neue Wirtschaftspolitik“ (NEP) Lenins und geht dann über zur gewaltsamen Industrialisierung unter Stalin, die eine Vervierfachung des Sozialprodukts und eine Verachtfachung der Industrieproduktion gegenüber 1913 brachte, wobei die Schwerindustrie auf das Dreizehnfache wuchs – all das unter schweren Entbehrungen der Verbraucher und vor allem der Bauern. Erkauft wurde dieser an sich „gerechte Weg der Industrialisierung“ allerdings mit „tragischen Irrtümern . . . , Unterdrückung der Bauern bei erzwungener und brutaler Kollektivierung, Hunger und Entbehrungen, . . . Massenverhaftung und Auslöschung zahlreicher führender Politiker und Militärs vor allem 1937, . . . die die düstere Seite unserer Geschichte darstellen. Noch 1948 . . . gab es einen Rückfall in die Repression gegen den ‚Kosmopolitismus‘ . . .“ (S. 51/2) Man erinnert sich hier an Bucharins schwarzen Humor: „Wir haben ein Zweiparteiensystem – eine Partei ist im Amt, und die andere sitzt im Gefängnis!“

Noch 1953 hatte die Agrarproduktion das Niveau der Zeit vor dem 2. Weltkrieg nicht wieder erreicht. „Die Kolchosbauern hatten keinerlei Rechte und unterlagen einem detaillierten administrativen Agrarverwaltungssystem. Ein Teil der Produktion wurde zu Elendspreisen abgegeben, die nicht einmal die Produktionskosten deckten . . . Die Entlohnung der Kolchosbauern erfolgte überwiegend in Natura-



*Der sowjetische Ökonom Abel Aganbegian*

Foto: APN

lien ... Die große Mehrzahl lebte von der Produktion auf ihren kleinen Individualgrundstücken. Die Kolchosbauern waren zwangsweise an die Kolchose gebunden ... Die Agrargeräte waren in den SMT (Maschinen- und Traktorenstationen) konzentriert, die in Naturalien aus der Ernte bezahlt wurden ...“ (S. 54)

Aganbegian fügt hier persönliche Erinnerungen ein. 1953 wollte er Verwandte seiner Frau im Raum von Wladimir aufsuchen, etwa 150 km von Moskau entfernt. Vom nächsten Bahnhof mußte er 18 km zu Fuß ins Dorf Jochowo wandern, „das keinen Strom hatte. Die Naturalwirtschaft herrschte vor. Der Laden im Nachbardorf war zweimal in der Woche geöffnet. Man fand dort aber praktisch nur Zucker und Salz. Alle Nahrungsmittel kamen aus dem kleinen Individualgrundstück. Für einen Arbeitstag gab es allerdings ein paar hundert Gramm Roggen. Die Arbeit in den Kolchosen brachte sonst keinen anderen Vorteil als den Besitz eines Individualgrundstücks ... Die Genehmigung zur Heuernte in den kleinen Lichtungen des Waldes war ein großes Ereignis, obwohl der größte Teil des Heus abgegeben werden mußte ... Was für das Privatvieh übrig blieb, nannte man den ‚Prozentanteil‘. Es gab für die Kolchosbauern keine Pension und keine Lohnfortzahlung bei Krankheit ...“ (S. 55)

1953 wurde die Zwangsabgabe abgeschafft, und die Ankäufe seitens des Staates wurden zur wichtigsten Methode. Mit der Zeit ging man zum garantierten Kolchoslohn in Geld über. Im Zuge der neuen Wirtschaftspolitik Chruschtschows erschloß man neue Ackerflächen, vor allem in Asien. 1956 folgte eine umfassende Landgewinnung durch Bewässerung. 1954–59 nahm die Agrarerzeugung im Jahresdurchschnitt um 7 % zu. Das Realeinkommen pro Einwohner stieg in diesen 6 Jahren um 37 %. Gleichzeitig wurde die Verbrauchsgüterindustrie gefördert, wenn auch wohl nicht in dem Maße, wie Malenkov es gewollt hatte. Immerhin gab es Fernseher, Kühlschränke und sogar Autos. Die Schwer- und sogar Rüstungsindustrie wurde mit dazu herangezogen. 1956 wurde eine sehr fortschrittliche Rentengesetzgebung eingeführt, gleichzeitig mit der 40-Stunden-Woche.

Aber gegen Ende der fünfziger Jahre ließ dieser Elan des ersten Reformversuches nach, und mit ihm das Wachstum, nicht zuletzt auch deswegen, weil man hin und her umorganisierte. Von der Branchengänge man zur Regionalplanung über, mittels der „Sownarchosen“. Zeitweilig wurde sogar der Gosplan abgeschafft. Gegen Ende der fünfziger Jahre

wurden die Maschinen- und Traktorenstationen aufgelöst und ihr Material an die Kolchosen abgegeben. Diese wurden damit jedoch finanziell überlastet und waren zudem für die Unterhaltung der Maschinen nicht ausgerüstet.

1960–64 ging die Zunahmerate der Agrarerzeugung im Schnitt auf 1,5 bis 2 % pro Jahr zurück, und die Versorgung pro Kopf nahm praktisch nicht mehr zu. Die Steigerungsrate des Volkseinkommens, die 1958 noch 12 % betragen hatte, ging 1958 offiziell auf 4 % zurück. Aganbegian spricht zudem von „verhüllten Preissteigerungen“, die in der offiziellen Statistik nicht berücksichtigt wurden, so daß man sich dem Nullwachstum genähert haben dürfte. Ende 1964 wurde Chruschtschow gestürzt.

Ein zweiter Reformversuch wurde zu Beginn der Breschnew-Ära unter Kossygin eingeleitet. Die Branchenplanung wurde wieder hergestellt, und die Sownarchosen wurden abgeschafft.

Die Preise, zu denen die Produkte der Landwirtschaft abgekauft wurden, wurden erhöht. Man förderte die Individualgrundstücke. 1966–70 stieg die Agrarproduktion pro Jahr wieder um über 4 %. Ökonomen wie Liberman, Nemtschinow, Kantorowitsch und auch Aganbegian konnten im Rahmen der Akademie an Reformvorschlägen arbeiten, die auf eine rationellere Organisation der Industrie abzielten. Sie vertraten die Ansicht, daß an die Stelle der bisher üblichen Materialzuteilungen im Rahmen des „Mattechnab“ („materialnoje technitscheskoje snabdschenije“ = „materialtechnische Versorgung“) ein Großhandel mit Produktionsmitteln treten sollte. Die Unternehmen sollten mehr freie Hand bekommen, und die Kapitalintensität sollte bei der Preisbildung berücksichtigt werden.

Immerhin kam es 1967 zu einer Art Großhandelspreisreform in der Industrie. Man gelangte aber nicht zu stabilen „Normen“. Die Lohnsteigerungen überholten die Produktivitätszunahme. Dann wurden die Normen angezogen, und die Unternehmen mit den besten Leistungen sahen sich gewissermaßen „bestraft“. Zur wirklichen Umstellung von der Materialverteilung auf den Großhandel kam es nicht.

Die „imperative Planung“ blieb erhalten. Die Handlungsfreiheit der Unternehmen wurde schon nach 1965 wieder von den Ministerien zurückgeschraubt. Ab 1971 sank die Produktionssteigerungsrate in der Landwirtschaft pro Jahr wieder auf 2,3 %; die der Industrie hatte nach den anfänglichen Reformen 10 % erreicht und ging dann auf 6,4 % zurück. Die Wachstumsrate des Volkseinkommens sank

von 8,2 % auf 5,6 %. Kapitalerträge und Investitionseffizienz erlebten ernste Rückgänge. (S.66) Als wichtigste Lehren dieser beiden ersten Anläufe bezeichnet Aganbegian folgende: *Erstens muß eine Reform die gesamte Gesellschaft erfassen, und zweitens muß sie auf der Demokratisierung und der Selbstverwaltung aufgebaut werden.*

### Die Knappheitsprobleme in der Sowjetunion

Aganbegian erkennt an, daß weite Bereiche der Sowjetwirtschaft im Zeichen der Knappheit stehen. Paradoxerweise sei das aber vielfach auf Über- bzw. Fehlproduktion in bestimmten Sektoren und Mängel in anderen zurückzuführen. Von den Industrieprodukten bleiben viele auf Lager: „Die Bevölkerung weigert sich bei vielen Artikeln, sie zu kaufen.“ (S. 202) Es fehle an Qualität und Diversität der Produkte. So produzierte die Sowjetunion „1987 mehr als 800 Mill. Paar Schuhe – pro Einwohner und Jahr 3,2 Paar. Selbst in einem Schuhproduzentenland wie der Tschechoslowakei reichen 1,7 Paar Schuhe pro Einwohner und Jahr, und die USA, die etwas weniger Einwohner zählen als wir, produzieren nur 300 Mill. Paar pro Jahr, und das genügt. Aber wir kaufen noch große Mengen dazu . . . Doch die Qualität unserer Schuhe ist schlecht. Wenn es modische Schuhe in den Läden gibt, bildet sich sofort eine Schlange. Die anderen bleiben in den Läden. Das gleiche Phänomen zeigt sich bei Baumwoll- und Wollartikeln und bei einer ganzen Reihe anderer Verbrauchsartikel . . . Bei uns herrscht das Diktat des Produzenten; man beachtet die Wünsche des Verbrauchers wenig, und die Artikel werden in einer Form hergestellt, die dem Ersten paßt und nicht dem Verbraucher. Wir müssen aber . . . zu einer sozialen Wirtschaft gelangen, die für die Menschen arbeitet.“ (S. 38/9)

Bei den Produktions- und Investitionsgütern sieht es nicht anders aus. So produziert die Sowjetindustrie viereinhalbmals soviel Traktoren wie die USA, obwohl damit geringere Ernten eingebracht werden: Pro Traktor werden aber nur halb soviel Ersatzteile geliefert. „Es ist klar, daß wir gar nicht so viele Traktoren brauchen. Sie werden aber hergestellt und den Kolchosen und Sowchosen aufgenötigt, die sie meist nicht mit eigenen Geldern kaufen, sondern mit Krediten, die der Staat zu Vorzugszinsen und oft praktisch ohne jede Tilgung gewährt. Man produziert auch mehr Mährescher usw. als man braucht.“

Und hier kommt Aganbegian nun auf die Reformen zu sprechen; Man hat inzwischen das System des „autonomen Rechnungswesens“ eingeführt, wonach die Unternehmen ihre Käufe aus der Selbstfi-

nanzierung decken müssen. Das Ergebnis war, daß Kolchosa und Sowchosa 1988 um 30 % weniger Mährescher und um 40 bis 50 % weniger sonstiges Material eingekauft haben!

Aganbegian erklärt, daß ein Großteil der Produktion von Metallartikeln schlicht überflüssig sei. Er spricht von der „Hypertrophie der Metallproduktion der Sowjetunion“, die mehr produziere als ganz Westeuropa zusammen. „Die Sowjetunion stößt aus ihren Hochöfen 156 Mill. t Stahl aus, fast doppelt soviel wie die USA, für einen Endverbrauch, der sehr viel geringer ist. Dabei kaufen wir noch darüber hinaus mehrere Mill. t Walzstahl aus anderen Ländern für 2,5 Mrd. Rubel hinzu. Ein Großteil dieses Metalls dient der Produktion von überflüssigen Traktoren, Mähreschern usw.“ (S. 38)

### Die Erfolge der Sowjetwirtschaft

Damit werden die Erfolge der Sowjetwirtschaft relativiert, die Aganbegian sonst mit einem gewissen Stolz aufführt: Die Sowjetunion steht in der Industrieproduktion der Welt an fünfter Stelle, an erster in der Förderung von Erdöl und Erdgas, in der Erzeugung von Stahl, Düngemitteln, Traktoren, Eisenbeton, Holz, Wollgeweben, Schuhen, Zuckerrüben, Kartoffeln, an zweiter in der Stromerzeugung, der Chemie, der Baumwolle, an dritter bei Kohle und Getreide.

Die jüngste Entwicklung weist nach Aganbegian immerhin eine ganze Reihe von Anzeichen der Besserung auf.

So habe die Industrieproduktion, die zwischen 1979 und 1985 nur noch um 3 – 4 % jährlich wuchs, seit 1985 eine Steigerungsrate von 5 % aufzuweisen. Das sei im Wesentlichen einer Verbesserung der Produktivität zuzuschreiben, die früher um 2 bis 3 % pro Jahr gesteigert wurde, neuerdings aber um 4 bis 5 %. Im ersten Halbjahr 1987 seien die Zuwächse allerdings wegen eines besonders harten Winters auf unter 4 % zurückgegangen, teilweise auch deswegen, weil der wissenschaftlich-technische Fortschritt noch zu schwach sei.

In bestimmten Bereichen gehe es etwas langsamer voran. Die Kohleförderung habe nach 1978 stagniert und nehme erst neuerdings zu. Die Stromerzeugung mußte sich nach der Katastrophe von Tschernobyl allmählich erholen. Die Erdölförderung war von ihrem Höhepunkt 1983 mit 616 Mill. t bis auf 595 Mill. t gesunken und hatte dann 1986 ihren vorherigen Höhepunkt mit 615 Mill. t wieder erreicht, der auch 1987 gehalten werden konnte.

Die mechanische Industrie (Maschinenbau usw.)

haben 1986 ihr Investitionsniveau um 30 % gesteigert und ihr Erneuerungstempo verbessert. Die Leichtindustrie – sprich: Konsumgüterindustrie – stagnierte dagegen und habe 1986 ihre Produktion nur um 2 % verbessern können. Dagegen konnte die Nahrungsmittelindustrie ihre Produktion in diesem Jahre mit 5 % überdurchschnittlich steigern, dank einer Zunahme der landwirtschaftlichen Erzeugung um ebenfalls 5 %. Die Getreideernte fiel 1986 mit 210 Mill. t um 30 Mill. t besser aus als im Durchschnitt der Jahre 1981–85 und um 20 Mill. t besser als 1985. Die Fleischversorgung konnte 1985 um 700 000 t und 1986 um 1,5 Mill. t erhöht werden, die Milchversorgung um 2,5 bzw. 5,5 Mill. t. So ging die Einfuhr von Getreide und Fleisch zurück.

Gleichzeitig schrumpfte allerdings der Außenhandel auch sonst, wertmäßig um 8 % 1986 und 4 % 1987, vor allem wegen der zurückgehenden Erdöl- und Rohstoffpreise.

In einem besonderen Kapitel betont Aganbegian, daß man durchaus nicht mehr der Stalinschen Autarkieidee anhängt, sondern eine Öffnung für den Welthandel wünsche, unter Ausbau von „joint ventures“ gemeinsam mit Unternehmen aus der westlichen Welt. Er sieht die Probleme, die sich beim Gewinntransfer ergeben, und erkennt erst auf sehr lange Sicht Möglichkeiten für eine Konvertibilität des Rubels, allerdings auf kürzere Sicht solche für eine „interne Konvertibilität“, d. h. eine Fortsetzung des Rubelkurses und der übrigen Wechselkurse zur internen Verrechnung seitens der Unternehmen, die am Außenhandel teilnehmen.

### Die Verbesserung der Lebenshaltung in der Sowjetunion

Der bereits geschilderte Mangel an Qualität der Konsumgüter führt nach Aganbegian dazu, daß die Spareinlagen dreimal rascher zunehmen als der Verbrauch, „weil man nicht genug Waren und Dienstleistungen kaufen kann“. (S. 203)

Dabei dürfte das Fehlen von Dienstleistungen die größte Schwäche der Sowjetwirtschaft darstellen. Die (sonstigen) Dienstleistungen machen im Verhältnis zum Einzelhandelsumsatz (der bei uns begrifflich mit darunter fällt!) nur 3 % aus. Immerhin haben sie sich aber 1981–85 bereits um 25 % ausgedehnt, und 1986–90 sollen diese Dienstleistungen nochmals verandert halbfacht werden und von da an um 15 % jährlich wachsen, wohl meist durch Ermüdung von Genossenschafts- und „Privat“-Arbeit.

Aganbegian weist darauf hin, daß heute bereits 95 % der Haushalte Fernseher (meist schwarz-weiß)

haben, 90 % Kühlschränke, 70 % Waschmaschinen, 65 % Nähmaschinen, mehr als die Hälfte Fahrräder und Mopeds; eine Familie von sieben hat ein Motorrad, und jährlich werden anderthalb Millionen Pkw verkauft. „Die Situation ist weniger gut für Videogeräte, Photoapparate, Staubsauger, Klimaanlage und elektronische Apparate, und die Qualität dieser Artikel entspricht nicht modernen Anforderungen.“ (S. 203) Letztere Bemerkung bezieht sich auch auf die vorgenannten Artikel; Aganbegian bemängelt vor allem die Qualität der Farbfernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen und Fahrräder.

Die hohen Spareinlagen lassen befürchten, daß bei wesentlichen Verbesserungen der Qualität eine Konsumwelle ausbrechen würde. Eine solche Konsumwelle befürchtet Aganbegian besonders bei Anhebung der Renten. „Das Rentenalter in der Sowjetunion gehört zu den niedrigsten der Welt – 55 Jahre für die Frauen, 60 für die Männer ... Wollte man aber die Renten auch nur um 10 Rubel pro Monat anheben, so wären das 7 Mrd. Rubel pro Jahr, und das würde praktisch den gesamten Konsumzuwachs pro Jahr verschlingen (wenn man den Bevölkerungszuwachs abrechnet.“ (S. 207)

Die Wohnungslage ist weiter angespannt. Auf einen Einwohner entfallen 15 qm; diese Fläche nimmt pro Jahr um 0,1 bis 0,2 qm zu. 10 % der Wohnungen haben kein fließendes Wasser, keine Kanalisation, keine Zentralheizung. Die Bautätigkeit nahm seit 1960 ab: 1983–85 wurden weniger als 1,5 Mill. Wohnungen (1/4 der Ziffer von 1956–60) gebaut, mit 113 Mill. qm Wohnfläche; aber 1986 konnte die Ziffer auf 118,2 Mill. qm erhöht werden, und 1987 stieg sie weiter. 1986–90 sollen 630 Mill. qm gebaut werden, also über 10 % mehr als im vorhergehenden Jahrzehnt. Die Mieten sind sehr niedrig; sie machen nur 2,7 % des kumulierten Familieneinkommens aus.

Zur Frage des kollektiven Wohlergehens weist Aganbegian darauf hin, daß die Ausgaben für das Gesundheitswesen in anderen Ländern 8 bis 12 % des Volkseinkommens ausmachen, in der Sowjetunion aber nur 4 %. Die Ausgaben für Unterricht und Bildung dagegen hatten noch 1950 10 % des Volkseinkommens ausgemacht und lagen damals in der Welt an der Spitze; sie sind auf 7 % zurückgegangen. Als Erfolg wird verbucht, daß der Verkauf alkoholischer Getränke innerhalb von zwei Jahren um die Hälfte zurückgegangen ist. Man will die Gehälter der Ärzte und des übrigen Personals im Gesundheitswesen um 40 % anheben. Die Betonung dieses Sektors erklärt sich damit, daß in den letzten Jahren

die durchschnittliche Lebenserwartung nicht mehr zunahm, wohl aber die Sterblichkeit der berufstätigen Männer. (S. 24)

Der Schwachpunkt der Individualversorgung liegt vor allem im Nahrungsmittelbereich. Zwar hat die Agrarproduktion 1981–85 um 6 % zugenommen, während die Bevölkerung um 4 % wuchs; dennoch mußte man pro Jahr 40 Mill. t Getreide und 1 Mill. t Fleisch einführen (S. 198). Aganbegian sagt, 1986–90 solle das Wachstum der Agrarproduktion beschleunigt werden, und zwar auf 14,4 %. Das wäre eine Wachstumsrate von 2,9 % pro Jahr, gegenüber ganzen 1,2 % pro Jahr 1981–85.

Der Fleischverbrauch pro Kopf, der 1950 26 kg und 1985 62 kg betrug, soll bis 1990 auf 70 kg gesteigert werden, der Verbrauch von Milch und Milchprodukten von 1950 172 kg und 1986 325 auf 340 kg, der von Obst und Früchten von 1986 52 auf 1990 67–70 kg. Diese Ziffern bleiben immer noch hinter den von Aganbegian angegebenen wissenschaftlich ermittelten wünschenswerten Mengen (78, 405 und 91 kg) zurück, und es erscheint problematisch, ob sie ohne wesentliche Steigerung der Einfuhr zu erreichen sind. Nur bei Fisch wurden die wünschenswerten Mengen bisher erreicht (1985 18,4 kg).

Gleichzeitig will man nun aber die Agrarsubventionen abbauen, die nach Aganbegian allein für Fleisch und Milchprodukte 50 Mrd. Rubel pro Jahr ausmachen – rund 8 % des Volkseinkommens. Hier kann man wohl sagen, daß sich die Stalinsche Politik der Ausbeutung der Bauern zwecks Industrialisierung ins Gegenteil verkehrt hat – die Sowjetunion hat ähnliche Probleme mit der Subventionierung wie der Gemeinsame Markt, nur daß hier umgekehrt keine Überschüsse entstanden, sondern wegen geringer Agrarproduktivität Knappheit herrscht.

Der Abbau der Subventionen soll durch Lohnerhöhungen kompensiert werden, etwa in Höhe von 20 bis 30 % (S. 25, 27), allerdings unter Verzicht auf „Lohnnivellierung“; trotz Ausbaus der Gewerkschaftsrechte und der „Selbstbestimmung“: Aganbegian spricht vom Recht auf Wahl seitens der Brigaden, Betriebe, Unternehmen und Gewerkschaften.

An einer Stelle (S. 212) gibt Aganbegian zu, daß „sich in zwei Jahren Perestrojka noch keine grundlegenden Änderungen ergeben haben“. Vor allem die Ausländer stellten selbst in Moskau die „berechtigte“ Frage: „Was hat sich denn schon verändert?“ Eine Steigerung des Einzelhandelsumsatzes von 3 bis 5 % sei eben kaum spürbar; in diesen zwei Jahren hätte die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen immerhin um 10 % zugenommen.

Die Begründung für den Abbau der Subventionen ist etwas merkwürdig: Da die Familien mit höherem Einkommen relativ mehr Fleisch und Milchprodukte konsumieren, kommen sie anteilmäßig mehr in den Genuß staatlicher Subventionen – das aber sei eine soziale Ungerechtigkeit! Aganbegian übersieht hier, daß bei generell höheren Preisen die Armen noch schlechter wegkommen dürften, auch wenn die Bessergestellten dann noch mehr auf dem freien Markt kaufen. Dort betragen die Preise für Nahrungsmittel etwa das Dreifache dessen, was die Staatsläden fordern dürfen.

### Die Heilmittel im Zeichen der Perestrojka

Als Heilmittel nennt Aganbegian die Preisfreigabe, die bei neuen Konsumgüterartikeln bereits möglich ist. Zudem fordert er, daß die staatliche Kontrolle auf die Qualität konzentriert werden solle. Vor allem die zu niedrig angesetzten Preise für Nahrungsmittel, Roh- und Treibstoffe „bremsen die Entwicklung und fördern die Verschwendung“. An einer Stelle spricht er davon, daß Brotgetreide an Vieh verfüttert wird. „Die Preise werden zum Hauptangelpunkt der Tätigkeit der Unternehmen im neuen System der Wirtschaftsführung, und danach wird es möglich, die Geschäftsergebnisse der Unternehmen zu bewerten.“ (S. 148)

Die Skala der zentral festgelegten Preise soll reduziert werden: Immerhin nennt Aganbegian als „regulierte Preise“, die der Staat zentral festsetzen müsse, die für Treibstoffe, Strom, Hauptrohstoffe, Maschinen und Ausrüstungen und die wichtigsten Konsumgüter. (S. 130) Man kann sich fragen, ob das logisch ist, wenn er sich beeilt, hinzuzufügen: „Gleichzeitig wird die Preisbildung stark dezentralisiert, und ein wachsender Teil der Güter soll zu Vertragspreisen oder freien Preisen abgesetzt werden.“ (S. 130) Als „Vertragspreise“ sieht Aganbegian die für Staatsaufträge, die nach einem Ausschreibungsverfahren geregelt werden sollen. (S. 125)

Ihm geht es vor allem um eine realistische Preisbildung bei Rohstoffen, denn „man kann sagen, daß heute eine echte Bezahlung der Naturressourcen überhaupt nicht erfolgt.“ (S. 126)

Gerade für diesen Sektor weist Aganbegian nach, daß die Effizienz der Investitionen immer mehr nachgelassen hat: „Vor 20 Jahren mußte man in der extraktiven Industrie 2 Rubel einsetzen, um einen Rubel an Produktion zu erzielen. Vor 10 Jahren stieg der Investitionskoeffizient auf 3–4 Rubel, und 1981–85 überschritt er 7 Rubel.“ (S. 76)

Die Verschwendung wird dadurch gefördert, daß

bei vielen Produkten der extraktiven Industrie die Binnenpreise bei der Hälfte oder einem Drittel der Weltmarktpreise liegen.

Im Kapitel III entwickelt Aganbegian sein erstes Hauptargument: Das bisherige Wachstum in der Sowjetunion beruhe hauptsächlich auf extensiven Faktoren, die sich erschöpft hätten: In den sechziger Jahren nahm die Zahl der Arbeitskräfte pro Jahr noch um 2 Millionen zu; seit 1981 fiel die Zuwachsrate auf 350 000, dann ab 1986 auf eine Viertelmillion – meist Asiaten mit geringerer Qualifikation. Gleichzeitig ging der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt von 29 auf 25 % zurück.

Aganbegian geht es um eine Umstellung des Wachstums auf intensive Faktoren. Im Kapitel IV befaßt er sich daher mit dem technologischen Fortschritt. Er betont, daß die Sowjetunion anderthalb Millionen Wissenschaftler zählt – ein Viertel aller Wissenschaftler der Welt. Ihre Aufgabe sei es, technische Verfahren zu finden, die größere Leistungen ohne die übliche Steigerung der Kapitalintensität bringen. Aganbegian zählt hier (ab Seite 91) eine Vielzahl von Verfahren auf: Neue Elektro-Hochöfen, hydraulische Kohleförderung, neue Verfahren der Wärmeabgewinnung, verbesserte Automatisierung und Robotisierung, Mikroprozessoren, die die Fusion mehrerer Operationen in einer ermöglichen, neue Metallgewinnungsverfahren usw.

Er betont, daß vielfach technische Verfahren, die in der Sowjetunion erfunden wurden, im Ausland, aber nicht im Inland zu umfangreicher Anwendung kamen. Als Beispiel nennt er den kontinuierlichen Stahlguß und Trockenverkokungsverfahren, die in Japan große Verbreitung gefunden haben. Eine der Ursachen für diese Nichtanwendung im Heimatland der Erfindung sieht er in den niedrigen Erneuerungsbzw. Abschreibungsraten der Sowjetwirtschaft (nur 3 % bei Maschinen und Ausrüstungen jährlich; in der Gesamtindustrie sind es gar nur 1,3 %. (S. 110) Als Hauptschwierigkeit nennt er hier die eingewurzelte Tendenz der Sowjetwirtschaft, dem Neubau von ganzen Werken den Vorzug zu geben vor der Erneuerung der bestehenden – eine Tendenz, die besonders in der überstürzten Stalinschen Industrialisierung Orgien feierte und u. a. von Bucharin kritisiert wurde. Zudem wurde zuviel in Erweiterungsinvestitionen angelegt; die Schichtarbeit und kontinuierliche Ausnutzung der Anlagen ging zurück, und manuelle Arbeiten nahmen trotz allem einen zu breiten Raum ein.

Auf Brennstoff- und Materialeinsparung wird zu wenig Wert gelegt; obwohl die Einsparung einer

Tonne hier oft nur ein Drittel der Neuproduktion kostet. Die mechanische (Maschinenbau-)Industrie erhält mit 5 % einen zu geringen Anteil der Investitionsmittel; das soll jetzt korrigiert werden. Ebenso korrigiert wird die bisherige Unterbezahlung der Ingenieure (S. 117), vor allem in der Bauwirtschaft, wo ihre Gehälter z. T. unter denen der Facharbeiter lagen. (S. 187)

Nun kann man sagen, daß alle diese Reformen zwar eine wesentliche Verbesserung, aber doch keine „Umgestaltung“ im eigentlichen Sinne für die Sowjetwirtschaft darstellen. Es sind dies Maßnahmen, die größtenteils „systemneutral“ erscheinen und auch in kapitalistischen Ländern sinnvoll wären.

### Plädoyer für Produktivgenossenschaften und Privatarbeit

Neu aber ist die Betonung der freigenossenschaftlich-privatwirtschaftlichen Prinzipien, die Aganbegian vertritt. Erstere ergeben sich auf zwei Ebenen, einmal direkt, zum anderen im Entlohnungssystem.

Gleich zu Anfang seines Kapitels „Planung und Markt“ zollt Aganbegian dem großen Vorkämpfer der freien Genossenschaftsbewegung, Alexander V. Tschajanow, seinen Tribut, „dem unschuldigen Opfer des Terrors des Personenkultes“ (S. 140), dessen Hauptwerk „Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft“ deutsch 1932 in Berlin erschien. 26 700 (Zwangs-)Kolchosen mit 12,7 Mill. Bauernfamilien sind nach Zusammenlegungen und Überführung in Staatsgüter heute noch übrig geblieben: Sie produzieren die Hälfte des Getreides und der Milch, 2/3 der Baumwolle, 9/10 der Zuckerrüben und 1/3 bei Fleisch, Wolle, Kartoffeln und Gemüse. (S. 144) Ihnen will man größere Handlungsfreiheit zugestehen. Heute produzieren die Kolchosebauern außerdem mehr als ein Viertel der Nahrungsmittelversorgung, die auf den Markt kommt, auf ihren Individualgrundstücken.

Sodann erinnert Aganbegian daran, daß die Konsumgenossenschaften 27 % der Einzelhandelsumsätze und 1/5 der „Kollektivrestaurantumsätze“ stellen. Sie sollen also wohl gefördert werden.

Viel verspricht sich Aganbegian daneben auch von den industriellen Produktivgenossenschaften; diese sollen in Zukunft 1/4 aller Verbrauchsgüter, 1/3 der Kollektivrestauration und die Hälfte der Dienstleistungen übernehmen.

Zudem gibt es seit dem 1. Mai 1987 das „Gesetz über die Privatarbeit“, das selbständige Existenzen ermöglicht, sofern sie keine Arbeitskräfte beschäftigen. Danach erscheinen jetzt in vielen Städten pri-

vate Taxis, Handwerker, Ärzte, Krankenschwestern usw., oft im Zweitberuf. Allerdings erfolgt hier eine starke progressive Besteuerung. (S. 144/5) Man sieht, daß es hier um die Ausweitung des Dienstleistungssektors geht.

Aganbegian wagt noch nicht von den erst 1988 bekanntgewordenen Plänen Gorbatschows zu sprechen, wonach dieser an Privatbauern Grundstücke verpachten will (auf bis zu 50 Jahre!) – aber sein Hinweis auf Tschajanow ließ dies bereits ahnen, denn nicht umsonst heißt der Untertitel von dessen Hauptwerk: „Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau“. Nach den chinesischen Erfolgen mit der Auflösung der Volkskommunen, die die Agrarproduktion sprunghaft ansteigen ließ, dürfte hier die langfristige Lösung für die Agrarprobleme der Sowjetunion liegen – aber auch politischer Sprengstoff.

Die zweite Form genossenschaftsähnlicher Wirtschaft zielt auf die „Interessiertheit“ der Arbeitnehmer am Endprodukt ab. Sie ergibt sich mit dem, was Aganbegian den „Kollektivvertrag“ oder das „selbstfinanzierte Einkommen“ nennt, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die typisch russische Form des „Artel“, das ganze Dorfgemeinschaften erfaßte. (S. 183, 188/9) Nach dem Kollektivvertrag, der für ganze Betriebe oder Teile davon („Brigaden“) gelten kann, erfolgt die Entlohnung anteilig nach dem Ergebnis, das nach Deckung aller Kosten übrig bleibt. Demgegenüber sieht er das normale „Profitsystem“, bei dem bestenfalls 15 % der Lohnsumme auf Prämienfonds entfällt, als weniger stimulierend an. (S. 182)

#### Die Schwerpunkte der industriellen Reformen

Der Kern der „Perestrojka“ liegt für Aganbegian jedoch in der Durchsetzung der Vorschläge, die er bereits 1965/7 zusammen mit Liberman u. a. erarbeitet hatte und die damals nicht durchgeführt wurden, oder wenn, dann nur sporadisch und vorübergehend.

Diese lassen sich so zusammenfassen:

- ▷ Abschaffung der „imperativen Planung“ und vor allem des „Mattechsna“, der Materialzuweisung, und Einführung eines Großhandels auch mit Produktionsmitteln (was allerdings erst nach „Überwindung der Knappheit“ möglich sei) – ab 1990 für 60 % der Betriebe und ab 1992 für 80 bis 90 %. (S. 128, 151)
- ▷ Umbau der „imperativen Planung“ in eine mehr oder weniger indikative Form mittels der Einführung von „Kontrollziffern“. (S. 125)

- ▷ „Die Planung muß auf die Festlegung der Wirtschaftsnormen, der gerechtfertigten Preise, der Finanz- und Kreditbedingungen und der Anreize beschränkt werden . . . Der Gosplan und die anderen Planungsorgane müssen ihre Tätigkeit auf die Fragen der Perspektiven und der Strategie konzentrieren und auf die laufende Regelung der Produktion verzichten. Die operative Wirtschaftstätigkeit wird zur Aufgabe der Verbundunternehmen und sonstigen Unternehmen. Man muß die Branchenministerien umstrukturieren. Sie müssen zu wissenschaftlich-technischen Generalstäben werden.“ (S. 132)
- ▷ Der „sozialistische Markt“ soll den Wettbewerb zwischen Unternehmen sichern (S. 130); die Unternehmen arbeiten ihre Pläne selber aus und reagieren auf Bestellungen der Kunden, d. h. des Handelsnetzes. (S. 124)
- ▷ Dementsprechend werden die direkten Staatsaufträge abgebaut und auf die Verteidigung, öffentliche Arbeiten und „Großprojekte“ beschränkt (S. 124/5) – wobei man bei diesen auf die Umwelt Rücksicht nehmen muß, wie dies bei der Abwendung des Projektes einer Umleitung sibirischer Flüsse von Norden nach Süden unter Mitwirkung von Aganbegian und anderen umweltbewußten Ökonomen gelangt. (S. 224, 251)
- ▷ Durch das „Gesetz über Staatsunternehmen“ ist eine klare Trennung zwischen dem Rechnungswesen der Unternehmen und dem des Staates sichergestellt worden; den Unternehmen wird die „Autonomie des Rechnungswesens“ zugebilligt. (S. 126)
- ▷ Die Forderung nach Aufhebung des Monopols des Außenhandelsministeriums ist bereits teilweise durch Übertragung des Außenhandels an 21 Ministerien und Verwaltungen und direkt an 70 Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Außenhandelsbank erfüllt worden. (S. 166/7)

#### Makroökonomische Probleme: Geldüberhang und potentielle Arbeitslosigkeit

Aganbegian betont unmißverständlich, daß auch nach den Reformen wesentliche Unterschiede zwischen der Sowjetunion und der westlichen Welt bestehen bleiben: „Waren und Geld sind bei uns keine universellen Kategorien. Den Grund und Boden, den Untergrund, die sonstigen Naturressourcen kann man nicht kaufen oder verkaufen; das sind hier öffentliche Güter. Das sozialistische Eigentum bildet die Wirtschaftsgrundlage . . . Es gibt keinen Kapitalmarkt, keine Börse, keine Aktien, keine Wech-

sel, keinen Handelskredit, und daran will man auch bei der Umgestaltung nichts ändern. Der Markt . . . wird vom Staat reguliert. Er behält die Großinvestitionen, die Hebel der Wirtschaft und die Anreize in der Hand.“ (S. 141)

Andererseits erkennt er an, daß sich mit den Reformen bestimmte Probleme, die die Makroökonomie des Westens kennzeichnen, auch hier einstellen werden. Schon jetzt gibt es „eine unterirdische Wirtschaft . . . Der Schwarze Markt und die Spekulation haben zugenommen“. (S. 142)

In mancher Hinsicht ähnelt die Situation der Deutschlands vor der Währungsreform. Aganbegian klagt über „die Menge des umlaufenden Geldes . . . Dieser Geldüberfluß wird durch den Kredit erzeugt, der bis jetzt keine strikte Tilgung kannte. Die Kolchosen und Sowchosen allein schulden der Bank rund 100 Mrd. Rubel. Es ist klar, daß sie diese Summe nie zurückzahlen können . . . Man muß großenteils nochmals wieder (!) diese Schulden annullieren. Die andere Quelle des Geldüberhangs ist der Staatshaushalt. Die Umsatzsteuer wird entrichtet, noch ehe die Ware verkauft ist. . . Man muß also eine Finanz- und Kreditreform durchführen, damit

der Geldumlauf dem Güterumlauf entspricht“. (S. 129)

Und an anderer Stelle sagt er: „Ein anderer Kanal der Geldüberschüsse ist das Haushaltsdefizit . . . In bestimmten Jahren ist das Kreditvolumen um 15–17 % gewachsen, während die Produktion nur um 3–5 % wuchs“. Man müsse „die Geldmenge auf das Niveau der materiellen Zirkulation zurückführen und alle Löcher stopfen, die Geldüberschüsse entstehen lassen“. (S. 152) In ideologischem Revirement betont er im Gegensatz zu den frühen Bolschewiki, daß Warenproduktion und Geld schon vor dem Kapitalismus existierten und im Sozialismus weiter bestehen.

Aganbegian bestreitet nicht, daß das Aufkommen von Arbeitslosigkeit vor allem bei Steigerung der Produktivität möglich ist: 1986 haben allein die Eisenbahnen 125 000 Menschen abgebaut, und „ihre Wiederbeschäftigung erwies sich als schwierig“. (S. 209) Er wendet sich aber gegen die These, daß man eine „mäßige Arbeitslosigkeit brauche“, gesteht jedoch zu, daß vielerorts „overmanning“ besteht. Vorsichtshalber fordert er einen Ausbau der Arbeitsämter und stärkere Umschulung.

## Susanna Engelmänn Die israelische Linke und die Intifada

*Susanna Engelmänn, M. A., Jahrgang 1961, lebt z. Z. in Jerusalem und arbeitet dort an einer Dissertation über „Traditionswandel im modernen Judentum“. Sie ist Mitglied der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit und des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten.*

Wenige Wochen vor den Wahlen beherrscht die Frage nach der Zukunft der besetzten Gebiete die politische Diskussion in Israel. Das tiefe Gespaltensein der israelischen Öffentlichkeit über diese Frage macht deutlich, daß der seit dem Libanonkrieg bereits Risse aufweisende nationale Konsens über die Besatzungspolitik nun vollends zerbrochen ist. Nicht weniger steht nach den Polarisierungsprozessen der letzten Monate auf dem Spiel als eine Ent-

scheidungswahl zwischen dem Nationalen Lager und den Friedenskräften des Landes.

Die Frage nach der Zukunft der besetzten Gebiete existiert durchaus noch nicht so lange im israelischen öffentlichen Bewußtsein, wie ihr Gegenstand, die 21jährige Besatzung, alt ist. Im Rückzug auf den vielzitierten „Status quo“, den seit 1967 gegenwärtigen und in dieser Eigenschaft „zu Israels Bestem“ beliebig verlängerbar scheinenden Besatzungszustand, konnte die Frage nach der Zukunft der Gebiete weitgehend ignoriert werden. Dabei hat diese vermeintlich zeitlose Gegenwart längst eine allzu konkrete Zukunft erzeugt: eine ganze Generation von jüdischen und arabischen Jugendlichen, die nie eine andere politische Wirklichkeit als die des Herrschens bzw. Beherrschenseins kennengelernt haben und einander heute mit Gewehr und Schlagstock sowie Stein und Molotow-Cocktail gegenüberstehen.

Gewiß, von Anfang an hat es Mahner in Israel gegeben. Das Wort vom „Siebten Tag“, das der streitbare Jerusalemer Professor für Biochemie, Neurophysiologie und Philosophie Jeschajahu Leibowitz

prägte, hat dabei sogar einige Berühmtheit erlangt – wenn lange Zeit auch vor allem als eine der üblichen „Nestbeschmutzungen“ des heute 85jährigen „enfant terrible“ der Nation. Am Tage nach dem siegreichen Sechstagekrieg vom Juni 1967 habe Israel, so Leibowitz, den Krieg verloren, denn an jenem ersten Tag der Besetzung habe es sich entschieden, den Staat nicht mehr lediglich als Rahmenwerk für die politische und nationale Unabhängigkeit des jüdischen Volkes zu verstehen, sondern ihn als Instrument der Herrschaft über ein anderes Volk einzusetzen. Ins politische Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen sind diese Mahnungen jedoch nicht. Dazu hat es erst der nun seit Dezember letzten Jahres andauernden Intifada bedurft.

Der Begriff „Intifada“, der im Arabischen so viel wie „Erschütterung“ bzw. „Abschütteln“ bedeutet, hat längst auch im israelischen Sprachgebrauch die anfangs verwendeten Begriffe wie „Störfälle“, „Unruhen“ oder „Aufruhr“ ersetzt. Erschüttert hat die Intifada nicht nur das Machtbewußtsein der am Widerstand des palästinensischen Volkes scheiternden stärksten Armee des Nahen Ostens, sondern auch den nationalen Konsens für eine Fortsetzung der 1967 geschaffenen Verhältnisse. Ihn hatten neben der israelischen Rechten auch weite Teile der Arbeitspartei gestützt. Und dort, wo die Besatzungspolitik innerhalb des linken zionistischen Parteienspektrums auf Ablehnung stieß, war jener nationale Konsens nicht sehr entschieden herausgefordert worden.

Auch heute ist die Grenze zwischen dem Nationalen Lager und dem Friedenslager nicht völlig identisch mit der Grenze zwischen den beiden großen Blöcken nebst ihren Satellitenparteien. So gibt es im rechten Likud-Block einige Außenseiter, die direkten Friedensgesprächen mit Palästinensern offener gegenüberstehen als so mancher Abgeordnete der Arbeitspartei. Das Dilemma der hinter der Fassade tief in „Falken“ und „Tauben“ zerspaltenen Arbeitspartei ist soeben wieder deutlich sichtbar geworden. Nachdem der jordanische König Hussein sich vor einigen Wochen von der Westbank zurückgezogen hatte, war eine Neuformulierung der bisher vertretenen und nun offenkundig gescheiterten „jordanischen Option“ nötig geworden. Der Vorschlag des dem „Tauben“-Flügel angehörenden Abgeordneten Chajim Ramon, eine Klausel über Friedensverhandlungen mit einer autorisierten palästinensischen Führungsdelegation in das Parteiprogramm aufzunehmen, wurde abgelehnt, denn die „Falken“ sind nach wie vor zu Friedensverhandlungen nur

mit Jordanien und/oder einer jordanisch-palästinensischen Delegation bereit, mit ortsansässigen Palästinensern hingegen lediglich zu Gesprächen über Interimvereinbarungen. Das Ende jener stundenlangen, stürmischen Debatte? Ein – nicht untypisch – nach allen Seiten hin auslegbarer Kompromiß. Shimon Peres faßte ihn in die schilldernden Worte von der „jordanisch-palästinensischen politischen Lösung“. Die „Falken“ äußerten Zufriedenheit, denn das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ist einmal mehr nicht anerkannt worden. Die „Tauben“ äußerten Zufriedenheit, denn die alte Option schmückt nun die Bindestrichergänzung „palästinensisch“. Der Likud äußerte sich auch: Das neue Programm spiegele den unaufhaltsamen Vormarsch der Arbeitspartei zur radikalen Linken, an dessen Ende der fatale Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten bis zu den Grenzen von 1967 stehe.

Mag auch so manch einer bedauern, daß dieser, den eigenen frommen Wünschen entsprechenden Likud-Version nur wenig Aussicht auf baldige Verwirklichung beschieden ist, so wird an jener noch so vagen Programmaussage der Arbeitspartei doch der fundamentale Unterschied deutlich, der zwischen den beiden Blöcken besteht. Auch der schärfste „Falke“ der Arbeitspartei erkennt die Notwendigkeit einer politischen Lösung des Besatzungsproblems im Sinne eines territorialen Kompromisses an. Der Likud hingegen hält am Recht der vollen Souveränität Israels über die besetzten Gebiete fest, stellt aber innerhalb dieses Souveränitätsanspruchs Konzessionen in Aussicht, während die rechtsradikale Likud-Partei „Techijah“ ganz offen die vollständige Annexion der Gebiete fordert. Vor diesem Hintergrund will sich dann auch der Verteidigungsminister der Arbeitspartei, Jitzchak Rabin, verstanden wissen, wenn er ein ums andere Mal erklärt, daß seine Politik „der Kraft, der Macht, der Schläge“ lediglich eine militärische Maßnahme zur Niederzwingung des Aufstands und zur „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“ in den besetzten Gebieten sei, das eigentliche Problem jedoch nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden könne.

Der Zusammenhalt der noch stets in Flügelskämpfe verstrickten Arbeitspartei war in den letzten Jahren dadurch gewahrt worden, daß die alten Rivalen Peres und Rabin ihren Regierungsaufgaben als Außen- bzw. Verteidigungsminister auf je eigene Weise und ohne einander dreinzureden nachkamen: der eine mit Konzilianz, der andere mit „eiserner Faust“. Die Tauglichkeit dieses Konzeptes erscheint heute fragwürdiger denn je. Daß die zu einem Groß-

teil aus Wählern der Arbeitspartei sich rekrutierende Friedensbewegung „Schalom achschaw“ („Frieden jetzt“) auf einer ihrer Demonstrationen kürzlich den Rücktritt Rabins verlangte, deutet denn auch darauf hin, daß die innerparteiliche Kritik an den repressiven Versuchen des Verteidigungsministers, mit der Intifada fertigzuwerden, wächst.

Anders als die seit 1984 in der großen Koalition mit dem Likud regierende Arbeitspartei, die nach rechts und links um Wählergunst wirbt und zu keiner eindeutigen Friedensaussage findet, legen die oppositionellen, in sich ungleich homogeneren, kleinen Linksparteien ein klares Friedenskonzept vor. Die beiden nichtzionistischen Parteien, die Progressive Friedensliste „Hamitkademet“ und die kommunistische „Rakach“-Partei haben seit jeher den vollständigen Rückzug Israels aus den Gebieten und die Errichtung eines palästinensischen Staates gefordert. Die beiden zionistischen Linksparteien, die sozialistische „Mapam“ und die Bürgerrechtspartei „Raz“, taten im Laufe der Intifada den Schritt von der Anerkennung des palästinensischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung hin zur Bejahung der Zwei-Staaten-Lösung. Ihre Knessetabgeordneten haben in den vergangenen Monaten immer wieder gegen die – oft kollektiven – Repressionsmaßnahmen in den besetzten Gebieten protestiert, gegen Massenverhaftungen, gegen Ausgangssperren, gegen das Abschneiden ganzer Ortschaften vom Elektrizitäts- und Telefonnetz, gegen die Haftbedingungen in den großen Internierungslagern.

Israel hoffnungsvollstes Potential an Friedenskräften ist zweifellos die Arbeit der außerparlamentarischen Friedensgruppen. Um die 60 ihre Arbeit zum Teil miteinander koordinierende Gruppen widmen sich landesweit auf den verschiedensten Ebenen dem einen gemeinsamen Ziel einer friedlichen und gerechten jüdisch-arabischen Koexistenz. Viele von ihnen hat die Intifada ins Leben gerufen. Die „alten“ politischen Friedensbewegungen sind weiterhin tätig: die 1975 gegründete religiöse Friedensbewegung „Os we Schalom/Netiwot Schalom“, die 1978 entstandene „Schalom achschaw“-Bewegung und die seit dem Libanonkrieg aktive Bewegung „Jesch Gwul“ („Es gibt eine Grenze“), die die Frage nach den Grenzen militärischer Gehorsamspflicht diskutiert und Unterstützung für Verweigerer des Militärdienstes in den besetzten Gebieten anbietet. Neben sie getreten sind im Laufe des letzten Jahres zahlreiche berufsspezifische Gruppen, in denen sich Universitätsdozenten, Juristen, Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter, Schriftsteller und Künstler aus ihrem

jeweiligen Tätigkeitsfeld heraus gegen die gegenwärtige Regierungspolitik wenden.

Bereichert worden ist das Spektrum der israelischen Friedensbewegung seither auch um einige in Forderung und Aktionsform radikaler auftretende Gruppen. „Das 21. Jahr“ (der Besatzung) nennt sich eine dieser Gruppen, deren Ziel die konkrete Schritt-für-Schritt-Aufklärung der israelischen Gesellschaft hin zu einer konsequenten „Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Besatzungssystem in all seinen Manifestationen“ ist – ein Tätigkeitsfeld, das u. a. den Boykott von Waren aus jüdischen Siedlungen, die Überprüfung der Unterrichtspläne in den Schulen und den Gesprächsaustausch mit Palästinensern in der Westbank umfaßt. Solidarisierungsbesuche in bedrängten Westbankgemeinden, Lebensmittel- und Medikamentensammlungen gehören zu den Aktivitäten der Gruppe „Dai la-Kibbusch“ („Schluß mit der Besatzung“), der eine Frauengruppe angegliedert ist, die, schwarz gekleidet („Frauen in Schwarz“) seit Monaten jeden Freitagnachmittag in Jerusalem eine vielbeachtete Mahnwache abhält.

Die israelischen Friedenskräfte gewinnen an Einfluß. Das Nationale Lager jedoch auch. Viel steht bei den Wahlen am 1. November auf dem Spiel.

## Wolfgang Motzkau-Valeton „Mit allen Kräften. . .“ Zum 4. August 1914

---

*Dr. Wolfgang Motzkau-Valeton lehrte von 1974 bis Anfang 1987 Sozialwissenschaften und Germanistik an der Universität Osnabrück und lebt gegenwärtig als freier Wissenschaftler und Publizist in Helsinki/Finnland.*

---

Im Irseer Programmentwurf vom Juni 1986 steht (S. 7) folgender Satz: „Die deutschen Sozialdemokraten sind stolz darauf, in der Tradition einer Bewegung zu stehen, die weder Krieg noch Unterdrückung noch Gewaltherrschaft über das Volk gebracht hat – dafür aber maßgeblichen Anteil hat (. . .)“. Dieser Satz sollte besser geändert werden. Er sollte lauten: „Die deutschen Sozialdemokraten sind stolz darauf, in der Tradition einer Bewegung zu stehen,

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kontakthaus 201, 60, Lindenstrasse 60.  
Verlagstag: alle Donnerstage, Nr. 1903.

Dienstag, den 20. November 1912.

Expeditoren 201, 60, Lindenstrasse 60.  
Verlagstag: alle Donnerstage, Nr. 1903.

# Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage.

Die Internationale hat seit ihrem Bestehen von Revolution und Revolutionen für sich und für die Menschheit gelebt. Sie hat die Revolutionen gelebt, die die Menschheit vorwärts führen. Sie hat die Revolutionen gelebt, die die Menschheit vorwärts führen. Sie hat die Revolutionen gelebt, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

Die Revolutionen sind nicht nur die Revolutionen der Menschheit, sondern auch die Revolutionen der Menschheit. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen. Sie sind die Revolutionen der Menschheit, die die Menschheit vorwärts führen.

zu deren Programm weder Krieg noch Unterdrückung noch Gewaltherrschaft über das Volk gehörten – die dafür aber maßgeblichen Anteil hat (. . .).“ Die scheinbar marginale Änderung impliziert Grundständliches. Sie sei deshalb ausführlicher erörtert.

Die Beschluslage der damaligen Internationale, wie sie für die schicksalhaften Monate vor dem 4. August 1914 gültig war, ist niedergelegt im Grundsatbschluß des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Basel vom November 1912. Da in der gängigen historischen Literatur der Text der Entschliebung nicht zu finden ist (auch der Protokollband enthält nur den Entwurf der Resolution, nicht den verabschiedeten Text), sei er hier im Wortlaut, wie er am 26. November 1912 im „Vorwärts“ abgedruckt war, vollständig mitgeteilt:

### „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage

*Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:*

*„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.*

*Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.*

*Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze aufgebauscht und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem*

*Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.*

*Die Balkankrise, die bereits heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.*

*Darum stellt der Kongreß mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg.*

*Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.*

*Der Kongreß fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen, er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.*

*Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch systematische Hintertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mußten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mut die Forderung nach einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongreß fordert sie auf, in ihrer bewunderungswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daransetzen wird zu verhindern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkaufte Errungenschaften des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus und von der expansionstüternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für*

ihre Zwecke mißbraucht werden.

Insbesondere aber fordert der Kongreß die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergeßlichkeit der gegenwärtig im anderen Kriegslager stehenden Balkanvölker, der Türken und Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entfesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker einschließlich Albaner, Türken und Rumänen zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns, Kroatiens und Slavoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fernerhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Österreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Österreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß dem vom Hause Habsburg beherrschten Teile der südslawischen Völker innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongreß erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an, er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreich-ungarischer und italienischer Herrschaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongreß nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongreß fordert daher die Sozialdemokraten Österreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Regierungen, Albanien in ihre Einflußsphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Befestigung der friedlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien fortzusetzen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongreß den Pro-

teststreik der russischen Arbeiter als wirksam dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zaristische Konterrevolution ihm versetzt hat. Darin erblickt der Kongreß die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalistischen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nunmehr wieder anschickt, sich als Befreier der Nationen des Balkans zu gebärden, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwande dem blutigen Kriege die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongreß erwartet, daß das erstarkende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Finnlands und Polens dieses Lügengewebe zerreißen und sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus widersetzen, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstantinopel, bekämpfen und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird. Ist doch der Zarismus, die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie, und die gesamte Internationale muß es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die von ihm beherrschten Völker der Befreiung entgegenzuführen.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblick ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn, als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschlüchterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft Eroberungsgelüsten in Vorderasien zu widersetzen, die geradewegs

zum Weltkrieg führen müßten. Als größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt aber die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zweck die Abschließung eines Übereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebeuterechts. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Übereinkommen fortzusetzen.

Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zaris, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, den Überfall Österreich-Ungarns auf Serbien unmöglich machen und den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundsätzen über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen und fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustande Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können. Sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionäre Kraft der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wehrrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten verleiten sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale Sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindungen zwischen den proletarischen Parteien aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein.

Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongreß an Euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Eure Stimme vernehmen lasset! Verkündet Euren Willen in allen Formen und an allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereint Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisationen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamem und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!<sup>1)</sup>

Wesentliche Elemente der damaligen Lage sind trefflich und in völlig klarem Zusammenhang benannt: die Ambitionen Rußlands, die Stoßrichtung Österreich-Ungarns gegen Serbien, der künstlich geschürte Gegensatz Deutschland/Großbritannien, die unbedingte Notwendigkeit der Neutralität Deutschlands gegenüber den gefährlichen Manövern Österreich-Ungarns. Das Kartenhaus dieses Friedens stürzte ein mit dem „Blankoscheck“ der deutschen Regierung an Österreich-Ungarn in der Julikrise 1914.

Trotz des Baseler Beschlusses hat die Reichstagsfraktion der SPD am 4. August 1914, nachdem eine dissidierende Minderheit in der Fraktion über-



Gruppenbild der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstagsabgang 1914 (Anfang d. 15. vom 11.12.14)

Die Fraktion ist im Bild von links nach rechts:
   
 1. Dr. J. B. ...
   
 2. ...
   
 3. ...
   
 4. ...
   
 5. ...
   
 6. ...
   
 7. ...
   
 8. ...
   
 9. ...
   
 10. ...
   
 11. ...
   
 12. ...
   
 13. ...
   
 14. ...
   
 15. ...
   
 16. ...
   
 17. ...
   
 18. ...
   
 19. ...
   
 20. ...
   
 21. ...
   
 22. ...
   
 23. ...
   
 24. ...
   
 25. ...
   
 26. ...
   
 27. ...
   
 28. ...
   
 29. ...
   
 30. ...
   
 31. ...
   
 32. ...
   
 33. ...
   
 34. ...
   
 35. ...
   
 36. ...
   
 37. ...
   
 38. ...
   
 39. ...
   
 40. ...
   
 41. ...
   
 42. ...
   
 43. ...
   
 44. ...
   
 45. ...
   
 46. ...
   
 47. ...
   
 48. ...
   
 49. ...
   
 50. ...
   
 51. ...
   
 52. ...
   
 53. ...
   
 54. ...
   
 55. ...
   
 56. ...
   
 57. ...
   
 58. ...
   
 59. ...
   
 60. ...
   
 61. ...
   
 62. ...
   
 63. ...
   
 64. ...
   
 65. ...
   
 66. ...
   
 67. ...
   
 68. ...
   
 69. ...
   
 70. ...
   
 71. ...
   
 72. ...
   
 73. ...
   
 74. ...
   
 75. ...
   
 76. ...
   
 77. ...
   
 78. ...
   
 79. ...
   
 80. ...
   
 81. ...
   
 82. ...
   
 83. ...
   
 84. ...
   
 85. ...
   
 86. ...
   
 87. ...
   
 88. ...
   
 89. ...
   
 90. ...
   
 91. ...
   
 92. ...
   
 93. ...
   
 94. ...
   
 95. ...
   
 96. ...
   
 97. ...
   
 98. ...
   
 99. ...
   
 100. ...

Foto: AdsD

stimmt worden war und sich dem Mehrheitsvotum aus Fraktionsdisziplin anschloß, die beantragten Kriegskredite im Reichstag bewilligt, und so, ohne doch auf die wirklichen Entscheidungsprozesse Einfluß gewonnen zu haben, ihre Zustimmung zum Krieg gegeben. Dabei ist begründet zu vermuten, daß die Reichstagsfraktion im Sinne der übergroßen Mehrheit der damaligen Parteimitglieder, Anhänger und Wähler votierte – die von einer bekannten Denkschule seit Jahrzehnten vertretene Mär von einer überwiegend weltanschaulich intakten Basis und dem „Verrat“ der Führungsgremien ist offenkundiges Wunschdenken – das darüber hinaus die wirklich zugrundeliegende sprengende Problematik gar nicht erkennt. Gleichwohl: das Mittragen der Kriegskredite hat wahrlich in der Folge sehr, sehr

viel gekostet – und schließlich mußte die Partei doch auf den Frieden hinwirken und ihn im Bunde mit den Liberalen und dem politischen Katholizismus auch tragen und verantworten.

Das alles bedeutet nicht etwa, daß eine Verweigerung der Kredite am Lauf der Dinge etwas hätte ändern können. Franz Mehring überliefert den denkwürdigen Satz einer konservativen Zeitung aus den Wochen, die hier in Frage stehen: „Was ist denn viel an der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu loben? Die Leute haben getan, was sie nicht lassen konnten, wenn sie nicht gewaltig in die Tinte kommen wollten.“<sup>2)</sup> Eine wahrlich höhnische Stellungnahme, die in ihrer saloppen Schlußwendung die triviale Möglichkeit offenbart, die Partei im Falle der Widersetz-

lichkeit eben erneut zu verbieten (was ja dann, bei der Wiederholung des „Aufbruches“ von 1914, im Jahre 1933, auch umgehend geschah).

Nicht darum ist es zu tun, daß eine andere Haltung der Reichstagsfraktion die Geschichte hätte anders aussehen lassen (ausschließen kann man es aber auch nicht . . .), sondern darum, daß mit diesem Beschluß im Grunde die „alte“ Arbeiterbewegung am Ende war. Ihr Anspruch, innerhalb der von ihr abgelehnten bürgerlichen Welt der Träger des „Ganz Anderen“, der radikalen Alternative zu sein, war damit zerbrochen. Und: dieses Scheitern vollzog sich in nahezu allen Parteien der damaligen Sozialistischen Internationale. Es gab nur *eine* Gruppe, die sich an den Beschluß von Basel hielt, und das war die Minderheitsgruppe innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Sie verwirklichte „mit allen ihr zweckmäßig erscheinenden Mitteln“ die Losung „Brot und Frieden“ in der russischen Revolution von 1917, die eben keineswegs unter der Parole des Sozialismus angetreten war. Und insofern sie zum Schwur von Basel hielt, liegt in diesem Ereignis, in der russischen Oktoberrevolution, ein unabgegotenes Erbe auch des demokratischen Sozialismus.

Daß im Verlauf der russischen Revolution dann Konzepte einer an Blanqui sich orientierenden konspirativen Diktatur zum Zuge kamen, die dann noch einmal den Versuch einer zunehmend petrifizierten marxistischen Orthodoxie unternahm, war in ihr nicht zwangsläufig angelegt – und wenn nicht alle Zeichen täuschen, wird gegenwärtig deutlich, daß auch die Argumentationsvorräte dieser dogmatischen Orthodoxie erschöpft sind. Daß die sowjetische Öffentlichkeit bei ihrem Versuch, sich den Weg durch die dunkle Wendeltreppe zurückzutasten, Lenin nicht widerrufen wird, hängt jedoch sehr genau mit dieser wahrlich durch Leiden erkämpften Treue zum Baseler Schwur zusammen.

Diese Zusammenhänge sind in einer Reihe von bisher erschienenen Beiträgen zum Irseer Entwurf systematisch ausgeblendet geblieben. Wenn Thomas Meyer schreibt: „Die dritte grundlegende Diskussion über Ziele und Wege sozialistischer Politik besiegelte die Spaltung der Arbeiterbewegung in einem kommunistischen und den demokratisch-sozialistischen Teil. Sie begann mit der Russischen Revolution und der in ihr sichtbar werdenden Theorie und Praxis der Bolschewiki und hat die gespaltene Arbeiterbewegung nicht mehr losgelassen,“<sup>3)</sup> – so ist dem entgegenzuhalten, die Spaltung begann am 4. August 1914 an der unterschiedlichen Haltung zu den Beschlüssen von 1912.

Man sollte über die historischen Konsequenzen dieses 4. August 1914 ruhig noch ein wenig weiter nachdenken. Wenn immer wieder zu hören ist, einer der Gründe für den Sieg des Nationalsozialismus sei auch gewesen, daß die Arbeiterbewegung gespalten gewesen sei, so vergißt man darüber, daß dasjenige Ereignis, das zum beflügelnden Element der Nationalsozialisten werden sollte, der „Aufbruch“ von 1914 – beflügelnd in einem Maße, daß dann die Machtergreifung geradezu als Wiederholung dieses „Aufbruches“ inszeniert wurde – daß dieses Ereignis eintrat, obgleich die Arbeiterbewegung noch nicht gespalten war.

Es ist ohne den 4. August 1914 und seine Implikationen auch ein Großteil der denkerischen Bemühungen dieses Jahrhunderts nicht verstehbar. Es war dieses Ereignis, das den bohrenden Stachel für die Denker der Frankfurter Schule abgab: was denn, wenn der Träger der Alternative, die alte Arbeiterbewegung, am Ende war, „eindimensional“ in den kapitalistischen Verblendungszusammenhang eingebaut war, wenn die realgeschichtliche Dialektik stillgelegt war – was denn dann den Fortschritt noch repräsentieren könne außer das einsame kritische Denken. Entgegen einer in der verschmutzten politischen Kultur weit verbreiteten Ansicht, die Frankfurter Schule sei eine Wegbereiterin der „Systemveränderung“ gewesen – sie war das Gegenteil: die Theorie der verbauten Hoffnung, das verzweifelte Grübeln über die Gründe, derentwegen die Alternative versperrt war.

Nach dem Ende der „alten“ Arbeiterbewegung setzt schließlich ein Prozeß ein, der im Grunde erst in der Gegenwart sein Ziel gefunden hat: der Zerfall gesellschaftlicher Globalanalysen und der aus ihnen abgeleiteten Globalstrategien. Damit einher ging ein Prozeß der Elementarisierung der politischen Ethik auf elementare Fixpunkte wie Frieden, Arbeit, darauf, daß niemand sozial unter die Räder kommen soll – und diese elementaren Werte verknüpfen sich mit dem Expertenwissen in den jeweiligen Einzelbereichen. Daß bei diesem Abtragungsprozeß unter Umständen Fragen und Probleme, die das Werk von Marx (und, auf anderer Ebene, das Werk von Max Weber) aufgeworfen hat, in den Hintergrund traten, die jedoch der erneuten Erörterung dringend bedürftig sind, sei hier nur angedeutet.

Jedenfalls sollte der Beitrag ein wenig von dem aufhellen, was in der nur scheinbar marginalen Änderung dieses einen Satzes des Irseer Entwurfes impliziert ist: daß es die Möglichkeit gegeben hat und gibt, sei es aufgrund abgrundtiefen Irrrens über eine

Situation wie 1914, sei es aufgrund wohlüberlegter Entscheidung – wie immer möglich – etwas zu tun, was dem Programm widerspricht.

Ich denke, es wäre besser, die Möglichkeit zu versperren, sei es höhnend in der Tradition der zitierten konservativen Stimme von 1914, sei es aus der Ecke blitzblanker neuer Weltanschauungen, auf den 4. August 1914 hinzuweisen. Diese Entscheidungen sind damals gefallen, sie wären besser anders ausgefallen, wir stehen zur Tradition unserer Programme, wir tragen aber auch die Erinnerung an falsche Entscheidungen.

## Walter Hiller Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Praxis

*Walter Hiller, Jahrgang 1932, ist Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG.*

Im Jahre 1950 arbeiteten im Volkswagenwerk knapp 15 000 Menschen, nur ein einziger VW-Arbeitnehmer war im Ausland beschäftigt. Heute (Stand: Ende 1987) hat der Konzern weltweit rund 263 000 Beschäftigte, davon mehr als 88 000 in den ausländischen Tochtergesellschaften. Volkswagen hat sich mit einem Umsatz von mehr als 53 Milliarden Mark zum weltweit viertgrößten Automobilkonzern entwickelt. Exporte auf zahlreiche Märkte, Direktinvestitionen im Ausland und nicht zuletzt zunehmende Kooperationsprojekte haben nachhaltige Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der in- und ausländischen Standorte. Beispielhaft ist hier zu nennen die Übernahme des spanischen Automobilunternehmens SEAT durch VW, die Gründung der AUTOLATINA durch VW und Ford in Brasilien und Argentinien.

Im Rahmen einer weltweiten Verbundfertigung sind Produktionsverlagerungen eine ständige Gefahr für die Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung. Das internationale Engagement von Volkswagen ist so beträchtlich ange-

- 1) Ich verdanke die Ablichtung der Titelseite dieser „Vorwärts“-Nummer Frau Dr. Ursula Langkau-Alex (Amsterdam), die sie mir freundlicherweise aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam besorgte. Bei der Textwiedergabe sind die zahlreichen Sperrungen von Wörtern, Satzstellen und ganzen Sätzen, da den Sinn nicht tangierend, fortgelassen.
- 2) Franz Mehring: Kritische Anmerkungen (September 1916). In: Die Neue Zeit, 34. Jg. (1915/16), Bd. 2, S. 700-705, 721-726; hier zitiert nach: ders., Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage. Berlin (Ost): Dietz 1976 – ders., Ges. Schriften, Bd. 9, S. 425 ff.; das Zitat findet sich S. 429.
- 3) Thomas Meyer: Fruchtbare Grundlage. Die Leitideen des Irreer Programm-Entwurfes. In dieser Zeitschrift, 34. Jg. (1987), H. 5, S. 453-460, hier: S. 455.

wachsen, daß IG Metall, Gesamt- und Konzernbetriebsrat und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat dieser Entwicklung verstärkt Rechnung tragen müssen.

Aus zwei wesentlichen Gründen darf Gewerkschaftsarbeit nicht an den nationalen Grenzen haltmachen:

1. Die internationale Solidarität ist seit mehr als hundert Jahren Prinzip der Gewerkschaftsbewegung.
2. Aufgrund der Exportabhängigkeit und der engen Verflechtungen der deutschen Industrie mit der Weltwirtschaft sind die nationalen Arbeitsplätze entscheidend von der internationalen politischen und ökonomischen Entwicklung abhängig.

Bei Volkswagen arbeiten etwa 12 000 Arbeitnehmer in den inländischen Werken für die Zulieferung an die VW-Produktionsstätten jenseits der deutschen Grenzen. Mehr als die Hälfte der deutschen Fahrzeugproduktion wird exportiert. Auch deshalb ist den Auslandsaktivitäten des VW-Konzerns ein besonderes Augenmerk zu widmen. Dabei müssen die gewerkschaftspolitischen Bedingungen an den jeweiligen Standorten von Volkswagen im Zusammenhang mit den dort herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnissen gesehen werden. Es ist nicht möglich, die deutschen politischen und gewerkschaftspolitischen Vorstellungen auf andere Länder zu übertragen oder als Maßstab für eine Beurteilung zu benutzen. Wird die Frage nach internationaler Solidarität gestellt, dann kann diese nicht nur darin bestehen, Informationen über Vorgänge und Aktionen bei anderen Gewerkschaften zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig besteht die

Pflicht, zur Verwirklichung der Menschenrechte und der Gewerkschaftsrechte auch für die ausländischen Kolleginnen und Kollegen beizutragen.

Die Gewerkschafter des VW-Konzerns achten insbesondere darauf, wie es um die Einhaltung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte im multinationalen VW-Konzern steht. Gesamt- und Konzernbetriebsrat und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nutzen die Möglichkeiten des Einflusses auf das Top-Management, um den ausländischen Gewerkschaften im VW-Konzern konkrete Hilfestellung zu leisten. Dabei lassen sie sich nicht zuletzt von der Frage leiten, welche Erwartungen ihre ausländischen Kolleginnen und Kollegen an sie haben.

Die Entwicklung des Volkswagen-Konzerns war von Anfang an geprägt durch den Export von Fahrzeugen. Somit war Volkswagen immer schon international tätig. Bereits in den 50er und 60er Jahren wurden in Ländern wie Brasilien, Mexiko und Südafrika eigene Automobilfabriken errichtet. Aufgrund der Gesetze über den nationalen Fertigungsanteil war nur durch den Bau von Produktionsstätten gewährleistet, daß VW auf den Märkten dieser Länder vertreten bleiben konnte. Weil es im Inland eine stetige Aufwärtsentwicklung gab, wurden die zunehmenden Auslandsinvestitionen von gewerkschaftlicher Seite allerdings lediglich zur Kenntnis genommen.

1966 bildete der Internationale Metallgewerkschaftsbund einen Weltautomobilausschuß für VW und Daimler Benz. Bedingt durch die weltweiten Aktivitäten beider multinationaler Konzerne sollte dieser Ausschuß eine internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit sicherstellen. Zu konkreten Überlegungen kam es allerdings erst 1975/76, als die Frage einer VW-Montagestätte in den USA in die Diskussion kam. Die Arbeitnehmer bei VW befürchteten damals, daß dadurch Arbeitsplätze nach den USA verlagert würden. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, an ihrer Spitze der Vorsitzende der IG Metall, erreichten in langwierigen Auseinandersetzungen eine Beschäftigungsgarantie für die deutschen Standorte, bevor VW das USA-Projekt realisierte.

Gesamtbetriebsratsmitglieder besuchten in den darauffolgenden Jahren einige ausländische Tochtergesellschaften, um sich vor Ort über die konkrete Situation zu informieren. Zu jedem Besuch gehörten selbstverständlich auch Gespräche mit den zuständigen Gewerkschaften, die zu ersten Kontakten mit Kolleginnen und Kollegen im Ausland führten. Im Rahmen dieser Entwicklung organisierte der Ge-

samt- und Konzernbetriebsrat im Jahre 1979 gemeinsam mit der IG Metall und dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund die erste internationale Arbeitnehmerkonferenz des VW-Konzerns. Eine zweite Konferenz ist im September 1986 durchgeführt worden. Auf Grund gerade auch der Ergebnisse dieser Konferenzen wurden und werden Gespräche mit dem VW-Vorstand geführt, aber auch mit den Geschäftsleitungen der ausländischen Tochtergesellschaften, um zum Beispiel das brasilianische und südafrikanische Management zu veranlassen, endlich Arbeitnehmervertretungen im Betrieb zuzulassen und damit die Gewerkschaften im Betrieb anzuerkennen. So hat zum Beispiel der gewerkschaftliche Kampf der brasilianischen und der südafrikanischen VW-Kollegen, unterstützt durch den Gesamtbetriebsrat und die IG Metall, dazu geführt, daß an diesen Standorten Arbeitnehmervertretungen eingerichtet wurden.

Während der Konzern-Zentrale vielseitige Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung standen, scheiterte in der Vergangenheit ein besserer Informationsfluß zwischen Gewerkschaftskollegen im In- und Ausland allzuoft an einer Reihe von Schwierigkeiten. Dabei spielte eine besondere Rolle:

- Sprachprobleme,
- Telefon- und Postzensur in bestimmten Ländern,
- Vorurteile über die Rolle von Arbeitnehmervertretern im deutschen Aufsichtsrat
- und nicht zuletzt hohe Kosten, weil internationale Kontakte sehr teuer sind.

Der VW-Gesamtbetriebsrat hatte deshalb in Abstimmung mit der IG Metall mehrere Schlußfolgerungen gezogen, um die Auslandsarbeit auf eine wirkungsvollere Grundlage zu stellen: Jeweils zwei bis drei Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bzw. Kollegen des Gesamtbetriebsrats sind nunmehr für Kontakte und Informationen zu festgelegten ausländischen Standorten verantwortlich. Durch regelmäßige Informationsbesuche werden die Beziehungen zu den ausländischen Kolleginnen und Kollegen intensiviert. Konkrete Probleme werden kontinuierlich in die zuständigen Gremien Gesamtbetriebsrat und Aufsichtsrat eingebracht.

Die Informationsbesuche haben klar definierte Ziele:

1. Besuch der VW-Tochtergesellschaft mit einer Information durch das Management über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens. Dazu gehören:
  - Produktionsfragen

## Um Polens Identität

Mit Blick nach vorn hatte Willy Brandt in der Münsterhalle Nachholbedarf an Neuem Denken sowohl bei Politikern des eigenen Landes (wobei er seine Partei nicht ausnahm) als auch im europäischen Umfeld angemahnt. Zum Ausgangspunkt dafür machte er den 39. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen. Spezifisches Gewicht gewinnt in diesem Zusammenhang die Anmerkung des SI-Vorsitzenden, daß sich das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ändern könnte, je tiefer die Entzalinisierung greife und je ernster der Prozeß demokratischer Erneuerung genommen werde.

Mit offenkundiger Dringlichkeit ist hier auch die polnische „Staatsmacht“ gemeint, als die sich die eine und einzige sozialistische/kommunistische Partei versteht, deren wankende und schwankende Nomenklatura ein längst schon unüberbrückbarer Graben von praktisch allen Teilen der Bevölkerung trennt. Schon in Anbetracht schuldhaft deutscher Verstrickung mit dem unheilvollen polnischen Schicksal fällt der SPD die selbstverständliche Aufgabe zu, in aller Deutlichkeit die Wiederherstellung humaner Lebens- und Entwicklungsbedingungen für die geschundene Nachbargesellschaft zu reklamieren. Es entspricht ihrem Wählerauftrag, sich verantwortungsbewußt und – über Grenzen hinweg – solidarisch an der Wagsuche nach Zuständen in Menschenwürde und politischer Mündigkeit zu beteiligen. Schließlich waren eben Deutsche die eigentlichen Verursacher des polnischen Dilemmas, die dort bestehende gesellschaftliche Kulturen und sämtliche Grundlagen staatlicher Ordnung zerstörten – mit dem erklärten Ziel, die Identität dieser Nation ein für allemal auszulöschen.

An die Schrecken jenes Versklavungssystems inmitten Europas, das unserem östlichen Nachbarvolk den Stempel von „Untermenschen“ aufdrückte, mag sich in Einzelheiten auch so mancher deutschstämmige Aussiedler noch erinnern.

In Konsequenz des Hitler/Stalin-Pakts wäre Polen auf der Landkarte ausgeradert gewesen, hätten nicht Rotarmisten im Zurückwerfen der deutschen Invasionsheere das Land eingenommen, um ihm alsbald eine Moskauer „Bruderpartei“ (anfänglich mit einem Sowjetgeneral an der Spitze) als neuen Souverän zu oktroyieren.

Wenn dennoch viele Polen die Militärpräsenz der Sowjets in der DDR und der Amerikaner in der BRD als Sicherheitsgarantie betrachten, so stößt man auf ein äußerst morsches Europafundament, zu

dem allerdings deutsche Berufsvertriebene, konservative Politiker und Völkerrechtler ihr gerüttelt Maß beitragen. War trotzdem in den Straßen polnischer Städte vor 20 Jahren noch ein Hauch von Befreiheit und erwachendem Selbstgefühl zu spüren, der sich gerade bei den Jüngeren in unbefangener Fröhlichkeit ausdrückte, so ist das alles inzwischen dumpfer Mülligkeit und verbissener Reiftheit auf den Gesichtern gewichen. Was auch die junge Generation heute zur Kirche treibt, ist weniger tiefe Religiosität als vielmehr Flucht aus dem alltäglichen Stumpfsein, dem eine sich verzweifelt an ihr Machtmonopol klammernde Staatspartei verbleibt. Apathie kann da leicht in Anarchie umschlagen. Im Warschauer Politbüro mögen die Mitglieder wechseln, die Minister ausgetauscht und den Bürgern ein Glasnost-Perlenkorn zugestanden worden; Dialoge am Runden Tisch kann man sich gelöst ersparen, solange noch eine Parteispitze vom Grünen Tisch her über die Grenzen von Pluralismus und Liberalität für die schwer erziehbaren, zur Demokratie „noch nicht reifen“ (Rakowski) Landeskinder das letzte Wort für sich beansprucht.

Jede noch so kunstvolle Fassadenrestauration Potemkinscher Demokratievorspiegelungen zerbröckelt am abgrundtiefen Mißtrauen und am Überdruß einer Bevölkerung, die sich jeder Mitverantwortung und Mitwirkung auch an sachlich fundierten Reformvorhaben für eine modern strukturierte Wirtschaft verweigert. Selbst eine Wiederzulassung der Solidarnosc-Gewerkschaft dürfte da kaum etwas ändern, schon weil deren Bastionen gerade in der viel zu übergewichtigen Schwerindustrie liegen. Die von Jaruzelski verkündete „kühne Wende“ ergäbe erst wirklich Sinn, wenn ein demokratisch ausgewogener „Rat für nationale Verständigung“ mit dem verbindlichen Auftrag betraut würde, eine neue Verfassung auf breiter Toleranzebene sozialen Gesellschaftsverständnisses zu erstellen. Dazu gehörte ein Wahlgesetz, nach dem sich eigenständige Alternativparteien etablieren können, die in einem weitgefächerten Spektrum sozialverpflichtende Optionen anbieten. Ein im Mehrparteiensystem (ohne Quotenregelung) verwirklichtes Kontrastmodell zu fundamental-kapitalistischen Gesellschaftsformen würde entstehen. So könnten sich beispielsweise eine Solidaritätspartei (etwa sozialdemokratischer Prägung) sowie eine christsozialistische Partei neben der PVAP den Wählern zur freien Entscheidung stellen. Entschlossen man sich in Warschau für solchen „eigenen Weg in der gesellschaftlichen Entwicklung“, so wäre Polen in einer facettenreich sozialorientierten Parteienlandschaft, die im Kreis der SI wohl Platz fände, gewiß nicht verloren.

Klaus Bloemer

- Finanz- und Personalfragen
  - Arbeitsbedingungen
  - Ausbildungsfragen usw.
2. Gespräche mit den betrieblichen Gewerkschaftsvertretern und der zuständigen Gewerkschaft. Hier sollen insbesondere die gewerkschaftliche Situation bei VW diskutiert werden, aber auch die generellen politischen Probleme, wie Fragen der Gewerkschaftsrechte, Lohn- und Preisentwicklung sowie die sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer.
  3. Informationen über die politischen Rahmenbedingungen, da die Situation der jeweiligen VW-Tochter und der örtlichen und nationalen Gewerkschaften nicht losgelöst gesehen werden kann von der politischen Situation des Landes.

Zum Programm gehören zum Beispiel Besuche in der Deutschen Botschaft sowie Informationsgespräche mit Politikern, Wissenschaftlern, Vertretern der Kirchen, insbesondere auch mit Vertretern der politischen Opposition.

In der Vergangenheit mußten im Aufsichtsrat oftmals Entscheidungen über hunderte von Millionen Mark im Hinblick auf die Auslandsstöchter getroffen werden, wobei die Arbeitnehmervertreter fast ausschließlich auf die Angaben des VW-Vorstands angewiesen waren. Wenn aber Gewerkschafter ihre Kontrollfunktion im Aufsichtsrat ernst nehmen, dann müssen sie wissen, worüber letztendlich entschieden wird. Auch deshalb sind diese Informationsbesuche und -kontakte notwendig.

Bei allen Überlegungen für eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit im VW-Konzern ist es dabei selbstverständlich, die Beschlüsse und Zielsetzungen der IG Metall und des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes zu beachten.

Insbesondere gehören dazu:

- Die Schaffung und Anerkennung freier und demokratischer Gewerkschaften in den Ländern der sogenannten Dritten Welt;
- das Recht auf Abschluß von Tarifverträgen durch die dortigen Gewerkschaften in freien Verhandlungen mit den Unternehmen ohne Staatseinmischung;
- die solidarische Unterstützung bei Arbeitskämp-

fen, um das Gegeneinander-Ausspielen der Arbeitnehmer durch die Konzern-Zentralen zu verhindern.

Wenn dies mehr als ein Lippenbekenntnis sein soll, dann muß die Notwendigkeit-internationaler Solidarität verstärkt bei den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und auch in der Belegschaft - also an der Basis - verankert werden. Deshalb wurde sowohl südafrikanischen wie auch brasilianischen und mexikanischen Gewerkschaftskollegen anlässlich ihrer Besuche in den deutschen Werken die Gelegenheit gegeben, in Betriebsversammlungen vor der Belegschaft und in Vertrauensleute-Sitzungen über ihre gewerkschaftspolitische Situation zu berichten.

Bei der Verwaltungsstelle Wolfsburg der IG Metall gibt es seit nunmehr vier Jahren einen Arbeitskreis, der sich mit Fragen der internationalen Gewerkschaftsarbeit befaßt. In der Bildungsarbeit sowohl im Betrieb wie auch in Wochenend- und Wochenendseminaren ist die Thematik zu einem festen Bestandteil der gewerkschaftlichen Aktivitäten geworden. Darüber hinaus wurde ein Spendenkonto „Internationale Solidarität“ eingerichtet, das zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit an den ausländischen VW-Standorten, vor allem in Südafrika und Brasilien, dient. Konkrete Hilfen für verhaftete Gewerkschafter sowie für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sind zentrale Aufgaben.

Diskutiert wird auch die Finanzierung und die Organisation längerer Informations- und Studienaufenthalte sowohl ausländischer Kolleginnen und Kollegen in der Bundesrepublik wie auch deutscher Kolleginnen und Kollegen im Ausland, weil nur so intensivere und dauerhaftere Beziehungen geknüpft werden können. Der unmittelbare Kontakt auf allen Ebenen gewerkschaftlicher Arbeit innerhalb des VW-Konzerns ist eine notwendige Voraussetzung zum besseren Verständnis füreinander. Nur durch das persönliche Kennenlernen und durch gemeinsame offene Diskussionen kann eine Vertrauensbasis für die weitere Zusammenarbeit geschaffen werden. Die internationale Gewerkschaftsarbeit im Volkswagen-Konzern wird in dieser Hinsicht im Rahmen der internationalen Arbeit der IG Metall verstärkt fortgeführt.

## Uwe Holtz Bilanz und Perspektiven der EG-Entwicklungs- politik aus deutscher Sicht

*Prof. Dr. Uwe Holtz, Jahrgang 1944, MdB, ist Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Interparlamentarischen Union (IPU); er ist Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Veröffentlichungen u. a.: „Europa und die Multis“, 1978; „Entwicklung und Rüstung“ (Hrsg.), 1984; „Verschuldungskrise der Entwicklungsländer“ (Hrsg.), 1988.*

### Ziele der bundesdeutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und ihre Mitwirkung an der EG-Hilfe

Nach dem Selbstverständnis der Bundesregierung ist Entwicklungspolitik ein partnerschaftlicher Beitrag zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt und zur Bewältigung globaler Probleme, Teil ihrer weltweiten, auf Frieden und Stabilität gerichteten Politik sowie die Wahrnehmung legitimer Eigeninteressen bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit über 120 Ländern. Die deutsche Entwicklungshilfe hat – laut Bundesregierung – weder die Aufgabe noch liegt es in ihrer Macht, alle Probleme der Dritten Welt zu lösen. Ziel der Entwicklungspolitik ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat vier Aktionsfelder: Die unmittelbare bilaterale Hilfe von Staat zu Staat, die multilaterale Hilfe über zwischenstaatliche Einrichtungen und die Europäische Gemeinschaft, die Förderung von Nichtregierungsorganisationen und die Förderung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Anteil der über die EG geleisteten Hilfe an der gesamten deutschen Entwicklungshilfe belief sich in der letzten Zeit auf 12 bis 14 %. Der Anteil der Bundesrepublik an den gesamten Entwicklungshilfeleistungen der EG (1987: rd. 4,3 Mrd. DM) schwankt zwischen 25 und 28 %. Die Entwicklungshilfe der EG ist nach den Agrar-

und Regional/Sozialausgaben der drittgrößte Haushaltsposten der Gemeinschaft; sie will in erster Linie die soziale und wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer verbessern helfen und Modell für eine neue, faire Nord-Süd-Zusammenarbeit sein.

Von der gesamten bundesdeutschen Entwicklungshilfe (1986: 8,32 Mrd. DM = 0,43 % des Brutto sozialprodukts) entfallen 2/3 auf bilaterale und fast 1/3 (= 2,6 Mrd. DM) auf multilaterale Leistungen, wovon wiederum ca. 40 % (= 1,03 Mrd. DM) der EG zugute kommen.

Die Bundesregierung hält – wie sie in ihren „Grundlinien der Entwicklungspolitik“ aus dem Jahre 1986 feststellt – den in den letzten Jahren erreichten Anteil der Entwicklungshilfeleistungen an multilaterale Einrichtungen in Höhe von ca. 30 % – einschließlich der Beiträge an die Europäische Gemeinschaft – für einen angemessenen Orientierungsrahmen.

Die Zusammenarbeit der EG mit den Entwicklungsländern hat inzwischen eine weltweite Dimension erreicht. Sie umfaßt neben den 66 AKP-Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik des Lomé-Vertrages – dem regionalen Schwerpunkt und Kernbereich der europäischen Entwicklungshilfe – die Anrainer des Mittelmeerraumes und die sog. nicht-assoziierten Länder in Asien und Lateinamerika. Zu einer Reihe von Staatengruppen, wie z. B. den südostasiatischen ASEAN-Ländern, hat die Europäische Gemeinschaft besondere vertragliche Beziehungen entwickelt.

### Vorteile

Vor allem das Abkommen von Lomé mit den 66 AKP-Staaten ist ein Kooperationsvertrag, der über die enge Entwicklungszusammenarbeit, nämlich die finanzielle und technische Zusammenarbeit, hinausgeht; es umfaßt Handelspräferenzen, Exporterlösstabilisierungen sowie die institutionelle Zusammenarbeit und damit Merkmale, die nicht im bilateralen Kontext vereinbart werden können. Der entwicklungspolitische Handlungsspielraum hat sich so für die Bundesregierung auf europäischer Ebene erweitert.

Insgesamt gesehen konnte die Bundesrepublik – auch dank der immer intensiver werdenden außenpolitischen Abstimmung innerhalb der EG – ihren Einfluß auf die Lösung internationaler Probleme

ausdehnen. Sie hat an kosmopolitischer Orientierung gewonnen. Die Bundesrepublik kann eine nach vorne weisende Nord-Süd-Politik gemeinsam mit ihren europäischen Partnern letztlich wirksamer und nachdrücklicher mitgestalten als im Alleingang und damit auch ihre wohlverstandenen Eigeninteressen besser durchsetzen.

Verglichen mit der bilateralen Hilfe verfolgt die Europäische Gemeinschaft größtenteils eine partnerschaftlichere entwicklungspolitische Ausrichtung. Sie mißt der ländlichen Entwicklung sowie der Förderung der ärmsten Entwicklungsländer und der regionalen Kooperation ein größeres Gewicht bei, obwohl diesen Zielsetzungen auf nationaler Ebene ebenfalls eine hohe Priorität eingeräumt wird. Inwieweit die nationale Entwicklungshilfeadministration von der EG profitiert, läßt sich nicht quantifizieren. Die Betroffenen selbst neigen eher angesichts der Bemühungen um Koordinierung, Daten- und Informationsaustausch und Kooperation dazu, von einem erhöhten Verwaltungsaufwand zu sprechen. Es ist jedoch davon auszugehen, daß – wie es in vielen analogen Untersuchungen bewiesen wurde – mit dem Volumen der multilateralen, d. h. in diesem Fall der gemeinschaftlichen Hilfe, besonders wegen der internationalen Ausschreibung und der damit verbundenen Kostenminimierung mehr Projekte und Programme mit den jeweils vorhandenen Finanzmitteln realisiert werden können.

Als Rohstoffquellen und Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft sind Entwicklungsländer wichtig. Dementsprechende Untersuchungen haben ergeben, daß insbesondere wegen der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und Wirtschaft die Arbeitsplatzgewinne auch bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern höher sind als die Arbeitsplatzverluste. Neue Absatzmärkte konnten z. B. im sonst traditionell frankophonen Bereich Afrikas wegen der besonders starken Ausrichtung der EG-Hilfe auf Afrika erschlossen werden.

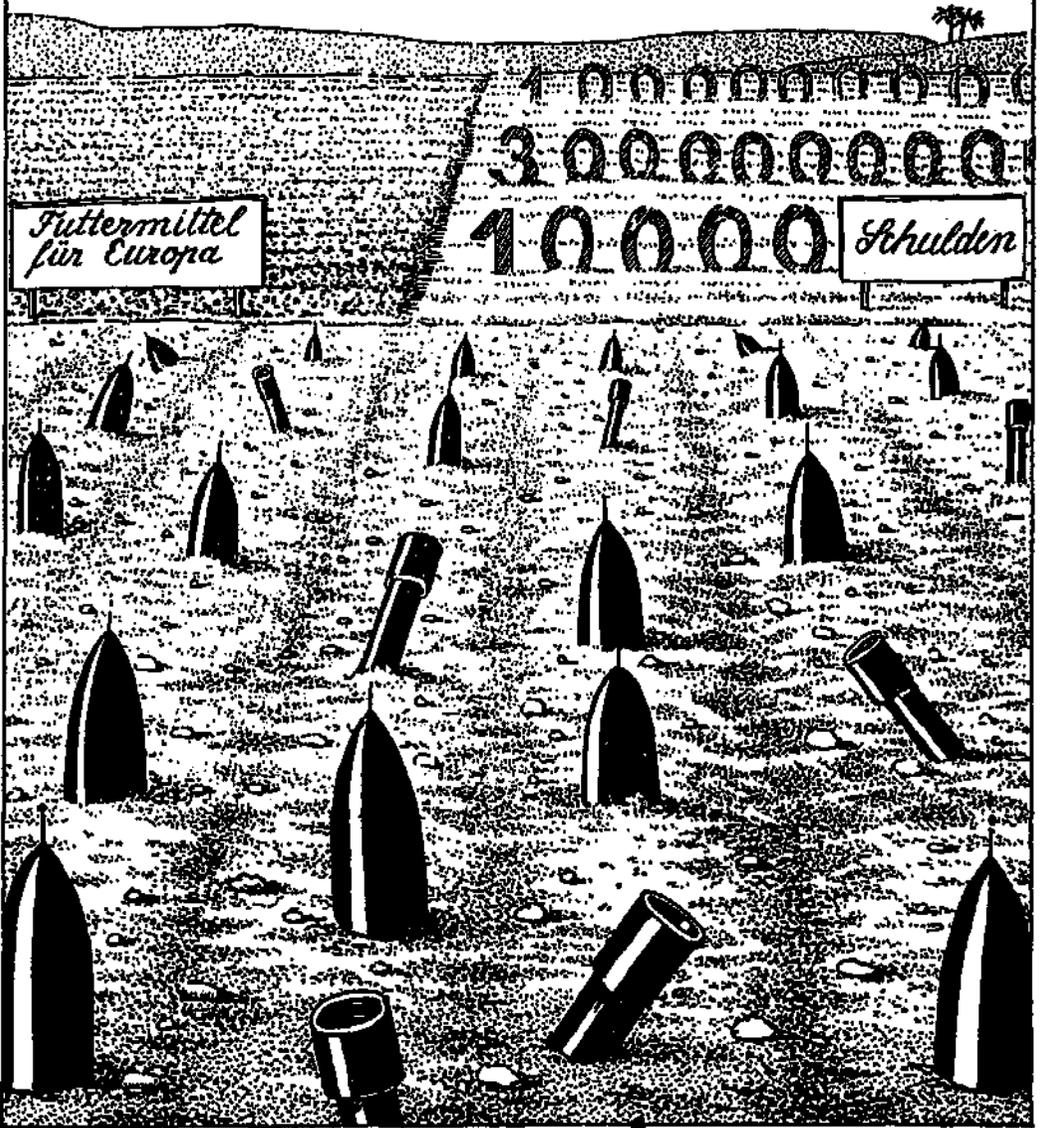
Die Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft hat eine entwicklungspolitische und keine konsistente politisch-ideologische Zielsetzung. Durch die gemeinschaftliche Hilfe wird auch die Gefahr von Neokolonialismus verringert, der häufig durch direkten wirtschaftlichen Einfluß der Geber – so in der Bundesrepublik – in der Entwicklungspolitik beobachtet werden kann. Von Vorteil für Entwicklungsländer ist die EG-Hilfe immer dann, wenn sie weniger restriktiv ist als die bilaterale Zusammenarbeit. So blockiert Bonn seit 1983 die bilaterale staatliche entwicklungspolitische Zusammenarbeit

mit Managua, während die EG bei ihrer Zusammenarbeit mit Zentralamerika Nicaragua mit einschloß. Dadurch, daß die EG-Hilfe auf direkte neokoloniale Einflußnahme in den Augen vieler Entwicklungsländer verzichtet, weist sie eine Eigenart auf, die für Entwicklungsländer eine hohe Attraktivität besitzt.

Wegen des Verzichts auf dogmatische Positionen ist die EG für den entwicklungspolitischen Dialog akzeptabler als ein bilateraler Geber oder auch als die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (s. z. B. den politisch-institutionellen Dialog mit Zentralamerika oder den policy dialogue mit Äthiopien). Auch die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den von ihr geförderten Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit tätig sind, gestaltet sich großzügiger und ist von weniger Auflagen, z. B. inhaltlicher Art, geprägt, als dies bei der Förderung der Nichtregierungsorganisationen durch die Bundesregierung der Fall ist.

Die EG-Entwicklungspolitik konnte in den 70er Jahren vor allem durch das AKP-Abkommen integrations- und entwicklungspolitische Fortschritte erzielen. Damit gewann die EG eine entwicklungspolitische Identität, die sich auch auf den außenpolitischen Bereich integrationsfördernd auswirkte. Die besonderen Beziehungen EWG-AKP tragen nicht nur den politischen Notwendigkeiten einiger EG-Mitgliedsstaaten Rechnung, sondern sind mittlerweile zu einem der Pfeiler geworden, auf denen das Gebäude der Europäischen Gemeinschaft errichtet ist. Das Zusammenwirken der EG-Kommission, des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten bei der Politik gegenüber der Dritten Welt stärkt die europäische Integration und dient der einheitlichen Darstellung Europas auf einem zentralen Feld der Außen- und Friedenspolitik.

Die Europäische Gemeinschaft, eine politische Kraft ohne machtpolitische Ansprüche zwischen Ost und West, hat keine imperialen Ambitionen. Sie gilt als gelungenes Beispiel der Überwindung alter Völkerfeindschaften und ist von daher besser als jeder Einzelstaat in der Lage, für den Nord-Süd-Ausgleich zu wirken. Die EG ist zu mehreren freien Gemeinschaften von Staaten – so zu der südostasiatischen Staatengruppe ASEAN, zu den Staaten des Andenpaktes, den Staaten des Golf-Kooperationsrates und den zentralamerikanischen Ländern – in einen lockeren, aber vertraglich geregelten Kontakt getreten, um Fragen verbesserter wirtschaftlicher Zusammenarbeit miteinander zu regeln, aber auch Probleme außenpolitischer, kultureller und anderer



Art miteinander zu erörtern. Es entsteht auf diese Weise eine neue Art multilateraler Außenpolitik.

### Nachteile

Die Bilanz der bisherigen AKP-Abkommen weist auch negative Seiten auf. Die AKP-Länder blieben zu sehr auf ihre aus der Kolonialzeit geerbte Rolle als Rohstofflieferanten festgelegt, der AKP-Anteil an den EG-Importen ist zurückgegangen, die Abhängigkeit der AKP-Länder von Nahrungsmittelimporten ist immer noch zu groß. Keinem AKP-Land gelang ein wirklich bedeutsamer Entwicklungssprung. Das Pro-Kopf-Einkommen zahlreicher afrikanischer Staaten ist vielmehr gesunken. Allerdings ist dies am wenigsten wohl auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zurückzuführen, sondern vielmehr auf die sich massiv verschlechternden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie auf Schwächen und Fehler, die in den einzelnen Ländern selbst zu suchen sind.

Dennoch muß kritisiert werden, daß die im Rahmen der AKP-Abkommen bereitgestellten Mittel teilweise nur sehr zäh und viel zu langsam abfließen. Dafür machen die AKP-Länder vor allem das komplizierte Antragsverfahren und die schleppende Entscheidungsfindung verantwortlich. Von der EG-Seite werden dagegen Mängel in vielen Projektanträgen, unfähige Verwaltungen sowie eine zermürbend langsame Projektdurchführung in den Entwicklungsländern beklagt. Bei den Überprüfungen von Entwicklungshilfeprojekten der Europäischen Gemeinschaft kommt der Europäische Rechnungshof häufig zu harscher Kritik. Man wird jedoch auch bei der EG-Hilfe – wie z. B. bei der Weltbank und der bundesdeutschen Entwicklungshilfe, zu denen Untersuchungen vorliegen – davon ausgehen können, daß die Mehrheit der Hilfsprojekte und -programme in der Dritten Welt als erfolgreich zu bezeichnen ist. Um allerdings Mängel und Fehlschläge bei der EG-Hilfe zu minimieren, sind drei Dinge vordringlich: Die Geberseite muß aus vergangenen Fehlern lernen und die Überfrachtung der Entwicklungshilfe mit wirtschaftlichen und anderen Zielen vermeiden; auf der Empfängerseite gilt es, ein Politikumfeld zu schaffen, in dem Hilfe von außen positive Erfolge haben kann; beide Seiten müssen sich um eine effizientere Koordinierung bemühen.

Die von der Bundesregierung angestrebte Koordinierung unter den Entwicklungshilfegebern – auch im Rahmen der EG –, die der Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe dienen soll, ist in der Tat immer noch nicht verwirklicht. Aber den-

noch hat es bei sektoralen und fachlichen Fragen teilweise erfreuliche Fortschritte gegeben; dies hat z. B. die Soforthilfe für die von der Dürre betroffenen Länder Afrikas bewiesen, die von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten koordiniert wurde.

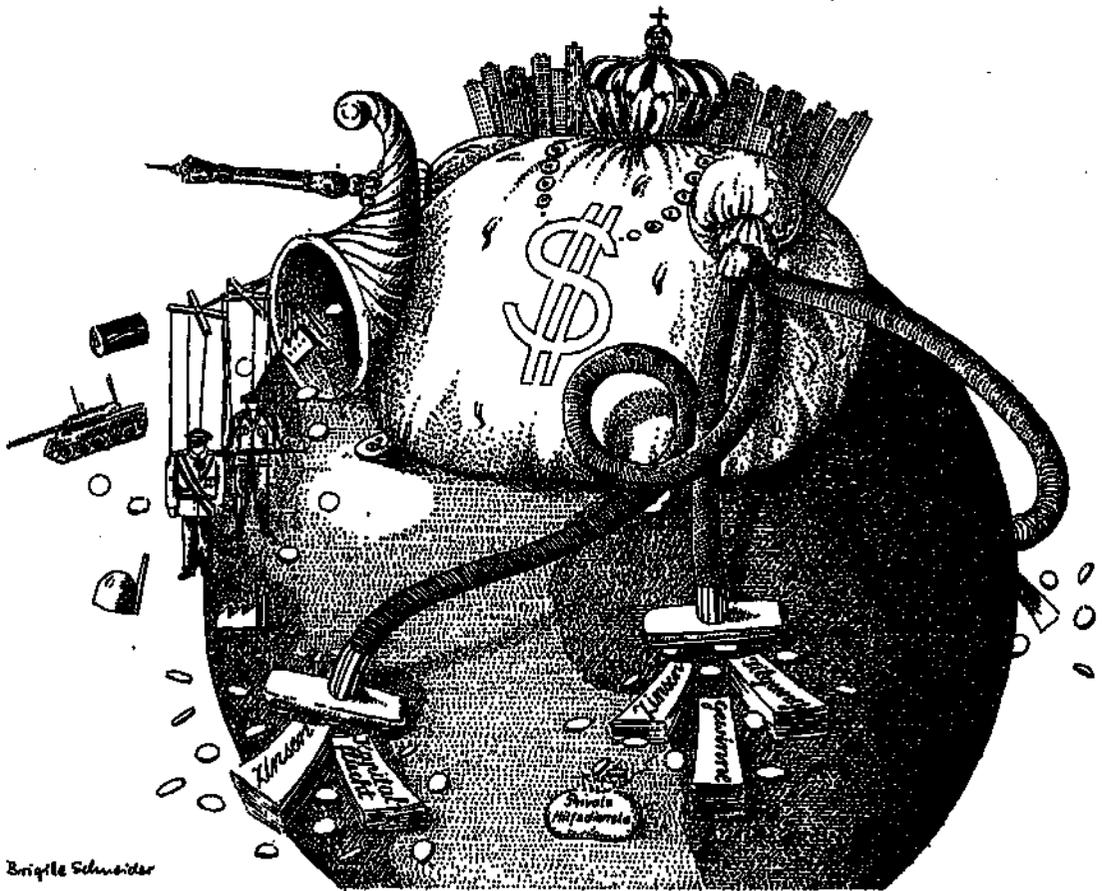
Bei der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik fehlt wegen immer noch unzureichender Kompetenzen des Europäischen Parlaments eine wirksame parlamentarische Kontrolle und Mitwirkung. Ein Großteil der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe ist nicht im EG-Haushalt verankert und insoweit der Kontrolle des Europäischen Parlaments entzogen. Ein Demokratieverlust ist die Folge.

### Bilanz und Ausblick

Bei einer Abwägung von Vor- und Nachteilen für die Bundesrepublik bei ihrem Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft überwiegen die Gewinne aus der Sicht der Bundesrepublik. Dies gilt sowohl für den engen Bereich der Entwicklungspolitik als auch für den Verfolg der wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik über die EG.

Die Europäische Gemeinschaft muß das von ihr mit den Entwicklungsländern angestrebte Ziel, zu mehr Ausgeglichenheit und Gerechtigkeit in der internationalen Zusammenarbeit zu gelangen, durch stärkere Eigeninitiativen – etwa im Bereich der Entschuldung der Dritten Welt – verwirklichen und dafür sorgen, daß bei der GATT-Runde die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders berücksichtigt werden. Es bleibt zu hoffen, daß der bis 1992 zu schaffende europäische Binnenmarkt nicht zu handelspolitischen Nachteilen, sondern statt dessen zu neuen Chancen und Perspektiven auch für die Entwicklungsländer führt.

Durch innergemeinschaftlichen Dialog müssen die nationalen Entwicklungspolitiken der 12 durch die Kombination der jeweils besten entwicklungspolitischen Ansätze der Mitgliedstaaten einander näher gebracht werden. Gleichzeitig gilt es, die Kontrolle und Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments weiter auszubauen – auch dadurch, daß die Mittel für den Europäischen Entwicklungsfonds nicht mehr wie bisher von den Mitgliedstaaten überwiesen, sondern budgetiert, d. h. als Teil des EG-Haushalts eingestellt werden. Dann kann und muß der Vergemeinschaftungsprozeß der Entwicklungspolitik weiter betrieben werden (vor zehn Jahren vergaben die EG-Staaten rd. vier Prozent ihrer Entwicklungshilfe über Brüssel, heute sind es 12 bis 13 Prozent).



Brigitte Schneider

Spezifische Felder der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollten in Zukunft ausgebaut und durch eigene Haushaltsmittel gefördert werden; dabei geht es etwa um Technologietransfer und multinationale Unternehmen, die regionale Kooperation von Entwicklungsländern und eine weltweite Umweltpolitik. Hier ist nicht an den Aufbau einer neuen internationalen Großorganisation gedacht. In Bereichen, in denen gerade die reichen, hochindustrialisierten Länder gefordert sind, bietet sich die EG-Ebene als ein fast idealer Mittelweg zwischen der UNO und den nationalen Ebenen an.

Solange allerdings Entwicklungspolitik von den – meisten – EG-Mitgliedstaaten auch zur Pflege traditioneller Beziehungen und als Instrument einer einseitigen Außen- und Außenwirtschaftspolitik genutzt wird und die Außenpolitik der Mitgliedstaaten – im Rahmen der geplanten Europäischen Union – nicht stärker harmonisiert ist, kann nur schwerlich

daran gedacht werden, die Entwicklungspolitik insgesamt aus dem bilateralen staatlichen Rahmen herauszunehmen und auf die Europäische Gemeinschaft zu übertragen. Dennoch sollte die schrittweise Übertragung einzelstaatlicher Mittel und Tätigkeiten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit weiter vorangetrieben werden. Im übrigen muß eine systematische Abstimmung der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Politikbereichen der Europäischen Gemeinschaft herbeigeführt werden. Die z. Z. bestehenden negativen Wirkungen der EG-Agrarpolitik auf viele Entwicklungsländer und die Effizienz der bilateralen Entwicklungshilfe können nicht länger toleriert werden.

Angesichts ihres Gewichts in der Weltpolitik muß die EG, die sich als Solidargemeinschaft nach innen und außen versteht, größeren Einfluß auf die Nord-Süd-Beziehungen nehmen. Sie muß insbesondere auf Druckpotentiale machtvoller Mitakteure im in-

ternationalen Beziehungsnetz ausgleichender wirken, die Polarität von Großmächten entschärfen und stärker als bisher zu einem funktionierenden Beziehungssystem in einer multipolaren Welt beitragen.

#### Literaturhinweise

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) (Hg.), Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1986.
- BMZ (Hg.), Politik der Partner. Aufgaben, Bilanz und Chancen der deutschen Entwicklungspolitik, Bonn 1986.
- BMZ (Hg.), Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1987, Bonn 1987.
- BMZ (Hg.), Vorbereitung der Verhandlungen für ein viertes AKP-EWG-Abkommen. Informationsvermerk für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 11. 4. 1988.
- Robert Cassen u. a., Does Aid work? Report to an Intergovernmental Task Force, Oxford 1986.
- Europäisches Parlament, Nord – Süd: Eine oder keine Zukunft (Berichte zur Nord-Süd-Zusammenarbeit, Tagungswoche vom 16. bis 20. 2. 1987, als Ma. verv.), Brüssel 1987.
- Katharina Fockz, Die südpolitische Verantwortung Europas, in: Vierteljahrsberichte 111 (März 1988), S. 7–12.
- Hans-Dietrich Genscher, Prinzip regionaler Zusammenarbeit als

- Stabilitätsfaktor der EG in der Welt, in: Bulletin, Nr. 96, Bonn, 8. 7. 1988, S. 891–894.
- Wolfgang Hager/Michael Noelke, Europa – Dritte Welt: Interdependenz als Herausforderung. Dokumentationsbulletin der EG-Kommission, Brüssel 1980.
- Rudolf Hrbek/Wolfgang Wessels (Hg.), EG-Mitgliedschaft; ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?, Bonn 1985.
- Volkmar Kühler, Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, in: Europa-Archiv, Folge 24 (1987), S. 709–714.
- Helgar Kühlke/Bernhard May, Zahlmeister oder Nutznießer? Die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1986.
- Bernhard May, Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, Bonn 1985.
- Friedhelm B. Meyer zu Natrup, Die handels- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit Schwarzafrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/1988, S. 43–53.
- Anne-Marie Mureau, L'Europe communautaire dans la négociation Nord-Süd, Paris 1984.
- Das Parlament, Global denken – lokal handeln. Der Nord-Süd-Dialog und die Aufgabe Europas, 38. Jg./Nr. 14–15, 1./8. 4. 1988.
- Olav Stokke (Hg.), European Development Assistance. Bd. 1: Policies and Performance, Tilberg/Oslo 1984.
- Joseph C. Wheeler, Development Cooperation. Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee. 1987 Report, Paris 1988.
- Werner Ungerer, Deutsche Interessen in und an der Europäischen Gemeinschaft, in: Außenpolitik 37/1986, S. 363–374.

## Hans-Jürgen Smula Ein Beitrag zur Friedenssicherung? Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft

*Dr. Hans-Jürgen Smula, Jahrgang 1950, Diplom-Pädagoge, ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster; Veröffentlichungen: Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinhagen 1919 bis 1933, Münster 1987; Zeitschriftenbeiträge zur historisch-politischen Parteien- und Wahlforschung und zur politischen Bildung sowie zur Schul- und Bildungspolitik.*

„Die Gemeinschaft hat – auf den Beziehungen einiger Mitgliedstaaten zu früheren Kolonien aufbau-

end – eine eigenständige Entwicklungspolitik geformt, die in den drei Lomé-Abkommen und in den Kooperationsabkommen mit den südlichen Mittelmeerländern sowie einem umfangreichen Nahrungsmittelprogramm ihren Ausdruck findet. Im Lomé-Abkommen wurden partnerschaftliche Strukturen für die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und mehr als 50 Entwicklungsländern Afrikas, des Pazifiks und der Karibik (AKP-Staaten) geschaffen. Besondere Einrichtungen wie die Erbsstabilisierung (Stabex) liefern einen praktischen Beitrag zur Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung.“<sup>(1)</sup>

So oder ähnlich optimistisch lauten vielfach die Urteile über die Entwicklungspolitik der EG, jedenfalls aus dem eigenen Lager. Vertreter der Länder der Dritten Welt kommentieren sie dagegen schon seit langem mit eher kritischen Anmerkungen. Ob am Ende des Jahrzehnts zu Euphorie Anlaß sein wird, darf angesichts vielfacher Wirtschafts- und Ernährungskrisen in den letzten Jahren in Zweifel gezogen werden. Tatsächlich aber betreibt die EG seit mehr als zwanzig Jahren eine Entwicklungspolitik, die mit Beitritten neuer Mitgliedstaaten und der Bertick-

sichtigung neuer Entwicklungsländer fortwährend ausgebaut worden ist. Heute verfügt die EG über ein weitgefächertes System der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt: Neben „der Politik gegenüber den AKP-Staaten und den Kooperationsabkommen mit den südlichen Mittelmeerländern leistet sie eine jährlich steigende Hilfe an sogenannte nicht-assozierte Länder, verfügt über ein weltweites Zollpräferenzsystem, über eine weltweite Nahrungsmittel- und Katastrophenhilfe, und hat auch mit einer Reihe von Ländern Latein-Amerikas und Asiens Kooperations- und Handelsabkommen abgeschlossen.“<sup>2)</sup>

Neben den Argumenten, die Entwicklungsländer hätten aus humanitären Gründen der Solidarität mit den wirtschaftlich Schwachen Anspruch auf Hilfe aus den Industrieländern, wird in den letzten Jahren in vielen politischen, journalistischen und wissenschaftlichen Publikationen der friedenssichernde Charakter der Entwicklungspolitik angeführt. Unter aktuellen politischen Gesichtspunkten ergeben sich folgende Fragen:

*Weit stärker und oft auch hilfloser als die Europäer sind die meisten Entwicklungsländer und damit der größere Teil der Menschheit weltwirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt. Einerseits entstehen dort neue dynamische Wirtschaftszonen, welche die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die weltwirtschaftliche Position der Bundesrepublik beeinflussen. Andererseits wachsen in den meisten Ländern des Südens Elend und Hunger, soziale und kulturelle Entwurzelung, Abhängigkeit von Banken und Konzernen der Wirtschaftsmetropolen. Die Handelsbedingungen, die Kreditbedingungen und die Höhe der Schuldendienste werden in den Industrieländern bestimmt, bei ihnen konzentrieren sich Kapital und Forschungskapazität.*

Irseer Programmentwurf 1986

- Besteht generell ein Zusammenhang zwischen Entwicklungspolitik und Frieden?
- Inwiefern trägt die EG durch ihre Entwicklungspolitik zum Frieden bei?
- Welche Probleme tun sich, speziell für die EG, zukünftig bei der Friedenssicherungspolitik durch Entwicklungspolitik auf?

Anfang der 70er Jahre bekannte sich die damalige sozialliberale Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Weltfriedenspolitik, die mehr als die Verhinderung des Krieges enthalten sollte; sie zählte zu dieser Weltfriedenspolitik auch alle Maßnahmen der Entwicklungshilfe.<sup>3)</sup> Bemerkenswert war hier der erweiterte Friedensbegriff.

Auch der erste Bericht der Nord-Süd-Kommission verstand sich als ein Bericht, der vom Frieden handelt. Willy Brandt kritisierte in seiner Einleitung, Kriege würden zumeist noch unter dem Blickwinkel von Konflikt oder Zerstörung behandelt, doch

könne auch Chaos z. B. als Folge von Massenhunger, wirtschaftlicher Zusammenbrüche etc. friedensbedrohende Wirkung haben, so daß Friedenssicherungspolitik neben der Bekämpfung klassischer Ursachen von Friedensbedrohung auch eine dem Frieden dienende Friedenspolitik umfassen müsse.<sup>4)</sup> Eine solche Friedenssicherungspolitik der 80er Jahre charakterisiert Erhard Eppler wie folgt: „Frieden, das bedeutet nicht Spannungslosigkeit, Konfliktlosigkeit. Frieden, das bedeutet humane Formen der Konfliktaustragung und des Interessenausgleichs, des Ausgleichs zwischen Ost und West, Nord und Süd, zwischen Menschen und Gruppen in unserer Gesellschaft, zwischen Mensch und Natur.“<sup>5)</sup>

Humane Formen der Konfliktaustragung und des Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd, verstanden als Friedenspolitik, bedeuten, das Konfliktpotential zu minimieren, das in den Einkommensunterschieden zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern sowie den armen und reichen Bevölkerungsgruppen, in den daraus resultie-

renden ungleichen Lebenschancen, in den ungleichen Entwicklungsmöglichkeiten durch die internationalen und innergesellschaftlichen Machtstrukturen zu verorten ist.

Interne Konflikte der Entwicklungsländer wie gesellschaftsinterne, politische Machtrivalitäten (Stammeskonflikte, Flüchtlingsprobleme), Bestreben nach kultureller Autonomie und die durch kolonialzeitliche Grenzziehungen entstandenen ethnischen Probleme schaffen weitere Unfriedensstrukturen; hinzu kommt noch das in den letzten Jahren immer akuter werdende Problem der weltweit, paradoxerweise aber ausgerechnet in den Entwicklungsländern enorm steigenden Rüstungsausgaben. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Michael Bohnet bereits 1971 weltpolitisch außerordentlich zutreffend feststellte, der Nord-Süd-Konflikt überlagere den Ost-West-Konflikt und werde die Struktur der internationalen Beziehungen wesentlich ver-

ändern. Zu Recht wies Bohnet anschließend auf die Tatsache hin, daß eine auch nur geringe Reduzierung der Militärausgaben gewaltige Summen für die Entwicklungshilfe stellen könnte.<sup>6)</sup> Damit hat Bohnet offensichtlich an eine Entspannung zwischen Ost und West, eine daraus resultierende Einsparung an Militärausgaben und eine dadurch umfangreicher möglich werdende Entwicklungshilfe gedacht.

Wie aktuell dieser politische Zusammenhang zwischen Hunger und Rüstung heute erst recht ist, belegt kürzlich Lothar Schwartz.<sup>7)</sup> Schließlich muß man sich vorstellen, daß nach den Berechnungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) zwischen 1975 und 1984 Waffenexporte für 90 Milliarden Dollar in die Dritte Welt geliefert wurden.<sup>8)</sup>

Einen ganz anderen gedanklichen Ansatz, der in meinen weiteren Überlegungen keine Rolle spielt, vertritt beispielsweise Fritz Pirkl: Die Entspannungspolitik habe zur Einfrierung des Status quo in Europa geführt, und dies erlaube der Sowjetunion, in den Ländern der Dritten Welt offensiv zu werden. Ziehe man die Rohstoff- und Energieabhängigkeit der westlichen Industriestaaten ins Kalkül, so sei Entwicklungshilfe unbedingt als Instrument der außen- und sicherheitspolitischen Interessen einzusetzen.<sup>9)</sup>

Entwicklungshilfe wird hier also verstanden als Politik zur Verhinderung einer Verschiebung der internationalen Machtkonstellation zugunsten der Sowjetunion: Entwicklungshilfe als Solidarität mit den politisch willfährigen Entwicklungsländern! Angesichts der Verarmung der Dritten Welt, so argumentiert Mayer List, treffe der Rückgang des Handels zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern letztlich die handfesten Interessen der Industrieländer selbst: Die Industrieländer können es sich gar nicht leisten, auf die Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas als Geschäftspartner und als politische Alliierte zu verzichten.<sup>10)</sup>

Angesichts der zu gewaltiger Höhe anwachsenden Schuldenberge der Dritten Welt (1985: 1 000 Mrd. Dollar) fordern inzwischen nicht nur die Länder der Dritten Welt einen Schuldenerlaß. Ohne ernsthafte, von der Dritten Welt seit Jahren geforderte Verhandlungen über eine Verringerung der Zinslast, eine Neuordnung des Internationalen Währungsfonds sowie ohne die Beseitigung von Handelshemmnissen auf dem Weltmarkt droht nach Meinung von amerikanischen Wirtschaftsexperten eine Verschärfung im Nord-Süd-Konflikt. Es wird befürchtet, daß sich die Entwicklungsländer auf einen

totalen Zahlungsstopp einigen, der unabsehbare Folgen für die Kreditgeber haben könnte.<sup>11)</sup>

Wie sich die „Pleite“ Brasiliens auf die Industrieländer auswirken wird, muß erst noch abgewartet werden. Eines signalisiert der Schritt Brasiliens, die Zinszahlungen für ca. 108 Mrd. Dollar ab sofort und auf unbestimmte Zeit einzustellen, jedoch: Nicht mehr das Schuldnerland steht unter Druck, sondern plötzlich sind die Gläubigerbanken an Verhandlungen interessiert und werden an gewissen Kompromissen und Zugeständnissen nicht vorbeikommen.<sup>12)</sup> Dieser politische Schritt wirkte auf andere Schuldnerländer bereits wie ein Fanal. Es ist damit zu rechnen, daß Argentinien und weitere Länder diesen Schritt nachvollziehen werden.<sup>13)</sup> Offensichtlich hat man die Schuldenproblematik in den Industrieländern nicht ernst genug genommen und lediglich an hohe Zinszahlungen gedacht, denn bereits vor Jahren wurde das Krisenszenario von hoch verschuldeten Ländern der Dritten Welt, die durch ihre Erklärung der Zahlungsunfähigkeit den Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems hervorrufen könnten, entworfen.<sup>14)</sup>

### Die Ergebnisse vom Lomé III

Nach über einjährigen Verhandlungen schlossen die EG und 65 AKP-Staaten am 8. Dezember 1984 ein neues Handels- und Kooperationsabkommen. Es hat eine Laufzeit von fünf Jahren (1. 3. 1985 – 28. 2. 1990).<sup>15)</sup> Zu den wichtigsten Gebieten der Zusammenarbeit im Rahmen des Lomé-III-Vertrages zählt weiterhin die handelspolitische Zusammenarbeit. Präferentielle Handelsregelungen gewähren den AKP-Staaten weitgehend freien Zugang ihrer Ursprungswaren zum EG-Markt ohne Gegenpräferenzen. Diese handelspolitischen Vereinbarungen sollen zur Förderung und Ausweitung des Handels zwischen den Vertragspartnern sowie den AKP-Staaten untereinander beitragen.<sup>16)</sup> Letzteres soll durch spezielle Förderungsmaßnahmen forciert werden.<sup>17)</sup> Einerseits wird damit die Bindung der AKP-Länder an den EG-Markt fortgeschrieben, andererseits enthält das Maßnahmenbündel also Impulse zur Stärkung der Binnenmärkte bzw. zur Entwicklung des Süd-Süd-Handels.<sup>18)</sup>

Das Herzstück der Zusammenarbeit zwischen den AKP-Ländern und der EG bleibt das System zur Stabilisierung der Export-Erlöse: Weiterhin erhält das Stabex-System die Elemente a) produktbezogener Erlösausgleich, b) automatischer Anspruch, c) Verwendung der Mittel nach den entwicklungspolitischen Prioritäten der jeweiligen Empfängerländer

und d) Grundsatz der Rückzahlung bei Darlehen.<sup>19)</sup> Bemerkenswert sind die Aufstockung des Stabex-Fonds von 557 Mio. ECU auf 925 Mio. ECU und die Senkung der Schwellenwerte für die Einzelprodukte, wodurch es den AKP-Ländern in Zukunft besser möglich sein wird, Exporterlösausfälle durch die Inanspruchnahme von Stabex-Mitteln auszugleichen. „Die Wirkung dieser Regelung ist jedoch hauptsächlich gegen kurzfristigen Preisverfall gerichtet und löst nicht strukturelle Probleme.“<sup>20)</sup>

Auch der Sonderfonds für Bergbauerzeugnisse (Sysmin) wird fortgeführt und von 280 Mio. ECU in Lomé II auf 415 Mio. ECU in Lomé III aufgestockt.<sup>21)</sup> Damit verfolgt Sysmin wie bisher für den Bereich mineralischer Grundstoffe eine ähnliche Zielsetzung wie Stabex für landwirtschaftliche Grundstoffe der AKP-Staaten, nämlich den Ausgleich von Exporterlösausfällen durch Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Während die Sysmin-Mittel in Lomé II nur einem kleinen Kreis von Ländern zugute kamen, kann nun in Lomé III durch eine neue Ausnahmeregelung die Zahlung von Sysmin-Mitteln auf einen größeren Kreis von Staaten erweitert werden, die ebenfalls, wenn auch nicht so stark, von dem Export von Bergbau-Erzeugnissen abhängig sind.

Die industrielle Entwicklung in den AKP-Staaten soll weiterhin durch finanzielle und technische Zusammenarbeit gefördert werden. Zinsverbilligte Darlehen und Risikodarlehen der Europäischen Investitionsbank werden zur Schaffung und Erweiterung lebensfähiger Unternehmen der AKP-Staaten verwendet. Zielgruppen dieser Mittel sind vor allem sanierungsbedürftige bestehende Unternehmen und förderungswürdige kleine und mittlere Unternehmen.<sup>22)</sup>

Ein weiteres wichtiges Kapitel im Lomé-III-Vertrag ist das der Ernährungssicherheit dienende Programm der ländlichen Entwicklung und der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Terminus Ernährungssicherheit signalisiert, daß die ländlichen Entwicklungsprogramme und die Maßnahmen der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds neben der Erkundung von Diversifizierungsmöglichkeiten (z. B. Schaffung von Arbeitsplätzen) vor allem der Forcierung der landwirtschaftlichen Erzeugung für den Eigenbedarf dienen, während bisher die landwirtschaftliche Produktion für den Export im Vordergrund stand.<sup>23)</sup> In dieser Maßnahme schlägt sich die seit langem vehement vorgetragene Kritik nieder, die in den Entwicklungsländern für den Export

produzierten Nahrungsmittel dienten lediglich den überentwickelten Industrieländern und vergrößerten die Nahrungsmittelkrisen in den Entwicklungsländern.<sup>24)</sup> „Wir lassen unsere eigenen Pflaumen und Birnen an den Bäumen vergammeln und essen buchstäblich den Hungernden ihre Nahrungsmittel weg.“<sup>25)</sup>

Inwiefern diese o. g. Maßnahmen es wirklich schaffen, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der landwirtschaftlichen Erzeugung für den Eigenbedarf und der Erzeugung für den Export zu realisieren, darf mit gesunder Skepsis beurteilt werden.<sup>26)</sup>

Zur Förderung der integrierten, selbstbestimmten und sich selbst tragenden sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der AKP-Staaten setzt die EG mit 8,5 Mrd. ECU im Gesamtrahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit den größten Teil ihrer Lomé-III-Mittel ein. Katharina Focke hält diese finanzielle Ausstattung allerdings für unzureichend, um den zu bewältigenden Problemen gewachsen zu sein und die im Abkommen definierten Ziele zu realisieren.<sup>27)</sup>

Wichtigstes Finanzierungsinstrument ist der 6. Europäische Entwicklungsfonds mit 7,5 Mrd. ECU, in dem die 0,925 Mrd. ECU für Stabex und die 0,415 Mrd. ECU für Sysmin enthalten sind.<sup>28)</sup>

Betrachtet man das Vertragswerk unter der Doppelperspektive, inwiefern die EG damit zur Friedenssicherung beiträgt<sup>29)</sup> und welche Probleme sich bei dieser Entwicklungspolitik für das Ziel der Friedenserhaltung auftun werden, so läßt sich folgendes schlaglichtartig umreißen: Wie bisher wendet sich die EG vornehmlich mit diesem Vertrag an ehemalige europäische Kolonien, wodurch die Tilgung alter politischer Schulden fortgesetzt wird.

Die Regelungen über die handelspolitische Zusammenarbeit enthalten das Risiko, die AKP-Staaten auf eine zu starke Ausrichtung ihres Außenhandels auf die EG langfristig festzulegen. Der guten Absicht, den AKP-Staaten einen sicheren Absatzmarkt ihrer Produkte zu garantieren, wohnt somit (wenn wahrscheinlich auch ungewollt) die große Gefahr inne, die AKP-Staaten auf Gedeih und Verderb wirtschaftlich dem Wohlwollen der EG auszuliefern. Für Kritiker der EG ist dann schnell der Beweis für einen subtil wirkenden Neokolonialismus im Tarnkleid solidarisch gemeinter Entwicklungshilfe erbracht. Tatsächlich dürfte es von der zukünftigen Genese des weltwirtschaftlichen Geschehens abhängen, inwiefern dieser Vertragsteil eher zur Förderung oder eher zur wirtschaftlichen Knebelung der Entwicklungsländer führt. Die unzweifelhafte Abhän-

gigkeit vieler Entwicklungsländer von Rohstoffexporten und der Preisverfall der von Entwicklungsländern 1985/86 exportierten Rohstoffe um ca. 60 Mrd. Dollar (weltweit) zeigt, wohin die Entwicklungsländer bei einer solchen Welthandelsstruktur getrieben werden können.<sup>30)</sup>

Während also die weltwirtschaftliche Entwicklung u. U. die entwicklungspolitische Tätigkeit der EG konterkarieren könnte<sup>31)</sup>, wird es darauf ankommen, daß die EG die nationalen Egoismen und ihre internen Konfliktpotentiale minimiert, ihre Fähigkeit zur adäquaten Beschlußfassung maximiert und somit flexibel und mit angemessener Geschwindigkeit auf potentielle Veränderungen in der Weltwirtschaft reagiert. Neuerdings wird die Handlungsfähigkeit der EG nach vielen Unkenrufen ja in gewissem Maße positiv beurteilt.<sup>32)</sup>

Einen besonderen Prüfstein wird hier die Süderweiterung der EG bilden. Einerseits werden sich damit zusätzliche Verteilungskonflikte zwischen den neu eingetretenen EG-Mitgliedern Spanien und Portugal und z. B. dem Altmittglied Italien im Hinblick auf bestimmte Südfrüchte, Weine und dergleichen ergeben. Dies wird die Handlungsfähigkeit der EG ganz gewiß nicht erhöhen. Andererseits werden durch die von den Neumitgliedern zusätzlich auf den EG-Agrarmarkt gebrachten Produkte die Handels- und Lieferungsabkommen mit Entwicklungsländern tangiert: Beispielsweise werden die von Spanien produzierten Südfrüchte und sein Olivenöl für Marokko und Tunesien traditionelle Absatzmärkte verschließen.<sup>33)</sup>

Das wichtigste Finanzierungsinstrument der EG-Entwicklungspolitik, der Europäische Entwicklungsfonds, der auch die Stabex- und Sysmin-Mittel umfaßt, wird sich wahrscheinlich schon bei relativ geringen weltwirtschaftlichen Turbulenzen als unfähig erweisen, die Ziele des Lomé-III-Vertrages zu realisieren und damit die entwicklungslanderinterne wie auch die internationalen ökonomischen Ungerechtigkeiten abzubauen. Bereits 1980 und 1981 wurden beispielsweise wegen der weltweiten Wirtschaftskrise und des Verfalls der Rohstoffpreise die Fonds-Mittel des Stabex-Systems durch die legitimen Forderungen der AKP-Staaten deutlich übertraffen.<sup>34)</sup>

Von der Fähigkeit der EG, die weltweiten Wirtschaftskrisen, Rohstoffprobleme etc. zu überwinden und damit die eigenen sensiblen Sektoren wie die Stahlbranche u. v. a. m. zu sanieren, wird es auch zukünftig abhängen, ob die EG den Umfang ihrer Entwicklungspolitik erhalten oder sogar ausweiten

kann; denn nur eine Überwindung der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird der Beschneidung der Ausgaben für die Entwicklungshilfe durch eine restriktive Fiskalpolitik und den Tendenzen zum Protektionismus gegenüber Importen aus Entwicklungsländern ein Ende bereiten. Erfolgreiche Friedenspolitik durch Entwicklungshilfe wird die EG auch nur dann betreiben können, wenn sie einen besonderen Teufelskreis aufzubrechen versteht: den Hunger in Entwicklungsländern durch den Überflußkonsum in Europa.<sup>35)</sup> Während also einerseits Futtermittel aus Entwicklungsländern in die EG eingeführt werden und die EG-Fleischproduktion durch die EG-Bauern weiter ausgebaut wurde, existiert in Entwicklungsländern unvorstellbare Nahrungsmittelknappheit und in Europa ein unsinniges Agrarsubventionierungssystem, ohne daß es gelänge, die landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland zu sichern und Agrarüberschüsse sowie Subventionen in der EG insgesamt abzubauen.<sup>36)</sup>

Um die EG-Entwicklungspolitik effizienter zu machen und evtl. noch umfangmäßig zu steigern, wird es notwendig sein, eine Kooperation der Entwicklungshilfemaßnahmen zwischen der EG, nationalen und internationalen Organisationen und den Entwicklungshilfemaßnahmen der einzelnen Staaten, insbesondere der einzelnen EG-Staaten zu realisieren. Gerade die Erkenntnis der mangelnden Effizienz des Mitteleinsatzes hat in Lomé III zur Konzentration auf die Landwirtschaft und damit auf die Sicherung der Ernährung geführt. In welchem Maß die in Lomé III festgelegten Maßnahmen tatsächlich das Ziel einer Wiedererlangung der ernährungswirtschaftlichen Eigenständigkeit der Drittweltländer realisieren können<sup>37)</sup>, läßt sich nicht mit Sicherheit prognostizieren. Diese Zielrealisation wird einerseits von einer sachadäquaten Umsetzung der Lomé-III-Maßnahmen im Landwirtschaftssektor abhängen, andererseits wird man aber langfristig nicht um die Durchführung von tiefgreifenden Agrarreformen mit einer Umverteilung von Reichtum und Macht in den Entwicklungsländern herumkommen.<sup>38)</sup>

Allzu lange sind solche Agrarreformen jedoch am Widerstand der jeweiligen Eliten gescheitert. Es muß politisch noch viel bewegt werden, bis Willy Brandts Wort Realität geworden ist: „Unser Europa muß sich vor allem auch als Macht des Friedens bewähren. Und es muß seinen Beitrag dazu leisten, daß der tiefe Graben zwischen den reichen und armen Völkern dieser Welt zugeschüttet wird.“<sup>39)</sup>

## Anmerkungen

- 1) von der Groeben, Hans, Die Europäische Gemeinschaft, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Weltpolitik. Strukturen - Akteure - Perspektiven, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 217, Bonn 1985, S. 361 - 377, hier S. 366
- 2) Frisch, Dieter, Europäische Entwicklungspolitik - Ein neuer Anlauf, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Heft 1/1983, S. 17. Eine ausgewogene Kritik der Lomé-Politik findet sich auch bei Betz, Joachim, Die Neuverhandlung des Lomé-Abkommens, in: Jahrbuch Dritte Welt 1985. Daten, Übersichten, Analysen, München 1985, S. 71 - 86
- 3) Vgl. Blessing, Otto/Terhatz, Rolf, Die Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Handreichungen für den Pädagogen, Troisdorf 1973, S. 10 f.
- 4) Vgl. Brandt, Willy, Wandel tut Not: Frieden, Ausgleich, Arbeitsplätze, in: Das Überleben sichern. Der Brandt-Report. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1981, S. 19
- 5) Eppler, Erhard, Frieden - Ökologie - Entwicklung, in: Jahrbuch Dritte Welt, Bd. 1, Daten, Übersichten, Analysen, München 1983, S. 20 - 29, hier S. 28
- 6) Vgl. Bohnet, Michael (Hrsg.), Das Nord-Süd-Problem. Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, München 1971, S. 9
- 7) Vgl. Schwartz, Lothar, Hunger und Rüstung, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 11/1984, S. 1083 - 1087, dazu auch bereits Metall, Heft 25/26 (1981), S. 14 ff. und neuerdings Aktuell '87 - Das Lexikon zur Gegenwart, Dortmund 1986, S. 88
- 8) Vgl. Aktuell '87, S. 88
- 9) Vgl. Pirkl, Fritz, Entwicklungshilfe als konkrete Friedenspolitik, in: Politische Studien, Sonderheft 1/1981, S. 12 f.
- 10) Vgl. Mayer-List, Irene, Die Rechnung der Buchhalter, in: Die Zeit, Nr. 15, 4. April 1986
- 11) Vgl. Aktuell '87, S. 88
- 12) Vgl. Blüthmann, Heinz u. a., Revolte der Schuldner, in: Die Zeit, Nr. 10, 27. Februar 1987, S. 23 f., ebenso Knips, Walter, Aus der Zinsknechtschaft, in: Der Spiegel, Nr. 9/1987, 23. 2. 1987, S. 150 und Brasilien ist nahezu pleite, in: Frankfurter Rundschau, 21. 2. 1987, S. 6
- 13) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 23. 2. 1987
- 14) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 13. 1. 1982, S. 5
- 15) Zu den Ergebnissen vom Lomé III vgl. Le Courrier, Nr. 89, Januar/Februar 1985, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 2/1985, Neues AKP-EWG-Abkommen (Lomé III), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1985, S. 74 f., ders. (Hrsg.), Journalistenhandbuch 1985, Bonn 1985, S. 131 f., Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Hrsg.), Das Lomé-Abkommen in seiner praktischen Handhabung: Erfahrungen und Perspektiven, Brüssel 1985, ders. (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt, Stichwort Europa 9/85, Brüssel 1985, S. 7 ff.
- 16) Vgl. Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, S. 3
- 17) Vgl. ebd., S. 7
- 18) Vgl. Senghaas, Dieter, Autozentrierte Entwicklung, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Unterentwicklung und Entwicklung: Theorie - Strategien - Indikatoren, Hamburg 1982, S. 359 - 379, bes. S. 364
- 19) Vgl. Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, S. 7
- 20) Krättschell, H./Renner, G., Die Europäische Gemeinschaft, Informationen zur politischen Bildung, Heft 213, S. 30
- 21) Vgl. Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, S. 12
- 22) Vgl. ebd., S. 16
- 23) Vgl. ebd., S. 19 f.
- 24) Vgl. z. B. Strahm, Rudolf H., Überentwicklung - Unterentwicklung. Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, Gelnhausen, Berlin, Stein 1981, S. 75 und Der Fischer Öko-Almanach. Daten, Fakten, Trends der Umweltdebatte, hrsg. von Gerd Michelsen und dem Öko-Institut Freiburg, Frankfurt a. M. 1984, S. 308 f.
- 25) Die Pleite der Entwicklungshilfe, Streitgespräch zwischen Willy Brandt und Brigitte Erler über die negativen Folgen der westlichen Politik in der Dritten Welt, in: Die Zeit, Nr. 46, 8. November 1985
- 26) Eine ausgewogene Darstellung der Probleme geeigneter Agrarstrategien für die Dritte Welt liefert Matzke, Otto, Hunger und Ernährung. Agrarstrategien für die Dritte Welt, in: Nohlen/Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, S. 195 - 210
- 27) Vgl. Focke, Katharina, Das dritte Abkommen von Lomé: Fortschritt mit Fragezeichen, in: Integration, Heft 4/1985, S. 143 - 147, hier S. 145
- 28) Vgl. Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, S. 21 ff.
- 29) Zum Stand wissenschaftlicher Erforschung der Wirkungen von Entwicklungshilfe vgl. Agarwal, Jamuna, P./Dipl., Martin/Glismann, Hans H., Wirkungen der Entwicklungshilfe. Bestandsaufnahme und Überprüfung für die zweite Entwicklungsdokade, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wissenschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 50, Köln 1984, besonders S. 137 ff.
- 30) Vgl. Aktuell '87, S. 88
- 31) Vgl. dazu Dauderstädt, Michael u. a., EG-Politik der Zusammenarbeit in Entwicklungsländern, Forschungsbericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 25, Köln 1982
- 32) Vgl. Von der Vring, Thomas, EG und Süderweiterung, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 11/1985, S. 1018
- 33) Vgl. Rhein, Eberhard, Der Schwerpunkt verschiebt sich nach Süden, in: EG-Magazin, Heft 9/10 (1985), S. 10
- 34) Vgl. Sharma, Yojana, Welche Zukunft für Stabex? in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Heft 11/1983, S. 6 f.; zur Kritik am Stabex-System vgl. auch Draisma, Tom, Wie ernst meint es die EG? Die Entwicklungspolitik der EG und Lomé III, in: Der Überblick, Heft 2/1984, S. 66 - 69, bes. 67 f.
- 35) Vgl. dazu Hunger durch Überfluß? Arbeitshilfe zum Jahresthema Brot für die Welt 1981/82, Stuttgart 1981 und Hunger durch Überfluß? Arbeitshilfe zum Jahresthema Brot für die Welt 1982/83, Stuttgart 1982; zur Kritik an den Agrarexporten vgl. auch Der Überblick, Heft 1/1983 (zahlreiche Beiträge zum Themenschwerpunkt „Hunger durch Überfluß“) und Schumann, Harald, Im Dienst der europäischen Futterträge. Sojaexporte aus Brasilien und ihre Folgen, in: Der Überblick, Heft 3/1984, S. 45 - 48
- 36) Vgl. dazu auch Hauser, Erich, Hunger durch Europas Überfluß? in: Frankfurter Rundschau, Nr. 234, 17. 10. 1984; vgl. zu diesem Problem auch den Bericht über die aktuelle Welternährungslage in: Der Fischer-Welt-Almanach 1987, Frankfurt a. M. 1986, Spalte 809 ff.
- 37) Vgl. dazu Betz, Joachim, Lomé III: Bewahrung des Erreichten und Priorität für die Landwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/85, 6. Juli 1985, S. 17 - 26, bes. S. 20
- 38) Vgl. dazu Elsenhans, Hartmut, Agrarreform in der Dritten Welt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/86, 19. 4. 1986
- 39) Brandt, Willy, Vorwort in: Dokumente zur Europapolitik, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1978, S. 4

# Jürgen Bellers Thesen zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft

*Dr. Jürgen Bellers, Jahrgang 1951, Privatdozent, ist Hochschulassistent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster; Veröffentlichungen: Reformpolitik und EWG – Strategie der SPD, München 1979; Politische Philosophie, Internationale Politik und Politische Moral, Münster 1982.*

Die europäische Entwicklungspolitik gehört zu den wenigen Hoffnungsschimmern am entwicklungspolitischen Himmel. Dies ist zunächst einmal zu sehen vor dem Hintergrund der historisch bedingten Grundlinien und Grundbedingungen des europäischen Integrationsprozesses.

## Grundlinien der Entwicklungspolitik der EWG/EG seit 1958

Bedingt durch die Entstehungsgeschichte, ist die europäische Entwicklungspolitik von ihrem Anfang bis heute im wesentlichen auf den afrikanischen Kontinent konzentriert. Darauf hatte die französische Regierung bestanden, die ihren afrikanischen Kolonialbesitz zumindest in den entstehenden zollfreien Raum der EWG einbezogen wissen wollte. Auch wenn der geographische Einzugsbereich vor allem durch die Verträge von Lomé seit 1975 um Teile des vormaligen britischen Kolonialreiches erweitert wurde, auch wenn sich die EG (die ja im Bereich der Außenhandelspolitik quasi der europäischen Souveränität ist) um meist nichtpräferentielle Handelsabkommen (Abkommen ohne Zollbegünstigung) mit Staaten und regionalen Integrationsgebilden außerhalb Afrikas bemüht (man denke nur an das Kooperationsabkommen mit der ASEAN-Staatengruppe), auch wenn ein Teil der Zollpräferenzen, insbesondere die im Rahmen des GATT vereinbarten, von der EG global gewährt wurden; auch wenn die europäische Nahrungsmittelhilfe weltweit vergeben wird; und auch wenn die EG-Kommission am Nord-Süd-Dialog im Rahmen der UN und anderer Gremien teilnimmt, so bleibt doch der regionale Schwerpunkt der EG-Entwicklungspolitik in Afrika, vor allem Schwarz-Afrika, bestehen.

Auch wenn diese regionale Konzentration ursprünglich kolonialistisch motiviert war, so hat sie sich doch zum Positiven gewendet, da sie eine multilaterale Entwicklungspolitik mit einer gesamten Staatengruppe ermöglichte.

## Das Prinzip der Multilateralität

Die EG, ein Zusammenschluß mehrerer Nationalstaaten, neigt infolge dieser Grundbedingung dazu, nicht primär mit je einzelnen Drittstaaten zweiseitig-bilateral zu verhandeln, sondern vorrangig mit eben solchen Integrationsgebilden wie sie es selbst ist: die ASEAN-Staatengruppe Südostasiens, der Andenpakt, die ost- und westafrikanischen Wirtschaftsintegrationen sind Partner auf einer mehrseitig-multilateralen Basis.

Die EG fördert geradezu – bewußt in den entwicklungspolitischen Lomé-Verträgen der EG seit 1975 – die übernationale Zusammenarbeit zwischen den ihr verbundenen („assozierten“) Entwicklungsländern, z. B. durch Anerkennung des „Prinzips des kumulativen Ursprungs“. Danach können Waren in mehreren der EG assoziierten Staaten produziert und verarbeitet werden, ohne daß der dann schließlich in die EG exportierende Staat – quasi einem Ursprungsland gleichgestellt – die Zollpräferenz verliert. Dieser integrationsfördernde Effekt der EG-Entwicklungspolitik trägt tendenziell und potentiell zu einem Abbau der Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd bei, indem die 3. Welt durch Gemeinschaftsbildung gestärkt wird. Mit dem Prinzip der Multilateralität läßt sich auch erklären, warum sich die EWG/EG schon im ersten entwicklungspolitischen Vertrag mit afrikanischen Staaten, dem „Jaunde-Abkommen“ von 1963, bereit erklärte, die Erlöse von Entwicklungsländern aus dem Export ihrer Rohstoffe weitgehend auf einem längerfristig stabilen Niveau zu halten, um möglichst deren Budgets vor den Schwankungen der internationalen Preise zu schützen. Dies wurde später im sog. Stabex/Sysmin-System der Lomé-Verträge weiter ausgebaut. Nur auf multilateraler Basis lassen sich solche Erlöse stabilisieren, nicht jedoch im bilateralen Verkehr, da hier die Warenmassen zu gering sind.

## Übertragung von EG-internen Grundsätzen auf deren Außenbeziehungen

Analog zum Aufbau der innergemeinschaftlichen Beziehungen (Ministerrat, Parlament, usw.) wurden bereits im Jaunde-Vertrag von 1963 die Beziehungen der EG zu den assoziierten Staaten gestaltet. Es wurden u. a. ein Assoziationsrat und ein Assozia-

tionsausschuß sowie eine Parlamentarische Konferenz institutionalisiert, die sich – versehen mit Beratungs- und Informations-, aber auch mit Beschlußfunktionen – aus Vertretern des EWG-Ministerrates, der Kommission und der Assoziierten zusammensetzt, bzw. paritätisch aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Parlamente der assoziierten afrikanischen Staaten.

Ein Grundelement des EWG-Gründungsvertrages von 1958 ist der Abbau von Zöllen und sonstigen wirtschaftlichen Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft. Dieses liberalistische Grundprinzip wurde auf die euro-afrikanischen Außenwirtschaftsbeziehungen übertragen. Die Liberalisierung wurde vor allem für die halb- und vollverarbeiteten Produkte (z. B. Maschinen) realisiert, weniger in sensiblen Bereichen z. B. des EG-Agrarmarktes. Durch das zunehmende Aufkommen nicht-tariffähiger Protektionsmechanismen (z. B. DIN-Normen, nationale Gesundheitsvorschriften) zur Abwehr ausländischer Produkte verlagern sich neuerdings die Probleme beim Freihandelsziel.

Die internationale Institutionalisation vermag die Kraft der Dritten Welt zu stärken, indem ihr formelle und dauernde Möglichkeiten zur Artikulation ihrer Interessen gegeben werden. Der Freihandel ermöglicht zumindest, daß die 3. Welt ihre Produkte leichter absetzen kann, um damit die Devisen zu erwirtschaften, die zur Industrialisierung (Kauf von Maschinenanlagen) notwendig sind.

## Soll und Haben

### *Positiva*

Ist der multilaterale Ansatz der EG-Entwicklungspolitik positiv zu beurteilen, da er den Handel und die politischen Kontakte zwischen den Assoziierten forcieren kann, so findet dies durchaus seine Ergänzung in der Orientierung auf den EG-Markt, wie er durch die Freihandelszone zwischen der EG und den assoziierten Staaten bedingt ist. Überhaupt ist die EG-Entwicklungspolitik aufgrund der relativen Unabhängigkeit der EG-Kommission, aufgrund deren allparteilichen Zusammensetzung und wegen des vergleichsweise hohen Konsensgrades im Europäischen Parlament nicht so schnell modischen Wenden in der Entwicklungspolitik unterworfen, wie das in Nationalstaaten der Fall sein kann. Daraus erklärt sich auch die hohe Lernbereitschaft. Erinnerung sei nur an das geänderte entwicklungspolitische Konzept der Kommission vom November 1982, das die Prioritäten neu definierte: Verstärkte eigenständige Entwicklung des Landes (insbeson-

dere der Landwirtschaft) mit dem Ziel einer Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln; eine stärkere Beachtung der soziokulturellen Rahmenbedingungen von Entwicklungspolitik; der Einsatz angepaßter Technologien; eine Förderung der Umweltpolitik; eine Ergänzung der Nahrungsmittelhilfen durch umfassende Strukturmaßnahmen, um deren negative Effekte aufzufangen.

Die regionale Konzentration der EG-Entwicklungspolitik auf Afrika ist nicht nur kritisch zu sehen: Sie ermöglicht eine größere Konzentration und überörtliche Programmierung der Mittel und Projekte. Eher besteht die Gefahr, daß die EG-Entwicklungspolitik – aufgrund des Druckes von bisher nicht beteiligten Dritte-Welt-Staaten – immer „globaler“ wird und damit an Profil verliert (Stichwort: Finanzielle Mittel für die Contadora-Staaten), auch wenn dadurch die seit langem beklagte Unterscheidung von Assoziierten und nicht an den Lomé-Verträgen beteiligten Drittstaaten beseitigt werden würde.

In das Urteil über die europäische Entwicklungspolitik müssen die außenpolitischen Aktivitäten der in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, der EPZ, zusammengeschlossenen EG-Staaten einfließen: Der politischen und finanziellen Unterstützung für die südafrikanischen „Frontstaaten“, die dem Vertragswerk von Lomé angehören, gegen die Aggressionen und Gefährdungen seitens der rassistischen Republik Südafrika, ist neuerdings die positive Haltung gegenüber der Contadora-Gruppe hinzuzufügen. Die EG kann – als nichtmilitärische und daher glaubwürdige Zivilmacht – in solchen Konflikten vielleicht sogar die Rolle eines vermittelnden Dritten übernehmen. Die Grenzen eines solchen Versuches zeigen jedoch der gescheiterte euro-arabische Dialog sowie die heftigen Proteste der USA gegen die europäischen Interventionen in „ihrem Hinterhof“ Mittelamerika.

Die an sich positiven großraumwirtschaftlichen Erlöts-Stabilisierungen (Stabex/Sysmin) sind allerdings in ihren Auswirkungen zweischneidig: Einerseits sichern sie für einen begrenzten Zeitraum die Exporteinnahmen von assoziierten Staaten, andererseits konservieren sie aber auch die z. T. einseitige Exportorientierung dieser Staaten (Monostrukturen), die zu begrenzen auch zu den Zielen der EG-Entwicklungspolitik gehört, da eine einseitige Exportorientierung ohne gleichzeitigen Ausbau der Binnenwirtschaft die Unterentwicklung verstärkt.

### *Negativa*

Trotz aller Fortschritte bleibt die Entwicklungs-

politik der EG unvollständig: Die Marktöffnung der EG ist aus Furcht vor Konkurrenz bei sog. sensiblen Produkten (Agrar-, Textilprodukten) zeitlich und mengenmäßig beschränkt. Der Handel EG-Assoziierte konnte zwar ausgeweitet werden, deren Anteil am gesamten EG-Handel stagniert aber um 7 Prozent mit sinkender Tendenz. Die Handelsstruktur ist weiterhin stark unausgewogen zu Lasten der Entwicklungsländer (Grund- und Rohstoffe der 3. Welt gegenüber Fertigwaren der Industrieländer) sowie konzentriert auf wenige Produkte (Erdöl, Kaffee) und Länder (Nigeria, Elfenbeinküste, Zaire). Zudem kann die EG zum Schutz ihrer Industrien gegen 3. Welt-Importe quasi-protektionistische Klauseln zur Anwendung bringen, wenn ein Wirtschaftsbereich der EG ernsthaft beeinträchtigt wird. Die Gefahr dieser Bestimmung wird kaum dadurch gemildert, daß nach Lomé II (Art. 12) vor Verhängung einer solchen Maßnahme eine Pflicht zur Konsultation der AKP-Gruppe besteht. Auch genügt die Androhung einer solchen Maßnahme, um den „Assoziierten“ ggf. zum Einlenken zu zwingen. Das nennt man dann „freiwillige“ Abkommen zur „Selbstbeschränkung“ des 3. Welt-Exports. Ein positiv verändertes Verhalten der EG setzte allerdings eine konsequente europäische Umstrukturierungspolitik voraus (z. B. in dem Sinne, daß bestimmte Branchen in Europa zugunsten deren Verlagerung in die 3. Welt preisgegeben werden, bei gleichzeitiger Schaffung neuer hochtechnologischer Industrien im Norden zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit). Auch eine Koordination der EG-Teilpolitiken wäre notwendig, so daß z. B. die EG-Agrarpolitik nicht mehr der EG-Entwicklungspolitik widerspricht (z. B. beim EG-Agrarprotektionismus, der 3. Welt-Agrar-Importe sehr erschwert).

Gerade aber, was den EG-Agrarprotektionismus betrifft, kommen hier allgemeine politische Probleme struktureller Art zum Vorschein: Es ist auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich, daß die Bundesrepublik Deutschland Agrarpreissenkungen in größerem Umfang zustimmen will, und daß Frankreich seine preisgünstigen weltweiten Agrarexportoffensiven aufgibt. Dafür sind in beiden Ländern die Bauernverbände zu stark, so daß die hier marktwirtschaftliche Politik der Briten nicht zum Tragen kommt. Der EG-Entscheidungsmechanismus unterliegt in diesem Bereich einer Selbstblockade, die allerdings in der Dritten Welt als Benachteiligung der Entwicklungsländer wahrgenommen wird.

Unter dem Aspekt des EG-Entscheidungsmechanismus ist ein weiteres, auch entwicklungspolitisch

wichtiges Phänomen zu betrachten, nämlich die Neigung, unterschiedlichste Problembereiche zu komplexen „Paketen“ zusammenzuschneiden und sie dann nur gemeinsam zu beschließen. Dies wirkte sich z. B. im Frühjahr 1982 sehr negativ aus, als die EG-Außenminister die britische Position im Falkland/Malvinas-Konflikt u. a. deshalb unterstützten, weil sie sich dafür eine britische Kompromißbereitschaft in der Frage des EG-Haushaltes erhofften. Dabei bedachten sie wohl nicht, daß diese europäische Stellungnahme (inkl. des Embargos gegen Argentinien) dort und insgesamt in Lateinamerika wie genitien) dort und insgesamt in Lateinamerika wie ein Schock wirkte.

#### **Perspektiven für die EG-Entwicklungspolitik**

Zwei Bereiche dürften in der Zukunft verstärkt diskutiert werden:

1. Das Verhältnis von Assoziierten und Nicht-Assoziierten zur EG. Hier bedarf es eines arbeitsteiligen Konzeptes: Finanzielle Hilfen nur für die Assoziierten, um die Ressourcen der EG nicht allzusehr zu strapazieren; politische Unterstützung für Drittstaaten in Asien und Lateinamerika. Um neben der Contadora-Politik ein weiteres Beispiel zu nennen: Das Europäische Parlament (u. a. die Abgeordneten Linkohr und Salisch) hat sich intensiv bemüht, mit lateinamerikanischen Parlamenten in engen Kontakt zu treten, um derart gemeinsam und auf der Basis der Gleichberechtigung die Demokratien dort zu stabilisieren. (Analoges gilt z. B. für die Beziehungen des DGB zu den lateinamerikanischen Gewerkschaften). In diesem Sinne wäre ggf. das von der EG seit längerem praktizierte Konzept des „Politikdialoges“ zu erweitern: Man muß mit den jeweiligen Eliten der 3. Welt in ein Gespräch über die Möglichkeit von Demokratie kommen.

2. Das Konzept von Entwicklungspolitik. Woran weiter gearbeitet werden mußte, ist die Erstellung eines entwicklungspolitischen Konzeptes für die Nationalstaaten *und* für die EG, das sowohl die Bewältigung der Notlagen in der Dritten Welt wie auch die Steuerung des Umstrukturierungsprozesses in den Industriestaaten (Arbeitslosigkeit) programmatisch als wechselseitig sich bedingende Problembereiche zu fassen vermag. Ansätze hierzu gibt es im „Brandt-Report“ sowie im Vorschlag eines Marshall-Planes für die Dritte und Vierte Welt: Durch entwicklungspolitisch sinnvolle Exporte in die 3. Welt könnte sowohl ein Beitrag zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Norden wie auch ein Beitrag zur Industrialisierung der Dritten Welt (und damit auch zur Arbeitsplatzbeschaffung dort) geleistet werden.

## Aufstieg und Niedergang der Großmächte

Die ausklingende Reagan-Epoche in den USA hat einen kompetenten Beschreiber ihrer Grundstimmung gefunden. Dieses Buch des 43jährigen Yale-Professors Paul Kennedy, eines gebürtigen Engländers wohlgemerkt, bildet seit Monaten den Hauptgesprächsstoff nicht nur in amerikanischen Intellektuellenkreisen, sondern in einer breiteren Öffentlichkeit. Seine zentrale These ist beunruhigend, ja alarmierend: Die USA, so heißt es dort, haben den Zenit ihrer Macht überschritten; wie andere große Reiche der Geschichte, die der Versuchung „imperialer Überdehnung“ erlagen, seien sie heute in eine Phase des Niedergangs eingetreten.

*The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000* von Paul Kennedy. London, Sidney, Wellington, 1988.

Kennedy belegt seine These durch einen Rückblick auf die letzten 500 Jahre der Geschichte. Dabei beschränkt er sich im wesentlichen auf europäische Schauplätze, bezieht aber auch das China der Ming-Dynastie, die Osmanen, das Reich der Mongole sowie Japan in seine Betrachtung ein. In bester angelsächsischer Tradition erfaßt er geschichtliche und politische, aber auch wirtschaftliche und sozialpsychologische Tatbestände. Das daraus entstehende Gesamtbild ist von einer imponierenden Spannweite.

Ausdrücklich verzichtet Kennedy auf einen theoretischen Überbau, wie dies etwa Oswald Spengler mit seiner Kulturzyklentheorie in dem ähnlich angelegten „Untergang des Abendlandes“, einem Schlüsselbuch der Weimarer Republik, angestrebt hat. Mit britischem Pragmatismus leuchtet er hinter den Vorhang geschichtlicher

Gesetzmäßigkeiten, die Großmächte hervorbringen und wieder vergehen lassen. Bei allen großen Prozessen der Weltgeschichte, so befindet er, seien Veränderungen im militärischen Gleichgewicht durch wirtschaftliche Kräfteverlagerungen hervorgerufen worden. Hatte sich einmal eine Großmacht etabliert, so konnte sie ihren Status nur aufrechterhalten, wenn sie es verstand, die widerstreitenden Bedürfnisse von Verteidigung, Verbrauch und Investition in ein Gleichgewicht zu bringen. Jedoch sei dazu keine Großmacht auf Dauer in der Lage. Denn – siehe USA heute – habe sie sich einmal ein Machtstellung errungen, so müsse sie immer größere Mittel für dessen militärische Absicherung aufwenden. Dies ruiniere schließlich ihre wirtschaftliche Basis und leite den Niedergang ein.

Der historischen Analyse läßt Kennedy im letzten Teil seines Buches einen Blick in die Zukunft folgen. Dabei sagt er insgesamt eine Tendenz zur multipolaren Auflockerung des spätestens seit 1943 von den USA und der Sowjetunion bestimmten internationalen Staatengefüges voraus. Im einzelnen untersucht er China, Japan, die EG, die SU und die USA als die fünf großen politisch-wirtschaftlichen Machtzentren der Gegenwart, von denen er annimmt, daß sie in den nächsten Jahren die Szene beherrschen werden. Dabei gelten ihm China und Japan als aufstrebende Mächte; der einen sagt er einen raschen dynamischen Aufstieg, der anderen Erhalt und Ausbau der errungenen Machtstellung voraus. Skeptisch hingegen fällt sein Urteil zur EG aus, der er aufgrund ihrer inneren Schwächen einen „relativen Niedergang“ für die Zukunft bescheinigt. Ebenfalls zurückgehen sieht Kennedy die Macht der bisherigen Großmächte Sowjetunion und USA. Beide laborierten an den Folgen eines militärischen „overcommitment“, wobei allerdings die Ausgangslage der USA wegen ihrer immer noch erheblichen industriellen und technologischen Potenz ungleich besser sei. Ken-

neddy schloß sein Buch Mitte 1986 ab, weshalb seine Voraussagen in Teilen bereits heute revisionsbedürftig sind: er beurteilt die SU vor Einsetzen der Reformen Gorbatschows, die EG vor dem Beschluß zur Einführung des Binnenmarktes im Jahre 1992 – zwei Prozesse, die durchaus geeignet sind, neue Akzente in das von ihm gezeichnete machtpolitische Bild der Zukunft zu setzen.

Kennedy ist Mitauslöser einer USA-„Niedergangsliteratur“, die auf dem Markt gegenwärtig Konjunktur hat. Hierher gehören etwa Alan Blooms „Closing of the American Mind“ mit den niederschmetternden Aussagen zur Effizienz des amerikanischen Bildungssystems oder David Calleos „Beyond American Hegemony“, auch der in der Bundesrepublik soeben erschienene Band von Reinhard Rode über den „Niedergang der amerikanischen Wirtschaft“. Sie alle untersuchen Gründe für ein sich abzeichnendes Ende der hegemonialen Phase amerikanischer Weltmacht und werfen auch ein Schlaglicht auf die politische Befindlichkeit am Ausgang der Präsidentschaft Reagans, die von Zukunftsgewißheit und zunehmenden Selbstzweifeln geprägt ist.

Dabei bleibt zu beachten, daß gerade Kennedys Werk – zweifellos das brillianteste und meistbeachtete aus der Reihe der „Niedergangsbücher“ – tagespolitische Aktualität hat. Wenngleich von rechten Anhängern Reagans heute als „liberaler Defätismus“ verschrien, gibt es doch jedem US-Präsidenten triftige Argumente zur Hand, um die militärische Bürde der USA zu reduzieren – sei es durch Verlagerung der Last auf die Schultern der Verbündeten („burden-sharing“), oder aber durch eine Politik konsequenter Rüstungsbeschränkung und -kontrolle. Erste Äußerungen des demokratischen Kandidaten Dukakis zu seiner künftigen Sicherheits- und Außenpolitik lassen erkennen, daß ihm die Thesen Kennedys wohl geläufig sind. Man wünscht dem Buch eine baldige deutsche Übersetzung. Dieter Boden

## Zur Kontinuität sozialdemokratischer Geschichtsdarstellung

Wolfgang Ruppert: *Fotogeschichte der deutschen Sozialdemokratie*. Herausgegeben von Willy Brandt. Siedler Verlag, Berlin 1988, 368 S., DM 45,-.

Es ist schon etwas merkwürdig, wie Kontinuität in der Pflege sozialdemokratischer Tradition verstanden wird. Da ist jetzt just zum 125jährigen Parteijubiläum eine von Wolfgang Ruppert konzipierte „Fotogeschichte der deutschen Sozialdemokratie“ erschienen. Dieses Werk charakterisiert sich selbst so: „Zum ersten Mal entwirft eine erzählende Fotogeschichte der sozialen Demokratie ... ein Bild dieser großen demokratischen Bewegung.“ Dieser hohe Anspruch bedarf der korrigierenden Interpretation. Formal zutreffend ist, daß das dargebotene Material überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, aus Fotografien besteht, die zum großen Teil bisher nicht publiziert waren. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß bereits zum 100jährigen Jubiläum der SPD ein repräsentativer Bildband „1863 bis 1963 – Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie – Bilder und Dokumente“ im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Hannover erschienen ist. Dieser Band wurde von Georg Eckert unter Mitwirkung von Frolinde Balsler, Werner Conze, Ulrich Dübber, Willi Eichler, Susanne Müller, Otto-Ernst Schüddekopf, Wilhelm Wehner und Gerhard Wuthe herausgegeben. Das Geleitwort schrieb der damalige Parteivorsitzende Erich Ollenhauer. Der Quellennlage, vor allem für die Frühzeit der Arbeiterbewegung angemessen, enthielt diese Publikation neben vielen Fotos auch Zeichnungen, Gemäldereproduktionen und Faksimiles von Dokumenten, mit insgesamt 810 Abbildungen etwa doppelt so viel wie die jetzige Fotogeschichte mit ihren 413 Bildern.

Es ist verständlich, wenn ein vielbeschäftigter Mann wie der Ehrenvorsitzende der SPD diesen Sachverhalt nicht vor Augen hat. Ein umsichtiger Autor hätte dies aber wissen müssen und darauf hinweisen können. Im In-

teresse parteigeschichtlicher Kontinuität hätte es wohl angestanden, an das vorangegangene Werk, zu dem der Amtsvorgänger Willy Brandts das Vorwort schrieb, zu erinnern. Obwohl in der Einführung der Fotogeschichte von „Erinnerung“ als „Voraussetzung aufklärter Kultur“ und „Kontinuitäten“ die Rede ist, wird jedoch an keiner Stelle, auch nicht in den bibliographischen oder methodischen Anmerkungen darauf Bezug genommen.

Allerdings wird sich die Fotogeschichte ihrer anmaßlichen Einmaligkeit entheben und mit ihrem Vorläufer vergleichen lassen müssen. Dies kann auch nur der angemessene Duktus dieser Rezension sein. Denn in der Methode besteht eine weitgehende Übereinstimmung. Das betrifft die Untergliederung in Kapitel mit den sich anbietenden, wenn auch nicht völlig gleichen Zäsuren, einfließenden Kommentaren vor jeder Epoche, sowie kurzen erläuternden Texten zu den Bildern, die die Darstellung jeweils wesentlich prägen. Einige Dutzend Fotos sind identisch, andere nur durch einen geänderten Blickwinkel oder Ausschnitt unterschieden. Das kann auch gar nicht anders sein bei derselben Intention beider Werke, der optischen Darstellung sozialdemokratischer Parteigeschichte in ausgewählten Beispielen, die historische Zusammenhänge in zeittypischen Symbolen vermitteln will.

Unter Berücksichtigung dieses ergänzenden Hinweises hat die vorliegende Fotogeschichte durchaus bemerkenswerte didaktische Ansätze. Sie liegen vor allem in der prononciert ästhetischen und kulturgeschichtlichen Interpretation des Mediums Fotografie. Zum anderen ist die Fortschreibung sozialdemokratischer Entwicklung für den Zeitraum der letzten 25 Jahre seit 1963 eine wichtige Ergänzung. Damit ergeben sich auch inhaltlich unterschiedliche Akzentsetzungen. 1963 stand die Figur Friedrich Eberts im Mittelpunkt der Darstellung, erkennbar auch an der Kapitelüberschrift 1925, seinem Todesjahr. Dies erklärt sich wohl auch aus der Nähe der Autoren zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch Kurt Schumacher fand damals eine stärkere Beachtung. Jetzt werden

radikalere Positionen der frühen Weimarer Zeit wie auch in der Bundesrepublik deutlicher sichtbar. Das heißt jedoch nicht, daß die Fotogeschichte eine einseitige Tendenz hat. So ist etwa die Unterschrift zum Bild der Vereinigung zur SED 1946 gegenüber der kommunistischen Politik viel kritischer formuliert als in der 63er Darstellung.

1963, also lange vor dem „Neue-Heimat-Skandal“, stand die Leistung sozialdemokratisch und genossenschaftlich inspirierter Wohnungsbaupolitik im Vordergrund. 1988 sind Elemente der Alltagskultur des Arbeiterlebens stärker ausgeprägt. Diese begriffenswerte Akzentverschiebung erklärt sich allerdings auch aus dem verfügbaren Fundus anderer Veröffentlichungen des Kulturhistorikers Ruppert.

Das Image statischer Parteitagegruppenbilder wird zurückgedrängt. Dadurch wird die Darstellung weniger präntentios, sie gewinnt an Lebendigkeit. Manchmal wird allerdings das Prinzip der Herstellung allgemeiner soziokultureller Bezüge etwas überzogen. Die Vorführung des Modetanzes Twist (Bild 357) läßt zum Beispiel kaum noch einen Zusammenhang erahnen.

Insgesamt ist die Fotogeschichte eine angemessene, interessante Ergänzung zur Darstellung sozialdemokratischer Geschichte, vor allem auch als Zeugnis des sich wandelnden Selbstverständnisses einer großen demokratischen Partei. Zwar ist sie, wie Willy Brandt in seinem Vorwort anmerkt, ein „Beitrag zur Darstellung der demokratischen Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“. Sie ist jedoch auch als Verlegenheitslösung ein Beleg für ein andauerndes Defizit der Geschichtsschreibung. Das galt schon 1963, als Erich Ollenhauer den damaligen Band als „wichtige Vorarbeit“ bezeichnete und die Hoffnung auf eine historiographischen Ansprüche genügende umfassende und gütige Gesamtdarstellung der Geschichte der Sozialdemokratie ausdrückte. Diese Erwartung ist auch in den vergangenen 25 Jahren unerfüllt geblieben. Hoffen wir auf das Jahr 2013 und erfreuen wir uns vorerst an brillant gestalteten Bildbänden. *Gerhard Wuthe*

## Zur Sühne von NS-Verbrechen

Barbara Just-Dahlmann und Helmut Just:

*Die Gehilfen – NS-Verbrechen und die Justiz nach 1945. Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1988, 326 S., DM 38,-*

In der Adeauer-Ära wurden jahrelang NS-Verbrechen mit der Begründung verdrängt, ihre Ahndung hätten schon die alliierten Gerichte besorgt. Das bittere Erwachen kam 1958 mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß wegen Massenmorden an litauischen Juden. Die Gründung der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Ludwigsburg wurde unumgänglich. Hier war 1960 Frau Just-Dahlmann, eine Staatsanwältin, eine Zeitlang tätig. Der erschütternde Einblick in die NS-Verbrechen an Juden brachte sie – man muß es wohl so ausdrücken – zu ihrer Lebensaufgabe, bei der sie durch ihren Mann, einen Richter, unterstützt wurde. So ist dieser Band nicht nur eine Dokumentation über die Ahndung von NS-Verbrechen, sondern zugleich ein Bericht über das Leben engagierter Menschen, die mit unermüdlichen Aktionen vor allem über kirchliche Organisationen – beide sind führend in der evangelischen Akademikerschaft und in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit tätig – die Worte beherzigen, die in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem geschrieben sind und mit denen der Band schließt: „Verdrängen hält die Erlösung auf, Erinnern bringt sie näher.“

Aber der Band enthält noch mehr: er läßt – allerdings ohne Analyse – für die Dauer einer Generation die Einstellung von Juristen und Öffentlichkeit zur Ahndung des Holocausts erkennen. Der Rezensent darf hinzufügen, daß ihm hier ein Teil seines Berufslebens wieder vor Augen geführt worden ist, war er doch zur Zeit, als Frau Just-Dahlmann in der Zentralstelle in Ludwigsburg tätig war, Untersuchungsrichter im Verfahren betreffs des Konzentrationslagers Kulmhof, das in dem Band mehrfach erwähnt

wird. Er hat auch an der – gegen großen Widerstand durchgeführten – Sonderveranstaltung beim Deutschen Juristentag 1966 in Essen teilgenommen.

Die Aktionen der Autoren begannen mit Informationsvorträgen. So wies Frau Just-Dahlmann 1961 bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum auf den fehlenden Verfolgungseifer von Polizei und Justiz hin – mit dem Ergebnis, daß „ihr“ Justizminister Haußmann (FDP) von Baden-Württemberg vor dem Stuttgarter Landtag erklärte: „Ob aus ihren Äußerungen dienstrechtliche Folgerungen zu ziehen sind, wird z. Zt. noch geprüft“ (S. 71). Hintergrund war wohl nicht die Tendenz, NS-Täter zu schützen – natürlich waren auch Worte der Referentin in der Presse entstellend wiedergegeben worden –, sondern der autoritäre Zeitgeist, Kritik an Staatsorganen dürfe vor allem von Insidern nicht geäußert werden. Längst haben sich Justizminister an noch heftigere Kritik gewöhnt, und wenn sie zurückschlagen, so nicht mehr aus Gründen der Staatsräson, sondern aus politischen Interessen. Frau Just-Dahlmann wurde übrigens mit Hilfe von Juristen und Publizisten, vor allem aber der der SPD-Landtagsfraktion, voll rehabilitiert.

Ihr und ihres Mannes Engagement geht nunmehr erst recht der gerechten Betrafung von NS-Straftätern. Sie wandten sich gegen die herrschende Rechtsprechung, wonach die Massenmörder nur als Gehilfen (danach auch der Titel des Buches) des einzigen Täters Hitler bestraft wurden, mochten sie noch so initiativ und grausam gewesen sein. Diese juristische Konstruktion gibt den Gerichten die Möglichkeit, von einer lebenslangen Haftstrafe abzusehen und relativ milde Strafen zu verhängen: „Ein Toter gleich zehn Minuten Gefängnis.“

Auf das Bemühen der Autoren hin verfaßte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im März 1963 das „Wort zu den NS-Verbrecherprozessen.“ Weniger Erfolg hatten sie im Rechtsbereich. Von 58 1963 angeschriebenen Strafrechtslehrern antworteten nur 9. Nicht viel mehr Erfolg hatte eine Ansprache zwei Jahre später. Dabei gab es u. a. die patzige Ant-

wort: „Ich muß Sie schon bitten, es uns zu überlassen, wann wir als Mahner an die Öffentlichkeit treten“ (S. 204). Initiativen bei den Rechtszeitschriften führten auch zu nichts. NS-Prozesse wurden fast völlig als juristisch nicht relevant totgeschwiegen. Wohl aber gelang es ihnen, gegen größten Widerstand bei der Ständigen Deputation (worüber hier wohl zum ersten Mal berichtet wird) die schon angeführte Sonderveranstaltung des Juristentags 1966 zu erreichen. Sie kämpften dann gegen die Verjährung von NS-Verbrechen – auf die Debatten im Bundestag 1969 und 1979 ist zu verweisen – und für das Gesetz wider die Ausschwitzflüge von 1985. Natürlich hören sie jetzt nach ihrer Pensionierung nicht auf.

Eine Erklärung für die milden Urteile gegen NS-Massenmörder geben die Autoren allerdings nicht. Frau Just-Dahlmann hat dazu 1966 in einem Interview ausgeführt: „Es ist für mich selbst ein unerklärliches Phänomen, dessen Klärung in den Bereich der Psychologen fallen dürfte“ (S. 242). Auch heute wird nicht mehr gesagt, wird nicht begründet, wie unpopulär die Strafverfolgung ist, da ja die ältere Generation insgesamt „Gehilfe“ von Hitler gewesen ist. Bezeichnend, daß Schleswig-Holstein – das Eldorado von Nazitätern in den fünfziger und sechziger Jahren – „besondere Widerstände“ gegen die Sonderveranstaltung des Juristentags vorgebracht hatte (S. 265), wird nicht ausgeführt, daß viele „furchtbare Juristen“ (Inge Müller – vgl. meine Rezension NG/PH 8/1987, S. 765), solche, die Hitlers Todesurteile am Fließband geliefert hatten, in der Nachkriegsjustiz, vor allem in hohen Rängen, untergekommen sind. Eine politische oder sozialpsychologische Analyse fehlt also. Sicher sind die Autoren nicht unpolitisch; sie haben sich aber wohl bewußt auf ihre Kompetenz als Juristen und auf ihr christliches Engagement beschränkt. Das tut dem Buch als Mahnung gerade für die jüngere Generation und als Beispiel eines selbstlosen Einsatzes für die Gesellschaft keinen Abtrag.

Theo Rasehorn

## Rechte Publizistik

Nicht von ungefähr ist die extreme Rechte seit der sog. „Wende“ Gegenstand zunehmender publizistischer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, denn der seit Ende der 70er Jahre eingetretene Aufwärtstrend hat sich seither deutlich beschleunigt. Gleichwohl bemüht sich die amtliche Berichterstattung, dies zu relativieren.

„Die Frage drängt sich auf, ob Rechtsextremismus in der Bundesrepublik wieder eine Chance hat“, fragt der Leiter einer Arbeitsgruppe der Uni Duisburg, die jetzt erste beachtliche Ergebnisse vorlegt.

---

*Siegfried Jäger (Hrsg.), Rechtsdruck: Die Presse der Neuen Rechten. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin-Bonn 1988, 272 S., DM 19,80.*

---

Jäger, Sprachwissenschaftler, hat die 130 regelmäßig erscheinenden rechtsextremistischen Publikationen – der Verfassungsschutzbericht 1987 hat nur 86 entdeckt – daraufhin untersucht, welche sozialen Zielgruppen sie erreichen wollen. Die Autoren und Autorinnen gehen – zu Recht – davon

aus, „daß es trotz aller scheinbaren Unterschiede große Gemeinsamkeiten innerhalb der Neuen Rechten gibt“. Daß ein „Prozeß der Vereinheitlichung ganz offensichtlich im Gange ist“ (S. 31), begegnet hingegen Bedenken, denn trotz Versöhnung zwischen der NPD und Dr. Frey – Hauptexponenten der extremen Rechten – verweigern sich nicht nur Republikaner und neonazistische Gruppen noch jeglicher Kooperation. Darum muß die Arbeitshypothese, mit der „zielgruppenspezifisch variierten Publikumsansprache gewinnt die scheinbare Zersplitterung der rechtsextremen Szene einen funktionalen Sinn“ (S. 34), angezweifelt werden, sie riecht zu sehr nach Verschwörung, die Schwäche der Rechten widerspricht dem.

Im einzelnen werden sprachanalytisch untersucht Beiträge aus den rechtsextremen Publikationen „MUT“ und „Elemente“ (beide Siegfried Jäger), „Nation Europa“ (Monika Krieg), „Klartext“ (Margret Jäger) und – wenig überzeugend – „Neue Zeit“ (Birgit Roth).

Am besten gelungen ist die geschliffene Analyse des MUT-Beitrages „Bestimmt Hitler die Richtlinien unserer Politik?“ von G. K. Kaltenbrunner (fast wortgleich in „Der Republika-

ner“, „BUNTE“, „Deutschland-Magazin“ und der neonazistischen Jugendzeitschrift „SIEG“). Kaltenbrunner ist auch Autor beim Grabertverlag, der böse revisionistische Literatur vertreibt (Stüßlich „Auschwitzlüge“). Jäger weist nach, mit welchem didaktischen Geschick MUT unter Verwendung nationalistischer und rassistischer Denkmuster und Diffamierung Andersdenkender seine konservativen Bildungsbürger anspricht.

Gegenüber den Textanalysen fallen die Grundsatzbeiträge über die extreme Rechte deutlich ab. Der emotional aufgeladene „Antifaschismus“ hilft wissenschaftlich nicht weiter, die Begriffe sind unpräzise (rechts-radikal ist nicht rechts-extrem). F. J. Strauß als „Ersatz-Führer“ zu präsentieren (S. 13), ist arg oberflächlich und eine Aussage „die Geschichte des Rechtsradikalismus (...) ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der CDU/CSU“ (S. 12) polemisch einseitig. Wahr ist, daß auch die SPD als Regierungspartei nach 1969 ihre Bindungswirkung links außen verloren hat. Aber: anders als jetzt die Union hat sie nicht versucht, abgesprungene Anhänger durch Radikalisierung der Themen zurückzuziehen.

*Klaus-Henning Rosen*